Die Fackel

DIE FACKEL

NR. 19 WIEN, ANFANG OCTOBER 1899

NACHTRÄGLICHES ZUR »AFFAIRE«.

II.

Zunächst für den Anfang ein Wort vom Ende Man hat den Wahrspruch des Kriegsgerichts, das »Schuldig« mit den »mildernden Umständen«, für einen Beweis des Zweifels an der Schuld des Verurtheilten erklärt. Das ist eine ganz willkürliche Annahme. »Mildernde Umstände« werden allerdings in zahlreichen Fällen bewilligt, um über Zweifel an der Schuld hinwegzukommen. Allein noch häufiger werden sie aus Rücksichten der Humanität bewilligt, weil die vom Gesetze vorgeschriebene Strafe zu hart erscheint. Ich erinnere an die »mildernden Umstände«, die fast regelmäßig in Fällen der Kindstödtung gewährt werden. Warum sollen die fünf Mitglieder des Kriegsgerichts, die das Schuldig »mit mildernden Umständen« sprachen, nicht von Rücksichten der Humanität bestimmt gewesen sein? Warum sollen sie sich nicht gesagt haben: »Die fünf Jahre Teufelsinsel und die moralischen und physischen Qualen, dazu die trockene Guillotine der zweiten Verurtheilung — das ist genug und übergenug; wenn wir die bisherige Strafe bestätigen und verlängern, erscheint unser Handeln als überflüssige Grausamkeit und bewirkt nur Mitgefühl für den Verurtheilten, Abscheu gegen uns. Also ‚mildernde Umstände‘, dann kann die Regierung ihn begnadigen und der Scandal hört auf.« Ich kann

mir eine solche Argumentation sehr wohl denken und halte sie sogar unter den obwaltenden Verhältnissen für natürlich.

Gar kein Zweifel kann aber bestehen, dass die sofortige Annahme der Begnadigung bei Dreyfus nicht für das Bewusstsein der Unschuld spricht. Die Dreyfus-Presse ist über diesen Punkt hastig hinweggegangen — sie weiß warum. Dass der zweimal Verurtheilte die Begnadigung annahm, ist an sich gewiss nicht zu tadeln. Es ist nicht heldenhaft, allein menschlich. Aber warum das Zurückziehen der Revision?

Die Dreyfus-Presse schrieb trocken: »Weil sonst die Begnadigung nicht erfolgen konnte.«

Das ist wahr, aber nur buchstäblich wahr, und Sand in die Augen. Eine Begnadigung kann nur erfolgen, wenn ein perfectes, rechtskräftiges Urtheil vorliegt. Deswegen können z. B. bei einer Amnestie, die mehr ist als Gnade, nur diejenigen, welche rechtskräftig verurtheilt sind, sofort straf- und verfolgungsfrei sein, wohingegen die, deren Verurtheilung noch nicht rechtskräftig ist, das Processverfahren bis zum Ende durchmachen müssen, wenn ihnen auch durch die Amnestie von vornherein Straflosigkeit zugesichert ist.

Also Dreyfus konnte thatsächlich nicht begnadigt werden, so lange die Revision schwebte. Das ist wahr; aber wer hinderte denn Dreyfus, das Schicksal des Revisionsantrages abzuwarten? Nach dem, was er durchgemacht, kam es auf ein paar Wochen mehr oder weniger nicht an — bei der Schnelligkeit des französischen Gerichtsverfahrens hätte es nicht länger gedauert, und sein Gefängnis in Frankreich war recht erträglich. Wäre das Bewusstsein seiner Unschuld und das Streben, sie an den Tag zu bringen, in Dreyfus so stark, wie behauptet wird, so hätte er meines Erachtens nicht so handeln können, wie er gehandelt hat. Jedenfalls war seine Sehnsucht, aus dem Gefängnis zu kommen, größer als die Sehnsucht, seine Unschuld zu beweisen; die beste und unmittelbarste Chance zur

Feststellung der Wahrheit hat er freiwillig zurückgegeben. Und das spricht entschieden nicht für die Unschuld des Hauptmanns Dreyfus.

Nun Einiges von der »Campagne«. Von »Eingeweihten« sind ihr überschwängliche Lobhymnen gesungen worden. Vom Standpunkt der Barnum, Mosse und Genossen verdient sie sie auch. Mache und Reclame. Reclame und Mache. Nie war eine gleich reclamehafte Mache, nie eine auf gleich gigantischem Fuß. Nur einen Fehler hatte sie. Nie war eine Mache sicht- und fühlbarer und handgreiflicher — und nie schablonenmäßig plumper. Es war theils ein stramm aufgeführtes Concert, theils eine wohleingeübte Katzenmusik — beides mit einem Dirigenten, dem sämmtliche Mitwirkenden auf den Wink folgten. Eine Bewegung des Taktstocks, und in Paris, London, Berlin, Wien, New-York, überall das gleiche Singen, Blasen, Pfeifen, Zischen, Quieken, Brüllen. Und da wundert man sich noch, dass der Glaube an ein »Syndicat« entstanden ist! Wenn 500 Zeitungen verschiedener Parteien in aller Herren Ländern gleichzeitig jeden Tag ein- oder zwei- und mehrmal die gleiche Melodei anstimmen, dann ist es doch wahrhaftig nicht gut möglich, an »puren Zufall« zu glauben — oder an eine geheimnisvolle »Sympathie« der Nerven und Seelen. Die Zeit der Wunder und des Wunderglaubens ist leider vorüber. Indes — ausnahmsweise will ich einmal an ein Wunder glauben. Sehr viel Abwechslung brachte der geheimnisvolle Taktstockschwinger allerdings nicht in die Aufführung. Es gab nur zwei Töne und Tonarten: himmlische Sphärenmusik für die Heiligen und Engel der »Revision« — höllisches Indianergeheul und Fischmarktgeschimpfe für die Unter- und Oberteufel, die der »Revision« nicht zujauchzten und an den neuen »Jesus von Nazareth« auf der Teufelsinsel nicht glauben wollten.

Und merkte der Taktstockschwinger, dass das ewige Einerlei dem Publicum langweilig wurde, so entdeckte er einen Staatsstreich.

Das gieng Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat — so pünktlich und regelmäßig, dass ich immer drei Tage vorher genau wusste, wann der rettende Staatsstreich kam.

Aber auch die Staatsstreiche zogen zuletzt nicht mehr, und kurz vor Beginn des Processes in Rennes waren die Nerven der Leserinnen und Leser so stumpf gehämmert, dass auch die stärksten Superlative und Kraftausdrücke keinen Reiz mehr hervorbrachten und, wie einer der eifrigsten Musikanten seufzend gestand, das Publicum »gleichgiltig« wurde. Richtiger: abgestumpft. Und wessen Nerven es aushielten, der verfiel meist in so hochgradige Nervosität, dass, wenn er mit einem Andersdenkenden in ein Gespräch über die »Affaire« kam, ein heftiger Zank, wenn nicht gar eine Prügelei die unausbleibliche Folge war. Es war eine wahre Epidemie, ein Delirium. Und nicht zum verwundern. Die ärztliche Wissenschaft hat festgestellt, dass das Geschwirr und Dröhnen der Maschinen in großen Fabriken die Menschen krankhaft gereizt macht. Und nun denke man diesen Höllenspectakel, dieses tolle Gezeter und Geschrei dritthalb Jahre lang ohne Unterbrechung und mit keiner Abwechslung als den angekündigten und nicht erscheinenden Staatsstreichen — das einzige Wunder ist, dass nicht alle Menschen verrückt geworden sind.

Ehe ich weiter gehe, die Erledigung eines Punktes, der mir später vielleicht entfällt. Mit welch hysterischem Gekreisch ist die französische Regierung nicht angegriffen worden, weil sie beim ersten Dreyfus-Process die Oeffentlichkeit ausschloss und auch beim zweiten sie ausschließen wollte. Aber welche Regierung führt denn Spionenprocesse öffentlich — außer wenn man, wie dies Fürst Bismarcks Absicht mit mehreren Spionenprocessen war, die öffentliche Meinung gegen einen ausländischen Staat aufhetzen will. Dass die französische Regierung diese Hetzabsicht nicht hatte, kann ihr doch nicht auf das Schuldconto gesetzt werden.

Und wer kann angesichts der Dinge, die in Rennes enthüllt worden sind, ehrlich bestreiten, dass man in Frankreich sehr gute nationale und internationale Gründe für den Ausschluss der Oeffentlichkeit gehabt hat? Es ist leicht und wohlfeil, über Merciers Beängstigungen zu spotten, allein nur arge Voreingenommenheit kann leugnen, dass der deutsch-französische Spionenkrieg 1894 eine kritische und gefährliche Lage geschaffen hatte. Das Gefährliche und Gemeinschädliche der internationalen Militärspionage in helles Licht gestellt zu haben, ist vielleicht der einzige, von den Machern der »Campagne« jedoch nicht bezweckte Nutzen der Affaire. Hoffentlich wird die Lehre nicht vergessen.

Und nun weiter.

Zu Anfang meines ersten Artikels sagte ich: ich glaube nicht an die Unschuld des Hauptmanns Dreyfus. Ich habe im weiteren Verlauf meiner Ausführungen gesagt: es besteht keine absolute Gewissheit der Schuld des Dreyfus. Entschieden ist es jedoch eine schreiende Ungerechtigkeit, zu behaupten, die fünf französischen Kriegsrichter, die Dreyfus in Rennes schuldig sprachen, hätten es wider besseres Wissen und Gewissen gethan. Abgesehen von den bekannten schweren Verdachtsmomenten (Zeugnis Schneiders u. s. w.) findet die Verurtheilung im Revisionsprocess ihre psychologische Erklärung: in der conventionellen Form des ‚Reichsanzeiger'-Dementis, in dem Eindrucke, den die Person des Angeklagten auf Richter und Publicum machte und — last not least — in der polizeiwidrigen Ungeschicklichkeit der »Campagne«, die den Eindruck hervorrufen musste, sie sei von Feinden Frankreichs veranstaltet worden, um Frankreich in der Achtung der Welt herabzusetzen und die französische Armee zu demoralisieren. Diese Ungeschicklichkeit wird nicht gemindert durch die Versicherung, man habe den Militarismus bekämpfen und Frankreich von ihm befreien wollen. Die Absicht mag vorhanden gewesen

sein — und niemand würde sie mehr billigen als ich — aber dann war die Ausführung wie darauf berechnet, das Gegentheil zu erreichen. Jedenfalls hat sie es erreicht.

Urtheilen wir nach dem Erfolg. Ich bin gewiss kein Erfolganbeter, aber in praktischen Dingen ist der Erfolg doch oberster Richter.

Was war der Erfolg der »Campagne«? Der Zweck war: 1. die Freisprechung des Hauptmanns Dreyfus zu bewirken; 2. dem Antisemitismus, der den Verrath eines Juden gegen die Juden ausbeutete, eine Niederlage zu bereiten. — Mit diesem wirklichen Doppelzweck wurde, um die »Affaire« auf ein sicheres Postament zu heben und zu einer großen politischen Action zu machen, für das Publicum der weitere Zweck vereinigt: den Militarismus sammt dem ihm verbündeten Jesuitismus zu überwinden.

Und das Ergebnis?

Dreyfus ist zum zweitenmal verurtheilt, der Antisemitismus ist weit stärker als vor Beginn der Campagne; und das Gleiche gilt vom Militarismus. Wie es mit dem Jesuitismus steht, kann ich nicht sagen, da ich trotz eifrigstem Forschen und Nachdenken nicht dahinter gekommen bin, was der »Jesuitismus« mit der »Affaire« zu thun hatte und welchen Vortheil er aus der Verurtheilung eines Unschuldigen ziehen konnte.

Es war ein kolossaler Missgriff, die Sache des Judenthums mit der Sache des Dreyfus eins zu erklären. Ist das Judenthum schuldig, wenn ein Jude ein Verbrechen begangen hat? Kein vernünftiger Mensch in Frankreich und außerhalb Frankreichs hatte daran gedacht, die Juden für Dreyfus verantwortlich zu machen. Weit mehr Wasser auf die Mühle des Antisemitismus hatte die Betheiligung von Juden an dem Panama-Schwindel geliefert. Und siehe da: Helden und Opfer des Panama-Schwindels traten an die Spitze der Bewegung für Dreyfus; und so wurde

der Thorheit, die Sache des Dreyfus mit der des gesammten Judenthums zu identificieren, die womöglich noch größere Thorheit hinzugefügt, den üblen Geruch der Panama-Affaire in die Dreyfus-Affaire hineinzutragen. Die nothwendige Folge war, dass die Dreyfus-Campagne von vornherein bei vielen in Misscredit kam und Zweifel an der Reinheit der Sache entstanden. Und die Folge der Identificierung des Judenthums mit Dreyfus musste sein, dass die zweite Verurtheilung des Dreyfus sich zu einer Niederlage des Judenthums gestaltet hat.

Tu l'as voulu, Georges Dandin!

Indes, das ist vergleichsweise geringfügig. In Frankreich ist die politische Bildung und das Gleichheitsgefühl zu groß, als dass die antisemitische Strömung gefährlich werden und von Dauer sein könnte.

Weit gefährlicher sind die Wirkungen der »Campagne« auf den Militarismus in Frankreich.

Nach dem Kriege von 1870/71 übernahmen die besiegten Franzosen das Heeressystem der siegreichen Deutschen, und es begann jenes tolle Wettrennen des Militarismus, das seitdem die Armeelasten für Deutschland verdoppelt, für Frankreich verdreifacht hat. Wir Deutsche hatten und haben schwer zu leiden unter der Last des Militarismus, allein noch weit mehr als wir hatten und haben die Franzosen zu leiden. Zum großen Theil an eine bessere Lebenshaltung gewöhnt, finden sie sich weit schwerer mit den Rauhheiten und Entbehrungen des Kasernendienstes ab; leidenschaftlicher und mit entwickelterem Freiheitssinn, beugen sie sich viel widerwilliger unter das Joch des blinden Gehorsams — und Frankreich hat 14 Millionen Einwohner weniger als Deutschland und hält sich doch nach den Satzungen des Militarismus verpflichtet, mindestens ebensoviele Soldaten zu haben — wie Deutschland. So ist denn Frankreich in der Zwangslage, mit seinen 39 Millionen Einwohnern alljährlich mindestens ebensoviel Rekruten einstellen zu müssen,

wie Deutschland mit seinen 53 Millionen, und im umgekehrten Verhältnis dieser Ziffern ist in Frankreich der Druck des Militarismus größer als in Deutschland. Der Chauvinismus, die Revanchelust nach den Niederlagen von 1870/71, welche die Last längere Zeit geduldig ertragen ließen, sind in rascher Abnahme begriffen, das Friedensbedürfnis tritt mehr und mehr in seine Rechte, das Gefühl, dass la belle France nicht um ihrer schönen Augen, sondern um ihres gefüllten Geldbeutels willen von den knutenschwingenden Kosaken mit Liebeserklärungen überschüttet worden ist, hat ziemlich das ganze Volk erfasst und mischt sich mit etwas Scham über das unwürdige »Verhältnis«. Das ist sicher ein günstiger Boden für die Agitation gegen den Militarismus; und die socialistische Partei, die in Frankreich wie in Deutschland den Vorkampf gegen den Militarismus führt, hatte große Fortschritte zu verzeichnen. Anträge auf Umgestaltung des stehenden Heeres in ein Milizheer und auf Abschaffung der Militärjustiz wurden in der Kammer gestellt und sympathisch aufgenommen und fanden günstige Aufnahme in der Armee selbst, die, gerade weil ein so außerordentlich hoher Percentsatz der Bevölkerung in die Armee gesteckt werden muss, von relativ demokratischem Geiste erfüllt ist. Kurz, die Agitation für das Milizsystem war im besten Gang — als die »Campagne« hereinbrach und der Agitation ein jähes Ende bereitete. Freilich, die Führer der »Campagne« betheuern, ihr Feldzug habe dem Militarismus gegolten; allein mit einem Wolkenbruch von wüsten Schimpfereien und persönlichen Angriffen erschüttert man eine so starke Institution nicht. Es war dieselbe verkehrte Taktik, wie die der bürgerlichen Demokraten im Jahre 1848 und später, die auf die »verthierte Soldateska» loswetterte — zum Gaudium der Reactionäre, die dies thörichte Gebaren zur Anstachelung des richtigen militärischen Geistes benützten. Zwar auf die Soldaten ward in der »Campagne« nicht geschimpft, aber wenn ich sämmtliche

Kriegsminister, fast sämmtliche Generale und den ganzen Generalstab einer Armee Tag für Tag methodisch, stereotyp der niederträchtigsten Praktiken und Verbrechen anklage, sie für Fälscher, Lügner, Halunken erkläre, so verletzt und erbittert das die Armee, wie es die Katholiken verletzt und erbittert, wenn man auf den Papst und den Clerus schimpft. Die Versicherung, man habe nicht die Soldaten und nicht die Katholiken gemeint, nützt da gar nichts und erweckt höchstens den Verdacht mangelnder Consequenz oder mangelnden Muths.

Zur richtigen Beurtheilung des Handelns, Denkens und Fühlens anderer ist es immer das beste, uns selbst in die Lage der anderen zu versetzen.

Drehen wir das Verhältnis von Frankreich und Deutschland in der »Affaire« um. Dreyfus ist deutscher Officier, der wegen Landesverraths und Verraths militärischer Geheimnisse an Frankreich von einem deutschen Kriegsgericht verurtheilt worden ist. Nach einiger Zeit werden durch die Bemühungen der reichen und angesehenen Familie des Verurtheilten Zweifel an dessen Schuld in die Oeffentlichkeit gebracht, und nun wird ein förmlicher Pressfeldzug zu seinen Gunsten organisiert, der sich hauptsächlich in der französischen Presse abspielt. Die deutsche Regierung und die deutschen Justizbehörden erklären — wie es in Frankreich geschehen ist —: es liegt ein rechtskräftiges Urtheil vor (chose jugée); das Gesetz bestimmt, dass das Urtheil nur unter einer scharf abgegrenzten Bedingung revidiert oder umgestoßen werden kann: es bedarf, um die Wiederaufnahme des Verfahrens und einen neuen Process zu ermöglichen, einer »erheblichen neuen Thatsache«, die den verurtheilenden Richtern unbekannt gewesen ist. Die hervorragendste Persönlichkeit, die für die Revision eingetreten ist, antwortet hierauf — wie Scheurer-Kestner wörtlich dem französischen

Justizminister gesagt hat —: »Ich habe keine neue Thatsache, aber ich habe meine Ueberzeugung.« Statt sich nun damit zu begnügen, nach der »neuen Thatsache« zu suchen, wird von den Freunden der Revision ein Höllenspectakel in der Presse, namentlich in der französischen Presse vollführt, jeder, der nicht für die Revision ist, als Schuft oder Idiot hingestellt, und in Frankreich eine Presscampagne geführt des Zwecks und Inhalts — wie dies thatsächlich, nur umgekehrt, gegen Frankreich, Zweck und Inhalt der deutschen Presscampagne für Dreyfus war —, dass ganz Deutschland verrottet und verfault, das ganze deutsche Volk verkommen, ohne Rechtsgefühl und sittlichen Fonds, das deutsche Heer moralisch verseucht, der deutsche Generalstab eine Sammlung von Fälschern und Trotteln — was würde die Wirkung auf Deutschland sein?

Der Verdacht würde entstehen und sich einwurzeln, dass nicht Liebe für Gerechtigkeit und Humanität, sondern Hass und Feindschaft gegen Deutschland die wahnsinnigen Ausbrüche gezeitigt habe, dass mit einem Worte hinter der »Campagne« die Feinde Deutschlands stünden, deren Absicht es sei, das Deutsche Reich in der gebildeten Welt um sein Ansehen und seinen guten Ruf zu bringen und das Gefüge der deutschen Armee zu lockern. Und das nationale Gefühl würde sich mit Elementargewalt gegen die Urheber der »Campagne« auflehnen und der Armee zuwenden.

Genau das war die Wirkung in Frankreich. Die »Campagne« hat das nationale Gefühl verletzt und zu stürmischem Protest aufgestachelt — und sie hat die Armee populär gemacht, dem Militarismus zu einem Triumph verholfen.

Es wird lange dauern, ehe die Bewegung gegen den Militarismus in Frankreich wieder auf dem Punkte angelangt ist, den sie vor der »Affaire« erreicht hatte ....

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort über den »Staatsstreich«, der uns von den Leitern der »Affaire« hundertmal an die Wand gemalt worden ist. Hundertmal soll er gedroht haben, und niemals hat ein vernünftiger Mensch daran gedacht. Die Hanswurste Drumont, Deroulède und der versimpelte Dirnenjäger — fast schon Louis — Louis Philipp (oder sollte er Henri heißen?) Orleans, in dessen trauriger Person das ganze monarchische Decadententhum sich verkörpert zu haben scheint, — das sind doch wahrlich keine Männer für Staatsstreiche. Und wären sie es, wo wären die Helfershelfer und Werkzeuge? Die Armee von heute ist nicht die Armee, mit der Napoleon der Kleine vor 48 Jahren seinen Staatsstreich machte — es ist eine Volksarmee, soweit ein stehendes Heer Volksarmee sein kann. In weit höherem Maß, wie schon früher bemerkt, Volksarmee, als die deutsche Armee, weit unmittelbarer mit dem Volke verbunden, weit inniger mit ihm verwachsen, sich als Theil des Volkes wissend, eine Armee, zu deren Soldaten noch keiner gesagt hat und keiner hätte sagen können: »Wenn es Euch befohlen wird, habt Ihr zu schießen, und wäre es auf Vater, Mutter und Bruder!« — — —

Kurz, der »Staatsstreich« war nur ein Gespenst, mit dem die Ungläubigen in die »Campagne« hineingegrault werden sollten. Die Republik war nicht in Gefahr; die ungeheuere Mehrheit des französischen Volkes und das gesammte arbeitende Volk steht hinter der Republik, und sie ist so stark, dass sogar die Erschütterungen der »Campagne« ihr keinen Schaden haben thun können. Nein — die französische Republik hat keinen »Retter« gebraucht; und hätte sie einen gebraucht, wahrhaftig, der tapfere Zola, der vor seinem Process so kühn nach London davongelaufen und dort ein Jahr lang todesmuthig im Mausloch versteckt gewesen ist, war nicht der Mann, der die Republik gerettet hätte. Er hätte ihr aber eine

dröhnende Leichenrede im buntfarbigen Schwulststile des J'accuse! gehalten — auf dem Papier und fern vom Schuss!

Berlin, den 4. October 1899.

W. Liebknecht.

Wie schlimm, dass unseren Pairs der Anspruch, nur von ihresgleichen gerichtet zu werden, nicht zusteht! Jetzt ist die Furcht, die die neue Zierde unseres Herrenhauses, Herr v. Mauthner von der Creditanstalt, vor den ordentlichen Gerichten empfindet, glänzend gerechtfertigt worden. Ein unbotmäßiger Actionär, ein Mensch, der noch dazu im ganzen 75 Actien besitzt, hat sich unterfangen, gegen den Beschluss einer Generalversammlung von Strohmännern und Strohköpfen zu protestieren: und siehe da, der Richter hat die feinen und doch so starken Fäden, die von der Leitung der Creditanstalt zu den Gründern führen, rücksichtslos zerrissen.

Die Sache stand für Herrn Mauthner schon übel, ehe es noch zum Urtheilsspruche kam. Denn einen Anwalt, der es gewagt hätte, den juristischen Quark, mit dem der allgewaltige Director die Generalversammlung bewirtet hatte, einem gelehrten Richter vorzusetzen, gibt es nicht. Es blieb daher dem Rechtsvertreter der Creditanstalt nichts Anderes übrig, als sich selbst auf den Rechtsstandpunkt zu stellen, den Herr Prof. Adler in meinem Blatte unverrückbar fixiert hat. Die Gründerrechte bestehen nur bei Ausgabe der Actien von 60 bis zu 100 Millionen Gulden. Ueber eine Capitalsvermehrung bis zum Betrage von 60 Millionen Gulden

enthält weder das alte noch das neue Statut irgendwelche Bestimmungen. Das bedeutet natürlich, dass es statutarische Rechte auch für die Actionäre in diesem Falle nicht gibt. Die Generalversammlung entscheidet autonom über die Begebung. Das hat denn auch Herr Dr. Groß, der Vertreter des Herrn v. Mauthner, beim Bezirksgericht in Handelssachen klar auseinandergesetzt. Von zweifelhaften Gründerrechten, von der Möglichkeit, dass ein Gründer die Gesellschaft mit Erfolg hätte klagen können, hütete er sich zu sprechen, da er damit auch die Möglichkeit eines Anspruchs der Actionäre zugegeben hätte. Er vertheidigte die Einräumung von Bezugsrechten an die Gründer keineswegs als einen Act kaufmännischer Vorsicht, sondern lediglich mit der Begründung, dass die autonome Generalversammlung jedermann, also auch den Gründern Actien anbieten konnte. Und es war offenbar nur eine Schonung des Herrn Mauthner, wenn er bestritt, dass man dies als Schenkung bezeichnen könne. Denn so gewiss es richtig ist, dass die Gesellschaft Actien, die sie nicht ihren Actionären gab, den Gründern ebensogut wie an der Börse verkaufen durfte, so wenig wird man begreifen können, dass sie in diesem Falle einen Preis, der tief unter dem Tagescourse war, festgesetzt hat. Das ist eben, auch wenn's Herr Dr. Groß nicht Wort haben will, eine Schenkung.

Das Urtheil des Richters ist ausgefallen, wie es ausfallen musste. Was alle anständigen Menschen daran freut, ist nicht die Umstoßung des Generalversammlungsbeschlusses, die ja nicht ausbleiben konnte, sondern die ungemein sorgfältige Begründung, die unbarmherzig den Glauben an die bona fides derjenigen zerstört, die für diesen Beschluss verantwortlich sind. Der Richter erklärt, es verstehe sich von selbst, dass Bezugsrechte der Gründer nur bei einer Vermehrung des Capitals über 60 Millionen bestehen, und er schließt sich dem in Nr. 16

der ‚Fackel‘ aus der Holdheim'schen Monatsschrift abgedruckten reichsdeutschen Urtheil in einem analogen Falle mit dem Argumente an, dass die Einräumung von Gründerrechten eine Entschädigung für das bei der Gründung übernommene Risico sei, die sich daher, im Verhältnisse zu dem Risico stehend, nach der Höhe des ersten Grundcapitals richte. Hätte also dieses statt 60 bloß 40 Millionen betragen, so ist wohl kaum anzunehmen, dass den Gründern Bezugsrechte in gleichem Umfang zugestanden worden wären. Ferner legt die Urtheilsbegründung dar, dass die Gesellschaft, wenn sie bei der jetzigen Emission ihren Actionären Bezugsrechte einräumte und ihnen dadurch Vermögensvortheile zuwendete, im Sinne des Gesellschaftszweckes handelte, während Zuwendungen an die Gründer, also an Unbetheiligte, jenem offenbar zuwiderlaufen. Dass unser Finanzministerium den Beschluss der Generalversammlung im voraus gutgeheißen hat, komme demgegenüber natürlich gar nicht in Betracht. Ich bin übrigens der Ueberzeugung, dass Herr Dr. Kaizl, der ja gerade im Begriffe war, sein famoses Actienregulativ zu erlassen, das solche Gründerrechte für unzulässig erklärt, — indem er die Zuerkennung solcher Rechte bei der Creditanstalt guthieß, bloß die Ueberflüssigkeit und Nutzlosigkeit der heute gehandhabten Staatsaufsicht über Actienunternehmungen documentieren wollte ...

Schließlich hat der Richter sich noch eingehend mit dem Zusatze »ohne Präjudiz für die Rechtsfrage« befasst. Als Herr v. Mauthner in der Generalversammlung befragt wurde, ob der Zusatz bedeute, dass die Creditanstalt die definitive Entscheidung den Gerichten anheimstellen wolle, erklärte er wahrheitsgemäß, dass dies natürlich nicht gemeint sei; er wollte ja eben die gerichtliche Entscheidung umgehen. Nun erscheint es fast als eine feine Ironie des Richters gegen Herrn v. Mauthner, wenn er mit größter Evidenz zeigt, dass

dieser Zusatz, wenn überhaupt einen, nur den vom Herrn Generaldirector geleugneten Sinn haben konnte. Da wir aber in diesem Falle das Wort des Herrn Directors aus guten Gründen nicht bezweifeln können, so ergibt sich, dass man dem Generalversammlungsbeschluss einen unsinnigen Zusatz absichtlich hinzugefügt hat, um bei rechtsunerfahrenen Personen den Anschein zu erwecken, als habe es hier eine strittige Rechtsfrage gegeben.

Nun, die Bezugsrechte der Gründer haben nicht bestanden, und die erfolgte Zuerkennung ist unwirksam. Kein Mensch außer dem volkswirtschaftlichen Redacteur der ‚Neuen Freien Presse‘, der behauptet, dass hier noch eine »Frage« entstehe, zweifelt daran, was zu geschehen haben wird, wenn die oberen Instanzen das Urtheil bestätigen werden. Herr Rothschild wird die zum Course von 330 fl. bezogenen Actien wieder zurückliefern und die Generalversammlung wird neuerlich beschließen müssen, wie sie zu begeben sind. Und dann, könnte ein Naiver glauben, würden die Gründer über den Entgang des schönen Verdienstes betrübt sein? Ach nein; die haben ja doch, dank Herrn Mauthners Gefälligkeit, ihr Schäfchen geschoren. Denn sicher waren sie gescheidt genug, die Actien seinerzeit, als ihnen der Bezug eingeräumt wurde, zu verkaufen. Und da sie sie jetzt um fast 25 fl. billiger zurückkaufen können, verdienen sie dabei immerhin eine halbe Million. Und das ist zwar weniger als eine ganze, aber doch auch etwas. So werden denn zwar nicht die Actionäre Herrn Mauthners Können, aber doch die Gründer seinen guten Willen loben.

Wie wird sich aber die Creditanstalt nunmehr verhalten? Der Gemüthsmensch in der ‚Zeit‘ jammert, das sei ein »furchtbarer Schlag«. Warum denn? Die Entscheidung, die es ermöglicht, den Actionären jene Vortheile zuzuwenden, die durch den Beschluss vom 22. August fremden Personen widerrechtlich zugeschanzt worden sind, müsste ja von der Creditanstalt mit hellem Jubel aufgenommen werden; offenbar bedeutet sie doch

den Sieg des wirklichen Interesses der Gesellschaft. Nur war eben in diesem merkwürdigen Processe der Anwalt der Gesellschaft so wenig der Vertreter ihrer Interessen, dass die Frage aufgeworfen werden muss, ob nicht eine Verletzung der Pflichten des Advocatenstandes vorliegt, wenn ein Advocat, der von einem Clienten bezahlt wird, gegen dessen Interesse zu Gunsten einer fremden Person, in diesem Falle des Herrn v. Rothschild, handelt. Wenn die Creditanstalt sich heute gegen ein Urtheil wehrt, das ihr oder ihren Actionären Vortheile zuspricht, wenn sie eine höhere Instanz anruft, statt sofort den rechtswidrigen Beschluss zu reassumieren, dann geschieht das doch offenbar bloß deshalb, weil die derzeitige Verwaltung den Schritt, den sie einmal gethan hat, nicht zurückthun will. Das ist aber eine perverse Situation, in der eine Verwaltung, um consequent zu sein, einen Kampf zu Ungunsten des eigenen Instituts führt. Und aus dem seelischen Conflict gibt es nur einen Ausweg, den diese Verwaltung wählen müsste, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst wäre: Die sofortige Demission. — — — — — — — —

Ich habe der Angelegenheit der Creditanstalt diese wiederholten und ausführlichen Besprechungen gewidmet, weil sie mehr bedeutet, als irgendeines jener zahlreichen Ereignisse, die jahraus jahrein die chronique scandaleuse unserer Bankenwelt bereichern. Die Creditanstalt galt bisher mit Recht als das anständigste der österreichischen Institute, Herr v. Mauthner als anständigster der Wiener Directoren. Hier war zu zeigen, wie noch die Besten in diesem Kreise aussehen. Denn wenn einer jener Herren, deren Name sonst so häufig genannt wird, wieder einmal nach fremdem Gute die Hand ausstrecken sollte, wird schließlich ein milderer Auffassung zuneigender Sittenrichter das Wort des alten römischen Juristen anwenden dürfen: Turpe facit, quod est meretrix; non turpe facit, cum sit meretrix.

* * *

Sehr geehrter Herr! Ich bin Beamter einer großen Bank und somit nicht in genug unabhängiger Stellung, um diese Zuschrift in der ‚Fackel' mit meinem Namen zu zeichnen, aber ich weiß, dass der Inhalt dieses Schreibens den Gedanken vieler Tausende entsprechen und Dinge zur Sprache bringen wird, die in unseren führenden Tagesblättern wohlweislich mit Stillschweigen übergangen werden. Ich will Ihnen einige Neuigkeiten von der Wiener Börse erzählen, denn die Vorgänge der letzten Tage haben allen denjenigen, die die Börsenereignisse als unbefangene Zuschauer in nächster Nähe verfolgen können, wieder einmal solche Abgründe von Corruption und Erbärmlichkeit gezeigt, dass es sich wohl verlohnt, diese Dinge einmal ausführlicher zu besprechen. Bekanntlich hatten wir an der Wiener Börse in den letzten Tagen oder vielmehr Wochen eine Reihe von größeren Derouten oder Paniken, wie der schöne Ausdruck dafür lautet. In einer Zeit, wo alle Börsen Europas Coursrückgänge aufweisen, wäre das nun weiter nicht verwunderlich, und thatsächlich versuchten alle unsere Börsenjournalisten mit dem Aufwand ihres ganzen Scharfsinnes die Baisse auf den Krieg im Transvaal und auf die Geldtheuerung zurückzuführen. Ziemlich merkwürdig und dem gewöhnlichen Menschenverstand unbegreiflich blieb dabei nur die Thatsache, dass die Wiener Börse von allen europäischen Börsen am allermeisten in Mitleidenschaft gezogen schien durch einen — kommenden Krieg, der unsere Monarchie nicht im allermindesten kümmert, dessen Schauplatz viele tausende Meilen weit von unseren Grenzen liegt, — dass das Coursniveau unserer Effecten hiedurch vielmehr erschüttert wurde, als beispielsweise die Course der südafrikanischen Minen, deren Wohl und Wehe doch in ganz anderer Weise durch den Conflict in Afrika beeinflusst ist. Die Ursache dieses merkwürdigen Naturspiels ist auch eine ganz andere: Es waren wieder einmal einige

Wiener Großspeculanten insolvent geworden. Der Wiener Großspeculant ist nun eine ganz besondere Species. Wer diese Herren kennt, weiß, dass jeder, der in Wien Großspeculant sein und an der Börse eine führende Rolle spielen will, dazu nicht einmal jene Eigenschaften benöthigt, die man sonst von der auch im allgemeinen nicht besonders anmuthenden Figur eines Großspeculanten voraussetzt. Es gehören dazu keineswegs besondere Barmittel oder langjähriger Credit oder besondere geschäftliche Erfahrung. Man braucht weniger eine eiserne Cassa als eine eiserne Stirn und den festen Willen, im Nothfalle Differenzen schuldig zu bleiben. Die Ereignisse dieser Tage illustrieren die Behauptung auf das trefflichste. Ein kleiner Agent, der seit Jahren völlig mittellos und zuletzt wiederholt in der Stille »ausgeglichen« worden war, machte seinem Leben ein Ende, und tausende Effecten wurden für ihn realisiert. Ein Budapester Schwindler niedrigster Kategorie stellte wenige Tage darauf seine Zahlungen ein und ließ an der Wiener Börse Differenzen von nahezu einer halben Million unbeglichen. Das Budapester Falliment führte dazu, dass zwei unserer berüchtigtesten und verrufensten Börsencomptoirs darangiengen, einen Theil, ich sage einen Theil ihrer Positionen zu liquidieren. Es sind dies die in engsten geschäftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen stehenden Firmen Kanitz & Co. und Josef Kohn & Co., deren Inhaber — nebenbei bemerkt —, die Herren Kanitz und Thalberg (Thalberg Bey!), auch sonst durch ihr Auftreten und ihre Lebensführung für jeden echten Antisemiten eine wahre Herzensfreude sein müssen. Wenn ich sage, dass die beiden Firmen einen Theil ihrer Börsen-Engagements abwickelten, so spreche ich selbstverständlich von Zehntausenden von Effecten. Jeder, der mit der Wiener Börse nur irgendwie zu thun hat, weiß, dass diese Herren sich mit Kleinigkeiten nicht abzugeben pflegen. Ich gehe durchaus nicht

zu weit, wenn ich behaupte, dass die beiden Häuser zu gewissen Zeiten den Wiener Platz vollkommen beherrschten, dass die wahnsinnigen Engagements der Firma Kanitz allein, die bei weitem größer waren, als die Börsen-Engagements sämmtlicher ersten Wiener Banken zusammengenommen, eine entsetzliche Gefahr für die Wiener Börse seit vielen Monaten bildeten und dass nichts ein so crasses Beispiel für die ungeheure, nunmehr seit Jahren andauernde wirtschaftliche und sociale Zerrüttung der Wiener Börse bietet, wie die »Geschäfte« dieser beiden Firmen. Jüngst war in den Blättern zu lesen, dass die hohe Regierung sehr ernstlich mit einem Gesetz beschäftigt sei, das sich gegen das Treiben der Börsencomptoirs richten werde. Sehr löblich von der hohen Regierung! Man muss ihr wenigstens nachsagen, dass sie dem Treiben lange genug wohlwollend zugesehen hat. Weiß die hohe Regierung, dass beispielsweise das Haus Jos. Kohn & Co. den ‚Capitalisten' herausgibt, ein Schand- und Banditenblatt in des Wortes verwegenster Bedeutung, das seinen Lesern — meist in der Provinz — dreimal im Monat die dicksten Lügen auftischt und ausschließlich dazu bestimmt ist, der Firma Kohn Jahr für Jahr neue unglückselige Gimpel — meist aus der Provinz — zuzuführen? Ist es auch bekannt, dass dieses Blatt zum guten Theile die Ueberspeculation und Krisis des Jahres 1895 mitverschuldet hat? Hat man sich denn schon jemals klargemacht, welches Unheil diese finanziellen Gifthütten anrichten — von allem moralischen Unheil ganz abgesehen —, welch entsetzliches Declassement unserer erstclassigen Papiere, welche unberechtigten Cours-Entwertungen und -Ueberwertungen, welche Beunruhigung für weite Kreise kleiner Sparer und Capitalisten die Folgen jener infamen Manöver sind? Dabei soll hier die Frage völlig unerörtert bleiben, inwieweit unsere Börsenkammer — diese Versammlung charakterstarker Herren — eine Verantwortung

für dieses Treiben trifft. Engagements solcher Firmen und solcher Speculanten in diesem Umfange wären an jeder anständigen Börse einfach ausgeschlossen. Sie können nur dort vorkommen, wo die Börsenräthe jeder einzeln oder alle zusammen viel zu feige sind und sich viel zu sehr an ihre Würde klammern (ich bitte Sie: Börsenrath!), um irgendjemandem aus einer noch so berechtigten Ursache eine Börsenkarte zu verweigern. Und so ist die Wiener Börse heute eine große Versorgungsanstalt geworden, deren Besucher sich zum größten Theil aus völlig mittellosen Elementen recrutieren, die in allen möglichen Berufszweigen schon Schiffbruch gelitten haben und jeden Tag alles aufs Spiel setzen, weil sie eben nichts zu verlieren haben.*) Die Wiener Börse ist heute so discreditiert, so ganz und gar zugrunde gerichtet, dass es an den meisten Tagen im Jahr ein Ding absoluter Unmöglichkeit ist, wenige hundert der gangbarsten Banken- oder Bahnenactien — gar nicht zu reden von Prioritäten, Anlagewerten etc. — zu kaufen oder zu verkaufen. Nur in drei oder vier Effecten, deren Ertrag sich zum heutigen Courswert auf zwei bis drei Procent beläuft, dauert das große Geschäft, d. h. das tolle Spiel fort. Aber wenn ich z. B. heute für unsere Bank eine halbe Million Mairente zu verkaufen hätte, so würde ich den Rentenmarkt einfach deroutieren und Herrn Benedikt den Stoff zu einem tiefsinnigen Börsenfeuilleton liefern, in dem er von der finanziellen Situation der Monarchie, von dem Weltzinsfuß des Geldes, von allem Möglichen, nur nicht von der wahren Ursache sprechen würde: dass die Wiener Börse infolge all dieser himmelschreienden Zustände zerstört ist, dass dieser ganze volkswirtschaftliche Organismus überhaupt zu functionieren aufgehört hat.

---

*) Das scheint ein Widerspruch. Aber die Herren setzen eben jeden Tag das ganze Vermögen anderer Leute aufs Spiel.

Unsere wackere Börsenkammer wird sich in ihrem althergebrachten Stumpfsinn nicht so bald zu Reformen entschließen. Aber einer hohen Regierung wollen wir heute zurufen: es ist hohe, es ist allerhöchste Zeit, diesen Dingen gegenüber endlich einmal Stellung zu nehmen! O

* * *

Man behauptet vielfach, in der inneren Politik seien in jüngster Zeit etliche Veränderungen erfolgt. Thatsächlich konnten auch eifrig Beflissene, die sich nach bewährtem Muster an die Portiere der Ministerpalais wendeten, dort erfahren, dass in etlichen ein langerwarteter Wohnungswechsel endlich fällig sei.

Herr Dr. Kaizl hat, ehe er vom Amte schied — von Würde war er ja längst geschieden — in einem ruhmredigen Schreiben die Großthaten, die unter seiner Leitung geschehen, aufgezählt. Und es ist unrichtig, wenn man ihm vorwirft, dass er dabei die größte, die Zuckersteuererhöhung, vergessen habe. Denn in der Präsidial-Currende heißt es, es sei für die innere Festigung der staatlichen Verwaltung von sehr hohem Werte, dass es gelungen sei, für die Regulierung der Beamtengehalte und Dienerbezüge die finanzielle Bedeckung zu finden. Zu diesem Zwecke aber hat eben Herr Dr. Kaizl der erhöhten Zuckersteuer nicht entrathen zu können geglaubt. Wie die neue Regierung darüber denkt, steht noch nicht fest: ein »Eingeweihter« versichert mir, sie suche nach einer Modalität, die Verfügung wieder rückgängig zu machen. Mag aber auch von den Ministerthaten des Herrn Kaizl nichts übrigbleiben, ganz spurlos wird seine Thätigkeit nicht verschwinden: bleibt doch zumindest ihm selbst, da seine »Wiederverwendung im Amte« vorbehalten wurde, da er also nicht pensioniert, sondern bloß zur Disposition gestellt ist, ein Jahresgehalt von 10.000 Gulden. Und was gilt's, in kurzem wird Herr Dr. Kaizl sogar avancieren; die Stelle eines

Gouverneurs der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ist, wenn er es jetzt auch leugnet, für ihn reserviert. Der jungtschechische Plener schneidet also noch besser ab, als sein deutschliberales Vorbild, dessen heutige Stellung zwar ruhiger als die eines Bankgouverneurs, aber schlechter dotiert und minder einflussreich ist. Dass Herr Kaizl somit schließlich doch noch »modern und vernünftig« gedacht hat, wird jetzt nicht einmal Herr Kanner bestreiten können.

Der Nachfolger des Dr. Kaizl ward Herr *Kniaziolucki*. Manche Leute staunen über die rasche Carrière, die der Mann gemacht haben soll. Ich kann das nicht finden. Er diente — als Beamter der Bodencreditanstalt — zwölf Jahre (bis 1892) unter Taussig, dann war er sieben Jahre in verschiedenen Staatsämtern thätig, und jetzt kommt er als Finanzminister wieder unter Taussig. Kreislauf des Lebens!

* * *

Das *Pressbureau* wird neu organisiert. Der Dr. Rosner ward von ihm hinweg zu Höherem berufen. Mit Recht: denn obwohl die ‚Arbeiter-Zeitung' es leugnet, war der Mann ein Charakter. Das Wesen des Charakters ist die Consequenz in den sittlichen Anschauungen und im Handeln. Und die »Nichte der Coalition« hat während ihrer ganzen Thätigkeit die von *Tarnopol* mitgebrachte Ethik in Wien vertreten. — Jetzt freilich soll eine andere Lebensanschauung im Pressbureau zur Herrschaft gelangen; eine *etwas* westlichere. Der Sohn des Nuchem Karmelin aus *Stanislau* vertritt sie, Herr Dr. Friedrich Karminski. Wenn das so weiter geht, wird schließlich einmal die Leitung des Pressbureaus in die Hand eines Herrn aus dem schon ganz westlichen Tarnów gelangen.

Die Billeteure im Musikvereinssaal wissen nicht, woran sie sich halten sollen. Vor kaum vierzehn Tagen drang von der sonst philharmonischeren Tönen geweihten Stätte die Versicherung an ihr Ohr, dass es einen Ritualmord gebe und dass jeder rechtschaffene Christ an ihn glauben müsse. Nun sollten sie dreitausend Männern die Sitzplätze anweisen, die gekommen waren, das Gegentheil zu versichern. Die Billeteure des Musikvereins finden sich nur schwer in dieser Wirrnis liberaler und antisemitischer Meinungen zurecht. Das aber ist so ziemlich die einzige Wirkung, die die edlen Rufer im Streite bisher erzielt haben. Dem beiderseitigen Geschäftsrenommée war durch die Lösung des Problems »Gibt es einen Ritualmord?« nicht mehr aufzuhelfen. Vielleicht, dass die Antisemiten doch noch etwas mehr bei der Sache profitiert haben; denn die Uebertölpelung der jüdischen Wortführer ist ihnen gelungen, und man wird künftig nicht zögern dürfen, welchem der Bewerber die Palme der »Schlauheit« zuzuerkennen sei. Das ‚Deutsche Volksblatt' hat die Frage aufgeworfen, ob die Juden sich zu ihrem Osterfeste christlichen Blutes zu bedienen pflegen, und dreitausend Juden unter Führung des Herrn Güdemann stürmen den Musikvereinssaal, um mit einem überzeugten »Nein!« zu antworten. Das klingt zwar wie eine Absage, aber es bedeutet doch, dass die Juden auf ein vom Feinde abgestecktes Terrain mit imponierender Bereitwilligkeit gefolgt sind. Und nun ist wieder auf Wochen hinaus die liebliche Discussion eröffnet. Herr Deckert und Herr Güdemann — mich will bedünken, dass sie alle beide ... — werfen einander Blutzeugen an den Kopf, der Simon Abeles wird gegen den Simon von Trient ins Treffen geführt, und die Leser der ‚Neuen Freien Presse' erfahren mit Genugthuung, dass Papst Innocenz IV. sie nimmer eines Ritualmordes für fähig gehalten hätte. Liefern dem christlichsocialen Pfarrer hervorragende Talmudisten das Material, so gründet sich die Ueberzeugung des Rabbiners auf authentische Aus-

sprüche von Päpsten. Constatiert Deckert an der Hand sicherer Urkunden, dass schon vor soundsoviel hundert Jahren Ritualmorde vorgekommen seien, so beweist Güdemann aus den fünf Büchern Mosis, dass schon siebzehnhundert Jahre vor der Taufe des ersten Christen ein Ritualmord nicht mehr möglich gewesen sei. Noch ist bei diesem Wettlauf nach rückwärts der Pfarrer nicht unterlegen; er soll, wie mir erzählt wird, sich mit dem Studium der Processacten in der Mordaffaire Kain bereits ernstlich beschäftigen...

Hier ein Antisemitismus, der sich in parteimäßiger Versumpfung seiner besten wirtschaftlichen Argumente begeben hat — dort eine Humanitätskleberei, die in gleicher Liebe alle Jobber umfasst und nichts zur Hinwegräumung trennender Schranken, nichts zur Säuberung im eigenen Lager beitragen möchte. Glaubt Herr Güdemann ernstlich, dass sein auf Hochzeiten und Trauerfeierlichkeiten abgenütztes Pathos auf die Antisemiten Eindruck machen wird? Die dreitausend Juden, die seiner Beredsamkeit lauschten, haben in der festen Ueberzeugung, dass es keinen Ritualmord gibt, den Saal verlassen, und die Andersgläubigen wird seine Mittheilung, dass sich auf dem Grabdenkmal des Papstes Julius II. in Rom die Moses-Statue Michelangelos befinde, nicht sonderlich erschüttert haben. Auch die erstaunte Frage des verzückten Oberhirten: »Ist denn kein Zola da?« dürfte in Wiener Volkskreisen höchstens wegen ihres Anklanges an einen populären Refrain Widerhall finden, und die wahrheitsuchende Schar wird sich am Ende mit Herrn Noske begnügen müssen.

Herr Güdemann hat übrigens ganz überflüssigerweise sich darüber beklagt, dass außerhalb der mosaischen Glaubensgenossenschaft »sich niemand gefunden hat, der der Blutbeschuldigung aus freien Stücken entgegengetreten wäre«. Herr Güdemann vergisst, dass die vernünftigen Christen, wenn sie auch Instinct und Erziehung bestimmen mag, die ,Neue Freie

Presse' und die von ihr gepredigte Finanzmoral zu verachten, darum noch lange nicht ihre Lebensanschauung nach den Plänen des ‚Deutschen Volksblatt' und seiner Ritualmordbuben gezimmert haben. Es ist durchaus nicht nothwendig, dass irgendjemand außer den geschäftlich am Blutmärchen Betheiligten zu dieser Frage »Stellung nimmt«, und es ist durchaus geschmacklos, einem anständigen Menschen die Verpflichtung zu imputieren, dass er seinem Nebenmann freundlich auf die Schulter klopfe und ins Ohr ihm die Versicherung flüstere: »Nein — ich halte Sie eines Ritualmordes nicht für fähig!« Herr Güdemann meint, dass »Christen von Intelligenz und Ansehen« umso eher für die Unwahrheit der Blutbeschuldigung hätten zeugen können, da »ja viele von ihnen in jüdischen Häusern verkehren«. Und sie hätten es nicht gethan, weil sie es eben »mit dem Studenten in Auerbachs Keller hielten: ‚Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzen leiden, doch seine Weine trinkt er gern.'« Mit dieser Behauptung — sie war nicht weniger als ein Taktfehler nach beiden Seiten — hat Herr Güdemann dem Antisemitismus jedenfalls einen Separatgefallen erweisen wollen. Es sieht fast so aus, als ob es die protestierenden Rabbinen darauf abgesehen hätten, die Chancen der Verständigung zu verringern. Die eine Bemerkung des geistlichen Herrn ist imstande, bei der Begrüßung zweier civilisierten Menschen, in deren Verkehr bislang nie der Gegensatz ihrer Confessionen vernehmbar ward, eine Verlegenheitspause eintreten zu lassen. Der Christ erwägt, ob eine Einladung ins jüdische Haus nicht den conventionellen Zwang auferlege, sich zum Ritualmord zu äußern, und der Jude besorgt, dass der andere bei jedem Glase Weins mit der Verpflichtung ringe, nunmehr das »erlösende Wort« zu sprechen …

Ungefährlich und vielleicht nicht einmal unpolitisch erscheint jener Ausspruch freilich, wenn Herr Güdemann sich an diejenigen seiner Pfarrkinder wenden wollte, die mächtig genug sind, um sich ein ent-

schiedenes Dementi des Blutmärchens etwa als Gegendienst für eine Actienbetheiligung zu verschaffen. Herrn v. Taussig mag es indes wenig bekümmern, ob irgendeiner der adeligen Pensionäre, die seine Tafel zieren, an die Enthüllungen von Polna glaubt; der erlauchte Fürst Starhemberg würde voraussichtlich auch nach erwiesenem Ritualmord nicht aus dem Verwaltungsrath der Waffenfabrik scheiden, und im gleichen Falle trüge ein Schwarzenberg kein Bedenken, die Gründerrechte der Creditanstalt gemeinsam mit Rothschild »auszuüben«. Und jene Christen, die fern vom Schottenring — dem berühmtesten unter den drei Ringen — noch eine Gelegenheit haben, mit Juden zu verkehren, sie werden es sich wahrhaftig nicht einfallen lassen, durch die Betheuerung, dass ihre Berufsgenossen oder Freunde kein Menschenblut zu Religionszwecken verwenden, sich selbst und jene zu insultieren. Es ist trotz den Hetzpfaffen aller Confessionen durchaus kein Bedürfnis nach einer solchen Betheuerung vorhanden, und wenn Herr Güdemann seinerseits zu einem Schwur im Concertsaal aufgelegt ist, so bereitet er den Blutschmöcken vom ‚Deutschen Volksblatt‘ und vom ‚Wiener Tagblatt‘ ein gleich unschuldiges Vergnügen. Bevor man aus den Wechselfällen der Dreyfus-Affaire in die Alltäglichkeit eines Hausse- und Baisse-Daseins hinüberleitet, ist ein wenig Pathetik noch am Platze. Aber im großen Musikvereinssaal klingt schließlich der Ruf nach neuen Makkabäern ungewohnter als der nach Alfred Grünfeld, und bei der Frage, ob denn kein Zola da sei, muss es Herr Güdemann erleben, dass ihm zum erstenmal mit einem »lauten, vernehmlichen« Nein! geantwortet wird.

* * *

Hermann Bahr hat von der Schar »dampfender Jünglinge«, die unlängst noch an ihn glaubten, wehmüthig Abschied genommen und ist mit einem letzten

Blick auf diese hastende, dionysisch nach unpassenden Adjectiven verlangende Welt Redactionscollege der Herren Fischl und Landesberg in der ‚Oesterreichischen Vorstadtzeitung‘ geworden. Mit der Literatur verknüpft ihn höchstens noch das Bewusstsein, dass er wöchentlich 1 Feuilleton für das ‚Neue Wiener Tagblatt‘ schreiben darf; er wird aber auch hier »intern« werden, wenn er sich erst völlig in jene Abgeklärtheit und olympische Ruhe gefunden haben wird, die die Nähe eines so reichhaltigen Inseratentheils nun einmal erfordert. Eigentlich schließt jetzt eine Epoche des Wiener Literaturlebens ab. Die »jungen Leute«, die Herr Bahr stets durch Wohlwollen dafür zu entschädigen suchte, dass er sie verleitet hat, ein schlechtes Deutsch zu schreiben, sie haben den Wegweiser ihrer »ungestümen und schnaubenden Wünsche« verloren, und wenn sie zagend an die Redactionsthür der ‚Zeit‘ klopfen werden, so empfängt sie Einer, der zwar auch ein »hoher und reiner Mensch« ist, aber in mehr scharfem und zurechtweisendem Ton ihnen zuruft: »Das thut man!« und »Das thut man nicht!«, — Herr Max Burckhard . . . .

Man merkt, dass ich sachte zum »Athlet« hinübergleite. Ist von dieser jüngsten Dichtung des Herrn Bahr den Besuchern des Deutschen Volkstheaters mehr im Ohre geblieben, als jener Refrain, mit dem der Autor, wie ein Schnüffler und Redactionscollege des Herrn Bahr uns versichert, der schnarrenden Stimme seines Freundes Burckhard ein Denkmal gesetzt hat? Es ist nicht meine Aufgabe, den »Athlet« zu analysieren und den geheimsten Plattheiten seines Verfassers nachzuspüren. Ob Herr Bahr nur für seine »These«, man müsse auch einmal der »Menge« dienen und bloß »wirkende« Stücke schreiben, ein Beispiel geben wollte, und wie sehr ihm selbst diese von Blumenthal und Kadelburg oft ventilierte Idee über den Kopf gewachsen ist — das zu untersuchen hat für mir wahrlich nichts Verlockendes. Ein jeder bekam nach den Inhaltsangaben und den gewundenen Lobeshymnen jener Blätter, die

in Herrn Bahr den Nachfolger des Herrn v. Spiegl in der »Concordia« wittern, eine bessere Vorstellung von der Jammerhaftigkeit dieses »Athleten«, als — die Premièrebesucher des Deutschen Volkstheaters. Die rührselige Wiedervereinigung zweier Menschen, die sich über einem verjährten Ehebruch zu weltbeglückenden Versprechungen finden, die gedankenarme Copie des Herrn Risler senior, der mit den Hörnern durch die Wand zu froher »Arbeit« rennt, ist selbst von den Stammgästen der Herren Bukovics und Geiringer schnöde refüsiert worden. Ein Held, der sich rühmt, »nur für Mädchen über 14 Jahren« eingenommen zu sein, heischt unsere Theilnahme für das eheliche Missgeschick, das ihm widerfuhr, und der Mann, der dem »Athleten« ein solches Wort in den Mund legte, ward von dem ahnungslosen Herrn Bukovics, der an Autors Stelle der Claque dankte, als »Dichter« bezeichnet ... Dieses von keiner Idee bewegte Nichts einer Handlung hat episodistisch höchstens durch die Figur des Dorflumpen Loisl zu fesseln vermocht. Loisl ist nämlich ein Erpresser, und da ihm seine böse Absicht an der Frau des Helden nicht gelungen ist, sann man der Frage nach, ob er nicht vielleicht — im juristischen Sinne der Erpressung — künftig Herrn Bahr zu einer »Handlung« oder noch besser zu einer — Unterlassung zwingen könnte.

Ueber die dichterischen Absichten des Herrn Bahr, der sich von einem echten Provinzrausch in Coulissenparfum allgemach zu dramatischer Herzenseinfalt — mit Kindergesang und Glockengeläute — durchgerungen hat, will ich mit ihm nicht rechten. Viel interessanter scheint mir die geschäftliche Seite seiner Entwicklungen. Der Mann, der Cultur nach Oesterreich gebracht und in dieser Mission zwar nicht die nationale Frage, aber die Frage des »nationalen Sessels« gelöst hat, wird noch einige Zeit im neuen Wirkungskreise mit den alten Gaukeleien es versuchen. Bald täuscht er niemanden mehr. Neulich ist

der Olympier auf frischer That ertappt worden. Er schrieb seinen Abtritts-Essay für die ‚Zeit‘, und siehe da, es war eine Anpreisung des Theaters, von dessen Casse er Tantièmen bezieht. Das Deutsche Volkstheater feierte ein Jubiläum. Eine Denkschrift wurde verlegt, und — treffender erscheinen bisher nirgends die rein mercantilen Absichten jener Bühne gezeichnet, wie sie sich während eines zehnjährigen Bestandes offenbart haben. Der Verfasser sagt an einer Stelle wörtlich: »Da die Zugstücke dieses Jahres: ‚Zwei Wappen‘ von Blumenthal und das ‚Schoßkind‘ von K. Opitz ihre Schuldigkeit nicht voll gethan hatten, so erhielt der weitere Verlauf des Spieljahres einen ernsteren Charakter; das ‚Käthchen von Heilbronn‘, die ‚Jungfrau von Orleans‘ und Hebbels ‚Maria Magdalena‘ erschienen in erster Aufführung.« Später findet Shakespeares »Der Widerspenstigen Zähmung« »ziemlich ermunternde Aufnahme«. Es ist eine längst triviale Wahrheit, der nicht erst der Jubelredner unfreiwillig zustimmen musste: Die Classiker werden im Deutschen Volkstheater nach Maßgabe des jeweilig vorhandenen Blumenthal begönnert, und Herr Geiringer trifft wohl den Geschmack seines Publicums, wenn er das Land der Griechen möglichst wenig mit seiner Seele sucht. Und nun kommt Herr Bahr und versichert uns, dass man im Deutschen Volkstheater »immer mit neuer Leidenschaft um neue Ziele bemüht« sei und dass die classischen Aufführungen daselbst der Vollendung sich nähern. Alles ist auf einmal in eine »unbeschreibliche tragische Anmuth« getaucht, und dort, wo wir an tristen Donnerstag-Abenden nur die Verlegenheit costumierter Conversationsschauspieler dritten Ranges sahen, erblickt der Schäker nichts als »edle Wahrheit«, »reine Natur« und »unnachahmlich einfache Noblesse«.

Den Missbrauch des kritischen Amtes braucht Herr Bahr nicht erst zu lernen, wenn er heute in den Kreis der productiven Theaterreporter eintritt. Solch schätzenswerte Gabe hat er wohl als Befähigungs-

nachweis für seine neue Stellung mitgebracht. Nun kann es ihm nicht mehr fehlen. Aus Freundschaft für Herrn v. Bukovics lässt er sich auch von den anderen loben. Die Kritik hatte er längst für sich: nun musste er trachten, auch das Publicum für sich zu gewinnen. Wie wirkt man auf die Premièrengäste des Deutschen Volkstheaters? Man ist entweder ein wirksamer Dramatiker oder ein wirksamer Freimaurer. Als Herr Bahr für das Theater zu schreiben begann, entschloss er sich natürlich für das zweite. Dass er einst als antisemitischer Couleurstudent sein Unwesen getrieben, ward ihm dabei nicht angerechnet. Viel mehr Beachtung fand die Thatsache, dass er später sich geweigert hat, einen Aufruf für das Anzengruber-Denkmal zu unterzeichnen, weil — Anzengruber Antisemit gewesen sei. Mit welcher seiner Weltanschauungen sollte Herr Bahr es unvereinbar finden, Logenbruder zu werden? Jetzt kann er wenigstens nicht mehr wie ehedem ganz durchfallen ... Vor einer Woche circulierte in Wien ein Schreiben, das eine Freimaurerloge an ihre Angehörigen gesendet hatte. In diesem Schreiben hieß es: »Samstag den 7. October findet die Première von Hermann Bahrs ‚Athlet' statt. Unser Bruder Bahr wünscht einen großen Erfolg. Die Karten für Sie und Ihre Familie sind reserviert« ...

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Herrn Grafen Goluchowski, I. Ballplatz. Also wird's endlich? Sie wissen doch jetzt ganz genau, was Sie zu thun haben. Deutlicher kann man es Ihnen doch nicht mehr sagen. Noch einmal: Sie müssen gegen den Schuft Milan etwas unternehmen. Haben Sie denn nicht gelesen, wie sein Sohn jüngst mit der civilisatorischen Mission in Serbien geprahlt hat? Zwei Tage nach dem Urtheil des Standgerichts! Und jetzt werden die besseren Menschen dort unten einfach bei Nacht und Nebel in die Save geschmissen. Wenn Sie nach alledem noch dazu aufgelegt sind, Herrn Milan vertheidigen zu lassen, so dürfen Sie sich nur mehr des ‚Pester Lloyd' bedienen. Den Wiener Schmierfinken ist das Geschäft schon zu schmutzig, und den Takowa-Orden zweiter Classe haben sie ja ohnehin schon alle.

Herrn Grafen Clary-Aldringen, I. Herrengasse. Aber was fällt Ihnen denn ein? Sie werden doch nicht den Fehler Ihrer Vorgänger begehen und wieder in das ‚Wiener Tagblatt‘, in die ‚Allgemeine‘ und in die gewissen Montagsrevolverblätter das schöne Geld des Dispositionsfonds stecken? Schaffen Sie sich doch zur Abwechslung einmal »anständige« Regierungsjournalisten an und lassen Sie die Angehörigen der Häuser Szeps, Schlesinger etc. zappeln!

Themis. Nein, viel »beachtenswerter« in diesem eklen Expensenkampfe erscheint mir das Treiben der Herren von der Opposition — dieser wohldisciplinierten Schar, wie Herr Sectionschef Klein sie jüngst so hübsch genannt hat. Der Kampf gegen diesen wird vorläufig zumeist mit den vergifteten Pfeilen der Unlogik und der Ungrammatik geführt. Zum erstenmale ward den Herren plausibel gemacht, dass eigentlich sie für das Publicum da sind, und schon stöhnt einer in der ‚Neuen Freien Presse‘ auf, für eine Begründung von 11, schreibe elf Bogen seien ihm nur soundsoviel Gulden gerichtlich bestimmt worden. Das wollen die Herren eben nicht einsehen, dass es just in der Tendenz der Civilprocessreform liegt, der 11 Bogen-Schmiererei ein Ende zu machen. Vergebens suchen Sie mich zu überzeugen, dass es sich bei allen diesen Leuten um die Vertheidigung eines Standes handelt, der seine Freiheit und Würde von Geheimerlässen und richterlicher Bevormundung bedroht sieht; es »handelt« sich vielmehr um ganz andere Dinge. Und so wird denn selbst das, was an dieser Opposition dem Fernestehenden gerecht erscheinen mag, arg compromittiert. Wenn im ‚Barreau‘ — ich lese dieses »Kampfblatt« hin und wieder — die Aufschrift einer Notiz lautet »Herr Klein — gehen Sie auseinander!«, so ist dies ebenso schal wie unlogisch. Auf Klein wird hier das geflügelte Wort angewendet, das bei einer Demonstration ein Wachmann einem Passanten zurief. Und unter dieser Ueberschrift, die doch ein Zuruf an den Passanten ist, wird der Schöpfer des neuen Civilprocesses — dem Wachmann verglichen, der in die Schar der Advocaten hineinreitet. Durch solchen aus den Niederungen des Salzgries bezogenen Ungeist glaubt man gegen eine dem Volkswohl dienende Absicht mit Erfolg sich auflehnen zu können. Dass doch die Opposition des sich wehrenden Geldsackes immerdar ihren adäquatesten Ausdruck in einem kreischenden »Zerspring!« findet. Ob Herr Dr. Morgenstern der Urheber jener Geschmacklosigkeit ist, weiß ich nicht; er hat als Novellist jedenfalls Feineres und Eigenartigeres geboten. Betrübend genug, dass er sich als Autor des jüngst in der ‚Wage‘ erschienenen Wippchen bekannt hat: »Dr. Klein ist ein Renegat der Advocatur; er hat in unseren Reihen 7 Jahre gedient und die Rahel einer einträglichen Staatsanstellung heimgeführt, während er uns die Lea der neuen Civilprocessordnung überließ.« — — Ich kann über die Gründe und Aussichten dieses Expensenkampfes nicht als Fachmann mitreden, und ich hätte selbst mein ästhetisches Unbehagen nicht laut werden lassen, wenn Sie mich nicht ausdrücklich befragt hätten, und wenn nicht das Beantworten höflicher Briefe zu meinen redactionellen

Verpflichtungen gehörte. Ich weiß aber, dass selbst ein Advocatenfreund, wie Hofrath Leopold Adler, jüngst klar und deutlich gegen manche Begehrlichkeit protestiert und die Vorzüge der Reform ins Licht gestellt hat. Vielleicht wird das Für und Wider auch in diesen Blättern nächstens von fachkundiger Seite erwogen werden.

Auf mehrere Anfragen. Es ist so, wie ich es geschrieben habe: »Das nicht geringste Verdienst von Lammasch ist es, mit zum Fallen des socialpolitisch einsichtslosesten Gesetzes der Gegenwart, des Plener-Windischgrätz'schen Strafgesetzentwurfes von 1893, beigetragen zu haben.« Sie finden Lammasch' Kritik in 1. »Vorschläge zur Revision des Strafgesetzentwurfs« (Wien 1894 bei Manz), 2. »Diebstahl und Beleidigung« (Wien 1893 bei Manz), 3. in der ‚Allgemeinen Oesterr. Gerichts-Zeitung', 44. Jahrg. (1893) Nr. 18–20 u. Nr. 41–51, 4. in der ‚Zeitschrift für die gesammte Strafrechtswissenschaft', Bd. 14, S. 505 ff.

Ebe. Dass der »Taschenfahrplan für den Wiener Localverkehr« unhandlich und unpraktisch eingerichtet ist, wäre das kleinste der Uebel, an denen dieses Oesterreich laboriert. An anderer Stelle als an dieser kann ich darum von Ihrer Beschwerde leider nicht Notiz nehmen.

Rex. Vielen Dank. Wenn ein Zionist sich erdreistet, das den Herren so fatale Citat aus einem Herzl'schen Feuilleton (Nr. 16 der ‚Fackel') als »Erfindung« zu bezeichnen, so spendieren Sie sechs Kreuzer und zeigen Sie dem Burschen die Nummer der ‚Neuen Freien Presse' vom 17. October 1894. Vorausgesetzt natürlich, dass sie noch zu haben ist und Herr Herzl nicht die Einstampfung der vorhandenen Exemplare von den Herausgebern erbeten hat.

Dr. Kl. Vielen Dank. Bitte um gelegentlichen Besuch.

Your silent partner. »Phantasie einer Strafverhandlung ...«

Lady Mischief; Akulina; Wilhelm Ritter v. W.; Alius; Adolf L.; Eifriger Leser; Dr. Ht.; H. B. in Teplitz; Birualuinus; P. K.; Leser in Verona; L. M. N.; Karl v. H.; Dr. B.; A. W., Herzogenburg; Freunde in Graz; Carmen; Ein Taktiker; Mehrere Leser in Berlin; Einer für Viele; Ein Leser; Dr. K. in B.; C. H. H.; Beobachter. Besten Dank.

Die Absender anonymer Schmähbriefe werden ersucht, sich kürzer zu fassen.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 18 lies auf S. 9 in der Fußnote statt »Fremdwerter«: *Fremdwörter* — und statt »Sprechkenntnis«: *Sprachkenntnis.*

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

DIE FACKEL

Nr. 20 WIEN, MITTE OCTOBER 1899

Ich erhielt vor Schluss der letzten Nummer eine Nachricht, die, wiewohl sie mir von einem gutunterrichteten Manne zukam, so unglaublich schien, dass ich sie vorläufig lieber beiseite zu legen beschloss. Herr Krupp, behauptete mein Gewährsmann, habe für den Tag, an dem der Kaiser ein gut arrangiertes Bild von Arbeiterglück in Berndorf loben konnte, seinen Arbeitern den Lohn abgezogen. Inzwischen hat, bevor ich noch daran gehen konnte, die verblüffende Meldung zu überprüfen, die ‚Arbeiter-Zeitung‘ unter Anführung zahlreicher Details das Unglaubliche bestätigt. Es ist also wohl anzunehmen, dass sich die Sache so verhält, dass die Leute, die an einem sonnigen Herbsttage für Herrn Krupps Patriarchenthum unter den Augen des Kaisers die schwitzenden Statisten abgaben, des Abends mit leeren Taschen nach Hause gekommen sind. Der Wagen des Monarchen rollte davon, die donnernden Hochrufe verhallten, und im festlichen Theater wurden die letzten Lichter verlöscht... Noch ließ sich im Bankettsaale Herr Krupp als Nährvater seiner Arbeiter und seiner Journalisten feiern; aber in den guirlandengeschmückten Hütten von Berndorf hatten die Arbeiter längst die Journalisten dementiert....

Und nun denunciere ich Herrn Krupp. Für Inserate, Cigarren und sonstige Liebesgaben hat unsere ehrenwerte Publicistik plump genug den heißen Wunsch

des Berndorfer Arbeitervaters in die Welt hinausgeschrieen, dass die Baronie oder ein hoher Orden sein socialpolitisches Werk krönen möge. Nun frage ich: Was hielte wohl der Monarch davon, wenn er erführe, dass Herr Krupp seine Arbeiter für die Spesen seiner Loyalität aufkommen ließ?

Ich weiß nicht, wie der edle Mittler heißt, der den Monarchen bewogen hat, nach Berndorf zu gehen. Aber ob es nun Herr Chlumecky, der sicherlich wedelnd und gunstschnappend dahinterstand, als der Kaiser den Arbeiterfreund ins Gespräch zog, oder ein anderer Nickelmann war, — so viel ist gewiss: Der Kaiser hätte noch vor Schluss der Theatervorstellung Berndorf verlassen, wenn er von dem widerlichen Nachspiel rechtzeitig unterrichtet worden wäre. Nimmer hätte der humane Sinn des Monarchen es geduldet, dass ein Gunstjäger seine Anwesenheit zu Lohnersparung benütze und die Untergebenen statt mit Brot ausnahmsweise mit der Ehre bezahle, ihren Kaiser im Rampenlicht erblicken zu dürfen.

* * *

THEATER- UND GERICHTSSAAL-RUBRIK.

Noch nicht Landesgericht in Strafsachen, — aber die Civilgerichtsbarkeit hat, wie ich schon neulich erwähnte, auch ihr Gutes .... Diese Rubrik hoffe ich so lange fortzuführen, bis die Theaterchroniqueure in reclamehafter Verzückung von übervollen Zuchthäusern uns berichten werden. Bis dahin hat's freilich seinen Weg. Vorläufig gibt es noch immer Leute, die ungestraft — ein Theater leiten dürfen. Jüngst hat der Director einer Variétébühne vor dem Civilrichter ganz unverblümt zugestanden, dass die weiblichen Mitglieder seines Ensembles für ihn nur nach der Vorstellung, als Animiermädchen, in Betracht kommen.

Die Dame, die ihn wegen plötzlicher Entlassung klagt, habe seine Erwartungen schmählich enttäuscht. Der Richter fragt, ob die Sängerin, die der Director nach fünf Tagen schon davonjagte, etwa dem Publicum missfallen habe. Das komme, meint dieser, nicht in Betracht; den Applaus hätten seine Kellner besorgt. Aber gibt es nicht lobende Zeitungsausschnitte in Hülle und Fülle? Auch das kommt nicht in Betracht; das Lob haben seine Journalisten besorgt. All dies ist nicht entscheidend. Der seiner Sache sichere Director wendet sich von dem Richter, der doch in Bühnendingen ein Laie ist, ab, und schleudert der Klägerin die niederschmetternde Frage, die allen Debatten ein Ende macht, entgegen: »Sind Sie jemals nach der Vorstellung von einem Herrn eingeladen worden?« Auch den Richter scheint dies Argument zu überzeugen, und da der Beklagte sich auf die in »seinen Contracten« enthaltene Bestimmung beruft, wonach der Artist sofort entlassen werden kann, wenn seine Leistung nach dem Dafürhalten des Directors nicht entsprechend ist, so erfolgt der feierliche Freispruch.

In einem österreichischen — nicht etwa in einem Budapester — Gerichtssaale durfte die Frage gestellt werden: »Sind Sie jemals nach der Vorstellung von einem Herrn eingeladen worden?«, — und es erfolgte Freispruch. Der Richter hat nach jenem gemüthvollen Vorwurf nicht etwa sofort die Verhandlung unterbrochen und wegen dringenden Verdachtes der Gelegenheitsmacherei den Act an die Staatsanwaltschaft geleitet. Nein, es wurde weiter das Für und Wider gegen eine Artistin erwogen, die in so eclatanter Weise ihre Pflicht vernachlässigt hatte, und da ihr Benehmen einer Vertragsbestimmung zuwiderlaufe, diese aber »gesetzlich zulässig« sei, wies der Richter das Klagebegehren der Dame ab. Lesen die Herren Parlamentarier außer den innerpolitischen Notizen aus Saaz und Cilli noch irgendeine Rubrik in den Tages-

blättern? Erschrecken sie nicht, wenn ihnen im Gerichtstheile erzählt wird, was alles in Oesterreich »gesetzlich zulässig« ist? Werden sie nicht endlich einsehen, dass selbst auf dem scheinbar fernsten Gebiete noch immer für eine allgemeine Cultur vitalere Fragen der Erledigung harren, als die der gemischtsprachigen Aufschrift auf den ärarischen Spucknäpfen? Und ist denn die gesetzliche Einschränkung der Theaterwillkür, ist Schutz und Hebung des ausgebeuteten Coulissenproletariats wirklich das Letzte, woran eine Volksvertretung zu denken hätte? Ein jeder der Herren, die sich nun schon das dritte Jahr zu lärmendem Müßiggang zusammenfinden, müsste sich in die Seele schämen, dass heute in öffentlicher Gerichtsverhandlung ein Theaterunternehmer eine entlassene Künstlerin versäumter Dirnenpflichten beschuldigen darf und dass auf geradem Wege kein Richter eine gesetzliche Handhabe gegen das Unerhörte hat.

Und die Presse? Sie referiert und plaudert, fördert Illusionen und deckt, wenn's den Sinnen zahlender Gaffer schmeichelt, hin und wieder ein Tricotgeheimnis auf. Schnüfferl riecht nur, richtet nicht. Herr Bordenave aber weiß, dass ihn seine Zutreiber, die in den Wiener Redactionen sitzen, im Momente der Gefahr nicht im Stiche lassen werden. Der Theaterdirector nimmt Stücke an, weist einträgliche Uebersetzungen zu und vertraut schließlich darauf, dass auf freiem Platze ein freies Wort nicht vernehmbar wird. Der Besitzer des »Etablissements« unterhandelt mit Journalisten nicht, sondern gibt der Zeitungsadministration Aufträge. Neuestens ward zwar die culturelle Bedeutung des Variété entdeckt, das die Quintessenz aller modernen Nervenkunst enthalte. Aber was hilft's? Die Administration empfände den Culturzuwachs als Einbuße. So unterstehen denn die Premièren eines Rauchtheaters dem kunstkritischen Ermessen des Inseratenagenten. Und da der Tarif als Maßstab für artistische Fähigkeiten dient, verflacht jedes Genre, verdorrt alles Können.

Das Publicum geht in das Carltheater gewiss nicht in weihevollerer Stimmung als in Herrn Blasels Colosseum. Aber dorthin leitet uns eine, wenn auch noch so corrupte, noch so leicht auf ihre Privatambitionen zu prüfende Kritik. Zum Variété ladet ein unermüdlich lobendes Inserat. Es sei hier nicht die Frage entschieden, ob wirklich im Qualm der Rauchtheater neue Culturtriebe gedeihen könnten. Ich bin da wesentlich anderer Meinung und glaube, dass überall dort, wo eine »große Vorstellung mit glänzendem Programm« angekündigt steht, wo »nach der Vorstellung Concert im Wintergarten« stattfindet, ein Sanitätscordon Aufstellung nehmen und nur jenem Theil der Bevölkerung Eintritt gestatten sollte, der sich mit Börsekarten auszuweisen imstande ist. Aber ich kann den Geschmack nicht missbilligen, dem das Treiben der amerikanischen Clowns noch immer mehr Sinn zu verrathen scheint, als ein Textbuch von Herrn Léon oder Bauer, an Grazie mag sich kühn die letzte Trapezkünstlerin mit Frau Kopaczi-Karczag messen, und der Verwandlungskomiker Eisenbach, der im Hôtel Stefanie auftritt, scheint mir auf einer ungleich höheren Stufe der künstlerischen Gesittung zu stehen und einen ungleich besseren Humor zu besitzen, als Herr Steinberger vom Carltheater oder sonst ein Todtengräber der Wiener Operette. Es ist nicht recht erfindlich, warum die Vorstadtbühne — ich denke natürlich immer nur an ihren heutigen Zustand — vor dem Tingltangl das Recht auf kritische Controle voraus haben soll. Nur zu oft ist diese den Novitätenprogrammen weit mehr als den Novitäten gegenüber geboten.

Aber die Leiter der Rauchtheater mögen unbesorgt sein. Wenn nicht hin und wieder die Gerichtssaalrubrik über ihr Treiben Aufschluss liefert, kein Wiener Redacteur wird durch ein hartes Wort im Theatertheil den Verlust seiner Jahreskarte riskieren. Und so wird hier die Beurtheilung der künstlerischen Leistungen nach

wie vor auf administrativem Wege geregelt; bei größeren Inseratenaufträgen tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein. Begibt sich hinter den Coulissen, was irgend von Belang wäre, so schafft erst eine Gerichtsverhandlung Klarheit. Dann erfahren wir freilich auch Näheres über die Beziehungen zwischen Presse und Orpheum, und Herr Director Kriebaum ist so ungeschickt, alles Wissenswerte zu verrathen. Die entlassene Liedersängerin legt dem Richter die Zeitungsausschnitte vor, die glänzende Recensionen über ihr erstes Auftreten enthalten. Der Applaus, den sie erhielt, war das Werk des Directors; den haben, wie Herr Kriebaum stolz ausrief, »seine Kellner« besorgt. Was wird er zu dem gedruckten Beifall sagen? Die arme internationale Liedersängerin ahnt nicht, dass den — seine Journalisten besorgt haben. »Diese Recensionen sind mein Werk, um aus den Artisten etwas zu machen!«, bemerkt der Director mit verstärkter Genugthuung.

Das war aufrichtig, aber nicht vorsichtig. Konnten die Blätter den Zwischenruf verzeichnen? Etliche straften den Director, indem sie von seinem Bedauern, dass die Sängerin »niemals von einem Herrn eingeladen« wurde, schonungslos Notiz nahmen. Ohne weitere Bemerkung thaten sie's, wiewohl das seltene Wort einen socialkritischen Commentar reichlich verdient hätte, — aber sie thaten's. Sich selbst konnten sie durch Preisgabe des andern Ausspruchs nicht brandmarken. Und wer am letzten Dienstag die Gerichtssaalberichte der einzelnen bürgerlichen Blätter verglich, dem ergab sich folgende hübsche Zusammenstellung: Die ‚Neue Freie Presse‘ beweist ihr Interesse an der eigenartigen und in so vieler Beziehung aufschlussreichen Verhandlung, indem sie sie nach altem Brauche »todtschweigt«. Das ‚Neue Wiener Tagblatt‘ lässt sich die pikante Angelegenheit nicht entgehen, unterdrückt aber die unterbliebene Einladung ins Chambre séparée wie die Versicherung des Herrn Kriebaum, dass das

Zeitungslob sein Werk sei, und erwähnt nur trocken, dass ‚zahlreiche Zeitungsausschnitte, die glänzende Recensionen enthalten, vorgelegt' wurden. ‚Fremdenblatt' und ‚Wiener Tagblatt' verschweigen Chambre séparée wie Recensionen. Die ‚Oesterreichische Volkszeitung' vertheidigt den Mann, der zwar während der Verhandlung wiederholt schmerzlich constatiert hatte, dass die Gegnerin keine »Bekanntschaften« besessen habe und von »keinem Herrn« eingeladen worden sei, der aber von den weiblichen Mitgliedern seiner Truppe ‚gewiss nichts fordert, was ihre sittliche und moralische Empfindung verletzen mag'; das Blatt erwähnt, dass ‚glänzende Recensionen vorgelegt' wurden. Das ‚Neue Wiener Journal' ändert nichts, — bis auf einen einzigen Buchstaben; es lässt den Orpheumdirector ausrufen: »Diese Recensionen sind ein Werk, um aus den Artisten etwas zu machen!« ...

Und so wird's gemacht. Die Blätter haben, wie man sieht, mit allen Mitteln die Ungeschicklichkeit des Herrn Directors zu reparieren gewusst. Die Fäden waren ein Weilchen bloßgelegt, — jetzt sieht sie kein normaler Zeitungsleser mehr. Ein Bühnenleiter freilich wäre einer ähnlichen Unvorsichtigkeit nicht fähig; nie würde ihm bei einer Gerichtsverhandlung das Wort entschlüpfen: »Die Kritiken waren so glänzend, weil ich die Herren vom ‚Wiener Tagblatt' täglich mit Freikarten gefüttert, weil ich vom Herrn Landesberg ein Stück angenommen, weil ich die Einnahme einer Première der ‚Concordia' geschenkt habe und weil meine Künstler im Club der Recensenten gratis auftreten müssen.« Wohl aber könnte es passieren, dass Herr Jauner oder Herr Wild vor Gericht die Versicherung ablegten, die Leistungen ihrer Damen seien nicht entsprechend, da in letzter Zeit so wenig Einladungen von »Herren« erfolgt wären. Vielleicht bringen wir unsere Theaterdirectoren noch zu solch freimüthigem Bekenntnis. Dann mögen aber der Herr Generalintendant der Hoftheater und Herr Schlenther in der Reihe derer

nicht fehlen, die so aufrichtig und herzbewegend von der Zeiten Noth zu klagen wissen. Haben auch sie zu den Hoffnungen sparsamer Bühnenleiter ihre Zuflucht genommen? Es muss wohl so sein. Denn im k. k. Hofburgtheater wirken neuestens drei Damen, die ohne Gage, aber mit einem monatlich zehnmal garantierten Spielhonorar von 3 bis 5 fl. ö. W. engagiert sind . . .

EXMINISTER JĘDRZEJOWICZ, ROTHSCHILD UND — »DIE ZEIT«.

Geehrter Herr! Wenn ich, der in nationaler Beziehung zionistisch gesinnte Jude — allerdings kein zionistischer Parteimann — mich an Sie wegen Veröffentlichung des beigeschlossenen Aufsatzes wende, so geschieht es deshalb, weil ich Ihrem Blatte, nach seinen Antecedentien, allein die nöthige Unabhängigkeit zutraue, jenen in die Oeffentlichkeit zu bringen. Und noch aus einem zweiten Grunde. Ich bin mit Ihrer Stellung zur Judenfrage nicht einverstanden. Allein in Einem bin ich mit Ihnen eines Sinnes: dass diese Leute, die jetzt an der Spitze des Judenthums stehen oder, wie sich der Sectionschef v. Gniewosz, der gewiss kein Antisemit ist, auszudrücken pflegt, »von Oben schwimmen«, dem Judenthum weder zur Ehre noch zum Nutzen gereichen, sondern dass sie vielmehr ihr Judenthum missbrauchen, indem sie als dessen »Repräsentanten« Orden, Titel und Ehrenämter zu ergattern streben. Und je ärger es der Judenschaft geht, je mehr der jüdische Mittelstand durch den Boykott der Antisemiten ohne Unterschied der Nationalität wirtschaftlich bedrängt

und der jüdische Arbeiterstand infolge Unduldsamkeit der Unternehmer ohne Unterschied der Confession*) declassiert oder zur Auswanderung gezwungen wird, desto besser geht es jenen Herren, da die Regierung es für rathsam hält, als Beweis ihres »Wohlwollens« für die Juden dem Einen oder Andern irgendeine der ersehnten Auszeichnungen zu ertheilen. Man gehe nach Berlin oder Paris, und man wird hören, wie dort die besten Juden nur mit Hohn und Verachtung von den »Wiener Juden« sprechen. Wir haben in Wien einen fleißigen und braven jüdischen Mittelstand, wir verfügen über ein ehrlich strebendes jüdisches Proletariat, aber auch diese müssen das Odium tragen, weil es eine gewisse Coterie von Finanzbaronen, Börseanern und ihren Werkzeugen verstanden hat, sich in den Vordergrund zu drängen, alle Curatorien und wichtigen Körperschaften an sich zu reißen und das geistige Leben des Judenthums zu versumpfen. Man könnte sich darüber vielleicht mit Verachtung hinwegsetzen. Aber der Preis, den das Judenthum diesen Herren für ihre »Führerschaft« bezahlen muss, ist ein zu hoher, und er wird immer größer. Jetzt geht es schon an das bare Geld, jetzt halten diese Herren schon dabei, dass sie öffentliche Fonds, die für die armen Juden Russlands und Galiziens bestimmt sind, zur finanziellen Rangierung eines zahlungsunfähigen Ministers heranziehen wollen, um sich seine Gunst zu bewahren.

Die neueste Leistung dieser Herren könnte man betiteln:

Die Gründungsgeschichte einer jüdischen Ackerbauschule.

Die »Baron Hirsch'sche Schulstiftung für Galizien und Bukowina«, deren Statuten vor mehr als acht Jahren nach Ueberwindung vielfacher »autonomistischer«

*) Bekanntlich gibt es zahlreiche jüdische Unternehmungen, in denen kein jüdischer Arbeiter aufgenommen wird, z. B. Witkowitz und Mähr.-Ostrau.

Schwierigkeiten von der Centralregierung genehmigt wurden — der Stiftsbrief ist erst in jüngster Zeit vom Ministerium bestätigt worden —, hatte in den genannten Ländern eine dreifache Aufgabe zu erfüllen: den armen jüdischen Kindern den Volksschulunterricht zugänglich zu machen, sie dann dem Handwerke zuzuführen oder aber in der Landwirtschaft auszubilden. Dem ersten Zwecke wurde die Stiftung gerecht. Ueber fünfzig Volksschulen wurden auf ihre Kosten in Galizien errichtet, die im letzten Schuljahre eine Frequenz von 7640 Kindern aufzuweisen hatten; außerdem wurden die bei den meisten Volksschulen abgehaltenen Abendcurse für erwachsene Analphabeten von 1997 Personen besucht. Dieser Zweig der Stiftungsthätigkeit war auch den galizischen Machthabern nicht unwillkommen, weil das Land in Bezug auf seine Verpflichtung zur Errichtung und Erhaltung von Volksschulen bedeutend entlastet wurde.

Ganz anders stand es aber mit der Verbreitung von Landwirtschaft und Handwerk unter dem jüdischen Proletariat. Das war nicht nach dem Geschmacke der galizischen Politiker, denn es bildete einen Ersatz für den wirtschaftlichen Boykott, den sie in der Form von »christlichen Kaufhallen«, Salzverschleißmonopol und dergleichen über die Juden verhängten. Die Schlachta braucht höchstens jüdische Desperados, die bei den Wahlen die ärgsten Cortège-Dienste leisten, aber keinen jüdischen Handwerker- oder Bauernstand. Darum hat auch Graf Piniński sofort nach Antritt seines Amtes unter Ueberschreitung seiner Competenz den § 18 der Gewerbe-Ordnung, womit lediglich für die Schankconcession in den Städten die behördlich constatierte »Verlässlichkeit und Unbescholtenheit« verlangt werden, auch aufs Land ausgedehnt, um die jüdischen Schankwirte nur ganz der Willkür der Bezirkshauptleute auszuliefern. Man kann sich's ja denken, welcher Schankwirt dem Bezirkshauptmann in Galizien »verlässlich« erscheint! . . . .

Die von der Baron Hirsch'schen Stiftung in Krakau errichtete musterhafte Handwerkerschule musste also bald aufgelassen werden, da ihr die Regierung, trotz dem ausgezeichneten Gutachten des Gewerbeschul-Inspectors, kein Oeffentlichkeitsrecht ertheilen wollte, und die Versuche, eine jüdische Ackerbauschule in Galizien zu errichten, scheiterten an dem Widerstande der galizischen Landesbehörden und der Regierung, die der Siftung das Recht dazu absprachen. Das Curatorium, vom Baron Hirsch zumeist aus den Börse- und Bankkreisen angehörenden Personen zusammengesetzt, war zu — loyal, um sich aufzulehnen.

Allein die Ueberleitung des jüdischen Proletariats in Galizien, dem in diesem industrielosen Lande jede Arbeitsgelegenheit fehlt, zum Ackerbau ist für die galizische Judenschaft und für Galizien selbst eine höchst vitale Frage. Und der Anfang konnte erst mit der Jugend gemacht werden, die in einer Ackerbauschule herangebildet werden musste. Die Baron Hirsch'sche Stiftung wollte oder durfte nach dieser Richtung nichts unternehmen. So wandten sich denn wahre, außerhalb dieser Stiftung stehende Freunde der galizischen Judenschaft an die vom Baron Hirsch begründete »Jewish Colonisation Association« in Paris und versuchten es, diese für die Errichtung einer jüdischen Ackerbauschule in Galizien zu gewinnen. Dies gelang auch. Angesichts der großen Mittel, über die diese Gesellschaft zur »Unterstützung der Juden überall dort, wo sie rechtlos oder entrechtet sind«, verfügt, war die Geldfrage bald gelöst. Aber es blieb noch die Besorgnis, dass die maßgebenden Persönlichkeiten, vom Landsmannminister bis zum letzten Amtsdiener der galizischen Statthalterei, Schwierigkeiten machen könnten, um die Beseitigung des jüdischen Pauperismus, dieser unbedingten Voraussetzung der Schlachzizenherrschaft in Galizien, zu verhindern. So kam die ganze Angelegenheit gar nicht recht vorwärts.

Erst ein glücklicher Zufall sollte den galizischen Juden die so heißersehnte Ackerbauschule bescheren. Der Herr Landsmannminister gerieth in Zahlungsstockung.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier die Gründe darlegen, die den galizischen Landtagsabgeordneten Franz v. Jędrzejowicz im vorigen Jahre gezwungen hatten, sich zu vergiften. Dieser Selbstmord war nur ein Vorbote der kommenden Ereignisse, die zu den weiteren Selbstmorden des Reichsrathsabgeordneten v. Wiktor, des Bankdirectors Dr. Krzyżanowski und zum Zusammenbruche mehrerer galizischer Finanzinstitute führten, aber damit noch immer nicht ihren Abschluss gefunden haben. Franz v. Jędrzejowicz stand vor dem Bankerott, und mit ihm war auch sein Bruder, der Landsmannminister Adam v. Jędrzejowicz, stark engagiert. Jener hat sich vergiftet, dieser hätte sein Portefeuille niederlegen oder zumindest seine Schulden bezahlen müssen. Wie man weiß, geschah jenes nicht, und wie ich versichern kann, hat es mit diesem noch seine Weile. Die Banken wollten selbst dem Minister nicht mehr borgen, und die polnischen Standesherren gehen bei aller Noblesse und trotz ihrem »Patriotismus« nicht so weit, die Schulden ihres Landsmannministers zu bezahlen, der überdies kein Schlachzize ist, weil erst sein Großvater vom österreichischen Kaiser geadelt wurde. Der Herr Minister für Galizien wandte sich nun, ganz im Sinne des polnischen Sprichworts »Jak bieda to do żyda« (»In der Noth geh' zum Juden«), an die — Juden. Aber nicht an die jüdischen Wucherer in Galizien oder an die »Hausjuden« des Polenclubs, denn die sind schon, um ein von Herrn Daszyński häufig gebrauchtes Epitheton anzuführen, »zu schebbig«. Excell. v. Jędrzejowicz näherte sich vielmehr zuerst der berühmten Philantropin Frau Baronin Hirsch, und als dies erfolglos blieb, anderen »Standespersonen«, wie Baron Albert Rothschild, David v. Gutmann, Sigmund v. Bauer und

dergleichen. Und nun sehen wir eine jüdische Rettungsgesellschaft entstehen, mit der Bestimmung, öffentliche, für allgemein jüdische Zwecke bestimmte Gelder unter dem Deckmantel eines öffentlichen Interesses für Privatzwecke eines Ministers flüssig zu machen. Das ist das Resultat ganzjähriger Unterhandlungen und verschiedener Pressionen. Daran ist wohl kaum zu rütteln. Aber es unterliegt keinem Zweifel, dass hier kein Privatgeschäft zwischen dem Herrn v. Jędrzejowicz und den genannten Privatpersonen vorliegt, sondern vielmehr eine eigenartige Transaction zwischen dem Minister für Galizien und den Leitern öffentlicher Fonds unternommen werden soll. Und da darf wohl auch die Oeffentlichkeit etwas erfahren.

Der Sachverhalt ist folgender:

Als Herr v. Jędrzejowicz vorigen Jahres in finanzielle Calamitäten kam, erinnerte er sich plötzlich daran, welche unglaubliche und unbegründete Schwierigkeiten der Baron Hirsch'schen Stiftung bei der Errichtung einer Ackerbauschule von seinen Standesgenossen bereitet wurden. Er beschloss nun, sich der armen galizischen Juden anzunehmen. Alle Schwierigkeiten wollte er beseitigen. Sie sollten die Ackerbauschule endlich haben. Aber unter einer Bedingung: Diese Schule musste auf seinem Gute Słobudka leśna errichtet werden. Dieses stark verschuldete Gut bei Kolomea, 1000 Joch groß, mit zumeist sumpfigem Boden und Gehölz, ist eben noch der letzte Rettungsanker des Herrn Jędrzejowicz. Die Baron Hirsch'sche Stiftung sollte es um 750.000 Gulden abkaufen, und dann wäre Seiner Excellenz geholfen. Zwar hatte sich die Regierung immer auf den Standpunkt gestellt, dass die Stiftung ihr Geld in einem Landgute nicht investieren dürfe, aber der galizische Landsmannminister wollte einmal eine Ausnahme machen — für sich. Dies Geschäft kam nicht zustande. Es scheiterte an der Widerspenstigkeit des Sectionschefs v. Gniewosz, des

Vicepräsidenten dieser Stiftung, der auch dann nicht nachgab, als man ihn von interessierter Seite durch seinen eigenen Bruder Wladimir beeinflussen wollte. Da die Transaction nicht gelang, wandte sich Herr v. Jędrzejowicz mit einer Offerte an die Baronin Hirsch. Als Vermittler fungierte diesmal kein Geringerer als Hofrath — Nothnagel. Der galizische Landsmann-minister war also, wie es scheint, schwer krank. Doch auch die Baronin lehnte höflich ab und wies an die Adresse der »Jewish Colonisation Association«, die mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer Ackerbauschule in Galizien ernstlich beschäftigt war. Es galt nun diese Gesellschaft zu gewinnen. Der Preis des Gutes wurde inzwischen auf 500.000 Gulden herabgesetzt.

Wiederum wurden ehrliche Makler gesucht. Der erste war Dr. Hermann Grünbaum, Vicepräsident der Depositenbank, der dem Minister als ein »einflussreicher« Mann empfohlen wurde. Er ließ den Dr. Grünbaum zu sich kommen und machte ihn aufmerksam, wie sehr er, der galizische Minister, den Juden in Galizien nützen könnte. Allein Dr. Grünbaums Einfluss reicht über die Depositenbank nicht hinaus, und er vermochte beim besten Willen und trotz der verausgabten Summe von mehreren hundert Gulden an Wagengebüren, die ihm niemand zurückerstattete, nichts auszurichten. Inzwischen waren mehrere Monate vergangen, und es drängte die — Gläubigerschaft. Da musste denn doch Einer noch helfen können: Baron Albert Rothschild. An ihn, in dem Herr v. Jędrzejowicz gewiss so einen kleinen König der Juden sieht, wandte er sich. Der freiwillige Adjutant Rothschilds, Herr Sigm. v. Bauer, Vicepräsident des Giro- und Cassenvereines, schloss sich an und zog auch den Präsidenten der Baron Hirsch'schen Stiftung, David v. Gutmann, mit dem Rothschild bekanntlich nicht verkehrt, herbei.

Es begann ein Sturm auf die J. C. A. Die Verwaltungsräthe dieser Gesellschaft verhielten sich sehr reserviert. Wie ich mich selbst während meines jüngsten

Aufenthaltes in Paris überzeugt habe, hält man in diesen Kreisen die »Spitzen« der Wiener Judenschaft für feile Streber und Ordensjäger, die sich in allem lediglich von persönlichen Rücksichten leiten lassen. Und als zum Begräbnisse der Baronin Hirsch drei Curatoren der Baron Hirsch'schen Stiftung (Ritter v. Bauer, Doctor Grünbaum und Dr. Paul Hammerschlag) nach Paris kamen, hat der Verwaltungsrath der J. C. A., Rechtsanwalt Plotke (Frankfurt a. M.), in der Sitzung ausdrücklich erklärt: »Wenn die Wiener Herren Knopflochschmerzen haben, so sollen sie selbst das Geld hergeben und nicht öffentliche Gelder verschleudern.« Dazu kam noch das unglaubliche Verhalten des Herrn Dr. Paul Hammerschlag, Vicedirectors des Giro- und Cassenvereines, der, trotzdem sein Amt als Curator ein Ehrenamt ist, sich für die Ausarbeitung des Stiftsbriefes der »Baronin Hirsch-Stiftung für arme Knaben und Mädchen in Galizien« von den Erben der Baronin Hirsch ein Honorar von 5000 Gulden auszahlen und sich eigens nach Paris zum Begräbnisse der Baronin Hirsch delegieren ließ, um dort seinen Anspruch ohne Wissen seiner Collegen im Curatorium geltend zu machen. Hätte ich davon nicht von sehr zuverlässiger Seite in Paris erfahren, wo man mir mit Entrüstung das erzählte, ich hätte nie geglaubt, dass ein sonst gut situierter Mann sein Ehrenamt in dieser Weise ausbeutet und dabei noch den Rechtsconsulenten der Stiftung, einen armen Advocaten, der ja davon leben muss, schädigt.

Die Intervention der Wiener jüdischen »Spitzen« für Herrn v. Jędrzejowicz reichte also hin, um der J. C. A. von vornherein Misstrauen einzuflössen. Sie beschloss zuerst, sich zu informieren. Baron Brunicki wurde beauftragt, über die Beschaffenheit und den Wert von Słobudka sein Gutachten abzugeben. Es fiel nicht sehr günstig aus. Baron Brunicki schätzte zwar das Gut auf 250.000 Gulden, aber er bemerkte, dass die Drainage des Bodens mindestens weitere 150.000 Gulden

verschlingen würde, ohne dass sich vorraussehen lässt, ob auch nur dieser letztere Betrag Zinsen tragen werde. Das Gutachten enthielt weitere Bemerkungen, die selbst den Schätzungswert von 250.000 Gulden als höchst übertrieben erscheinen ließen. Und Herr v. Jędrzejowicz brauchte dringend eine halbe Million . . .

Jetzt stand schon Rothschilds Prestige auf dem Spiele. Wie, Er, Rothschild, sollte nicht einmal einen galizischen Landsmannminister zahlungsfähig machen können? Jędrzejowicz und dann Graf Roman Potocki müssen ihm recht hart zugesetzt haben. Rothschild fuhr, mit den weitesten Vollmachten ausgestattet, selbst nach Paris. Er kam, besuchte die Verwaltungsräthe von Haus zu Haus, und siegte.

Der Preis des Gutes wurde jetzt schon gar auf 350.000 Gulden herabgesetzt; und darauf hätte die J. C. A. bloß 250.000 Gulden zu geben, Rothschild verpflichtete sich, den Rest aufzubringen. Denn nur unter dieser Bedingung giengen die Pariser Herren auf das Geschäft ein. Das war Rothschilds »Sieg«. Vorsichtsweise ließ die J. C. A. das Gut neuerdings schätzen, und der Sachverständige, Oberamtmann Cohn in Berlin, gab nach mehreren sehr warm gehaltenen Zuschriften, die der österreichische Minister v. Jędrzejowicz an ihn richtete, ein Gutachten dahin ab, dass das Gut die 250.000 Gulden wohl wert sei, die J. C. A. das Gut somit nicht überzahle. Wenn es dritten Personen gefalle, dem Eigenthümer noch 100.000 Gulden draufzuzahlen, so gehe dies die J. C. A. nichts an.

Aber diese 100.000 Gulden sind noch nicht da. Baron Rothschild gibt 50.000, die Firma Gebrüder Gutmann 20.000; es fehlen noch 30.000 Gulden. Und von den anderen Mitgliedern dieser freiwilligen Rettungsgesellschaft mag niemand in den Sack greifen, um sein Scherflein zu diesem Rettungswerke beizutragen. Aber wozu ist Herr David v. Gut-

mann Präsident der Hirsch'schen Stiftung? Da muss diese Stiftung herhalten und die noch fehlenden 30.000 Gulden beisteuern. So wollten es Rothschild, Gutmann und ihre diversen Creaturen. Aber wieder lehnte sich der alte Mann dagegen auf, der schon im Jahre 1868 im galizischen Landtage für die Gleichberechtigung der Juden eintrat und auch als Referent des Gesetzes über die jüdischen Cultusgemeinden im Parlamente den Antisemitismus rücksichtslos brandmarkte: Sectionschef v. Gniewosz. Ihm fiel jetzt die höchst merkwürdige Aufgabe zu, jüdische Interessen gegen Juden vertheidigen zu müssen. In der Sitzung des engeren Curatoriums am 25. September l. J. bezeichnete er die ganze Transaction als unmoralisch. Ein genauer Kenner der galizischen Verhältnisse, erklärte er, dass in Słobudka das Joch nicht 350 Gulden, sondern mit Ausnahme von 50 Joch, die an Bauern verpachtet sind, höchstens 80 bis 90 Gulden wert sei, und dass man in Galizien um 100.000 Gulden ein bereits bewirtschaftetes, viel besseres Gut erhalten könne, als Słobudka, das ohne die nothwendige Schuleinrichtung und die Wirtschaftsgebäude schon 400.000 Gulden kosten soll. Herr v. Bauer meinte zwar, die Moral gehe ihn nichts an, hier entscheide das Interesse, doch Herr v. Gniewosz wusste schlagfertig zu erwidern, dass Herr v. Bauer sich wohl in seinen Privatgeschäften von moralischen Rücksichten nicht leiten zu lassen brauche, die Stiftung aber sei ein öffentliches Institut. Diese Sitzung fand zwei Tage nach der Demission des Ministeriums Thun statt, und Herr v. Gniewosz hatte diesmal einen leichten Stand. Selbst diejenigen, die ihn aus der Stiftung hinausekeln möchten, weil er unbeugsam nach oben die Interessen der Stiftung vertritt, schlossen sich seinem Antrage an, die Herren Dr. Grünbaum und Dr. Adolf Stein, Rechtsconsulent des Herrn Rothschild, nicht ausgenommen. Die Stiftung gibt keinen Groschen. Baron Rothschild ist aber gebunden, und er muss die ganzen 100.000 Gulden

aufbringen. Im ärgsten Fall wird er aus eigener Tasche noch weitere 30.000 zuschießen.

Es ist daran nicht zu zweifeln, dass das Geschäft zum Abschlusse gebracht werden wird. Die J. C. A. wird um 250.000 Gulden ein minderwertiges Gut erwerben, und sie wird, wie erst in den letzten Tagen Staatsrath Tisserand aus Paris an Ort und Stelle bestätigte, ein großes Capital auf die Drainage verwenden müssen. Aber die Herren Rothschild, Gutmann und Consorten werden die Genugthuung haben, einen galizischen Minister vor dem Bankerott gerettet zu haben. In Borysław starben Hunderte jüdischer Bergarbeiter an Hungertyphus; in den Schwefel-Zündhölzchenfabriken von Kolomea, Skole, Bolechów müssen zwölfjährige jüdische Kinder ihren Organismus vergiften, um zwanzig Kreuzer täglich zu verdienen, in den kleinen galizischen Städten spottet das Elend des jüdischen Massenproletariats jeder Beschreibung — aber was ist das alles gegen die Zahlungsstockung eines galizischen Landsmannministers?! — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — —

Dieser »Gründungsgeschichte«-Artikel hat selbst schon eine eigene Vorgeschichte. Nachdem ich die Informationen, von denen ich die meisten in Paris und Berlin erhielt, in jenem Artikel zusammengefasst, überlegte ich, an welches Blatt ich mich eigentlich wegen der Veröffentlichung wenden sollte. Ich beschloss, es zuerst mit der ‚Zeit‘ zu versuchen. Dieses Blatt, in dem ich früher wiederholt Arbeiten publiciert habe, gilt ja als radical, unabhängig, anticorruptionistisch u. s. f. Am 28. September traf ich den Herausgeber der ‚Zeit‘ und Redacteur des politischen Theils, Herrn Dr. Kanner, im Café Arcaden. Ich fragte ihn, ob sein Blatt von Rothschild, Gutmann und den Wiener Bankdirectoren derart unabhängig sei, dass es einen gegen mehrere dieser Herren gerichteten Artikel veröffentlichen könnte. Herr Kanner meinte lächelnd: selbstverständlich. Ich fragte ihn weiters, ob er mir versprechen könne, gar

keine meiner Informationen zu benützen, falls er meinen Artikel nach näherer Kenntnisnahme von dessen Inhalte nicht publicieren würde. Herr Kanner gab mir darauf sein Wort. Ich glaubte, mich damit begnügen zu können, und erzählte ihm den ganzen Sachverhalt. Herr K. erwiderte, dass er etwas von Słobudka gehört habe — eine kurze Notiz über den angeblich schon erfolgten Ankauf des Gutes Słobudka stand nämlich vor Monaten im ‚Deutschen Volksblatt', das diese Notiz dem Krakauer ‚Glos Narodu' entnommen hat —, er sei jedoch nicht in der Lage gewesen, Näheres zu erfahren; ich möge ihm den Artikel nur recht bald zukommen lassen. Am nächsten Mittwoch, den 4. October, war der Artikel bereits in den Händen des Herrn K. Bei Uebernahme versprach er mir für den nächsten Samstag die Zusendung der Correctur des Artikels, dessen voller Inhalt ihm aus meinen früheren Mittheilungen schon bekannt war. Er meinte noch, ich möge zu Gott beten, dass der Buchdrucker-Strike inzwischen nicht ausbreche.

Ich habe zu Gott nicht gebetet, und der Strike ist dennoch nicht ausgebrochen. Aber ich habe am Samstag die Correctur nicht erhalten. Ich wartete bis Dienstag; Herr K. ließ noch immer von sich nichts hören. Da beschlich mich so etwas wie eine Befürchtung, dass mein Artikel missbraucht werden könnte. Ich begab mich nachmittags in die Redaction der ‚Zeit'. Vor dem Locale angelangt, sah ich unmittelbar vor mir Herrn K. eintreten. Ich läutete. Eine Comptoiristin öffnete und fragte nach meinem Namen und Begehr. Ich gab ihr die gewünschte Auskunft, worauf sie sich entfernte, um Herrn K. ausfindig zu machen. Aber dies gelang ihr nicht. So behauptete sie, und fügte hinzu: »Herr K. dürfte erst später kommen.« Nun musste ich die arme Comptoiristin Lügen strafen. Ich erklärte ihr: »Herr K. ist da, und ich muss ihn dringend sprechen. Sagen Sie ihm das.« Das half auch. Die Comptoiristin wurde roth und meinte, sie werde

das dem Herrn K. melden. Aber noch immer sollte mir nicht vergönnt sein, ihn von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Die Comptoiristin brachte mir die unheimliche Botschaft, Herr K. habe plötzlich ein Halsleiden bekommen, und ich möge ihr sagen, was ich von ihm wünsche. Herr K. schien mir infolge seines Halsleidens gedächtnisschwach geworden zu sein. Ich ließ ihn also an das ihm übergebene Manuscript erinnern. Darauf erhielt ich, wiederum durch Vermittlung der Comptoiristin, zur Antwort, er habe den Artikel noch gar nicht gelesen und werde mir schon schreiben. Ich überließ Herrn K. mitleidsvoll seinen Halsschmerzen, bedankte mich bei der Comptoiristin für ihre diplomatischen Bemühungen und gieng fort.

Ich hatte jetzt Grund, Verdacht zu hegen, und verlangte am nächsten Morgen von Herrn K. in einem kurz und kategorisch gehaltenen Kartenbrief die umgehende Retournierung meines Manuscripts. Nachts begegnete ich zufällig dem Herrn K. auf dem Franzensring und stellte ihn zur Rede. Er entschuldigte sich, dass er mich nicht empfangen konnte, weil er sich den Magen verdorben habe. Er erklärte, von meinem Briefe überrascht worden zu sein, so dass er nicht mehr Zeit hatte, den Artikel zum zweitenmal zu lesen. Der Artikel enthalte übrigens eine Menge Details, über die er sich erst erkundigen müsste. Allein, da ich es verlangte, habe er mir den Artikel retourniert. Zum Schlusse der längeren Unterredung gab mir Herr K. zwei väterliche Rathschläge auf den Heimweg mit:

Zuerst sagte er, ich möge den Artikel gar nicht veröffentlichen, denn das wäre ein »Fressen« für die Antisemiten.

Dann meinte er, der Artikel gehöre eigentlich nur in specifisch jüdische Blätter.

Am nächsten Morgen erhielt ich auch wirklich mein Manuscript zurück. Der beigeschlossene Brief lautet:

Wien, den 11. October 1899.

Werter Herr Doctor! Ich habe bedauert, gestern nachmittags durch Unwohlsein verhindert gewesen zu sein, Ihren Besuch zu empfangen. Ihre heutige Zuschrift überrascht mich. Ich habe inzwischen meine vorher eingeleiteten Recherchen fortgesetzt und hätte gern nochmals über die Sache mit Ihnen gesprochen. Der kategorische Ton in Ihrer Zuschrift aber veranlasst mich, Ihnen Ihr Manuscript ohneweiters zurückzuschicken.

Ergebenst Kanner.

Damit war die Sache für ihn erledigt, umsomehr, als er mir ja selbst gerathen hatte, von der Veröffentlichung in einem nicht specifisch jüdischen Blatte abzusehen. Dass er mein Material in seinem Blatte und nach Zurückziehung meines Artikels ohne meine Zustimmung verwerten könnte, brauchte ich auch nicht zu befürchten, da dies sowohl dem Gesetze über das literarische Eigenthum als auch allen Regeln der journalistischen Gepflogenheit widerspricht und mir Herr K. noch außerdem dies ausdrücklich mit seinem Worte verbürgt hatte.

Am 14. October, drei Tage nachdem mir der Herausgeber der ‚Zeit‘ meinen Artikel, der durch sieben Tage in seinen Händen gewesen war, zurückgeschickt, erschien in der ‚Zeit‘ (S. 28) unter der Rubrik »Die Woche« folgende Notiz von 50 Druckzeilen:

»Der durch den Sturz des Ministeriums Thun-Kaizl am tiefsten Betroffene ist, wie schon erwähnt, der Herr v. Jędrzejowicz. Im Amtskalender war ihm nur die bescheidene Stellung eines Ministers für oder aus Galizien eingeräumt. In ‚Venedig in Wien‘ und auf der Ringstraßenpromenade hatte er eine viel wichtigere, die vielbeneidete Stellung eines Flügeladjutanten des Grafen Thun, den er auf allen Vergnügungswegen begleitete. Das war eine Machtstellung ersten Ranges, und mit ihrem Zauber hoffte er zur Deckung seiner Schulden zu gelangen. Nicht, dass er vom Grafen Thun selbst die nöthigen Moneten erwartet hätte. Der durchtriebene Armenier nahm vielmehr an, dass die reichen Juden, besonders nach den galizischen Judenverfolgungen des vorigen Jahres, sich eine besondere

Ehre daraus machen würden, sich mit dem Vertrauensmann des großen Staatsretters und dem galizischen Specialminister gut zu verhalten, wenn's auch einige Hunderttausende kosten sollte. Darauf baute er seine Speculation auf. Herr v. Jędrzejowicz besitzt in der Nähe von Kolomea einen circa 1000 Joch umfassenden Strich uncultivierten Bodens, Słobudka leśna genannt. Diesen gab er als Gut aus und stellte nun durch gefällige Vermittler an reiche Juden das Ansinnen, dass sie es ihm abkaufen sollten. Natürlich nicht aus ihrem Privatvermögen. Wozu wären denn die öffentlichen jüdischen Wohlthätigkeitsinstitute da, wenn nicht, um verarmte Edelleute vor dem Untergange zu retten! Zunächst war die Wiener Baron Hirsch-Stiftung als Melkkuh ausersehen. Doch da stellte sich der rechtliche Sinn des Curators v. Gniewosz entgegen. Also wandte man sich nach Paris. Die von den Rothschilds beeinflusste ‚Jüdische Colonisations-Gesellschaft' in Paris, die sogenannte ‚Ika', deren Verwalter von galizischen Bedürfnissen sicher keine Ahnung haben, sollte das Gut zum Zwecke der Errichtung einer jüdischen Ackerbauschule ankaufen. Die 1000 Joch sind nach den optimistischen Schätzungen höchstens 250.000 fl. wert, doch auch nur dann, wenn sich der Käufer entschließt, 150.000 fl. darin zu investieren, um aus der uncultivierten Strecke eine wirkliche Oekonomie zu machen. Herr v. Jędrzejowicz aber verlangte — Frechheit schadet nie — 700.000 fl. Doch ließ er mit sich handeln und gieng später auf 350.000 fl. herunter. Die Superprämie, die er auf Conto seiner Adjutantenstellung berechnete, betrug wohl noch immer mindestens 100.000 fl., aber soviel schien gewissen reichen Juden die Gunst des Herrn v. Jędrzejowicz wert zu sein. So fassten sie den Plan, dass die ‚Ika' für das Landstück 250.000 fl. bezahlen und sie selbst ihm noch 100.000 fl. aus Eigenem draufzahlen sollten. Die 100.000 fl. sollten eben unter den reichen Juden subscribiert werden. Da fiel der Graf Thun und mit ihm auch sein Flügeladjutant. Darüber ist das feine Geschäft jetzt fraglich geworden. Ein alter Satz sagt: ‚Aufs Gehabte gibt der Jud' nichts', und deswegen ist beinahe zu befürchten, dass sich die reichen Juden von der ‚Ika' und Umgebung dem abgethanenen Flügeladjutanten gegenüber nicht so splendid erweisen werden, wie dem diensthabenden. Sollte also dem Herrn v. Jędrzejowicz in den jetzigen galizischen Finanztrubeln etwas Menschliches passieren, so geht er nicht an den vielen Geld-

wechseln zugrunde, die er in Umlauf gesetzt, sondern an dem Ministerwechsel, an dem er sicher doch am wenigsten schuldig ist — ein politischer Märtyrer vor dem Wechselgericht!«

Diese Notiz erschien unter den bekanntlich von Herrn K. geschriebenen »Politischen Notizen«, die mit dem bekannten Zeichen dieses Herrn, einem knieenden Schützen, versehen sind.

Vergleicht man die Notiz mit meinem Artikel, so ist ersichtlich, dass Herr K. die von mir gesammelten Informationen und Thatsachen, somit mein Material, ohne mein Wissen, gegen meinen Willen benützt und mit seinem Namen unterfertigt hat.

Was er mir nicht entnommen, sondern lieber verschwiegen hat, das sind die Namen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten. Statt diese festzunageln, hat er lieber einen Pauschal-Angriff gegen »die reichen Juden« vorgezogen, obwohl es unter diesen gewiss manche gibt, die es gar nicht verdienen, in solchem Zusammenhange genannt zu werden. Warum Herr K., der selbst Ministern gegenüber unerschrocken ist, die Herren Rothschild, Gutmann, Bauer und sonstige Bankleute schont und lieber gerade in einer den Antisemiten willkommeneren Weise generalisiert, indem er »die reichen Juden« angreift, — das weiß nur er selbst und vielleicht seine Redactionscollegen. Thatsächlich ist die Glosse in der Form, die ihr Herr K. gegeben, in vielen Antisemitenblättern nachgedruckt worden, und ich kann mir nur denken, dass Herrn K. der Ehrgeiz beseelt hat, das »Fressen« für die Antisemiten selbst zu servieren.

Wenn er die in meinem Artikel den Thatsachen gemäß erwähnte Summe von 750.000 Gulden willkürlich auf 700.000 Gulden herabsetzt, so ist das nur ein Mätzchen, das kaum jemanden täuschen wird.

Was Herr Kanner an mir begangen hat, das nenne ich einen Missbrauch des Vertrauens und einen Eingriff in das literarische Eigenthum. Er wird wahr-

scheinlich anderer Meinung sein. Ich habe die Sache daher dem Landesgerichte zur Entscheidung unterbreitet.

Wien, im October. Dr. Saul Rafael Landau.*)

Der Kaiser hat die Zurückziehung der Sprachenverordnungen befohlen und damit eine nothwendige Verfügung aus dem Kreise jener Maßregeln ausgeschieden, für die man ein neues Ministerium verantwortlich machen würde. So haben die Thore des Abgeordnetenhauses sich wieder öffnen können, und das holde Spiel von Verfassungsleben — ein Schein, und darum oft schöner und mehr geliebt als Wahrheit — kann wieder beginnen. Am Mittwoch trug Graf Clary dem Parlament die Erklärung des Ministeriums Koerber vor. Denn das ist die jetzige Regierung. Wie stets in Oesterreich, ist auch diesmal die Person des leitenden Aristokraten politisch gleichgiltig; seiner Repräsentationsfähigkeit halber steht er an der Spitze, und wesentlich diese wird in der Oeffentlichkeit besprochen. Sprach man von Thun, so musste das Monocle herhalten, und am Grafen Clary hat scharfen Kritikern die Nase nicht gefallen; am Mittwoch ist auf der Gallerie des Abgeordnetenhauses vielfach der Name Cyrano genannt worden

*) Ich habe der Zuschrift eines Literaten, dessen politisch-culturelle Tendenzen den meinen zuwiderlaufen, Raum gegeben: Ich wollte die vollständige Darlegung der Geschichte von Słobudka leśna der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten, ich wollte aber auch vor derselben Oeffentlichkeit einem Schriftsteller zur Geltendmachung der Rechte seines geistigen Eigenthums meine Hilfe nicht versagen.

Anmerkung des Herausgebers.

Aber nach den Ansichten und Absichten des Grafen Clary fragt man nicht viel; er hat, seit er berufen ward, mit Abgeordneten und Zeitungsschreibern viel gesprochen und sich dabei mehrfach widersprochen. Herrn Stransky gegenüber hat er Aeußerungen gethan, die er dann officiell dementieren ließ, die aber der mährische Jungtschechenführer correct wiedergegeben zu haben beeiden will; zu Herrn Kirchhoff aus Berlin hat er sich über die Möglichkeit einer neuerlichen Anwendung des § 14 in zweideutiger Weise geäußert, obgleich er doch mit dem stricten Befehl, den Nothverordnungs-Paragraphen nicht anzuwenden, berufen worden ist. Man muss die Entgleisungen des Herrn Grafen Clary nicht tragisch nehmen, denn Herr v. Koerber gilt als ein erfahrener Politiker, der »weiß, was er will«. Nun will dies aber auch die Oeffentlichkeit wissen. Die Erklärung, die Mittwoch im Parlament verlesen wurde, hat darüber keine Klarheit gebracht; niemand kann ihr entnehmen, was mit dem Ausgleich geschehen soll, niemand weiß, wie die Regierung über den § 14 denkt.

Die Berathung der Dringlichkeitsanträge der bisherigen Opposition wird über diese Frage bald Aufschluss geben. Ob das Ministerium, das die geltende Verfassung pflichtgemäß hochhalten will — Graf Thun hat seinerzeit dasselbe erklärt, und jeder Minister leistet darauf einen Eid —, den § 14 als einen integrierenden Bestandtheil dieser Verfassung betrachtet, wird sich ja weisen. Anwenden darf es ihn auf keinen Fall. Dringlich ist es aber, zu einer Entscheidung darüber zu kommen, wie die definitive Regelung des Ausgleichs aussehen soll. Kein Mensch glaubt ernsthaft, dass im jetzigen Zeitpunkte mit den Arbeiten der Herren Bilinski und Kaizl tabula rasa gemacht werden könne. Und diejenigen, die ein solches Verlangen stellen, wären verlegen, anzugeben, was geschehen solle, wenn es erfüllt würde. Es handelt sich also offenbar darum, zu retten, was noch zu retten ist. Dass nun, angesichts der heutigen

Finanzlage Ungarns, die österreichische Regierung sich in einer unerwartet günstigen Lage befindet, ist klar. Sie wird das »Schlussjunctim«, den Zusammenhang zwischen Quotenerhöhung und Ueberweisungsverfahren, ohne sonderliche Energie durchsetzen können. Sie kann aber offenbar noch ein zweites thun. Gerade an demjenigen, was in Oesterreich als drückendste Last empfunden wird und eine wirkliche Volksbewegung hervorgerufen hat, an der Zuckersteuererhöhung hat Ungarn kein beträchtliches Interesse; denn die jenseitige Reichshälfte hat lediglich ihre Zuckersteuer und Zuckerverschleißsteuer unificiert, was ein Ersparnis an Verwaltungskosten bedeutet. Die Wiederherstellung des alten Zustandes würde also Ungarn nicht sonderlich berühren, und es würde darin keinen casus belli erblicken. Bei uns aber wäre die unpopulärste Maßregel, die noch dazu, dank unserer Budgetlage, als unnöthig erscheint, beseitigt. Freilich müssten dann die neuen Geschütze des Herrn Krieghammer und die Flottenpläne des Herrn Spaun noch ein wenig warten.

* * *

»Am letzten Empfangstage beim Minister des Innern, Dr. v. Koerber,« berichtet die ‚Neue Freie Presse‘, »erschien unter den zahlreichen Persönlichkeiten auch ein alter Oberst, der stramm salutierend in den Vorsaal trat und dem Thürsteher, der die Anmeldung der Harrenden dem Minister erstattete, mit lauter Stimme folgenden Auftrag gab: ‚Sagen Sie Sr. Excellenz, ich bin der Commandant des Regiments, in welchem er als Einjährig-Freiwilliger gedient hat.‘« Der Oberst sei alsbald freundlich vom Minister empfangen worden, und die herzlichen Worte, die die beiden Herren wechselten, seien bis in den Vorsaal gedrungen. Gerührt von diesem Idyll, fügt der Reporter die tiefsinnige Betrachtung hinzu: »Vom Einjährig-Freiwilligen zum Minister, das ist ein weiter

Weg; Dr. v. Koerber hat ihn aber in nicht ganz 27 Jahren zurückgelegt.«

Ich kann den ganzen Vorfall nicht allzu rührend finden. Herr v. Koerber mag sich eher gewundert haben, dass der alte Oberst ihm erst jetzt gratulierte und nicht schon damals, als er zum erstenmal Minister wurde; denn das war er ja bekanntlich schon einmal, und jenen weiten Weg, vom Einjährig-Freiwilligen zur Excellenz, hat er also noch schneller, als der Reporter der ‚Neuen Freien Presse' meint, zurückgelegt. Sind übrigens 27 Jahre gar so wenig? Wird Oesterreich mit so viel gereifterer Erfahrung regiert als andere Länder, dass es erstaunlich ist, wenn ein Mann, der vor 27 Jahren Einjähriger war, der also mindestens 45 Jahre alt sein muss, zu einem Range emporsteigt, den doch in England der jüngere Pitt mit 23 Jahren erreichte? Ueberdies scheinen mir die Beziehungen zwischen Minister und Oberst nicht allzu innige zu sein, da doch der gegenwärtige Commandant eines Regiments vor 27 Jahren diesem ganz ferngestanden sein dürfte. Weit interessanter ist das folgende kleine Pendant zur Geschichte vom »Minister und Oberst«, das mir mein Specialcorrespondent im Finanzministerium mittheilt:

»Am letzten Empfangstage des Finanzministers v. Kniaziolucki erschien unter den zahlreichen Persönlichkeiten auch ein Herr in mittleren Jahren, der mit strammem Schritt in den Vorsaal trat und dem Thürhüter mit lauter Stimme folgenden Auftrag gab: ‚Sagen Sie Sr. Excellenz, ich bin der Bankdirector, unter dem er zwölf Jahre gedient hat.' Sofort wurde Herr v. Taussig vom Minister empfangen, und einzelne Worte des lebhaften Gespräches, das die Herren führten, drangen bis in den Vorsaal. Infolge der daselbst herrschenden Unruhe verstand man nur die Ausdrücke: ‚Bankenschwindel' und ‚Actienregulativ'.« Mein Correspondent schließt seinen Bericht mit den tiefsinnigen Worten: »Vom Bankbeamten bis

zum Minister — das ist ein weiter Weg; Herr v. Kniaziolucki hat ihn aber in nicht ganz sieben Jahren zurückgelegt!«

* * *

Der Neubau des physiologischen Institutes ist dieser Tage der Benützung übergeben worden, und der neue Leiter des Unterrichtsministeriums hat dabei die Festrede gehalten. Er hat, freilich ohne sie zu nennen, die ‚Fackel' citiert, indem er von der engen Werkstätte sprach, aus der Rokitanskys epochale Entdeckungen hervorgiengen. Gewiss, daran kann nicht oft genug erinnert werden; aber dass es Herr v. Hartel thut, finde ich seltsam. Wollte er die Männer, die heute in so viel prächtigeren Werkstätten die epochalen Leistungen vermissen lassen, etwa auffordern, Rokitanskys zu werden? Das liegt jenseits der Möglichkeit, und niemand kann ihnen verargen, dass sie's nicht sind. Der Unterrichtsverwaltung aber muss man übelnehmen, dass sie es nicht versteht, auf die Plätze, an denen einst die Großen walteten, würdige Nachfolger zu berufen. Da Herr Hartel von Brückes Erbschaft sprach, weckte er die Erinnerung, dass man den Mann, der der würdigste und fähigste war, sie anzutreten, dass man Hering von Prag ins Ausland hat ziehen lassen, statt ihn an Wien zu fesseln. Diese Unterlassung kommt freilich nicht auf das Conto des Herrn v. Hartel. Der strebte damals noch an der Universität – nach wissenschaftlichen Zielen. Aber ist es, seitdem er als Sectionschef ins Unterrichtsministerium eintrat, besser geworden? Sind nicht die unerhörtesten Besetzungsfehler gerade in dieser Zeit vorgekommen? Freunde des heutigen Leiters des Unterrichtsministeriums haben allerdings die Schuld daran auf seinen bisherigen Chef geschoben. Und die Clericalen sind ängstlich geworden, als der Name des liberalen Gelehrten Hartel unter den Ministercandidaten genannt wurde. Das Programm der neuen Regierung wird sie jetzt beruhigt haben; in Bezug auf die Schule soll in Hinkunft die »erziehliche Thätigkeit und die sittlich-religiöse Gesinnung« gepflegt werden ....

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Herrn Grafen Goluchowski, I., Ballplatz. Nein, damit kann ich natürlich nicht einverstanden sein, und das dürfen Sie ganz gewiss nicht wieder thun. Sie lassen jetzt durch die ‚Politische Correspondenz' verkünden, dass es den Belgrader Gefangenen gar nicht so schlecht ergehe. Serbische Flüchtlinge schildern die Martern, die ihre armen Gesinnungsgenossen da unten erdulden müssen, und erzählen, dass der Oberst Nikolić, der zu 20 Jahren Verurtheilte, schon jetzt ein völlig gebrochener, schwer kranker Mann sei, der Kerker und Gefängniskost eben noch ein paar Tage ertragen dürfte. Wir erfahren auch, dass Nikolić' Gattin vor Gram wahnsinnig geworden sei und dass somit der Bandit Milan — lieben Sie ihn denn noch immer so? — ein neues Menschenopfer auf dem Gewissen habe. Und Sie, der österreichische Minister des Aeußern, haben nichts Eiligeres zu thun, als durch ihre nach immer neuen Takowa-Orden verlangenden Zeitungsleute zu verkünden, dass — alles nicht wahr sei. »Scham, wo ist dein Erröthen?« ruft der bei den nämlichen Zeitungsleuten jetzt so beliebte Hamlet. Wahrlich, auf Ihre Balkanpolitik passen seine Worte: »Seh'n ohne Fühlen, Fühlen ohne Seh'n . . . ja, nur ein Theilchen eines echten Sinns tappt nimmermehr so zu!« Aber ich kann Ihnen für heute nur verrathen, dass Se. Majestät sich kürzlich — so erzählt man mir — nach der Lectüre eines wahrheitsgetreuen Berichts über die serbischen Vorgänge erschüttert und höchst indigniert gezeigt hat. Irrt mein Gewährsmann nicht, so — Sie wissen schon!

Bühnenschriftsteller. Sie schreiben mir: »Ich habe am 12. October, abends, dem Burgtheater ein Stück eingesandt. Gestern, 16. October, wurde es mir ungelesen zurückgeschickt, was ich an den verklebten Blättern erkenne. Wenn literaturgewaltige Ausländer im Hintergrund mit einer unvollendeten Arbeit lauern, nimmt sich Herr Schlenther nicht einmal die Zeit, die fertigen Dramen einheimischer Schriftsteller zu lesen. Gegen solchen Missbrauch eines vornehmen Literaturamtes ist man ohnmächtig, solch niederer Willkür ist ein österreichischer Bühnenschriftsteller, der niemals in einer Clique verkehrte, unterworfen . . . . Sollten Sie, geehrter Herr Kraus, von dieser Mittheilung Gebrauch machen, so bitte ich meinen Namen nicht darunter zu setzen, weil ich nicht will, dass als Reclame angesehen werde, was allgemeine Gerechtigkeitssache sein muss.« Ich habe Ihre Zuschrift veröffentlicht und richte an alle jene Autoren, die ihre Stücke von faulen Theaterleitern ungelesen zurückbekamen, die Bitte, mir über alle diese Fälle und sonstigen Missbräuche, die sie bemerkten, Unbilden, die sie in irgendeiner Theaterkanzlei erfuhren, ehestens Bericht zu erstatten. Im Burgtheater versieht übrigens nicht Herr Schlenther das Amt, eingereichte Stücke nicht zu lesen. Da er hiezu zu bequem ist, hat er sich eigens einen Herrn Rosenbaum engagiert. Dieser Herr Rosenbaum soll sich bereits ganz gut eingelebt haben und pflegt, wie man mir erzählt, im Verkehr

mit jungen Autoren sein dramaturgisches Hochgefühl durchaus nicht zurückzuhalten. Ich kann Ihnen nur die Versicherung geben, dass ich den Herren — allen, vom Burg- bis zum Jantschtheater — »thunlichst« auf die Finger sehen und alle Ungehörigkeiten, die sich im Verkehr mit Schriftstellern oder Schauspielern und sonstigen Angestellten ergeben, rückhaltlos an dieser Stelle besprechen werde.

Geschichtslehrer. Jawohl, jetzt haben wir statt eines Unterrichtsministers einen Leiter des Unterrichtsministeriums. Das wird voraussichtlich ein recht deplaciertes Wort sein ... Warum Gindelys berüchtigtes Lehrbuch nach wie vor das Um und Auf des historischen Unterrichtes bildet, weiß ich nicht. Sie wünschten, wenn schon keine tiefere pragmatische Auffassung, doch wenigstens ein besseres Deutsch? Beim besten Willen nicht mehr möglich: 10. Auflage vom Jahre 1895 ist bereits »umgearbeitet«, und da heißt es (Seite 3 des 3. Theiles) von Maximilian I.: Sein früh ergrautes Haar war hellblond. Sie müssen sich schon bis zur nächsten Auflage gedulden; — dann ist freilich Herr Hartel längst nicht mehr »Leiter«.

J. H., XVII. Recht gerne; aber vorläufig weiß ich nicht, ob und wie mir das möglich wäre.

? Vorne Hymnus auf Herrn Krupp — rückwärts Inserat der Firma: Das findet man doch nicht nur in den ‚Wiener Bildern'!

Artifex. Ueber Herrn Servaes ist doch hier schon alles Nöthige gesagt worden. Die Schreibekunst dieser Leute beginnt dort, wo ein Attribut nicht zum Substantiv passt. Mit einem »weinenden Gelb« macht man jetzt in der noch vor drei Jahren allen literarischen Neuerungen unzugänglichen ‚Neuen Freien Presse' Furore. Es kann auch ein erstickendes Grün sein oder so etwas Aehnliches. Dass jüngst dazu der »unberührte Hauch« der Morgenfrische und eine »farbendurchwimmelte Kramstätte der Blumenhändlerin« kommen konnte, beweist nur, wie sich auch rein grammatikalische Defecte stimmungsvoll verwerten lassen. Es gibt übrigens Kunstkritiker in Wien, die ihre besten Effecte nicht in malerischen Sprachschnitzern, sondern mehr in lapidaren Gedanken suchen. In einem Nachruf für Segantini schrieb einer jüngst die Worte nieder: »Von den Bergen, wo er als Bauernjunge die Herden gehütet, stieg er auf kurze Zeit herab, um das Technische zu lernen.« Nur »das Technische«!

Ein Berliner. Sie sind eben erst in Wien angekommen und haben die Freundlichkeit folgenden Brief an mich zu richten: »— — Ich kaufte mir im ‚Bazar' in der Rothenthurmstraße eine Karte fürs Josefstädter Theater und machte hierauf in der Taborstraße einen Besuch. Um 6 Uhr bat ich einen Wachmann um Auskunft, wie ich wohl am raschesten von der Taborstraße ins Theater käme. Es entspinnt sich wörtlich folgender Dialog: Ich: ‚Bitte, können Sie mir sagen, wo das Josefstädter Theater ist?' Wachmann (nach langem Nachdenken): ‚Da muss ich erst nachseh'n.' Ich warte erstaunt, während er sein Buch herauszieht und lange, lange sucht. Wachmann: ‚Ja, Josefstädter Theater gibt's kein's, das wird keine

eigene Benennung haben, das wird das sein — ja, ja, das is schon — Theater an der Wien, das is in der Magdalenenstraße.' Ich helfe dem Wachmann das Josefstädter Theater in seinem Orientierungsbuche finden und bereichere so seine Wiener Ortskenntnis . . . Ich habe den Abend wirklich im Josefstädter Theater verbracht. Dass es ein Theater an der Wien gibt, wusste ich zufällig, da ich den vorhergehenden Abend dortselbst mich gelangweilt hatte.«

Karl J. Ihre Sammlung von Pressdummheiten, die Sie unseren größten Blättern entnommen haben, ist wirklich amüsant. Einige seien hier citiert: »Im Momente, als das Feuer zum Ausbruche kam, stand auch schon der ganze Bau in hellen Flammen und griff mit großer Schnelligkeit um sich.« (‚N. W. A.') »Aber des Pudels Kern kam beim Oeffnen alsbald zum Vorschein.« (‚N. W. A.') »Man wurde sich sofort darüber klar, dass er einer der prädestiniertesten Repräsentanten in den Bayreuther Festspielen sei.« (‚N. W. T.') »Die Kleine, die am 6. Mai 1885 geboren wurde, soll die That am 23. Juli begangen haben, also 14 Tage nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre.« (‚N. W. T.') »Wo die Leute der Segnungen des Telephons sich noch nicht erfreuen, wurde der Telegraphendraht in Bewegung gesetzt.« (‚N. W. T.') »Stoerk gehörte zu den Wahrzeichen der Wiener medicinischen Hochschule, dessen ruhmreicher Name weit über die Grenzer unseres Vaterlandes hinausgedrungen ist.« (‚N. Fr. Pr.')

H. H. Sie schreiben: »Auf Seite 7 der ‚Neuen Freien Presse' vom 1. October d. J., Nr. 12611, steht unter der Spitzmarke: ‚Von der Türkenbelagerung bis zum Kriege i. J. 1870' ein längerer Artikel, worin die besonders von den Kneippianern propagierte Behauptung bekämpft wird, dass der echte Bohnenkaffee zerrüttend auf die Gesundheit wirke. An Türken und Holländern, an der deutschen Armee, an Bismarck und Moltke wird die Haltlosigkeit jener Behauptung dargethan. Ich kenne die ‚Neue Freie Presse' zu gut, um zu glauben, dass sie ihre Begeisterung für den Bohnenkaffee umsonst durch eine ganze Spalte hinströmen lassen werde, und dachte bei mir selbst: Cherchez le payeur!

Nun lese ich heute in der Nummer 12625 vom 15. October auf Seite 6 einen Artikel, betitelt: ‚Eine Genussfrage', worin mit beredten Worten die Schädlichkeit des Bohnenkaffees dargethan und die Argumentation des obigen Artikels ins Lächerliche gezogen wird, ohne dass aber dieser mit einem Worte erwähnt würde. Am Schlusse wird für Kathreiners Malzkaffee Propaganda gemacht.

Ich bin schon vor dem Weltblatt auf die Welt gekommen, also nicht mehr jung genug, um mir Illusionen über dieses Blatt zu machen, und glaubte daher vor Ueberraschungen sicher zu sein. Aber auf eine solche Frechheit war ich nicht gefasst. Ich sehe nun, dass ich mir doch Illusionen gemacht habe — über das Lesepublicum nämlich, das sich solches bieten lässt!«

Nun ja. Selbst in den bestbezahlten Artikeln haben unsere Blätter bisher den Schein zu wahren gewusst, dass es sich ihnen

um eine Sache handle, für oder gegen die sie mit eigenen Ueberzeugungen eintreten. Wurden die Gimpel, die bloß im Inseratentheil die Inserate vermuthen, gefangen, so waren sie wenigstens sicher, bloß auf einen Leim gehen zu müssen. Der Bohnenkaffee ward den Lesern dieses, der Malzkaffee denen des gegnerischen Blattes mundgerecht gemacht. Jetzt spielt sich die Concurrenz auf einem Terrain ab. Damit fällt aber zugleich die letzte publicistische Hülle, und die Masseuse in der Fichtegasse entpuppt sich auch dem blödesten Auge als das, was sie in Wirklichkeit ist . . . .

Teplicia. Sie haben ganz recht: Die Herren Kanitz und Thalberg sind nicht die einzigen, die anlässlich der großen Börsenderoute in der letzten Woche genannt werden müssen. Ein Hauptmitschuldiger war auch ein Teplitzer Speculant, Herr Rindskopf, der Freund des Herrn Wittgenstein. Nur irren Sie, wenn Sie meinen, die entwerteten Montanpapiere seien unsere besten Industriepapiere. Die Wahrheit ist vielmehr: Industriepapiere müssen sich gegenwärtig zumindest mit sechs Procent verzinsen. Der Höchstwert der Prager Eisenindustrieactien ist also 1000 fl., der Alpinen Montanactien 200 fl., der Rima-Muranyer Actien 250 fl. Thatsächlich aber notieren diese Papiere auch nach der Deroute circa 1340, 260 und 330. Ein Glück ist es nur, dass beim sicheren weiteren Coursfall wenige anständige Menschen ihr Geld einbüßen werden. Es sind zumeist ausgepichte Jobber, die in diesen Werten »arbeiten«. Und die Spieler bei Ihnen in Teplitz, die dem Herrn Rindskopf jetzt aufsitzen, sind moralisch nicht höherwertig.

Herrn Julius Ritt. v. Leon. Sie unterhandeln wegen Ankaufs des vormals Szeps'schen ‚Wiener Tagblatt' und wollen auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ins Herrenhaus kommen? Daraus wird nichts!

Dr. P. v. L. in H.; Ein Zoolog; E. G., Hinterbrühl; Siegfried O.; Dr. H. v. B.; Ein Fackellant; A. O. 26; Dr. B.; Em. B.; A. W.; Ein eifriger Leser; Josef W.; B—r; Rudolf K.; Josef G., H. Cl., Lieutn. R. u. K. in Linz; Th. H.; Erich H.; Ein Berliner Freund; G. G.; Leser; V. v. M.; Dr. J. Kl. Besten Dank.

Die Absender anonymer Schmähbriefe werden ersucht, sich noch kürzer zu fassen.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 19 lies auf S. 27, 3. Zeile von unten, statt »für mir«: *für mich.*

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

DIE FACKEL

Nr. 21 WIEN, ENDE OCTOBER 1899

SCHLUSSWORT.

Mag man die »Affaire« auffassen, wie man will, die »Campagne« musste doch unter allen Umständen zum Zweck haben, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erwirken. Für die Wiederaufnahme schreibt das Gesetz einen bestimmten, fest abgezeichneten Weg vor, und zwar in Frankreich ganz ähnlich wie in Deutschland. Dieser Weg muss beschritten werden. Ganz zu Anfang — im Winter 1897/8 — machten die großen »Taktiker« der »Campagne« auch Miene, diesen Weg zu beschreiten. Sie wandten sich an den Präsidenten der Republik, der sie ganz correct an den Justizminister verwies, und diesem gab Herr Scheurer-Kestner auf die Frage: »Haben Sie eine neue Thatsache?« die schon erwähnte classische Antwort: »Ich habe keine neue Thatsache, aber meine Ueberzeugung.« Der Justizminister zuckte natürlich die Achseln — welchen juristischen Wert konnte die »Ueberzeugung« auch eines so braven Mannes, wie Scheurer-Kestner es unzweifelhaft war, für die Justiz und den Justizminister haben? Ich hätte das Gesicht unseres (preußischen) Justizministers, des Herrn v. Schönstedt sehen mögen, wenn ich ihm in einer Unterredung über den Ziethen-Fall gesagt hätte: »Ich habe keine neue Thatsache, aber meine Ueberzeugung.« »Ueberzeugung! Bah, was ich mir dafür kaufe!« ...

Also, man hatte keine neue Thatsache, bloß die »Ueberzeugung«, dass Dreyfus unschuldig sei, und die Vermuthung, dass Esterhazy der Schuldige, nebst der weiteren Vermuthung, dass bei dem Process 1894 gewisse belastende Schriftstücke, die zur Ueberführung dienten, dem Angeklagten und dessen Vertheidigern nicht gezeigt worden seien — was beiläufig so ziemlich bei allen, wichtige Militärgeheimnisse betreffenden Spionenprocessen in aller Herren Ländern vorkommt.

Ich erinnere mich, dass ich im Herbste 1897 einigen sehr dreyfusisch gesinnten Bekannten unter Verpfändung meines politischen Rufs das Anerbieten machte, nach Paris zu gehen und binnen acht Tagen festzustellen, ob im Process von 1894 Formfehler oder Justizirrthümer vorgekommen seien, welche die Wiederaufnahme ermöglichten. Ich wette heute noch, dass ich die Wahrheit festgestellt hätte. Freilich, ich setzte voraus, dass die französische Regierung und der französische Generalstab nicht aus lauter Halunken bestehe. Und ich will bei dieser Gelegenheit beichten, dass ich in meiner Dreyfus-Affaire mich auch an einen Minister gewandt habe, und zwar nicht erfolglos, wenn auch der Enderfolg noch nicht erreicht ist. Es gibt Fragen der Menschlichkeit, wo die Politik und die Partei aufhören.

Die Dreyfus-Leute versuchten es nun — nach alten Mustern —, durch den Zola'schen Brief »J'accuse« einen Process herbeizuführen, der Gelegenheit zur Aufrollung des Processes von 1894 und zur Ermittlung irgendeiner »neuen Thatsache« bieten sollte. Der Versuch ist misslungen, trotzdem die nun mit aller Macht einsetzende internationale Presscampagne ihn ebenso geräuschvoll wie scrupellos unterstützte. Beim Durchlesen der stenographischen Berichte des ‚Temps' wunderte ich mich hundertmal über die Langmuth und Nachsicht der Richter im Zola-Process und verglich das französische Gerichtsverfahren mit dem deutschen. In Deutschland

wäre Labori, der stets über die vom Gericht dem Process gezogenen Schranken hinwegsprang, in der ersten halben Stunde mit dem Vorsitzenden in einen so ernsten Conflict gerathen, dass es mit seinem Plaidoyer zu Ende gewesen wäre. Das französische Gerichtsverfahren ist weit besser als das deutsche und dem Angeklagten weit günstiger. Dass dies von der deutschen Dreyfus-Presse anerkannt werde, war nicht zu verlangen. Aber, was man verlangen konnte, war, dass die Wahrheit nicht auf den Kopf gestellt, über die Verhandlungen nicht falsch berichtet und gegen das französische Gerichtsverfahren nicht Vorwürfe erhoben würden, die mit den Thatsachen im schreiendsten Widerspruch standen. Thatsache ist, dass im Zola-Process der Vertheidigung ein unendlich größerer Spielraum gewährt ward, als in Deutschland nach dem deutschen Gerichtsverfahren möglich gewesen wäre. Und ich will gleich hier zusammenfassend bemerken, dass die ganze Dreyfus-Campagne in Deutschland nicht möglich gewesen und ihre Führer sofort bei Beginn der Campagne vor das Dilemma gestellt worden wären, entweder unverzüglich einzulenken oder ihren Aufenthalt hinter schwedischen Gardinen zu nehmen. Jeder mit unseren Rechtsverhältnissen einigermaßen Vertraute weiß das. Und ich kann noch hinzufügen, dass mir einer unserer hervorragendsten und erfahrensten Juristen und Vertheidiger versichert hat, in Deutschland wäre die Wiederaufnahme des Dreyfus-Processes unter den obwaltenden Bedingungen überhaupt nicht möglich gewesen. Dies sei nur der Ueberlegenheit des französischen Gerichtsverfahrens zu danken.

Und nun erinnere man sich des Schlammvulcans von Schmähungen, der sich in täglichen Ausbrüchen dritthalb Jahre hindurch auf die französische Justiz und alles Französische ergoss. Sehr »moralisch« war das gewiss nicht. Und auch nicht klug.

In Frankreich ist man über die deutschen Rechtszustände sehr wohl unterrichtet. Das Bibelsprüchlein

vom Splitter und Balken wurde gar wirksam gegen die deutsche Dreyfus-Presse citiert, und der Eindruck, dass eine Intrigue des Auslandes vorliege, wesentlich gestärkt.

Genug, es ist vielleicht noch niemals eine »Campagne« ungeschickter geführt worden, als diese Dreyfus-Campagne, deren Urheber, »Taktiker« und Führer sich so reclamehaft selbst beweihräuchert haben. Freilich, in dem Höllenspectakel mussten auch die Führer jede Besonnenheit und Urtheilskraft verlieren. Wie wäre es sonst denkbar gewesen, dass sie, um Dreyfus und die Republik zu »retten«, einem Mann wie Gallifet das Kriegsministerium übergeben hätten, der von allen Generalen in Frankreich so ziemlich der einzige ist, dem ein Staatsstreich im Interesse der ihm befreundeten Orleans-Familie zuzutrauen wäre; wenigstens der Plan eines Staatsstreichs — denn die Verwirklichung haben wir zum Glück nicht zu befürchten. Aber soviel steht fest, die Fabel vom Bock, der zum Gärtner gemacht ward, ist nie hübscher aufs politische Leben übertragen worden, als von diesen pfiffigen Campagne-»Taktikern« bei ihrer Bekämpfung des Militarismus. Ueberhaupt sind es Tausendsassas, diese »Taktiker«. Was für eine Regierung haben sie in Frankreich zustande gebracht! Das hessische Bäuerlein, das 1848 »die Republik und den Großherzog« wollte, war nichts, verglichen mit ihnen. Man sehe sich nur das Personal an: Waldeck-Rousseau, der Bourgeois und Socialistenfresser comme il faut — König Stumm und Eugen Richter in einer Person —, Millerand, Socialist — Gallifet, Monarchist und Militarist: Capitalismus, Socialismus, Militarismus — Republikanismus und Monarchismus neben einander in einer Regierung. Fürwahr, das ist noch nicht dagewesen. Die »Taktiker« dürfen mit ihrer Arbeit zufrieden sein. Das hessische Bäuerlein ist in den Schatten gestellt.

Schade, dass Gallifet durch Männer, die keine »Taktiker« sind, daran verhindert wird, den Garten der

französischen Republik zu verwüsten und in einen Versailler Königspark umzuwandeln — er würde den genialen »Taktikern« der Campagne die biedere Hochbrust mit Ehrenlegions-Orden behängen. Verdient haben sie es!

Hier muss ich einem Einwurf begegnen. Von den Moltkes der Revisionsbewegung, den Südfeld*) & Co., wird geltend gemacht, wenn die »Campagne« nicht mit solcher Heftigkeit geführt worden wäre, hätte man die Revision nicht erlangt. Das ist falsch. Ich bin umgekehrt der Meinung, dass die Revision ohne diese »Heftigkeit«, ja ohne die ganze »Campagne« viel früher erwirkt worden wäre. Und es wird doch niemand im Ernst sagen wollen, dass nach der Verweisung der Sache vor den Cassationshof die »Campagne« einen vernünftigen Sinn gehabt habe.

Alles in allem wurde die »Campagne« genau so geführt, wie die Gegner der Revision sich es wünschen mussten. Vergegenwärtigen wir uns: Jemand hat entdeckt oder glaubt entdeckt zu haben, dass einem Mitmenschen ein Unrecht angethan worden sei. Er begibt sich zu der Person, die vermeintlich das Unrecht verübt hat; statt sich aber von ihr Aufklärungen geben zu lassen und die Möglichkeit eines Irrthums anzunehmen, fällt er sofort über den Mann her und überhäuft ihn mit Schimpfworten. Die natürliche Folge ist, dass der Beschimpfte ihn zur Thüre hinauswirft, während er bei anständigem Vorgehen Aufklärungen hätte ertheilen müssen. So in dem Fall Dreyfus. Gott und die Welt, mit Ausnahme des Oberheiligen Dreyfus und der Unterheiligen Picquart, Zola nebst ihrer »intellectuellen« Gesellschaft waren Idioten oder Schandbuben, die Mitglieder des Kriegsgerichtes, alle Kriegsminister, der

---

*) Hier ist Herr Nordau gemeint, der als zionistischer, jedwede Assimilation verdammender Parteiführer seinen angestammten Namen verleugnet und in einer spielerischen Laune fast ins Gegentheil umgewandelt hat. Der wackere Herr hat aus Rennes für die ‚Vossische' depeschiert. Anm. d. Herausgebers.

ganze Generalstab, die ganze Regierung — alles Idioten oder Schandbuben. Die so Behandelten hätten fischblütig sein müssen, wenn nicht ihr Zorn und Widerwille erregt worden wäre.

Das Einzige, was mir bei dieser »Taktik« hysterischer Verrücktheit ein Räthsel bleibt, ist, wie es außerhalb des Irrenhauses Menschen hat geben können, die solche Thorheit getrieben, gebilligt und sogar bewundert haben.

Das Hässlichste, das Abstoßendste jedoch in der »Affaire« und der »Affairen«-Mache ist die innerliche Unwahrheit, die verlogene Scheinheiligkeit dieser Entrüstungskomödie, dieser verlogensten aller Entrüstungskomödien. Und das gilt ganz besonders von der »Campagne« wie sie in Deutschland geführt worden ist. Deshalb von Deutschland ganz besonders, weil in Deutschland der Contrast zwischen dem erheuchelten Ideal der sittlich entrüsteten Ankläger Frankreichs und der Wirklichkeit unserer politischen und rechtlichen Jammerzustände am größten, am schreiendsten ist. Wäre die »Affaire« in Deutschland gewesen, anstatt in dem »verkommenen« Frankreich — das habe ich schon angedeutet —, so säßen Zola, Labori etc. heute entweder als Flüchtlinge im Auslande oder als Verbrecher im Gefängnis; die ausländischen Journalisten, welche die »Campagne« von Berlin aus im Ausland geführt hätten, wären nach drei Tagen aus der Reichshauptstadt und dem Reich ausgewiesen,*) im Fall der Widersetzlichkeit

*) Thatsächlich hat dies Schicksal den Correspondenten der ‚Neuen Freien Presse', Herrn Berthold Frischauer, getroffen. Allerdings wird man uns schwerlich glauben machen können, dass die Maßregelung des österreichischen Blattes auf »politische« Gründe zurückzuführen sei. Selbst wenn man der ‚Neuen Freien Presse' das weiteste Ausmaß des Größenwahns zugesteht, Frankreichs Geschicke haben sich bisher in der Regel ihrem Einflusse zu entziehen gewusst. In Wien haben sich etliche geschmackvolle Leute von den Berichten des Blattes angewidert gefühlt, in Paris las man sie nicht. Wer Herrn Berthold Frischauer kennt, weiß, dass es bei ihm zur

mit »Schub« über die Grenze gebracht worden; Picquart wegen — nun wegen verschiedener Dinge zu zehn Jahren Festung verurtheilt, ohne Aussicht auf Begnadigung; und — die Revision hätte nicht stattgefunden, der deutsche Dreyfus wäre lebendig begraben und würde, falls er einen Fluchtversuch machte, ohne Gnade zusammengeschossen, wie das in Deutschland Sitte ist gegenüber von Gefangenen — nicht bloß von Hoch- und Landesverräthern, sondern sogar von harmlosen Krakehlern, die das militärische Würdegefühl einer Schildwache durch bierlaunige Ulkerei verletzt haben und für diese entsetzliche Missethat in Haft genommen wurden. Fürwahr, niemals ist das Bibelwort vom hochnäsigen Pharisäer drastischer illustriert worden, niemals hat nationale und internationale Heuchelei sich widerlicher geäußert und breitgemacht.

Dieselben Blätter, die in England am lautesten für den Märtyrer der Teufelsinsel eintraten und jeden Morgen von Gerechtigkeit und Humanität trieften, sind es beiläufig, die im Interesse der südafrikanischen Goldminenspeculanten am lautesten, am tollsten zu dem schmachvollen Raubkrieg gegen die Buren gehetzt haben, einem Krieg, der noch schmachvoller ist, als seinerzeit der Opiumkrieg gegen China.

Und dieselben Blätter in Deutschland, die dritthalb Jahre lang von dem Justizmord an Dreyfus leitartikelten, was thaten sie, als vor elf Jahren in Chicago ein Justizmord im wörtlichsten und peinlichsten Sinne des Wortes an einer Anzahl von Arbeitern und Arbeiterführern verübt wurde, deren Unschuld für niemand,

---

Ausweisung nicht erst hochpolitischer Motive bedarf. Die Pariser haben eben weniger Geduld als die Wiener und vertragen es nicht, wenn einer überall, wo er nicht am Platze ist, das große Wort führt, in der Parlamentsloge durch lautes Schwätzen die heimischen Journalisten stört und in den Couloirs hinter allen Ministern her ist. Ohne ein Wort Französisch zu können, ist Herr Frischauer nach Paris gekommen. Die Regierung war so coulant, ihm bald darauf den Ausweisungsbefehl in deutscher Uebersetzung zustellen zu lassen. Anm. d. Herausgebers.

der den Processverhandlungen mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt war, zweifelhaft sein konnte? Sie überhäuften nicht bloß die unglücklichen Opfer der Classenjustiz mit den pöbelhaftesten Beschimpfungen und Verleumdungen, sie beschimpften, verleumdeten und denuncierten auch die socialdemokratischen Blätter, welche den Muth hatten, für das mit Füßen getretene Recht und die geschändete Menschlichkeit einzustehen. Und als vor fünf Jahren der höchste Beamte des Staates Illinois, in dem Chicago liegt, Gouverneur Altgeld, feierlich die Unschuld der Verurtheilten proclamierte und die nicht gemordeten Opfer in Freiheit setzte — verstand diese Presse sich wenigstens nachträglich zu einer Ehrenerklärung? Zu einer Sühne an das Gedächtnis der so niederträchtig Beschimpften und Verleumdeten? Nein! Der großherzige Act der Gerechtigkeit wurde in unserer bürgerlichen Presse kaum erwähnt. Und das Urtheil der Classenjustiz in dem Essener Process, das peinliche Bluturtheil im Löbtauer Process — ich schreibe Bluturtheil, weil ich denke, dass die »trockene Guillotine«, der man die Opfer der Classenjustiz überantwortet hat, noch schlimmer ist als die »nasse« —: was hat unsere bürgerliche Presse, die für Dreyfus soviele Thränen und soviel Mitleid hatte, für Dreyfus jahrelang Tag für Tag flammende Ergüsse beleidigten Rechtsgefühls in die Welt schickte, was hat sie für diese Opfer heimischer Classenjustiz gethan, die, selbst die Unschuld des Dreyfus zugegeben, der Justiz der französischen Kriegsgerichte sicher nichts nachgibt? Was hat sie gethan? Nichts! Gar nichts!

Charity begins at home. Menschenliebe beginnt im eigenen Haus, sagt das englische Sprichwort. Und nicht bloß die Menschenliebe, auch die Gerechtigkeit und andere Tugenden beginnen daheim. Die Presse freier Länder unterscheidet sich von der Presse unfreier Länder dadurch, dass sie die Schäden daheim aufdeckt und sich mit denen des Auslands erst in

zweiter Linie beschäftigt, während die Presse unfreier Länder über die Schäden daheim einen Schleier breitet, die des Auslands dagegen mit der Lupe und dem Vergrößerungsglas betrachtet. Die deutsche Presse hat in der Dreyfus-Affaire mit hervorragendem Eifer den Nachweis ihrer Unfreiheit erbracht.

Nun noch ein Wort über eine Thatsache, die, so unerheblich sie an sich, doch immerhin recht kennzeichnend ist. Ich meine die vollständige und methodische Todtschweigung meines Votums über die »Affaire«. Es schlägt doch allem ins Gesicht, was dritthalb Jahre lang geräuschvollst von Hunderten tagtäglich in hundert und tausend Zeitungen verkündet worden ist und angeblich nur von Antisemiten, Jesuiten und Militaristen bestritten und bekämpft ward. Nun bin ich weder Antisemit, noch Jesuit, noch Militarist, sondern von alledem der schärfste Gegner, der unversöhnlichste Widerpart — und ich darf wohl sagen: Millionen wissen das. Und Millionen wissen auch, dass ich kein Macht- und Erfolganbeter bin und gegen Unrecht und Gewaltthat in meinem Leben schon manchen Strauß bestanden habe. Da war mein Urtheil doch mindestens so gewichtig, wie das der »Intellectuellen«, auf deren Votum man so großes Gewicht legt. Warum dieses Todtschweigen? Ich habe da nur eine Erklärung: man schweigt, weil man nichts zu sagen hat. Man antwortet nicht, weil man mich nicht widerlegen kann.

Gegen sämmtliche Argumente der »Affaire«-Unternehmer bin ich hieb- und stichfest, ein »hörnerner Siegfried«, und zwar einer, dem kein Lindenblatt auf den Rücken gefallen ist. Auch ich bin in Arkadien gewesen und kenne die Argumente und Coulissengeheimnisse in- und auswendig. Und einem Auguren kann man mit Augurenminen und Auguren-Hokus-Pokus nicht kommen.

Seit ich meinen ersten Brief in dieser Sache für die ‚Fackel‘ schrieb, ist den alten Argumenten kein

neues hinzugefügt worden. Doch ja, eins. Ein französischer Journalist hat ein Zeugnis des deutschen Reichskanzlers zu Gunsten des Dreyfus entdeckt. Schade nur, dass das Zeugnis weder neu ist, noch ein Zeugnis. Es ist die verschlechterte Ausgabe eines alten Scherzes, der vor länger als Jahresfrist durch die Presse lief. Und hätte der deutsche Reichskanzler, der in Gesellschaft französischer Journalisten vermuthlich nicht viel redseliger ist als im deutschen Reichstag, sich wirklich zu einer ähnlichen Aeußerung bewogen gefunden, so wäre es bestenfalls nur eine mildere Form der famosen ‚Reichsanzeiger'-Notiz, welche die Verurtheilung des Dreyfus in Rennes zur selbstverständlichen Folge hatte.

Hat man mich in der Oeffentlichkeit todtgeschwiegen — ich wollte bloß, dieses Vergnügen würde mir von all meinen Feinden gegönnt —, so bin ich privatim desto fleißiger bearbeitet worden. Zornige Schimpfbriefe haben abgewechselt mit milden Bekehrungsbriefen. Jene haben mich so wenig bekehrt, wie diese. Ich bin nun einmal ein hartgesottener Sünder, und wenn jemand, wie ich, aus Rücksichten der Humanität dritthalb Jahre mit seiner Meinung zurückgehalten und in dieser langen Zeit das Für und das Wider mit peinlichster Sorgfalt abgewogen hat, so wird er nicht leicht bekehrt. Dass ich vorläufig noch vereinzelt, jedenfalls in der Minorität bin, das bereitet mir keinen Kummer. Ich habe den Herdenstolz nie gehabt und mich in der Minderheit, sogar der Vereinzelung, alleweil sehr wohl gefühlt. Mit diesem Gefühl weiß ich mich in guter, in bester Gesellschaft. Jeder nach seinem Geschmack: mit dem Strom schwimmen ist angenehm, es muss indes auch Leute geben, die gegen den Strom schwimmen. Was sollte denn sonst aus der Welt werden? Bequem ist das Gegen-den-Strom-Schwimmen nicht, allein ich befinde mich sehr wohl dabei — und wie oft habe ich schon erlebt, dass die Minorität von heute die Majorität von morgen wurde! — — — — — — —

Mit der »Affaire« wird's nicht lange dauern. Die »Feldzügler« sind schon im Stadium des Katzenjammers. Nicht einmal an ihrem lustigen und luftigen Staatsstreichmärchen haben sie noch Freude.

Nur ein Argument, das mir einer der freundlichen Correspondenten mit einschmeichelnder Wärme ans Herz legte, muss ich noch erledigen, weil es in der »Affaire« eine große Rolle gespielt hat und von mir noch nicht berücksichtigt worden ist: »Wenn Dreyfus schuldig war, wozu die Fälschungen der Henry und Consorten, um seine Schuld zu beweisen?«

Wozu? Je nun — Spione sind keine Gentlemen, wie Herr v. Puttkammer gesagt hat, und das Fälschen gehört bei ihnen zum Handwerk. Dass aber ein französischer Spion, der die Furcht seiner Vorgesetzten vor einem neuen und öffentlichen Process kennen musste, durch ein bischen handwerksmäßige Fälschung dem gefürchteten Process vorzubeugen suchte, erscheint mir das natürlichste Ding von der Welt. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn solche »Correcturen des Glücks« nicht probiert worden wären. Henry hat vielleicht auch in seiner Spionenmoral ehrlich geglaubt, ein gutes Werk zu thun — gerade wie die Vertheidiger des Dreyfus, die in puncto des Fälschens den »Record« der — anderen wohl kaum zu scheuen haben. Oder sollten sie so unvorsichtig sein, leugnen zu wollen? Mit einer langen, sehr langen Leporello-Liste könnte gedient werden.

Und jetzt bin ich am Schlusse. Es war keine Zeit zu verlieren. Hätte ich mich nicht beeilt, so wäre es zu spät gewesen, über die »Affaire« noch zu schreiben. Nicht jede Ware hält sich, und ich war in Gefahr, das Schicksal jenes Poeten zu theilen, der ein Gedicht auf die Geburt eines Kindes zu machen hatte und, ehe er fertig war, die Nachricht erhielt, dass es gestorben sei. Wer redet noch von der »Affaire«? Die englischen Dreyfus-Blätter haben jetzt ihre Menschlichkeit und Gerechtigkeit dadurch zu bethätigen, dass sie

für Herrn Chamberlain und die anderen Goldminen-Actienbesitzer Stimmung und öffentliche Meinung machen und diese Biedermänner instand setzen, den »zurückgebliebenen« Buren, die so dumm sind, zu glauben, es gebe höhere Werte als Goldminen-Actien, mit Dum-Dum-Kugeln die dummen Vorurtheile auszutreiben. Und die deutsche, österreichische*) und französische Dreyfus-Presse hat auch wichtigere Dinge zu thun. Wenige Wochen noch, und das Wort Dreyfus wird vergessen sein. Und das wäre doch schade im Interesse der Culturgeschichte. Hoffentlich kommt irgendein Führer, Dirigent oder Entrepreneur der »Campagne« auf den Gedanken, zur Erinnerung an die unglaubliche Menschen- und Rechtsliebe, Tugend, Tapferkeit und Intelligenz, die sich in dieser »Wunder-Campagne« bethätigt haben, eine Verdienstmedaille und Kriegsdenkmünze zu prägen, die jedem der heldenhaften Theilnehmer an diesem denkwürdigen Feldzug auf die Brust geheftet wird, zu ewigem Ruhm. Dann erfährt wenigstens die Nachwelt von der »Campagne« und kann ihr einen würdigen Platz anweisen neben den Rattenfänger-Kreuzzügen der Kinder, den Springprocessionen der Sanct Veitsbrüder und den Massenwanderungen der tanzenden Derwische.

Charlottenburg, den 26. October 1899.

W. Liebknecht.

*) Diese muss jetzt die Position des Bordellritters Milan in Serbien moralisch festigen. Anm. d. Herausgebers.

DIE »BEWEGUNG«.

In den Tageszeitungen und Fachblättern gibt es seit einigen Wochen eine neue Rubrik: Die Advocatenbewegung. So nennt man eine Reihe von Artikeln und heftigen Reden, die einige Schlagwörter immer wieder umschreiben: die Ehre und Würde des Anwaltstandes sei bedroht, seine materielleStellung werde untergraben; dies alles durch eine Handhabung der neuen Civilprocessordnung, die, einer feindseligen Gesinnung gegen die Advocaten entstammend, mit ihnen zugleich ihre Clientel schädige, die Rechtspflege verschlechtere. Im erhebenden Bewusstsein, mit dem Eigeninteresse zugleich das der Allgemeinheit zu vertreten, kämpfen Justinians Zöglinge für honores und Honorar; und wenn ihr Kampf berechtigt wäre, dürfte man darüber, dass die Frage des Honorars im Herzen der Mehrzahl der Streiter offenbar stärkere Begeisterung weckt, wohl hinwegsehen.

Worauf zielen denn die beweglichen Klagen? Wir haben, dank den Bemühungen eines genialen Mannes, ein neues Civilprocessverfahren erhalten, das ein Meisterwerk juristischer Technik ist. Dem leitenden Gedanken jeder technischen Leistung, der Oekonomie an Weg und Kraft, ist hier sein Recht geworden: das Verfahren ist zeitsparend und kostensparend. Noch über diesen Zwecken steht aber der, dem Geiste der modernen Jurisprudenz Eingang in den Civilprocess zu verschaffen, öffentlich-rechtliche Gesichtspunkte im Privatrecht zu steigender Geltung zu bringen; darum musste vor allem die Stellung desjenigen gestärkt werden, der das öffentliche Interesse gegenüber den Anwälten der Privatinteressen vertritt, — des Richters.

Eine Reform, die von solchen Erwägungen geleitet war, hat nothwendigerweise die Lage des Advocatenstandes wesentlich beeinflussen müssen. Die Kostenersparnis gieng zum großen Theile auf seine Rechnung; und die Zeitersparnis war nur um den

Preis zu erzielen, dass alle irgend entbehrlichen Schritte unterblieben. Bei der gegenwärtig noch gebräuchlichen Art, den Rechtsanwalt zu entlohnen, indem die einzelnen von ihm gethanen Schritte honoriert werden, musste somit der Ausfall am Advocateneinkommen erhöht werden. Und die Hoffnung, dass die Masse der Processe in Hinkunft ersetzen werde, was durch die Verbilligung des einzelnen eingebüßt ward, hat sich nicht erfüllt. Sie durfte das auch nicht, wenn die Wirkungen des neuen Gesetzes den Absichten des Gesetzgebers entsprachen. Denn wenn auch mancher Process, der früher nicht geführt wurde, weil man Zeit und Kosten scheute, heute angestrengt wird, so sind dafür die zahlreichen Verschleppungsprocesse entfallen, von denen mancher Advocat bisher fast ausschließlich und recht auskömmlich gelebt hat. Und überdies werden gegenwärtig weit mehr Streitfälle durch Ausgleich erledigt als ehedem.

Wenn schon der Umstand, dass eine solche Hoffnung in weiten Kreisen unserer Anwaltschaft eingestandenermaßen gehegt ward, den Beweis herstellt, dass ein großer Theil der Advocaten den Geist des Gesetzes, der allerdings der Herren eigenem Geiste so fremd ist, nicht erfasst hat, so darf es nicht wundernehmen, dass die ungeahnten Wirkungen des neuen Verfahrens jetzt laute Klagen hervorrufen. Und die anerkannte Beredsamkeit unserer Advocaten, die den raschen Sieg des Mündlichkeitsprincipes ermöglicht hat, versteht es jetzt, den Beschwerden geschickte Gründe zu leihen; die gewiegten Vertreter von Privatinteressen wissen mit bemerkenswerter Geschicklichkeit auch in der Vertretung des eigenen Interesses darüber hinwegzutäuschen, dass sie gegen höherstehende Allgemeininteressen kämpfen.

Freilich, wenn sie offen das neue Gesetz angriffen, würden sie auch nicht den kleinsten Theil der Oeffentlichkeit, die dessen Segnungen rasch begriffen hat, auf ihrer Seite haben. Und so richtet sich die Advocatenbewegung scheinbar bloß gegen die Praxis,

die des Widerspruchs mit dem Gesetzeswillen beschuldigt wird. Nun ist die schwierige Durchführung einer so tiefgreifenden Reform, wie es die Civilprocessordnung war, unter besonders günstigen Auspicien gestanden. Der Schöpfer des Gesetzes, Sectionschef Klein, war berufen, sie zu überwachen; und seiner erstaunlichen Arbeitskraft, seiner drängenden Energie ist es zu danken, dass sich das neue Verfahren in der kürzesten Frist völlig eingelebt hat. Die Richter erhielten rechtzeitig eine vorzügliche Schulung und waren im Zeitpunkte, da das Gesetz functionieren sollte, unfraglich den Anwälten zumeist an Kenntnis überlegen. Dazu kommt noch, dass die Nothwendigkeit, den Richterstand zu vergrößern, diesem reichlich neue, junge Kräfte zugeführt hatte. Und namentlich diese neuen Männer, zum Theile den tüchtigsten Kreisen des Anwaltstandes entstammend, zum Theil erprobte Theoretiker, verfügten neben der juristischen auch über eine gründliche socialpolitische Schulung, die dem Anwaltstande heute so vielfach noch mangelt. Wenn nun der Schöpfer des Processverfahrens, solche Mitarbeiter zur Seite, an leitender Stelle das Functionieren seines Werkes beobachtete, mit wenigen verständnisvollen und leichten Eingriffen jeder Stockung vorbeugte, dann musste wohl die stärkste Garantie dafür geboten sein, dass die Praxis in die richtigen Geleise einlenke; der Gesetzgeber durfte doch sicherlich als der berufenste Interpret des Gesetzeswillens betrachtet werden.

Aber nein; gerade in dem persönlichen, gehässigen Kampf gegen Sectionschef Klein gipfelt die Advocatenbewegung; und wenn die Herren die Oberen nicht beugen können, dann wollen sie »das Volk fragen«, der gedankenlosen, vom liberalen Schlagworte beherrschten Menge einreden, es handle sich um den Kampf des freien, tapferen Anwaltstandes gegen eine reactionäre Bureaukratie, die diesem Stand Vernichtung geschworen habe. Der Sectionschef sei ein ein-

gefleischter Advocatenhasser; was er von dieser Gesinnung nicht ins Gesetz habe bringen können, dem verschaffe er jetzt durch Hinterthüren, in der Handhabung des Gesetzes, Einlass.

Diese Hinterthüren sollen die vielberufenen Geheimerlässe sein. Das Wort verfehlt niemals, beim Unkundigen Schrecken zu erregen. Dunkle Ränke der Bureaukratie, Gespenster des Absolutismus tauchen vor seinem Auge auf, wenn er von Geheimerlässen hört. Wie steht es in Wahrheit? Die leitende Behörde — und das Justizministerium hat sich, als es die Durchführung des Civilprocesses galt, seiner Aufgabe, nicht bloß zu administrieren, sondern wirklich zu leiten, endlich erinnert — ertheilt den ihr Unterstehenden Befehle durch Verordnungen; sie ertheilt ihnen aber auch Belehrungen, die vielfach die Antwort auf Anfragen betreffs aufgetauchter Schwierigkeiten bilden, durch Erlässe. (Die Mittheilung durch eine inspirierte Notiz oder auch wohl Annonce in der ‚Neuen Freien Presse‘ ist eben in diesen Fällen noch nicht allgemein üblich geworden.) Und solche Erlässe werden, wenn sie weitere Kreise nicht berühren, als vertraulich bezeichnet. Man wird diese vielberufenen Geheimerlässe demnächst, wenn im Parlament an den Justizminister Anfragen gestellt werden sollten, wohl kennen lernen; und die Gespensterfürchter dürfen sich davon einer gründlichen Blamage versehen.

Denn selbstverständlich erstrecken sich diese Erlässe keineswegs auf alle die Dinge, bezüglich deren heute jene Einheitlichkeit der Praxis herrscht, welche die Advocaten auf das Walten einer höheren Macht zurückführen möchten. Noch weniger aber sind sie an einzelnen Uebertreibungen schuld, die da und dort vorgekommen sind und nun generalisiert werden. Der Sectionschef ist, weil es alle Möglichkeit übersteigt, nicht der allgegenwärtige spiritus rector, der jedem Richter, wenn er ein Urtheil fällt, über die Schulter guckt, und den nun, über die deckenden Schultern hinweg, wohlgezielte

Streiche treffen. Er hat amtlich Uebelständen, soweit sie ihm bekannt wurden, zu steuern gesucht; er hat aber auch als Mann der Wissenschaft seiner Ueberzeugung bezüglich wichtiger Theile der Civilprocessordnung in Vorträgen Ausdruck gegeben, denen neben Richtern auch zahlreiche Advocaten beigewohnt haben. Und da hat er auf das entschiedenste einigen Auffassungen widersprochen, die trotzdem — Beweis genug für die Unabhängigkeit der Richter — in der Praxis wiederholt sich durchgesetzt haben, den Gegenstand heftiger Beschwerden der Advocaten bilden und von ihnen auf den Schöpfer des Gesetzes zurückgeführt werden. Zumeist handelt es sich dabei um Einschränkungen der Thätigkeit der Anwälte durch Verkürzen ihrer Rechtsausführungen, durch Abschneiden des Schlussplaidoyers, durch überflüssiges Eingreifen des Richters. Die Publication der Vorträge des Sectionschefs Klein wird binnen kurzem klarstellen, was er als Theoretiker über diese Dinge zu sagen hat.

Freilich, die ernsteste Anwendung jener Bestimmungen, die auf die Ersparnis an Zeit und Geld und die Stärkung der Richterstellung hinzielen, liegt durchaus in den Absichten des Gesetzgebers; aber diese sind so unzweideutig im Gesetze zum Ausdruck gelangt, dass es keiner besondern Anstrengung bedurfte, um sie in der Praxis zur Geltung zu bringen. Die Anwälte der streitenden Parteien beherrschen eben nicht mehr, wie früher, den Gang des Processes; der Richter soll energisch eingreifen, einen wesentlichen Theil der Aufgabe der Aufklärung auf sich nehmen, die früher die Advocaten boten oder auch nicht boten. Mit der Zeit soll gegeizt werden; und die strenge Handhabung der Paragraphe über das Wiedereinsetzungsverfahren, über Fristerstreckungen und Tagsatzungserstreckungen ist unbedingt geboten. Und die Kostenbestimmung kann nicht ohne Rücksicht auf den Wert der Streitsache erfolgen.

Man fragt vergebens, welche praktischen Ziele die Advocatenbewegung denn eigentlich verfolge. Die

Regierung soll durch ihre Erlässe angeblich einen ungehörigen Druck auf die Richter geübt haben; und die dreijährige Frist, innerhalb derer Richter abgesetzt oder versetzt werden konnten, soll ein Mittel gewesen sein, um diesen Druck wirksam zu machen. Nun, die Frist ist bald vorüber, und neue Erlässe erscheinen nicht mehr, seit das Processverfahren anstandslos im Gange ist. Was soll also geschehen? Wenn die Regierung heute Erlässe im entgegengesetzten Sinne gäbe oder ihre bisherige Auffassung durch eine autoritative Erklärung desavouierte, wäre nicht die neue Beeinflussung im Sinne der Tadler der vorhergegangenen erst recht verwerflich? Wenn heute ein Oberlandesgerichtspräsident einen Erlass ergehen lässt — er thut das im Rahmen seiner Competenz —, der eine irrige Rechtsauffassung vertritt, was kann anderes geschehen, als dass eine Aeußerung des Obersten Gerichtshofes darüber eingeholt wird? Dass übrigens solche Erlässe die Richter nicht binden, zeigt sich doch deutlich daran, dass das Kreisgericht Leoben der irrigen Auffassung, die ein Erlass des Grazer Oberlandesgerichtes vertrat, auf das entschiedenste widersprochen hat. Und eine gleichfalls abzulehnende Rechtsauffassung in einem Erlasse des Wiener Oberlandesgerichtes, wonach bei Bagatellsachen keine erste Tagsatzung anzuberaumen wäre, ist keineswegs in die allgemeine Praxis der unterstehenden Gerichte eingedrungen.

Man muss sich also darauf beschränken, dem Verfahren seinen normalen Gang zu lassen, irrige Anschauungen vor dem Richter und in der Theorie zu bekämpfen. Und doch die »Bewegung«? Es scheint, sie bezweckt nicht so sehr die Wiederherstellung einer früheren Praxis, als sie vielmehr dem Weitergreifen des neuen Geistes Einhalt thun will. Es ist klar, den Advocaten droht noch manche Einbuße an Einkommen. Die Kostenbestimmung im Civilprocesse ist heute geregelt, aber im Executionsverfahren wird es noch mancher Maßregel bedürfen. Ich will hier nur auf einen

crassen und häufigen Uebelstand verweisen, dem bisher noch nicht abgeholfen ward. Die Execution nothleidender Schuldner wird, wenn sie Theilzahlungen leisten, zumeist sistiert. Hiebei stellt der Advocat gewöhnlich die Forderung, dass der Schuldner außergerichtlich seine Kosten agnosciere. Nun führt diese außergerichtliche Kostenagnoscierung direct zur Ausnützung der wirtschaftlichen Nothlage des Schuldners. Es bedarf einer Bestimmung, die, falls der Betrag eine gewisse Höhe, etwa fünf Gulden, übersteigt, die Agnoscierung für ungiltig erklärt. Jeder höhere Kostenbetrag müsste gerichtlich zugesprochen werden. Gewiss lassen sich solche Fälle häufen, und es ist zu erwarten, dass allmählich das Advocateneinkommen aus dem Executionsverfahren sich verringern werde. Sicherlich wird auch die nahe Reform des Verfahrens außer Streitsachen materielle Einbußen für die Advocaten bedeuten.

Der Unbefangene wird nun keinen Augenblick daran denken, die höheren Reformzwecke den Rücksichten auf die materielle Lage der Advocaten zu opfern. Er wird überdies, wenn jetzt aus Wien, Prag und Brünn heftige Klagen kommen, berücksichtigen müssen, dass Wien an einer ungeheuerlichen Zunahme der Zahl der Anwälte leidet, dass in Prag die nationalen Verhältnisse der advocatorischen Thätigkeit große Schwierigkeiten bereiten, und dass wir es in Brünn mit einem zurückgehenden Geschäftsplatz zu thun haben. Gleichwohl aber wird man die Schwierigkeiten, mit denen ein Stand zu kämpfen hat, dessen materielle und geistig-moralische Hebung von eminenter Wichtigkeit ist, nicht missachten dürfen. Man wird an die Erhöhung des Advocateneinkommens zu denken haben. Unbedingt nöthig ist die Ausarbeitung eines Advocatentarifs, der vom Princip der Pauschalentlohnung ausgeht. Aber man darf auf das Ergebnis nicht allzu große Hoffnungen setzen. Bei der rückständigen Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens sind jene Processe um hohe Summen, aus denen in Deutschland

die Anwälte mit Fug und Recht hohen Verdienst ziehen, sehr selten. Die Regierung beabsichtigt, wie man hört, außerdem die Entlohnung der Ex-offo-Vertretungen durchzuführen, die heute die Advocaten schwer belasten. Und die Aufhebung des Notariats, die nur noch eine Frage der Zeit ist, mag ebenfalls dem Anwaltstand zugute kommen.

Die wesentlichste Besserung ist aber lediglich in die Hand der Advocaten selbst gegeben; es ist ein falscher Gedanke, dass der Rechtsanwalt vom Process leben müsse und könne. Die österreichische Advocatenschaft hat den weitesten Wirkungskreis; — sie lässt ihn größtentheils ungenützt. Auf dem Gebiete des Verwaltungsrechtes, des Steuerrechtes, des Gewerberechtes, die heute der Mehrzahl unserer Advocaten fast fremd sind, lassen sich reiche Einkommensquellen erschließen. Die Advocaten mögen doch nicht, nach Art unserer Kleingewerbler, die Hände in den Schoß legen oder — sie beim Schimpfen zur Geberdensprache nutzen; sie müssen mehr arbeiten, statt ihres jetzigen Kampfes, der antisocial ist, weil sein Zweck dem bien public, seine Form den bonnes mœurs zuwiderläuft, den Kampf ums Dasein ernstlich aufnehmen. Den führt man allerdings nicht mit Dreschflegel und Morgenstern...

* * *

Ich erhalte folgende Zuschrift:

Aller Orten jammern die Herren Advocaten über ihre große Noth, und offenbar um die Fliegen der Langeweile abzuwedeln, füllen Anwälte erster und letzter Güte die Spalten der corruptesten Wochen- und Tagesblätter mit mehr oder minder geistreichen Artikeln, gehalten im Stile der alten Satzschriften, worin ad hominem argumentiert wird, dass für die Advocaten etwas geschehen müsse, worin von besonderen Vorrechten, Privilegien, erster Stand im Staate u. dgl. geschwätzt wird. Ich möchte nun diesen Stand von einer andern Seite beleuchten. Seit Jahren stehen die Advocatursbeamten mit ihren Chefs wegen der Sonntagsruhe im Kampfe, ohne diese bislang erreicht zu haben.

Der Ausschuss hat rabulistische, mit Wohlwollen verclausulierte Erklärungen abgegeben, aber es sind nur wenige Kanzleien, in denen Sonntagsruhe herrscht. Selbstverständlich haben die Herren Chefs die Forderungen der Kanzleibeamten bewilligt und dann natürlich successive wieder ad absurdum geführt. Zunächst wird ein Journaldienst eingeführt, dann wird der Herr Concipient ersucht, »ausnahmsweise diesen Sonntag« zu kommen; den nächsten Sonntag muss der Sollicitator unbedingt auch kommen, denn der neue Concipient kennt sich noch nicht recht aus; endlich müssen die Stenographen und Kanzlisten ebenfalls jeden Sonntag mithalten, denn der Chef meint schließlich: »Warum soll ich es am Sonntag schlechter haben, als meine Leute? Ich sehe nicht ein, warum ich am Sonntag die Wurzen abgeben soll.« Dazu bestellt man noch für Sonntag vormittags eine Reihe von Clienten, im Nu ist die Sonntagsruhe ausgemerzt, und die Kanzleisclaven können auch Sonntags schuften. So sieht Treu und Glauben bei den österreichischen Anwälten aus. Wenn das am grünen Holze der Advocaten geschieht, was soll dann an dem dürren der Handelsleute christlichsocialer und jüdischorthodoxer Richtung geschehen? Ich will keine Namen nennen, denn viele würden sich freuen, mit den Koryphäen des Standes und »Zierden des Barreaus« in einem Athemzuge genannt zu werden. Ein Concipient.

* * *

Vom Vicedirector des Giro- und Cassenvereines, Herrn Dr. Paul Hammerschlag, erhalte ich folgende Zuschrift:

Mit Bezug auf den in Nr. 20 (pag. 15) Ihres Blattes in dem Artikel »Exminister Jędrzejowicz, Rothschild und — ‚Die Zeit‘« enthaltenen, auf mich bezüglichen Passus ersuche ich unter Berufung auf § 19 des Pressgesetzes um Aufnahme nachstehender Berichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes.

Es ist unwahr, dass ich jemals direct oder indirect einen Anspruch an die Erben der Frau Baronin Hirsch geltend gemacht habe, daher auch unwahr, dass dies ohne Wissen meiner Collegen im Curatorium geschehen sei und dass ich mich eigens zu diesem Zwecke nach Paris delegieren ließ.

Der richtige Sachverhalt ist vielmehr, dass ich von September 1898 bis März 1899 auf Ersuchen der Frau Baronin Hirsch und auf Grund mir von ihr ertheilter Vollmacht die Activierung der damals von ihr projectierten Stiftung für Knaben und Mädchen durchgeführt habe, wofür mir Frau Baronin Hirsch mit Schreiben vom 21. März 1899 spontan ein Honorar von 5000 fl. übersendete. Obwohl meine Thätigkeit für Frau Baronin Hirsch eine rein advocatorische und von meinem Ehrenamt als Curator der Baron Hirsch-Stiftung vollkommen unabhängige war, fand ich mich doch veranlasst, dieses Honorar am 23. März 1899 zurückzuschicken, da ich nur beabsichtigt hatte, der guten Sache zu dienen.

Beim Eintreffen meines diesbezüglichen Briefes sprach Frau Baronin Hirsch, wie mir später berichtet wurde, den Wunsch aus, dass mir an Stelle des Honorars ein entsprechendes Geschenk gemacht werde. In Erfüllung dieses Wunsches haben mir die Erben ein solches Geschenk zustellen lassen, welches zu refusieren ich keinen Anlass fand.

Wien, 27. October 1899.

Dr. Paul Hammerschlag.

* *

Aus dem ‚Deutschen Volksblatt' vom Oster-Sonntag 1900:

»Vorgestern hat sich ein junger Mann, S. K. (!), ums Leben gebracht, indem er sich die Pulsadern öffnete und verblutete. Wie wir erfahren, ist er getaufter Jude und trat erst vor wenigen Wochen eigens zum Christenthume über. Es liegt offenbar ein Ritualselbstmord vor, worauf wir die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft lenken.«

Die vielbesprochene Demonstration der slavischen Studenten vor dem Reichsfinanzministerium hatte bisher keinen andern Erfolg, als dass der Wiener Polizei wieder einmal Gelegenheit geboten wurde, sich eines bedrohten Staatsmannes anzunehmen. Wir wollen uns aber die Gelegenheit nicht entgehen lassen, zu den bezaubernden Gerüchten, die über das Kallay'sche Culturregime in Bosnien cursieren, einen unzweifelhaften Commentar zu liefern. Wenn nicht hin und wieder der Schall von einem erfolgreichen Taubenschießen in Ilidze in unsere Lande dränge und wenn nicht das bischen Geräusch von Kallays Ruhm wäre, das freilich wie eine Detonation aus sechsläufigen Journalrevolvern klingt, wahrhaftig, man wüßte nicht, dass es in diesem Oesterreich auch »occupierte Provinzen« gibt.

Zu den hervorragendsten Einrichtungen, die das Wohl und Wehe dieser Provinzen fördern sollen, gehört auch ein umfassendes »Unterstützungswesen« der lernbegierigen Jugend des Landes. Wie in allem, so folgt die hohe Landesregierung auch hier dem bewährten Beispiel jenes nächtlichen Einbrechers, der den wachsamen Hofhund durch einen Köder zu bestechen sucht, damit er kein verrätherisches Gebell erhebe. Die besten Brocken, d. h. die höchsten Zuwendungen, die das gewöhnliche Stipendienausmaß um Hunderte übersteigen, fallen auch hier den gefürchtetsten Kläffern zu. Denn diese könnten das schöne Kartenhaus, zu dessen Aufbau ein ungeheurer Reclameapparat in Bewegung gesetzt ward, gar leicht in seinen Grundvesten erschüttern. Während man von einem armen spaniolischen Juden den Mittellosigkeitsnachweis auf das genaueste fordert und controliert, hat man dem Sohne des Reis-el-ulema von Sarajevo ein Stipendium von 1000 fl. verliehen, das nach einer Version auf 1500 fl. abgerundet wird. Und doch bezieht besagter Reis-el-ulema einen jährlichen Gehalt von 8000 fl.

Die Mohammedaner sind eben ein gefährliches und ungefügiges Element, das zur Auswanderung im Nu

bereit ist. Das könnte aber die noch ungeborene Eintracht im Lande, mit der die geburtshilfliche Hand des gemeinsamen Finanzministers so wenig Glück hat, von vornherein in schlechten Ruf bringen. Und man gibt sich doch so viel Mühe, um den Fremden, die das Land besuchen, das idyllische Zusammenleben der heterogensten Elemente, der Mohammedaner und einer hohen Landesregierung, im rechten Lichte zu zeigen.

Mit den Mindergefährlichen, d. h. mit denen, die man in der Hand hat, d. h. den Mittellosen, geht man weniger sanft um. So ein armer Teufel verpflichtet sich schriftlich zu langen, oft zehnjährigen Diensten bei der Regierung gegen eine Unterstützung von 30, höchstens 50 fl. monatlich. Thatsächlich beträgt die Unterstützung bloß 25, resp. 45 fl., da den Stipendisten jeden Monat 5 fl. für Collegiengelder und andere Auslagen abgezogen werden. Der Rest reicht gerade noch aus, um bei einer oft ganz unqualificierbar schlechten Kost die Gesundheit und, wenn es gut geht, auch die Studien zu Ende zu bringen. Herr v. Kallay hält am Principe fest, man dürfe Sclaven nicht zu gut nähren, da sie sonst übermüthig werden könnten. Unter solchen Bedingungen ist es natürlich noch nicht gelungen, ein völlig culturreifes Schülerelement heranzuziehen. Fasst man noch die unzureichende Vorbildung ins Auge, die das von politischem Hass und Protectionswesen durchwühlte Sarajevoer Gymnasium den Schülern bietet, so sind die Misserfolge bei den Hochschulprüfungen erklärlich.

So hat sich nun die hohe Landesregierung bestimmt gefunden, in der Liechtensteinstraße ein Convict für die bosnischen Hochschüler zu errichten. Das Convict ist heute nur mehr von fünf Studenten bewohnt, die die Hausordnung unterzeichneten. 29 sind corporativ ausgetreten. Die Ursache des Austrittes sind Bestimmungen der Hausordnung, die für die Behandlung von erwachsenen jungen Leuten wie geschaffen sein sollen. Die weisesten darunter heißen: Hausarrest, Rauchverbot,

häusliche Colloquien, Entziehung des Taschengeldes etc. Die Krone des Ganzen bildet die Clausel, dass diejenigen, die aus der Anstalt ausgeschlossen werden, auch im bosnisch-herzegowinischen Landesdienste keine Verwendung mehr finden können.

Das Stipendium der Hochschüler sollte von nun an nicht mehr in Geld, sondern in der Convictsverpflegung bestehen. Dagegen wäre nun nichts einzuwenden. Dass aber diejenigen, deren Stipendium bloß 30 fl. beträgt, noch 20 fl. zu ihrem Unterhalte im Convicte beizusteuern haben, ist eine ebenso brutale, wie unvernünftige Bestimmung. Denn viele von diesen waren auf die wenigen Gulden angewiesen und haben außerhalb des Convictes doch ein wenn auch noch so karges Auskommen gefunden. Durch den Austritt aus dem Convicte sind nun die bosnisch-herzegowinischen Studenten aller Mittel entblößt. Viele mussten ihre Prüfungen aufschieben, andere, die momentan an den Wiener Aufenthalt nicht gebunden sind, werden durch Geldmangel verhindert, die Heimfahrt anzutreten. Die Strikenden fristen ihr Leben von 40 Kreuzern täglich, die von einem aus ihrer Mitte gebildeten Comité aufgebracht werden ....

Zum Schlusse wollen wir Herrn v. Kallay noch darauf aufmerksam machen, dass in Oesterreich die Verletzung des Briefgeheimnisses vor das Strafgericht gehört. Diese Bemerkung nur deshalb, weil wir erfahren, dass einigen von den bosnischen Studenten *die Briefe eröffnet* zugestellt wurden.

* * *

Von der Technik.

Ich erhalte folgende Zuschrift:

In Nr. 11 der ‚Fackel‘ erschien ein Artikel, in dem manches wahre Wort über die kargen Aussichten der Realschüler gesagt war; daran möchte ich nun ein paar Bemerkungen über die Hochschule knüpfen, zu deren Besuch der Realschüler durch das Zeugnis der Reife befähigt wird. Schon steht der dem Mittelschulelend Entwachsene

vor dem »Eden« der akademischen Freiheit — als ihm ein Cherub in Gestalt eines Rectoratsbeamten den Weg mit der Forderung nach dem Nachweis versperrt, dass er noch nicht (oder nicht mehr) stellungspflichtig und dass er augenblicklich nicht »Einjährig-Freiwilliger« sei. Das Unterrichtsministerium verlangt also (siehe Verordnung vom 2. August 1889) von 17-, 18- und 19-Jährigen indirect den Nachweis — dass sie noch nicht 21 Jahre alt sind. Nun befindet sich dieser Nachweis ja schon auf dem Maturitätszeugnis von amtswegen. Doch das genügt nicht — d. h.: Der Unterrichtsminister hält sämmtliche Reifeprüfungscommissionen Oesterreichs der Urkundenfälschung fähig.

Da aber jeder Hörer auf zwei große und sechs kleine Nationale seinen Geburtstag schreibt, geht aus der Forderung nach dem Nachweise durch die politische Behörde des Heimatsortes hervor, dass der Unterrichtsminister sämmtliche Hörer der technischen Hochschule der Lüge fähig erachtet.

Und er verlangt auch die ausdrückliche Bestätigung, dass man nicht momentan Soldat ist, — ohne Rücksicht darauf, dass dies schon durch die Kleidung der Inscribierten bewiesen wird. Denn welcher Einjährig-Freiwillige würde sich der hohen Strafe aussetzen, die aut das Civiltragen gesetzt ist?! Und welcher hätte auch ein Interesse daran, zugleich Einjährig-Freiwilliger und neueintretender Hörer zu sein, d. h. gleichzeitig für Officiers- und I. Staatsprüfung zu studieren!? Aus dem Gesagten geht also hervor, dass der Unterrichtsminister alle Einjährig-Freiwilligen des Betruges fähig hält.

Ohne diesen Nachweis ist eine Inscription an der Technik unmöglich, während an der Universität, die ja sozusagen auch so eine Art Hochschule ist, kein Hahn danach kräht. Bedenkt man nun, wie viele Techniker nach Wien, Brünn, Prag etc. etc. nicht zuständig, aber an dem Ort ihrer Studien geboren sind, dass Gesuche auf Distanz gewöhnlich erst in Aeonen erledigt werden, dass das Gesuch oft in anderer Sprache abgefasst war, als in der Sprache des Heimatsortes, wo der Gesuchsteller oft völlig unbekannt ist, — so wird man die einfach imposante Forderung nach dem genannten Nachweis erst voll würdigen. Und er muss beschafft werden, wiewohl fast alle Studenten erst einige Tage vor der Inscription, ja manche erst bei dieser selbst von seiner Nothwendigkeit erfahren.

Das Schönste an der Sache aber ist, dass jener große Mandarin, der den vorbesprochenen Erlass herausgegeben und nicht ausrechnen kann, dass 18 kleiner ist als 21, — heute Präsident des Obersten Rechnungshofes ist .... Doch auch manches Gute kann solch ein origineller Erlass zeitigen. So wirft er eine grelle Beleuchtung auf die Gesetzeskenntnis einer Bezirkshauptmannschaft, besser Starostwo, im Lande Piniński. Schreibt da ein Techniker, der das Glück hat, nach einem Städtchen an der russischen Grenze zuständig zu sein, an die Starostwo dieses Ortes, um die geforderte Bescheinigung zu erlangen. Und was erhält er als Antwort? »Ihr Gesuch ddo. .... X. 1899 folgt beifolgend mit dem Bemerken zurück, dass wir ein solches Zeugnis nicht geben dürfen — übrigens ist aus Ihrem Geburtsscheine ersichtlich, dass Sie noch nicht stellungspflichtig sind.«

Leon & Stein speculierten auf die Manen Johann Strauß', die sie für »gut« hielten. Was aber helfen die besten Manen, wenn das dazugehörige Libretto schlecht ist? Kommt zur Talentlosigkeit noch Mangel an Pietät, so revoltiert auch das gefügigste Publicum; in den Tagen des Ritualmordrummels denkt es gleich, dass dieses »Wiener Blut« ruchlos entwendet ward. Man weiß ja, dass unmittelbar nach dem Tode Johann Strauß' ein Feilschen und Kreischen anhub und, da die Seele eines Künstlers auf Walzerschwingen in die Ewigkeit einzog, im Nebenzimmer bereits getandelt und im »Nachlass« herumgestiert wurde. Der Tod Johann Strauß' ist von sorgenden Hausgeistern für befreundete Journalisten adaptiert worden. Und weil die Reporterphrase nun einmal will, dass in einem solchen Falle »die Saiten der Leier zerspringen«, lag am Ende des Todtenbetts eine Leier, deren Seiten eigens zersprungen waren. Die

sorgenden Hausgeister hatten sie zerrissen, lange vor dem Tode des großen Musikers, und dann figürlich. Als Figur blieb's noch immer ein Symbol. Im Nebenzimmer aber rief einer, der nichts fand: Zerspring! — Eine so mätzchenreiche Komödie ward mit Johann Strauß' Andenken getrieben, so abscheulich ward von da an sein Ruhm ausgewuchert... Durfte man staunen, dass die Wiener spärlich hinter seinem Sarge giengen? Für die war kein Platz, weil so viele Librettisten hinterher wallten; sie warfen verschwenderisch Erdschollen ins Grab, wohlwissend, dass sie dafür Tantièmen zurückbekommen werden. Aber schandenhalber hätte bis zur ersten Première doch ein Trauerjahr verstreichen können. Vier Monate nach Johann Strauß' Tode wagen zwei es, sich an seinen Namen zu hängen, sein Andenken durch einen blödsinnigen Text zu verunreinigen und vor einem auf Sensation gestimmten Publicum die im Nebenzimmer zusammengerafften Melodien auszubreiten. Aber wenn das Publicum, wie die Tageskritiker versichern, beim Takte Strauß'scher Weisen die Beine zu bewegen begann, dann wird es wohl noch Raum genug zu einem Fußtritt erübrigt haben....

* * *

»Im Stadtpark«, verkündigte die ‚Neue Freie Presse‘ an dem Abende des 25. d. M. ihren Lesern, »ist heute Vormittag das Denkmal des im October 1896 verstorbenen Tondichters Anton Bruckner enthüllt worden«. Als ich diese Notiz las, fand ich es begreiflich, dass ein Blatt, dessen Musikreferent zwanzig Jahre lang das Wirken des größten österreichischen Tondichters unserer Zeit den Lesern verschwiegen hat, es nöthig erachtet, im Localbericht mitzutheilen, wer Anton Bruckner war. Eine kunstkritische Notiz des Herrn Servaes im Morgenblatt vom nächsten Tage hat mich indes eines Besseren belehrt. Es handelte sich nicht um die Aufklärung schlechtinformierter Leser. Die Localnotiz, die von Bruckner wie von einem Unbekannten gesprochen hatte, war vielmehr der Ausdruck des Hasses, der gegen die Größe Bruckners in der ‚Neuen

Freien Presse' herrscht, wo Hanslicks ästhetischer Geschmack offenbar als Hausgesetz gilt. Denn auch Herr Servaes fand sich bewogen, den Abgeschmacktheiten, die er über das Denkmal vorzubringen wusste, eine ruppige Bemerkung über Bruckner beizufügen. Man habe, meint er, wohl darum so viel Eile gehabt, jenes Denkmal zu errichten, weil eine spätere Generation vielleicht — vergessen könnte. Herr Servaes mag unbesorgt sein. Man wird des Schöpfers der erhabensten Symphonien, die seit Beethoven erklungen sind, des Weckers tiefster religiöser Inbrunst noch lange gedenken, wenn Tilgners seichte und kleinliche Charakterisierungskunst, die dem Kunstkritiker der ‚Neuen Freien Presse' so sehr imponiert, längst niemandem mehr Respect einflößen wird. Eines aber mag Herr Servaes bei diesem Anlasse bedenken: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Wenn Hanslick Bruckner gehasst hat, die tiefe Wirkung seiner Musik nicht zu fassen vermochte, so kann man begreifen und bedauern, dass das Verständnis eines feingeistigen Kritikers, der doch in ein reiches Kunstgebiet, das unserer classischen und romantischen Musik, tief wie wenige eingedrungen ist, auch seine Schranken hat. Aber müssen Andere mit Hanslicks Schranken ihre Beschränktheiten rechtfertigen?

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Schmock. Nein, über die »Wiedervermählung der Kronprinzessin-Witwe« werde ich nicht schreiben. Ich könnte höchstens unserer bürgerlichen Reporter gedenken, die nie anwidernder sind, als wenn sie eine Gelegenheit bekommen, hocharistokratische Heiratsausstattungen zu beschnuppern. Im vorliegenden Falle müssen sie überdies »mit einem heitern, einem nassen Auge« ihres Amtes walten. Aber in derselben unappetitlichen Art, in der sie vor kurzem noch in Coburgs Diensten das häusliche Leid der Schwester in die Oeffentlichkeit gezerrt haben, schildern sie jetzt die häuslichen Freuden der nunmehrigen Gräfin Lonyay. Ich möchte wissen, wen es außer dem Kaiser und den Betheiligten angeht, ob »der Herzensbund der hohen Frau mit dem sympathischen Cavalier«, ob die Beziehungen der Kronprinzessin-Witwe »schon zwei Jahre zurückdatieren«. Man muss über die Frechheit staunen, die aus einer so intimen Angelegenheit im Handumdrehen einen »Originalbericht« zuwege bringt. Der Herr im ‚Neuen Wiener Journal' hat alle seine Collegen übertroffen. Er hat »bereits vor mehr als zwei Wochen« die Wiederverheiratung gemeldet und bringt jetzt förmliche Belege für die innige Zuneigung der belgischen Königstochter und des ungarischen Grafen. So schreibt

er wörtlich: »Tag für Tag, selbst auf Reisen, sandte Kronprinzessin Stefanie einen telegraphischen Gruß an den Bräutigam. Die Depesche lautete gleichmäßig in ungarischer Sprache: ‚Guten Morgen, Elemer!‘ Am Abend aber antwortete Graf Lonyay regelmäßig: ‚Gute Nacht, Stefanie!‘« — Und da wundern sich die Herren vielleicht noch, wenn Einem übel wird. Es gibt gar kein Maß der Verachtung, das für diese Leute ausreichen würde, die sich bei uns der Druckerschwärze bemächtigt haben, um die Cultur von Raab, Miskolcz und Komorn zu verbreiten.

Bediensteter des Deutschen Volkstheaters. Sie berichten mir von dem Beweise seltener Hochherzigkeit, den die Herren Geiringer und Bukovics anlässlich des zehnjährigen Bestandes ihrer Firma erbracht haben. Fünf Gulden für jeden Arbeiter, der zehn Jahre dem Deutschen Volkstheater gedient hat — das ist doch mehr als selbst Herr Krupp in Berndorf an seinem Festtage spendierte. Freilich hat dieser die Spesen für das Journalistenbankett hereinbringen müssen, während die Pächter des Deutschen Volkstheaters keinerlei Auslagen für eine hungerige Presse zu decken hatten. Für sie lag keine zwingende Veranlassung vor, an dem Dienstpersonale zu sparen; die Wiener Journalisten hatten ja, »beleidigt« durch die Festbroschüre eines Vereinsmitglieds, kategorisch erklärt, dass sie ausnahmsweise einmal nicht essen wollen. Ueberdies haben wir es in Berndorf mit einem ehrlichen Griff nach dem Lohne zu thun, und das schafft immerhin eine klare Situation. Hier aber wird so etwas wie eine »Remuneration« beabsichtigt, und die satten Theaterpaschas wagen mit »Noblesse« zu protzen, weil sie sich nach zehnjähriger dramaturgischer Praxis mit einer guten Verdauung ausweisen können.

Couloir. Der parlamentarische Berichterstatter der ‚Neuen Freien Presse‘ hat eben einen Ausweg gefunden, wie das Blatt jedem Vorwurfe falscher Informiertheit oder bewusster Lüge von vorneherein begegnen könne. Wenn man in der gleichen Nummer zwei einander widersprechende Nachrichten bringt, so kann es immerhin vorkommen, dass wirklich eine davon richtig ist. Eine Illustration zu dieser Taktik bietet der Bericht über die Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses (Abendblatt vom 18. October). In der Einleitung heißt es über die Erklärung des Grafen Clary wörtlich: »Als er schloss, blieb das Haus ruhig, weder Beifall noch Missfallensrufe begleiteten den Schluss der Rede.« Dann folgt die Rede, und an deren Schluss heißt es wörtlich: — — — — »(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Lärm und Widerspruch bei den Jungtschechen. Anhaltende Bewegung.)«

Abgeordneter Schlesinger. Wenn Sie nächstens wieder einmal wegen der »Juden« interpellieren oder im ‚Deutschen Volksblatt‘ Talmudstellen und gelehrte Meinungen ins Treffen führen sollten, dann vergessen Sie nicht, die Quelle anzugeben. Sie vergeben sich damit ganz und gar nichts. Sie können ruhig eingestehen, dass Sie jetzt das soeben vollständig erschienene Werk »Die Grundlagen des

neunzehnten Jahrhunderts« von Houston Stewart Chamberlain lesen. Auch ich lese es. Und so weiß ich immer ganz genau, wo Sie eine Quelle anzugeben vergaßen. Oder sollte, was mir Vergesslichkeit scheint, klugen Takt bedeuten? Chamberlain hat mit einer Unmenge von aufreizenden Facten den Eintritt der Juden in die abendländische Geschichte belegt; aber es war gewiss nicht seine Absicht, Material für das ‚Deutsche Volksblatt' und dessen Ritualschmöcke zu liefern, und seine Geschichtsauffassung begnügt sich nicht damit, hinter jüdische Eigennamen ein Ausrufungszeichen zu setzen. Diese Zurückhaltung eines Culturforschers haben Sie vielleicht respectieren wollen und darum den Namen Chamberlain im ‚Deutschen Volksblatt' unterdrückt. Auch könnte manch ein Anhänger Ihrer Partei das Werk, das so viel gegen den jüdischen Ritus, gegen rabbinische Orthodoxie vorbringt, wirklich lesen und dann mit Entsetzen die Stelle bemerken: »Dass die katholische Kirche eine politische Macht erster Größe wurde, ist einfach dem Umstande zuzuschreiben, dass sie die klare Idee Christi verleugnete und dafür die römische Staatsidee wieder aufgriff — wenn auch nur die Idee des verkommenen römischen Staates.« Und: »Es ist sinnlos, einen Israeliten echtester Abstammung, dem es gelungen ist, die Fesseln Esras und Nehemias abzuwerfen, in dessen Kopf das Gesetz Mose und in dessen Herzen die Verachtung Anderer (d. h. Andersgläubiger) keine Stätte mehr findet, einen ‚Juden' zu nennen. ‚Welche Aussicht wäre es,' ruft Herder aus, ‚die Juden in ihrer Denkart rein-humanisiert zu sehen!' Ein rein-humanisierter Jude ist aber kein Jude mehr, weil er, indem er der Idee des Judenthums entsagt, aus dieser Nationalität, deren Wesenheit lediglich in einem Complex von Vorstellungen, in einem ‚Glauben' besteht, ipso facto ausgetreten ist.«

Thespiskarrenschieber. An einen Generalstrike der Schauspieler ist nicht zu denken, — selbst wenn das neue Theaterhausgesetz, das die Ehrenmänner vom Deutschen Bühnenverein ausgearbeitet haben, noch niederträchtigere Bestimmungen enthielte. Eine Solidarität von Theaterangestellten jenseits lendenlahmer Proteste existiert nicht. Ist in diesem Falle wohl auch nicht nöthig. Das neue »Hausgesetz« ist jedenfalls nur als eine Parodie auf die unausrottbare Unterwürfigkeit der Schauspielerschaft gedacht. Die Herren wollten einmal ausprobieren, wie viel sie ihren unorganisierten Sclaven zumuthen könnten, ohne das primärste Menschhaftigkeitsbewusstsein in ihnen zu empören. Wenn sich die Schauspieler jener albernen Zumuthung erwehrt haben werden, dann sind sie vielleicht auch entschlossen, die »Contracte« in der Luft zu zerreißen. Ob neue Strafbestimmungen oder nur die alte Schmach, — das bleibt sich schon gleich. Dem stumpfsten Diener directorialer Willkür muss es doch längst klar geworden sein, dass durch die weiten Maschen seines »Contractes« die flinke Hand des Unternehmers allzeit Gelegenheit zu Abzügen von dem ausbedungenen Lohn findet. Die Parlamente werden sich wohl noch lange nicht

mit dieser Frage beschäftigen. Vielleicht aber überraschen sie die Culturstaaten Europas wenigstens mit schärferen Strafbestimmungen gegen Kuppelei und Mädchenhandel . . .

Ein Wissender. Sie bestätigen meine Angabe, dass im k. k. Hofburgtheater einige Damen ohne feste Gage wirken. Eine von ihnen sei im Vorjahre gar mit 2 fl. Spielhonorar engagiert gewesen.

Wippchen. Dass nach der ‚Neuen Freien Presse' vom 23. d. M. »das Automobilwesen bei uns noch in den Kinderschuhen liegt«, ist ebenso für die Fortschritte des Verkehrs, wie für die Fortschritte in der deutschen Sprache zu bedauern.

Götz, III. Act. Vielen Dank. Ich sehe einer Zuschrift, in der Sie sich die Plage vom Herzen schreiben, gerne entgegen.

Ein Burgtheaterfreund. Besten Dank, aber leider nicht verwendbar; ich bin da in manchem Punkte anderer Ansicht.

Eine Trafikantin. Herzlichen Dank für Ihre liebenswürdigen Worte.

Auf mehrere Anfragen. Ich habe einem Herrn dieses Namens nie den Auftrag ertheilt, irgendwelche Informationen einzuholen. Wenn der Herr sich mit einer solchen Mission irgendwo vorgestellt oder gar, wie erzählt wird, geheimnisvoll betheuert hat, er müsse für die ‚Fackel' »schnüffeln«, so hat er sich eigenmächtig ein Amt angemaßt, das ich, wie aus so vielen meiner Betrachtungen über Wiener Pressverhältnisse hervorgeht, verachte. Gegen allfälligen Missbrauch meines Namens in Theaterkanzleien, Börsecomptoirs etc. kann ich mich nur schützen, indem ich das Ersuchen ausspreche, zunächst Jedermann, der in der bezeichneten Art für mich zu intervenieren wünscht, als Lügner abzuweisen, sodann mich unter Angabe seines Namens gefälligst zu verständigen und das weitere meiner Fürsorge zu überlassen. Ich werde für alle meine »Mitarbeiter« in gleicher Weise sorgen.

Einer, der es wurde; Walther; A. G.; F. L. v. H.; Hanna und L. K., Grete M., K., G., M. und Ing. W. in Tivoli; Automobil; Fernhintreffer; Josef B.; ?; Käthe K.; Ein Altwiener; O. F.; Einmaleins; Ein Audienzwerber; Raimund; Annie G. in P.; Karl L.; Zahlreiche Leser in L.; Ein Freund der ‚Fackel'; W. K. Fr. in B.; Adolf L.; Ein mir wohlbekannter Universitätshörer; Fackelleser; Kalchas; Ehemalige Schülerin dieser Anstalt; Auch ein Freund der ‚N. Fr. Pr.'; R. H–i; Modestus; Dr. M. B.; H. B. in Prag; L. S–i. Besten Dank.

Die Absender anonymer Schmähbriefe werden ersucht, sich kürzer zu fassen. Angriffe wegen »Haltung in der Dreyfus-Affaire«, Liebknecht etc. wollen mit einem besonderen Vermerk auf dem Briefcouvert versehen werden.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

Die Fackel

Nr 22 WIEN, ANFANG NOVEMBER 1899

Milans Sohn hat unserer Stadt den Rücken gekehrt, da er merkte, dass die Wiener ihn in derselben Stellung empfangen hatten. Und doch waren Ovationen zu verzeichnen. Vor dem Hotel Impérial drängte sich eine festlich gestimmte Menge, bestehend aus einem Redacteur der ‚Neuen Freien Presse‘ und etwa noch dem Grafen Goluchowski. Die beiden reichten einander unaufhörlich die Thürklinke des Empfangszimmers, und man gewann den Eindruck eines förmlichen Gedränges. Einen Moment konnte man Schmock, Minister und König in traulichem Verein beobachten. Graf Goluchowski kam verstört und deutete an, dass der Kaiser von Oesterreich die Zumuthung, Milans Sohn bei sich zu empfangen, lebhaft zurückgewiesen habe; Schmock machte sich erbötig, diese Nachricht im Abendblatte zu dementieren und den Besuch König Alexanders am Wiener Hofe »für dessen Rückreise« aufzuschieben. Milans Sohn wehrte diesen Trost ab und schlich bekümmert ins Nebenzimmer, um einige Blutspuren von seinen Fingern zu waschen. Der Redacteur hielt ihn zurück und verwies auf die Tintenspuren, die er sich aus dem gleichen Anlasse zugezogen hätte. Und so ließ eine Hand die andere ungewaschen. Milans Sohn aber richtete sich auf und sagte: »Serbien steht heute auf dem besten Fuße mit Oesterreich-Ungarn, und ich will, dass es so bleibe.«

* * *

Die Regierung hat erklärt, die Verfassung hochhalten zu wollen. Und als das Parlament die ergebene Anfrage an sie richtete, ob sie dazu des § 14 zu bedürfen glaube, ist sie »nicht angestanden, neuerdings zu betonen, dass sie von dem ihr durch die Bestimmungen der Verfassung klar vorgezeichneten Wege unter keinen Umständen jemals abweichen werde«. Die Liberalen jubeln. Die ‚Neue Freie Presse' meint, dieser Erklärung könne nur die Bedeutung zukommen, dass Graf Clary entschlossen sei, lieber zurückzutreten, als das alte Spiel mit dem Nothparagraphen fortzusetzen.

Nun, aus den Worten, die Graf Clary im Abgeordnetenhause gesprochen hat, vermöchte wohl auch der Scharfsinnigste diesen Entschluss nicht herauszulesen. Wahr ist aber, dass der Vorsitzende im Ministerrathe ihn durch seinen journalistischen Vertrauensmann, den Dr. Friedjung, in der ‚Münchener Allgemeinen Zeitung' hat verkünden lassen. Und wahr ist auch, dass Graf Clary der Ansicht ist, eine solch offene Erklärung im Parlament abzugeben sei taktisch ungeschickt; die Tschechen sollen wissen, dass der § 14 auch gegen sie angewendet werden könne, nachdem er zwei und ein halbes Jahr zu ihren Gunsten ausgenützt worden sei. Wahr ist andererseits, dass diese Ansicht des Grafen Clary von geringer Einsicht zeugt, da die Tschechen den Nothparagraphen nicht fürchten, sondern vielmehr durch Obstruction anlässlich der Berathung des Ueberweisungsverfahrens seine neuerliche Anwendung zu erzwingen fest entschlossen sind. Sie wollen und werden den Beweis liefern, dass auch die Nachfolger der Thun und Kaizl zu ihren Mitteln greifen müssen. Der Beweis wird leicht zu führen sein; aber er wird uns nichts Wichtiges lehren. Schade, dass den Jungtschechen der Versuch, durch Unterstützung des socialdemokratischen Antrages den § 14 aus der Verfassung zu eliminieren, misslungen ist. Denn dann hätte ihre Obstruction das Verständnis der politischen Lage auch dem Einsichtslosesten erschlossen. Das einfache

— nicht durch den § 14 verhüllte — Octroi des Ausgleichsrestes hätte wenigstens Klarheit darüber gebracht, dass wir gegenwärtig absolutistisch regiert werden.

Form und Inhalt decken sich bei einer schlechten Politik so selten wie bei anderen misslungenen Werken. Dem Grafen Thun stand eine actionsfähige Majorität zur Seite; und so lange noch ein Hauch constitutionellen Lebens in diesem Staatskörper zu spüren war, konnte diese Majorität nicht gehindert werden, sich zur Geltung zu bringen. Eine obstruierende Minorität hat im Lande des leersten Scheinconstitutionalismus, in Ungarn, Erfolge erzielen können. In England ward sie mit Härte niedergeschlagen. Wir standen auf der Stufenleiter politischer Entwickelung nicht so hoch wie England, doch nicht so tief wie Ungarn. Die Obstruction konnte bei uns im Parlament nicht besiegt werden, sie konnte aber auch nicht siegen. Da ward die Form der Verfassung geopfert, damit ihr Inhalt lebe. Und durch die Anwendung des § 14 hat nunmehr die Majorität geherrscht.

Freilich, man wird mir entgegenhalten: Worin hat denn diese Majoritätsherrschaft ihren Ausdruck gefunden? War die Durchführung eines Ausgleichs, der die österreichische Volkswirtschaft so schwer schädigt, ein Interesse von Tschechen, Polen und clericalen Deutschen? Aber wer so fragt, verkennt vollkommen, was in Oesterreich seit jeher Zweck und Erfolg parlamentarischer Majoritäten gewesen ist. Die Uebermacht der Krone hat hier dazu geführt, dass ein bestimmter Kreis von Fragen seit zwanzig Jahren der Einwirkung des Parlaments entzogen ward. Diese Fragen heißen in der Terminologie unserer officiösen Blätter, deren auch die Organe der jeweiligen Majorität und die der gemäßigten Linken, der sogenannten Staatsparteien, sich bedienen, »Staatsnothwendigkeiten«. Die Majorität hatte diese Staatsnothwendigkeiten einfach anzuerkennen, dem Willen des Monarchen den parla-

mentarischen Ausdruck zu geben. Daneben aber ward ihr eine Anzahl von Gebieten zu ihrer Bethätigung freigegeben. Und es ist charakteristisch für diesen langjährigen Zustand des Halbconstitutionalismus, dass der wichtigste Theil der Gerechtsame der parlamentarischen Mehrheit ihr Einfluss auf die Zusammensetzung der Beamtenschaft war. Während die Executive, die den Willen des Monarchen zu vollstrecken hatte, weite Gebiete der Legislative arrogierte, wurde andererseits an die Legislative ein Theil der Rechte der Verwaltung übertragen. Die Gewalten vermischten sich, und dieses politische half-and-half galt als das Lebenselixir des Constitutionalismus.

Das war denn auch der Geist, in dem das latente Majoritätsregime des Grafen Thun geführt wurde. Warum ist also Thun gefallen? — Die vermeintlich siegreiche Minorität weiß dafür eine Erklärung, die sie höchlich befriedigt. Die Delegationswahlen, behauptet man, seien in Frage gestanden, und der § 14 habe kein Mittel geboten, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Darum habe das Ministerium des § 14 weichen müssen. Aber heute wird bereits von Abgeordneten der deutschen Parteien zugestanden — und man hat diese Behauptung den vermutheten Absichten der Jungtschechen gegenüber ebensowohl wie gegen Herrn Wolf geltend gemacht —, dass die gewaltsame Verhinderung der Delegationswahlen unmöglich sei. Und wäre sie selbst geglückt, hätte nicht die zweite Szell'sche Formel — sie war ja schon festgestellt — auch aus dieser Calamität geholfen? Hat man doch seinerzeit mit gleicher Bestimmtheit die Durchführung des Ausgleichs mittelst des Nothparagraphen für unmöglich erklärt; und als die Szell'sche Formel Nr. 1 zuerst auftauchte, hat man an ihre thatsächliche Anwendung so wenig glauben wollen, dass kurzsichtige Politiker Herrn Szell als Retter der österreichischen Verfassung preisen durften. Nun, der ungarische Ministerpräsident war mit Freuden bereit, seine Verdienste um die Rettung der österreichischen

Verfassung jetzt zu vermehren. Am Sturze des Grafen Thun ist er unschuldig.

Die Grabschrift unserer letzten Regierung, sie lautet: *Zde* ruht das Ministerium Thun. Die Tschechen haben sich an einer unantastbaren Staatsnothwendigkeit vergriffen, an der Armeesprache. Die Bewegung bei den Controlversammlungen des Vorjahres hat zuerst die Macht der Majorität erschüttert; die Erfahrungen bei den diesjährigen Manövern in Böhmen haben sie vernichtet. Als tschechische Bürgermeister den Verkehr mit den Truppencommanden in deutscher Sprache verweigerten, als Schwierigkeiten bei der Truppeneinquartierung in tschechischen Orten gemacht und die Rathhausmauern mit Placaten, die die Aufschrift »Zde« trugen, überklebt wurden; als endlich Ausbrüche nationaler Gereiztheit zwischen Tschechen und Deutschen innerhalb der Armee erfolgten, die ja infolge der Einberufung der Reservemänner zur Manöverzeit nicht ausbleiben konnten: da ist Graf Thun gefallen; die Herrschaft seiner Majorität schien der Krone die Armee zu gefährden. Jene Politiker allerdings, denen in den Pfingsttagen die Zungen des Geistes so stumm blieben, dass sie die deutsche Armeesprache als das wichtigste Geräth ansahen, dessen das deutsche Volk in Oesterreich bedürfe, um sein Haus zu bestellen, mögen von einem Erfolge der deutschen Parteien sprechen. Thatsächlich hat die österreichische Armee den Constitutionalismus geschlagen.

Eine Minorität kann nicht herrschen. So lange es ein Verfassungsleben gibt, kommt sie nur dadurch zur Macht, dass im parlamentarischen Zwiste die Majorität sich auflöst und freigewordene Elemente sich mit der bisherigen Minderheit vereinen, die so zur Mehrheit wird; oder aber dadurch, dass die ehemalige Minorität aus Neuwahlen als Majorität hervorgeht. Keiner der beiden Fälle ist bei uns eingetreten. Nicht Parteien des Parlaments haben andere besiegt, und darum ist das Parlament als solches geschlagen.

Seine Macht fällt dem Factor anheim, der im Kampf der Gewalten, den alles politische Leben darstellt, die Oberhand behalten hat: der Krone. Und in welcher Form jetzt diese Macht geübt wird, ist gleichgiltig. Auf ein Majoritätsregime, das die durch den Nothparagraphen kaum verhüllte Form des Absolutismus trug, ist jetzt die wahre Herrschaft des Absolutismus gefolgt. Heute kleidet sie sich in das Gewand des bloßgestellten Parlamentarismus. — Davon aber, welches das Verhältnis von Wesen und Form dieses Regimes sei, zu welchen Folgen es führe und dass der Absolutismus allein bestimmte Fragen der österreichischen Politik zu lösen imstande sei, will ich das nächstemal sprechen. Die desorientierten Zuschauer unseres politischen Lebens muss man erst sehen lehren, ehe man Schlüsse aus den Thatsachen ziehen darf.

* * *

Man sieht jetzt so recht, wie leicht einer österreichischen Regierung das Ziel der Popularität erreichbar ist. Sie braucht bloß irgendeine der thörichten Maßregeln zurückzunehmen, an die sich unser öffentliches Leben zu gewöhnen droht; Auswahl hat sie ja. Jetzt ist man im Begriffe, den Zeitungsstempel aufzuheben. In der ‚Fackel‘ ist er schon seit dem Anfang April 1899 nicht mehr erschienen. Man wird das kreisrunde Mal auf der ersten Seite unserer Tages- und Wochenblätter nur schwer vermissen, und es bleibt abzuwarten, wie sich der steuer- und stempelfromme Oesterreicher »in die Uebergangszeit finden« wird. Der sonstige Inhalt unserer Bankenraub- und Ritualmordblätter wird sich natürlich vom 1. Januar 1900 nicht verändern. Und doch wäre noch die Probe darauf zu machen, ob es für die heimische Cultur nicht vielleicht förderlicher wäre, vom Beginn eines neuen Jahrhunderts an bloß den Zeitungsstempel täglich zweimal erscheinen zu lassen.

* * *

Kallays Cultursendung.

Geehrter Herr! Da Sie in der letzten Nummer Ihres Blattes auf das Meer von Licht, in dem man Bosnien dem Publicum stets darstellt, auch etwas Schatten warfen, werden Ihnen die — zwar skizzenhaften — Mittheilungen über Eindrücke, die ich während eines längeren Aufenthaltes im Lande gewann, vielleicht nicht unwillkommen sein. Es thut umsomehr Noth, das wahre Bild zu zeigen, als wir von den bosnischen Ausflüglern stets nur die begeistertsten Lobpreisungen zu hören bekommen. Es ist das übrigens kein Wunder, denn wahrlich, schöne Gegenden gibt es da unten, und die Gastmähler der bosnischen Landesregierung werden gewiss auch nicht schlecht sein. Und gar Ilidže, das bosnische Paradies! Was muss das Volk hungern, damit sich Herr Kallay das bieten könne. Von den Rennen nicht zu reden. Aber die Anlagen dort kosten ein Heidengeld; man sagt, dass es mehr Freiplätze als bezahlte gibt, und selbst Frau Kallay vermöge nicht viel Gäste zu fesseln ...

Die Fabriken nun stehen wirklich auf der Höhe moderner Technik. Mit Rücksicht auf die vielen Beneficien, die sie genießen, tragen sie dem Staate ganz gewiss nichts ein, und die materielle Lage der Bevölkerung wird durch sie in keiner Weise gebessert. Wird ein Eingeborener als Arbeiter beschäftigt, so fertigt man ihn z. B. in einem Kohlenbergwerk mit einem Taglohn von 30 Kreuzern ab. Als wirkliche Fabriksarbeiter können die Eingeborenen gar nicht verwendet werden, da sie dazu nicht die nöthige Intelligenz besitzen. Man könnte nun sagen, die Bauern hätten ein besseres Absatzgebiet für ihre wirtschaftlichen Producte. Das Absatzgebiet wäre vielleicht da, aber die Leute können nicht mehr producieren, da sie dazu die Mittel nicht haben.

Der Ackerbau wird auf die allerprimitivste Art betrieben. Die Bauern waren aufs höchste überrascht,

als ich ihnen sagte, dass man anderwärts das Feld vor dem Anbau dreimal ackere. Sie thun es nur einmal. Und wollten sie es öfter thun, so könnten sie's nicht, da sie zu wenig Spannthiere haben. Dies ist auch die Ursache, dass sehr viel Land, oft schon urbar gemachtes, unbewirtschaftet bleibt. Ich sah sogar häufig, wie sich Männer vor den Pflug gespannt hatten. Einmal gieng ich ins Gebirge und traf einen Mann, der ein Stück Land von nur einigen Quadratklaftern ausgerodet hatte und es nun umzäunte. Als ich ihn ansprach, sagte er mir, dass er sich da vielleicht ganz umsonst quäle; denn er selbst habe kein Stückchen Vieh, und auch seine Nachbarn hätten an dem ihrigen zu wenig. Samen gebe es auch nicht. »Bei Gott,« meinte er, »vor der Occupation ist es uns besser gegangen! Jetzt werden die Steuern unbarmherzig eingetrieben, das letzte Stück Vieh treibt man uns fort, die letzte Fuhre Heu nimmt man uns. Wir haben ja nichts zu essen. Ich bin froh, wenn ich mir zum Mittagmahl Brot in warmes Wasser einbrocken kann. Und meine Kinder kann ich nicht zur Schule schicken, da sie hungern.«

Es sei auch erwähnt, wie man bei der Steuereintreibung vorgeht. Der Bauer wird vorgeladen. Er erklärt, dass er nicht zahlen könne, da er nichts habe. Nun wird eine Commission zu seinem oft sehr entlegenen Gehöfte geschickt. Findet diese etwas vor — und sei es auch nur eine Fuhre Heu —, so wird es in die Stadt gebracht und verkauft. Der Bauer ist jetzt aber auch noch mit den Spesen der Commission belastet. — Sie mögen aus dem Gesagten ersehen, dass er keine Möglichkeit hat, wirtschaftlich emporzukommen.

Und Oesterreich hat es während der 20 Jahre seiner Culturträgerei nicht vermocht, die Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft durchzuführen! Es ist zwar jeder berechtigt, sich loszukaufen. Nun habe ich aber schon erwähnt, dass die ländliche Bevölkerung wegen ihrer grenzenlosen Armut und der

drückenden Steuerlast, zu der bei den Leibeigenen noch die Verpflichtung zur Leistung der Zehnten und Roboten hinzutritt, wirtschaftlich absolut nicht emporzukommen vermag. Also können sich die Leute auch nicht loskaufen. Schon Kinder müssen Robotdienste leisten. Ich traf einen zwölfjährigen Knaben, der Vieh hütete. Auf meine Frage, ob er die Schule besucht habe, erwiderte er, er hätte es zwei Jahre gethan, dann aber hätte er austreten müssen, um das Vieh des Herrn seines Vaters zu hüten, wofür er nichts bezahlt bekomme. Gern möchte er noch lernen, habe aber auch kein Geld, sich ein Buch und die nöthigen Schreibmaterialien zu kaufen, um wenigstens auf dem Weideplatz zu üben ...

Es gibt wohl einige landwirtschaftliche Vereine, aber ihre Thätigkeit verschwindet im allgemeinen Elend.

Als ich mich an einem Markttage bei den Gebirgsbewohnern erkundigte, ob sie keine Lieder wüssten — bekanntlich haben die südslavischen Nationen einen großen Reichthum an Volkspoesie —, sagte man mir: »Wer würde singen, wenn der Hunger nagt?«

Es sei nur noch erwähnt, dass man auch in Bosnien das österreichische Princip der Ausspielung einer Nationalität gegen die andere in Anwendung brachte und sogar eine dritte schaffen wollte. Die Verwirrung wird immer ärger ...

* * *

Vom Transvaal-Krieg. Johannesburg, 5. November. (Bericht meines Specialcorrespondenten.) Die Angehörigen aller Nationen haben sich hier organisiert und dem zweiten Vaterlande ihre Dienste angeboten. Nur die Oesterreicher hatten bislang keine Entscheidung darüber getroffen, was sie thun sollten. Zwar, dass wir uns der Republik, in der wir leben, zur Verfügung stellen wollten, stand fest. Aber auf welche Art konnten wir uns am besten nützlich machen? Wir haben mancherlei

Vorschläge berathen und schließlich verworfen; jetzt sind wir entschlossen. Der Oesterreicher kann den Staub der Heimat von den Schuhen schütteln, den Staub aus den Lungen entfernt er nicht so bald, auch wenn er das Klima wechselt. Wir gründen ein Polizeicorps! Polizeipräsident Habrda wird telegraphisch um schleunigste Zusendung eines Exemplars der »Instruction« ersucht werden. Und Herr Tobias Anger soll eingeladen werden, hieher zu kommen und über das Thema »Wahlreform« Instructionsvorträge zu halten. Transvaal mag unbesorgt sein; ob es nun siegt oder geschlagen wird, die Ruhe und Sicherheit seiner Bürger kann nicht mehr gestört werden. Wir Oesterreicher gründen ein Polizeicorps!

PATER ABEL S. J.

Unbedeutend als Intelligenz und Individualität, als Priester und Mensch von der gleichen dogmatischen Beschränkung oder Beschränktheit, wie sie natürliche Veranlagung oder ein in falschen Gehorsam eingezwängter Geist erklärlich machen, — ist P. Abel ein vorzügliches, ja bedeutendes Werkzeug seines Ordens. Dass er mehr zu simplen Kunststücken als zu den höheren Künsten Loyolas verwendbar scheint, thut seinem jetzigen Wirken nicht den geringsten Eintrag. Ein laut zeternder Fanatismus gegen Freidenkende und Andersgläubige ist in der ecclesia militans immer am Platz, und conciliante Kniffe der Propaganda gegen Laue oder beichtlustige Sünder sind heute mehr denn je erwünscht. Beides kann der P. Abel. In der Propaganda kommt er sogar den Sündern weiter entgegen, als sich

vielleicht ziemt: — bis ins Wirtshaus. Versteht sich, den Sündern, die nicht in kaltem Aufgeklärtsein, sondern in warmem Leichtsinn fehlen. »Im Wirtshaus hab' ich in Wien schon mehr erreicht als in der Kirche,« ist das eigene Geständnis des Priesters, und ein Biograph, der sich zu seinem 25jährigen Jubiläum eingefunden hat, schreibt ohne Ironie: »Wir glauben, fast jeder der von P. Abel zum praktischen Christenthum Bekehrten wüsste irgendeine pikante Anekdote zu erzählen, wie ihn der eifrige. liebenswürdige Pater zum Beichten gebracht oder in der Beichte behandelt hat.«

Schon aus taktischen Gründen musste für die Wiener, auf die das Ernste, Düster-Feierliche, der scharfe, trockene oder spitze Ton eines Redners stark verstimmend wirkt, ein Jesuit mit besonderen Eigenschaften auserlesen werden. Die »Obern«, denen solches obliegt, nahmen als Kanzelredner für das lebenslustige Wien einen Mann, der neben dem Brustton der Ueberzeugung auch über den Bierton der Kapuzinade verfügt. Wahrscheinlich erinnerten sie sich an den berühmten Hofprediger Abraham a Santa Clara, der mit derbem Witz und humorvoller Wortverdrehung, oft auch mit abgeschmacktem Silbenspiel gar viel über seine Wiener Kirchkinder vermocht hat. P. Abel hat mit weniger vieles erreicht; eine das Gemüthliche des Wieners täuschend nachahmende bayerische Bierseligkeit macht ihn angenehm und bereitet seinem contagiösen Zelotismus willigen Boden. Große Männerwallfahrten, eifriges Betwesen, marianische Congregationen für Laien, eine humanitäre Zwecke gleichgiltig beiseite schiebende Kirchenbaulust sind zum guten Theil auf sein achtjähriges Wirken zurückzuführen. Der verlässlichste Hauptstock des Wiener Clericalismus, das schwerfällige, wirtschaftlich rückständige, im Politischen nur für die »Hetz'« empfängliche Kleinbürgerthum, wurde von ihm für den neuen Clericalismus gewonnen, der mit socialen Gaukeleien lockt und sich christlichsocial nennt. So wirkt P. Abel als Hirt der

Seelen und als Soldat der Partei. Neben dem Kampf gegen die Judenconcurrenz predigt er das Wort des Heilands. Die Fusion dieser beiden Wirkungskreise, so wenig neu sie in der katholischen oder in einer andern Kirche ist, soll offenen Tadel finden, wo sie sich in unverhüllter Weise vollzieht. Denn man vergesse nicht, dass jeder Einwand, und hiemit viel Besserwissen und Anderswollen, durch die dogmatische Ausnahmsstellung des Priesters, zumal des katholischen, erstickt wird. In Oesterreich, wo die Staatsgewalt dem letzten Hetzcaplan mit ängstlicher Folgsamkeit Messnerdienste leistet, ist das doppelt gefährlich. Nichts hindert den Priester, die weichen Schädel nach seinen politischen Wünschen zu formen, hat er sie einmal in die Hand bekommen. Die Kirche wird zum Versammlungslocal weltlichster Zwecke, in dem Einer Agitationsreden hält, alle anderen das Maul zu halten haben.

Die Antipathie impulsiver und selbstdenkender Naturen gegen solche Versammlungen ist begreiflich. So kam es auch, dass ich den P. Abel schon lange aus den weihrauchtrunkenen Verhimmlungen der clericalen Presse und dem lustigen Ausklopfen seiner Kuttenweisheit in profaneren Blättern kannte, ehe ich zum Besuche einer seiner Predigten mich entschloss, Ein Zufall musste mir dabei zu Hilfe kommen.

An einem klaren Septemberabend schlendere ich in empfänglicher Nachreisestimmung durch das innere Wien. Es geht sich wie in einer fremden und neuen Stadt, man bewundert alles und betrachtet sogar auf dem Josefs-Platz der Hofburg das Reiterstandbild im Dunkeln. Weihrauchdunst, der am Gebäude hinstreicht und die Herbstluft süßlich schwängert, heißt mich weitergehen. Ein paar Fiacres an der sonst schon geschlossenen Nebenpforte der Augustinerkirche lassen auf einen späten Gottesdienst schließen. Näher tretend, lese ich den Anschlag am Portal. Er kündigt eine Wallfahrtspredigt an: Predigt des P. Abel S. J. anlässlich

der Männerwallfahrt nach Maria-Oetting. Nach Tag und Stunde wird sie soeben drinnen gehalten ...

Mit dem Gedanken an Voltaire, der sich als Siebenzigjähriger schwer krank stellte und den Priester kommen ließ, allen Hokus-Pokus am eigenen Leib zu erfahren, trete ich ein. Das schmale Hauptschiff der Kirche ist völlig besetzt, hinten füllt es eine dichtgekeilte Menge Stehender. Nur in den allerletzten Reihen nächst dem Ausgang flutet es sachte ab und zu. Verspätete suchen Platz und Ausblick auf die Kanzel. Andere — vermuthlich im Vorübergehen eingetreten und ohne tieferes Interesse an der Sache — entfernen sich leise. Neben ein paar nackensteifen viele gläubig geduckte Häupter, die regungslos hinaufhorchen. Die Predigt ist in vollem Gang, der Pater setzt im einzelnen die Gründe auseinander, die ihn gerade für Oetting bestimmt haben. Scharf und volltönend, zu dritt und viert zusammengebündelt und so dem störenden Widerhall der Wölbung entzogen, dringen seine Worte herab. Mit sicherer Gelassenheit übt er sein rhetorisches Handwerk. Ehe er einen Schlag gegen »die Feinde des praktischen Christenthums« oder politische Gegner führt, beugt er sich bedeutungsvoll über den Kanzelrand vor, — ein Signal für die geduckten Köpfe, wohl aufzupassen! Dabei glänzen die braunen Augen berufsmäßig »durchdringend«, fast hypnotisiersüchtig aus dem regelmäßigen und wohlgenährten Gesicht. Kein frommes Feuer im Blick, weder Runzeln noch Sorgenfalten der Stirn, die von geistigem Ringen, von seelischen Kämpfen zeugen. Dichtes, nur leicht angegrautes Haar lässt den Mann nicht viel älter erscheinen als vierzig; der Mund ist schroff und kalt, trotz den frommen und warmen Worten, die ihm manchesmal entströmen.

Auch klingt aus dem, was er da über die Vortheile einer Wallfahrt nach Alt-Oetting in Bayern im Vergleich zum heimischen Marienort Maria-Zell sagt trotz allen Devotionen eine ungeheuer profanierende

Geschäftsmäßigkeit. Der, in dem der Wunderglaube lebt, mag's nicht so oder, wenn er recht stumpfe Seelenfühler hat, auch gar nicht empfinden. Einem andern erscheint die fachmännische Erwägung, wo man sich besser sein Seelenheil holen könne, ganz homogen den Ueberlegungen eines methodischen Biertrinkers, von wo man den angenehmern Rausch nach Hause bringt, von Hütteldorf oder Liesing ... Aber das wären interne Glaubenssachen und niemandem dürfte es einfallen, sich zwischen den Pater und seine Beichtkinder zu stellen, wenn er nicht andere als religiöse Wirkungen suchte und übte. Ich streife seine religiöse Technik nur, soweit sie mit seiner politischen zusammenhängt.

Diese arbeitet mit zwei stets bis ins Detail eingreifenden Mitteln: Demonstration zum ersten, Verklettung der religiösen und materiellen Dinge als Angebot des »praktischen Christenthums« zum zweiten. Eine Wallfahrt nach einem Marienort z. B., sollte man denken, ist eine lediglich katholische Pflicht. Aber P. Abel macht daraus eine dynastische und clericale und zugleich deutschnationale Demonstration. Nämlich, mit der Wallfahrt nach Oetting ist's etwas Besonderes — und erst jetzt kann ich die Gründe, die der Pater dafür ins Treffen führte, als ein hübsches Exemplum nennen. Soweit ich mich erinnere, hatte er Oetting den Deutschradicalen zum Tort gewählt: Es ist ein uralter deutscher Gnadenort, von Herzog Thassilo gegründet, »ehe es noch eine Ostmark gab«. Damit uzt er den Abgeordneten Wolf — den er wie einen Anwesenden anspricht, weit über den Kanzelrand vorgebeugt —, und glaubt zugleich zu demonstrieren, dass den getreuen Pantoffelknechten das Deutschthum auch hoch und theuer gilt. Ist das nicht eine billigere Art, sein Deutschthum zu bewahren, als mit den Deutschen gegen eine slavische Majorität zu marschieren? Oder macht sich das nicht großartig dynastisch — und vermeintlich patriotisch —, wenn der P. Abel als Grund für Oetting anführt, dass dort die Taufschale verwahrt

ist, mit der an Kaiser Franz Joseph die Ceremonie vollzogen ward? Ja, es scheint ein großes Opfer des praktischen Christenthums, mit dem Extrazug nach Oetting zu fahren, statt nach Maria-Zell, und, wenn man's seinen Schäfchen gehörig erklärt, ein Feldzug für Deutschthum, Oesterreicherthum, Katholicismus und alles Mögliche . . .

Nach einer Predigt würde ich es mir gewiss nicht erlauben, über die politische Thätigkeit des Jesuiten ein Urtheil zu fällen. Ich habe gegen diese Leute kein Vorurtheil; im Gegentheil, muss oft darüber lachen, wie die beiden halbgeheimen Gesellschaften, die Freimaurerei, der Orden der philiströsen Halbaufgeklärtheit, und der des heiligen Loyola einander anschwärzen. Glaubt man den liberalen Zeitungen, so kommt alles Uebel in der Welt von den Jesuiten; glaubt man dem P. Abel, so haben die Freimaurer nicht weniger als Königsmord, Kirchenraub und Umsturz jeglicher Ordnung zum Ziel. Ich habe mir ein paar von den sensationellsten Predigten des P. Abel gekauft und sie ruhig durchgelesen. Erwähne ich nun, dass der Mann sich als »Wiener Männerapostel« feiern lässt und das christlichsociale Parteiprogramm — in Oesterreich einer der curiosesten politischen Mischmasche — vertritt, so wird man keine Jesuitenriecherei darin finden, dass ich ein paar Seiten über ihn schreibe. Neben der Ausübung des praktischen Christenthums — im lieblichen Zeitungsjargon »clericale Reaction« genannt — hat P. Abel das protestantische, protestierende Deutschthum bekämpft, die Socialdemokraten in ähnlicher Weise wie die Freimaurerei verdächtigt und gegen Wissen und Aufklärung gewüthet. Von der netten Art, wie sein »kritischer Verstand« hie und da ein Stückchen vorbelfert, um sich flugs wieder selbst zum Kuschen zu bringen, gebe ich zum Schluss einige Beispiele mit wörtlichem Citat.

Vorerst noch etwas von seinen politischen Verdiensten um die christlichsociale Partei. Diese Partei

leidet an einer Divergenz der verschiedenen in ihr Programm zusammengebündelten Tendenzen, die sie arg compromittiert, so oft das Programm sich in Thaten umsetzen möchte. Unter den in Oesterreich herrschenden Verhältnissen ist ihr Deutschthum nicht immer mit einem Patriotismus, der mit seiner dynastischen Anhänglichkeit prahlt, und beide sind nicht mit ihrem Clericalismus zu vereinen, der von der Kirche Führung in politischen Dingen, Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zeitfragen, kurz alles erwartet, was in einem modernen Staatswesen Sache der Volksvertretung ist. Nun ist Oesterreich trotz den clericalen Privatambitionen des Herrscherhauses kein clericaler Staat. Ja, man kann ehrlich behaupten, dass die große Mehrheit der Bevölkerung, dass selbst viele, die unter den Fahnen der christlichsocialen Partei marschieren, kein zweites Concordat herbeiwünschen.

Der Antisemitismus der Partei ist ein unlauteres Gemisch aus religiösen und wirtschaftlichen Motiven. Er lockt viele an, die im Grunde genommen mit dem Clericalismus nichts zu schaffen haben wollten und nur auf die antisemitische Parole mitziehen. Während aber der wirtschaftliche Antisemitismus als eine bürgerliche Abwehrbewegung gegen das Manchesterthum gewiss seine Berechtigung hat und nur seine Einseitigkeit — er fahndet immer nur nach jüdischen Juden — mit Recht bemängelt wird, ist die unehrliche Verstärkung der wirtschaftlichen durch religiöse Gründe unbedingt zu tadeln. Was hat die anticorruptionistische Wirtschaftsbewegung mit den palästinensischen Vorgängen vor 19 Jahrhunderten zu thun? Man mag es bedauern, einen Kampf, der zumal in Oesterreich manches ohne Vorurtheile zu Verurtheilende fände, durch solche Mischung von vorneherein compromittiert zu sehen. Wie erfreulich wäre z. B. der Angriff gegen die deutschliberale Presswirtschaft! Die ehemals mächtige Partei, deren Erbschaft im Wiener Gemeinderathe die Christlichsocialen übernommen haben, war mehr als

zwei Jahrzehnte mit einer fast ausschließlich jüdischen Presse copuliert. Ihre bedeutendsten Organe haben neben Deutschthum und Fortschritt in seltener Harmonie Börsencorruption und Bankenschwindel gefördert. Die Partei ist zusammengeschmolzen, die Zeitungen jobbern fort. Sie werden von christlichsocialen Blättern befehdet, die — Enquêten zur Auffrischung des Blutmärchens veranstalten.

Eine ernstliche Verbesserung für die arbeitenden Classen steht heute wohl nicht von Mönchen, die außerhalb des Getriebes stehen und es nicht begreifen, sondern von dem Zwang der industriellen Entwicklung zu erwarten. Aber noch immer lockt der Köder, der da Erwerb ohne Concurrenz heißt, und dass der clericale Angelhaken dabei willig verschluckt wird, ist nicht zu verwundern. Nur die Kunst der christlichsocialen Partei, ihre verschiedenartigen Köder an einen und denselben Haken gustiös anzustecken, verdient Bewunderung. Zu diesem Behuf, ebenso wie zu einem wohlschmeckenden Redemischmasch von katholischen, dynastischen, antisemitischen und deutschen Brocken musste der Parteileitung ein Jesuit von Fach willkommen sein. P. Abel wurde mit offenen Armen aufgenommen, er avancierte in der Partei binnen kurzem zum »Wiener Männerapostel«. Sein Anhang besteht aus einfachen Handwerksleuten, Kleingewerbetreibenden; als echter Apostel verschmäht er es nicht, zu ihnen herabzusteigen und von der Bierbank aus zu wirken. Und weil ein moderner Apostel den Leuten recht weit entgegenkommen muss, so ist P. Abel bemüht, die an den behaglichen und etwas rohen Ton der Kneipe und Werkstatt gewöhnten Männer nicht durch das feierliche Wesen der Kirche zu befremden, und er spricht zu ihnen wie ein Bierbruder zu dem andern. In der Kapuzinade werden die Unmöglichkeiten des ultramontan-, deutschmäßig-, österreichisch-dynastischen Programms zur mundgerechten Erfüllung. Dass P. Abel einige kleine selbsterfundene Nuancen der

Polemik hat, sei nicht unterschlagen. Die Deutschnationalen hänselt er mit Luther, »dem armen Luther«, wogegen er die heilige Jungfrau, im Uebereifer seiner loyalen Loyolität, schlankweg »Mutter vom Hause Oesterreich« benennt.

Gewinnt der Mann durch solche jesuitische Intriguenstückchen eine gewisse Aureole der Intelligenz, so weiß ich nicht, ob die bornierte Art, in der er — Professor der Geschichte, wie er häufig mit Stolz erwähnt — die Borniertheit seiner Hörer in Vernunftfragen ausnützt, Raffinement oder natürliche Geistesart ist. Einige wörtlich citierte Beispiele aus seinen Predigten werden dem Leser selbst einen Rückschluss auf den Pater und seine Anhänger gestatten.

In seiner jüngsten Alt-Oettinger Predigt erzählt er die Geschichte der Bekehrung eines Prinzen Solms durch einen Hund folgendermaßen: »Der Prinz — Protestant — machte mit einer gräflichen katholischen Familie einen Ausflug per Dampfer auf dem Rhein. In Bonn steigt ein Corpsstudent mit einem großen Hund ein. Der große Hund läuft schnurgerade auf das kleine Comtesslein zu. Dieses erschrickt, lässt die Hand des Grafen aus und läuft zur Mutter. Da vollzieht sich in dem Zuschauer dieser Affaire, dem Prinzen Solms, die große Wandlung. Er geht auf die Gräfin — in die er einst verliebt war — zu: ‚Frau Gräfin, Ihr Kind hat mir soeben eine Lehre gegeben. Jetzt sehe ich, dass es in der Natur liegt, zuerst zur Mutter zu gehen. Daher werde ich katholisch'.« Und diese Fünfkreuzer-Geschichte, so sehr geeignet, die Wunder, die P. Abel eine Legalisierung Gottes nennt, herabzusetzen, ist aus keinem erklärenden Zusammenhang herausgerissen. P. Abel erwähnt nur in derselben Predigt, dass der liebe Gott der Vater, die katholische Kirche die natürliche Mutter jedes Christen sei. — Den Kern der Sündenfall-Geschichte enthüllt er in dem Satze: »Seitdem geht Intelligenz mit Un-

sittlichkeit Hand in Hand.« Häufig sucht der Jesuit die Verbindung zwischen Wissen und Glauben durch sophistische Unterstellung des Wortes Glauben in zweierlei Sinn zu verwirren. Den beschränkten Hörer mag es auch unfehlbar verblüffen, wenn der Pater den Glauben als die Grundlage jedes Wissens an dem Schuljungen »beweist«, der es dem Lehrer glauben muss, das Zeichen A bedeute A. Der arme schwache Verstand verdöster Handwerker kann es kaum entwirren, dass dieses Glauben die Annahme einer fremden Erfahrung bedeutet, — der Wunderglaube aber, den der Jesuit fordert, eine Verletzung sämmtlicher Erfahrungen des Verstandes und der ihn erhaltenden Principe der Causalität und Continuität. — Noch armseliger, aber ebenso verblüffend finde ich auf S. 15 seiner Predigt »Christus und sein Volk« folgenden als impulsiv vorgetragenen Beweis für die Glaubwürdigkeit göttlicher Wunder: ».... Die Decke dieser Kirche hat die Neigung einzufallen nach dem Gesetze der Schwerkraft, aber das Mauerwerk hält sie fest. Was der Mensch kann, die Wirkung eines Gesetzes aufzuheben, das sollte Gott nicht können mit seiner Allmacht, der die Gesetze der Schwerkraft gegeben?«

Logische Allotria und Sophismen regieren, wie man sieht, in den Reden des P. Abel. Das ist bei Kapuzinaden gerade nichts Ungewöhnliches. Aber auch die Mittel der Sprache versagen ihm, wo nicht der Contrast seiner derben Ausdrücke zu dem Ort, an dem, und zu den Dingen, von denen er spricht, als kitzelnder Reiz wirkt. Dem P. Abraham a Santa Clara, der 1680 dem von der Pest verheerten Wien in mutterwitzigen Wortverdrehungen predigte, reicht der Mann nicht bis an die Kniee, der aus dem »Heil«-Ruf der Schönerianer und ihrem »Los von Rom« ein »Heillos« und das verleumderische »Los von Gott« zusammengeflickt hat. Indessen, ich habe schon eingangs erwähnt, nicht seiner individuellen Bedeutung

hat P. Abel seinen Einfluss zu danken. Er ist ein Instrument. Aber es ist ein trauriges Zeichen, wenn sich die Menge mit solchem stumpfen Werkzeug bearbeiten lässt. o—o

* * *

Herr Dr. Lueger feiert jetzt Triumphe, die ihm die Ungeschicklichkeit seiner Gegner bereitet hat. Die liberalen Zeitungen Wiens haben mit seltener Einsichtslosigkeit den politischen Gegner durch Angriffe auf technischem Gebiete zu bekämpfen gesucht. Zuerst haben sie einstimmig versichert, dass die neuen Gaswerke nicht fertig sein würden; zuletzt wurde noch die Unmöglichkeit, die Anschlüsse in den Häusern rechtzeitig zu vollziehen, behauptet. Der schlimmste Rummel aber ist mit dem »Entlüftungsverfahren« getrieben worden. Kam da eines Tages, als in den Zeitungen von Luegers Absicht, am Namenstage des Kaisers eine Probebeleuchtung zu veranstalten, die Rede war, ein Schalk — seines Zeichens Jurist — auf den Einfall, die ‚Neue Freie Presse' aufsitzen zu lassen. Der Jurist sandte also dem Weltblatte eine mit einer Chiffre gezeichnete Zuschrift, in der er darauf aufmerksam machte, dass, »wie jeder Fachmann weiß», beim erstmaligen Functionieren der neuen Beleuchtung leicht Explosionen entstehen könnten, die die Feststimmung des Tages trüben müssten; das sei ja geradezu unverantwortlich. Die ‚Neue Freie Presse' druckte das Schreiben mit einigen stilistischen Aenderungen — der stud. jur. behauptet noch heute, dass es Verschlechterungen waren — ab. Am nächsten Tage hat offenbar ein Techniker dem Blatte mitgetheilt, dass vor der Einleitung des Gases noch das Entlüften der Rohre erfolgen müsse. Also entstehen die vermeintlichen schrecklichen Gefahren vielmehr beim Entlüftungsverfahren. Sie werden in grellen Farben geschildert. Die übrigen Blätter, nicht faul, nehmen sich gleichfalls der Sache an, und ein Fachmann, Professor Victor Loos, der

endlich die ‚Neue Freie Presse‘ zum Eingeständnis des Irrthums veranlasst, muss sich vom — ‚Wiener Tagblatt‘ belehren lassen, dass die Rohre erst innerhalb eines Jahres entlüftet und mit Gas gefüllt werden könnten. Schließlich, als das neue Gaslicht brannte, hieß es in den Blättern, es leuchte schlecht; tagsdarauf gibt man zu, dass es ebenso gut brenne wie das alte. Kurz und gut: die Kampfesweise der Herren lässt darauf schließen, dass sie der Ansicht waren, das Gaswerk sei statt vom Baurath Kapaun von Pater Dittrich gebaut und das Entlüftungsverfahren nicht von Professor Loos, sondern von Herrn Gregorig begutachtet worden. Jetzt ernten sie die Früchte ihrer Dummheit. Denn die Anhänger des Dr. Lueger, die täglich lasen, wie man den Bürgermeister für die angeblichen technischen Fehler verantwortlich machte, glauben jetzt steif und fest, dass die unleugbaren technischen Vorzüge der städtischen Gasanlage — sein Verdienst seien.

Medicinisches Elend.

Von unserem k. k. Allgemeinen Krankenhause war in letzter Zeit oft die Rede. Die schmachvollen Zustände, die diese Ruine birgt, bildeten seit den Tagen der Laboratoriumspest den Gegenstand öffentlicher Besprechung, und siehe da! es ward auch eifrig nachgeholt, was man bisher für das Wohl der Menschheit versäumt hatte: es wurden Millionen auf Kirchenbauten verwendet. Nun ist man schon beruhigter, wenn man vernimmt, dass im alten Krankenhause die heillose Wirtschaft fortdauert, dass der Bau noch ebenso schwankend und morsch ist, wie die Säulen der Wiener medicinischen Wissenschaft . . .

Wir wollen aber heute nicht von dem Elend der Kranken sprechen, sondern von dem Elend unserer Aerzte, die das Schicksal

in den Dienst des k. k. Allgemeinen Krankenhauses gestellt hat. Die materielle Lage der Secundarärzte und vieler unserer Assistenten ist mindestens ebenso schlecht, wie der örtliche Zustand des Krankenhauses. Und besser als alle höherenorts als »ungerechtfertigte Auslassungen« bezeichneten Beschwerden sprechen die Zahlen. Ein Secundarius bezieht einen Gehalt von 500 Gulden jährlich; »dazu« kommt noch freie Wohnung und Beheizung. Unter »Wohnung« ist ein verwanztes, moderiges Zimmerchen zu verstehen, in dem es dem Secundarius gestattet ist — Privatkranke zu empfangen. Angesichts eines so einladenden Ordinationslocales ist wohl das Verbot, außerhalb des Krankenhauses zu ordinieren, nur eine gütige Vorsorge: wozu noch anderwärts einen theuern Zins bezahlen, wenn man es zu Hause so herrlich eingerichtet hat! Von dem Gehalt ist gleich eine recht nothwendige Auslage abzuziehen: fünf Gulden monatlich für die »Bedienung«, d. h. ungefähr 12% des Gehaltes. Auch die Beleuchtung macht, besonders in den Wintermonaten, einen hübschen Posten aus. Der Dienst dieser jungen Aerzte nun, die im besten Fall nach vier Jahren Volksschule, acht Jahren Gymnasium und fünf Jahren Universität es so herrlich weit gebracht haben, besteht erstens darin, dass sie einen oder auch zwei Krankensäle »führen« müssen. Unter diesem »Führen« versteht man eine Unmenge von unnützen Schreibereien, das Ausfüllen einer Masse von Formularen und endlich das Verfassen von Krankengeschichten. Letztere sind wohl wichtig, werden aber oft nur flüchtig hingeworfen, da ja dem Secundarius sonst die Zeit zum Ausfüllen von hundert anderen Documenten mangelt. Der junge Arzt ist eben mit Schreibarbeiten überhäuft, wie ein des Schönschreibens kundiger Corporal in der Regimentskanzlei. Ferner hat der Secundarius des öfteren Nachtdienst, Journaldienst und Küchen-Inspectionsdienst zu führen.

Was muss man thun, um diese glänzende Stellung zu erreichen? Man ist zunächst verpflichtet, im Hause als Aspirant zu dienen. Heutzutage beläuft sich die Zeit dieses freiwilligen, gagelosen Dienstes auf die kurze Dauer von 30 bis 40 Monaten, die also in der Praxis zu den 17 Jahren Studium zuzuschlagen sind. Wohlgemerkt: ohne Protection; denn die wunderwirkende Protection, die hoffnungsvollen Söhnen berühmter Herren das Siegel des Genius aufdrückt, kann auch diesen Frohndienst abkürzen. Hat man nun

glücklich einige Jahre sein Leben als Secundarius gefristet, so kann Einem endlich der fette Posten eines Abtheilungsassistenten oder gar eines klinischen Assistenten zufallen. Nun sind aber auch hier die materiellen Bedingungen glänzende. Ein Assistent, man höre und staune, bezieht einen Gehalt von 700 Gulden! Und noch dazu hat er Anspruch auf ein größeres Zimmer, als der Secundarius. Ob die mitwohnende Insectenwelt auch aus relativ größeren Einzelindividuen besteht, darüber wollen wir uns hier nicht auslassen. Vom darwinistischen Standpunkt wäre es jedenfalls interessant zu erfahren, ob die Insecten, die dem Assistenten beiwohnen, sich unter den um 200 Gulden jährlich besseren Verhältnissen kräftiger entwickeln und sich vielleicht höher organisieren. Für die Bedienung sämmtlicher Einwohner des Zimmers zahlt der Assistent nur 8—10 Gulden monatlich.

Und nun greift ihm, der doch schon etliche Dienstjahre hinter sich hat, die göttliche Vorsehung unter die Arme. Sie speiset die Assistenten, und zwar die klinischen, in Form von Cursen. Die klinischen Assistenten halten um theures Geld den Studenten Curse; die Minimaltaxe, um die die Wissenschaft in Specialfächern eingeimpft wird, beträgt 12 Gulden. Die meisten Curse kosten 15, einzelne 20 bis 25 Gulden. Man wird nun sagen: wozu braucht ein fleißiger Student, der die Kliniken (à fl. 10·50) inscribiert und besucht, noch Curse? Darauf ist Folgendes zu erwidern: Bei den praktischen Rigorosen wird Verschiedenes geprüft, was man an der Klinik nie zu hören, zu sehen und zu thun bekam, so z. B. die Elemente der Auscultation und Percussion, die Benützung des Augenspiegels, sowie die Diagnostik auf Grund des ophthalmoskopischen Befundes, die chirurgischen Operationen an der Leiche, die gynäkologischen Uebungen am Phantom u. s. w. Was bleibt da dem Studenten, und wenn er auch ein noch so armer Schlucker ist, übrig, als für diese verschiedenen Wissenszweige blutenden Herzens jedesmal 15 Gulden niederzulegen? So bezahlt denn der Staat die Assistenten aus der Tasche des Studenten, der der »freien Wissenschaft« um so eher Meister wird, je mehr Geld ihm der »Alte« schickt .... Der Student hat an Taxen genug zu tragen; ich nenne nur die Promotionstaxe von mehr als 80 Gulden, die er nach abgelegtem dritten Rigorosum (Taxe 65 Gulden) zu zahlen hat, um nach Vollendung seiner Studien das Doctordiplom zu erhalten, — wobei doch nur für wohlgenährte Universitätsprofessoren eine bloße Förmlichkeit zu erfüllen bleibt. Der Student

hat alle Prüfungen abgelegt, und kann die Brüste der alma mater beruhigt beiseite schieben, muss aber für diese plötzliche »Entwöhnung« noch die Promotionstaxe hinterlegen, nachdem er in den letzten Jahren des Studiums dem Staat die eines Assistenten würdigen Gagen erspart hat . . . .

* * *

Interpellation.

Ein Artikel der ‚Fackel' über die Börsencomptoirs hat vielfach Zustimmung gefunden, selbst bei Leuten, von denen ich es am wenigsten erwartet hatte. Zuerst beim Börsenwöchner der ‚Neuen Freien Presse', zuletzt sogar im ‚Kapitalist' des Consul Thalberg (Bey!). Hier freilich nicht unbedingt. Der Herr Consul ist nicht so streng wie mein Gewährsmann. Er will die kleinen Leute, um die es sich zumeist handelt, nicht hängen lassen, sondern bringt zu ihren Gunsten Milderungsgründe vor. Er selbst aber fühlt sich von der ganzen Sache überhaupt nicht berührt; er spricht nicht etwa pro domo, für das Haus Josef Kohn & Co. Das hat nichts zu fürchten. Denn: »Wir sind ja Großhändler«; die Großen aber lässt man bekanntlich von altersher laufen. Und außerdem darf er sich wohl über gewisse »Anwürfe, Verdächtigungen und Angriffe« hinwegsetzen, — »Anfeindungen, die sich heutzutage auch jeder Minister, jede hervorragende Person gefallen lassen muß«. Man ragt eben nicht ungestraft »über die Mittelmäßigkeit hervor!« Aber Tausende von Lesern seines Blattes billigen seit Jahrzehnten dessen Haltung und nehmen an dem ‚Kapitalist' dauerndes Interesse. Und darunter sind außer hohen Würdenträgern, hohen Aristokraten, Kaufleuten aller Branchen, Großindustriellen, Großgrundbesitzern und Advocaten auch — — Reichsrathsabgeordnete. So zu lesen im ‚Kapitalist' vom 1. November 1899.

Und nun, da die Herren Abgeordneten die Regierung in Sachen des Börsenschwindels so selten interpellieren, interpelliere ich die Herren Abgeordneten auf das dringlichste:

1. Ist es wahr, dass Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses durch eine Firma von der Qualität des Hauses Josef Kohn & Co. Börsengeschäfte ausführen lassen?

2. Wenn es unwahr ist — wie ich zur Ehre unserer Abgeordneten voraussetze —, was gedenkt das hohe Haus gegen solchen

Missbrauch seines Ansehens zu Speculationszwecken zu thun? Wie wollen die Herren Abgeordneten sich dagegen wehren, dass nicht bestimmt Bezeichnete unter ihnen der Billigung des Vorgehens eines Animierblättchens bezichtigt werden?

3. Wollen sie die Firma Josef Kohn & Co. zwingen, ihren Pauschalanwurf gegen Mitglieder des Parlamentes zu präcisieren?

Von Herren des Polenclubs erwarte ich selbstverständlich keine Antwort. Sie mögen an der Börse weiterspielen — usque ad finem.

* * *

Weil ich schon von Animierblättern spreche: Das ‚Deutsche Volksblatt' darf bei dieser Gelegenheit nicht ungenannt bleiben. Herr Vergani stimmt zwar mit anderen Kennern der Volkswirtschaft in der Ansicht überein, dass die Börse ein Giftbaum sei. Aber auch Gifte wirken in entsprechender Dosis manchmal heilsam. Darum bringt das ‚Deutsche Volksblatt' tagtäglich die Inserate zweier christlicher Börsencomptoirs. Denn schließlich sollen auch die christlichsocialen Kälber Gelegenheit erhalten, ihre Metzger zu wählen; und muss es ihnen nicht angenehmer sein, von christlichen Firmen abgeschlachtet, als etwa bei Josef Kohn & Co. geschächtet zu werden? Regelmäßigen Inserenten muss man aber manchmal kleine Gefälligkeiten erweisen. Nun gibt jede der beiden inserierenden Firmen ein Informationsblättchen heraus. Mit rührender Unparteilichkeit wird also bald die eine, bald die andere dieser wohlinformierten Fachzeitschriften Samstag abends vom ‚Deutschen Volksblatt' in seinen Börseartikeln citiert, und die Leser erfahren, wie sicher man Geld verdient, wenn man sich an Schelhammer & Schattera oder an Plewa & Sohn wendet. Besonders das letztere Haus genießt Herrn Verganis Vertrauen von altersher. Hier hat er Beziehungen angeknüpft, als er noch Herrn Schönerers Freund war, der sich bei Plewa & Sohn Rathschläge über die Verwaltung seines Vermögens zu holen pflegte. Später hat allerdings diese Verbindung des Wechselhauses mit den beiden grimmig Verfeindeten zu kleinen Unannehmlichkeiten geführt. Als Schönerer eines Tages das Comptoir betrat, während gerade Vergani dort weilte, gelang es dem Chef des Hauses mit Noth, Herrn Vergani rechtzeitig zu verstecken. . . . .

* * *

Aus dem Kunst-Economisten.

> **Kinder! . . . Nein, dieser Thöny, und dieser Bruno Paul, und dieser Reznicek, und dieser Thomas Theodor Heine! Jeder von ihnen eine Million wert!**
>
> **Franz Servaes in der ‚N. Fr Pr.' vom 31. Oct**

Der schwächere Markt muss dem stärkeren folgen. Und da die moderne Kunst seit längerer Zeit in Berlin über pari stand, konnte bei uns eine Hausse im gleichen Artikel nicht ausbleiben. Als ihr Faiseur ward Herr Franz Servaes von der ‚Vossischen' zur ‚Neuen Freien' berufen. Der Mann musste sich zuerst acclimatisieren; und das gelang ihm noch rascher als vor einigen Jahren dem aus Linz zugereisten Herrn, der mit so vielem Erfolg die »wienerische Note« in Cours gebracht hat. Noch hatte der Herr aus Berlin die ersten Sohlen auf dem Wiener Pflaster nicht abgetreten, als er bereits von »unserem« Tilgner, »unserem« Zumbusch, ja von »unserem« Radetzky sprach. Im Handumdrehen war aus dem Franz Servaes ein Serwas Franz! geworden. Als er sich so am hiesigen Platze eingeführt hatte, konnte er an seine eigentliche Mission gehen: den Wiener Börseanern den Wert der modernen Kunst begreiflich zu machen. Natürlich den Geldwert. Wenn also einer etwa den ‚Simplicissimus' alten Börseanern ans Herz legen wollte, so würde er ungefähr sagen: »Kinder! . . . Nein, dieser Thöny, und dieser Bruno Paul, und dieser Reznicek, und dieser Th. Th. Heine! Jeder von ihnen eine Million wert! Bedenkt nur: eine Million — Gulden natürlich, die Kronenrechnung gilt erst ab 1. Januar 1900 — ö. W.! Das macht, alle übrigen nicht mitgerechnet, schon vier Millionen! Beim jetzigen Zinsfuß! Ja, wie stehen denn eigentlich die Simplicissimus-Actien in Wien?« —

Wie wir vernehmen, hat sich in der letzten Woche ein lebhaftes Arbitragegeschäft in »Simplicissimus« entwickelt. Tendenz des Papiers steigend, — auf Nachfrage aus Wien.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Herrn v. Koerber. Na, Sie fangen gut an. Ihre Energie bewährt sich an der Opposition einer Versicherungsanstalt, und es ist Hoffnung vorhanden, dass Ihr Name aus den Annalen des Herrn Chlumecky nicht so bald verschwinden wird. Das war doch wirklich nicht nöthig, den alten Gelegenheitsmacher durch einen Erlass zu stützen. Lassen Sie ihn ruhig fallen; der ist schlau genug, um sich dabei nicht wehzuthun. Noch dazu legen Sie ja den Leuten den Gedanken nahe, dass Sie sich beim Chlumecky für seine Protection revanchieren mussten. Gewiss, in dieser »Janus«-Affaire haben Sie Energie zeigen müssen, aber an der richtigen Stelle! So dürfen die Leute Ihnen jetzt vorhalten, dass die Ausstellung eines Gesundheitsattestes für eine Versicherungsanstalt Ihre erste Regierungshandlung gewesen sei. Die Leute vergessen, dass Sie doch vorher auch schon schießen ließen.

Chlumecky, mit Ihnen trete ich nicht gerne in Correspondenz. Ich habe einmal über Sie geschrieben — damit basta. Dass Sie jetzt wieder Geschichten machen, das ist doch zu ärgerlich. Es hat ja einen förmlichen Krieg gegeben bei diesem »Janus«. Natürlich, die Thüren waren nicht geschlossen. Und sonst sind Sie doch gewöhnt, alles hübsch bei geschlossenen Thüren abzumachen. Aber einmal muss es ja herauskommen. Wenn auch die Mathematiker wirklich, wie der Director Ohnhäuser behauptet hat, sechs Monate brauchen werden, schließlich müssen sie doch ausrechnen, dass der Prämienreservefonds um anderthalb Millionen zu niedrig ist. Neulich hat Ihnen die Opposition tüchtig zugesetzt. Das hatten Sie nicht erwartet, alter Fuchs? Alter Fuchs ist übrigens eine gute Bezeichnung für Sie als ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Ihr Nachfolger spielt jetzt dort mit entschiedenem Talent »junger Chlumecky«.

Schmock. Ja, die Herren »von der Zeitung« sind auf alles vorbereitet. Geht die Verlobung der Kronprinzessin-Witwe mit dem ungarischen Grafen zurück, so werden weihevolle Betrachtungen über »patriotischen Verzicht«, über den »Sieg der Mutterliebe« u. dgl. den Platz einnehmen, der bereits für eine förmliche Flitterwochenschau reserviert war. Die Herren sinnen dann noch mit einiger Wehmuth der Möglichkeit nach, dass die junge Erzherzogin Elisabeth ihren eigenen Hofstaat hätte bekommen müssen. Was vor ein paar Tagen noch der Zug des Herzens hieß, ist jetzt des Schicksals Stimme, die einer »Mesalliance« entschieden widerräth. Die Localreporter sind auch dagegen. Als Hüter der pragmatischen Sanction können sie dieser Verbindung nicht zustimmen. »Einen« Grafen Lonyay! Oh, sie sind informiert! Der Herr im ‚Neuen Wiener Journal' hat sogar gemeldet, dass Elemer eine »gewölbte Brust« habe. Gute Nacht, Elemer!

Dr. G. in B. Vor Ladysmith meinte der ‚Pester Lloyd‘, dass »die ohnehin nur abstracten Sympathien für die Boeren sich in dem Maße verflüchtigen, als die Engländer sieghaft vordringen«, und es könne »ihrer Sache nichts nützen, sondern im Gegentheil empfindlich schaden, dass neuestens die französischen Nationalisten sich für sie begeistern«. Ich bin da derselben Ansicht, wie Sie: Die Boeren wird es in ihrem Verzweiflungskampfe, die Belgrader »Hochverräther« in ihren Kerkerzellen aufrichten, dass der ‚Pester Lloyd‘ sich nicht für sie begeistert. Das Budapester Schmutzblatt sollte mit seinen wertvollen Antipathien nicht so verschwenderisch sein und sich sie theuer bezahlen lassen.

Naivling. Sie wundern sich, dass die ‚Fackel‘ »so wenig Inserate aufweist«. Sie sollten sich nach den im »textlichen Theil« abgelegten Bekenntnissen nicht mehr wundern. Es gibt Annoncen — von Bahnen, Banken und allen Finanzinstituten —, die auch jene Redaction ablehnen muss, die »für den Inhalt der Inserate keine Verantwortung« übernimmt. Diese Randbemerkung hat im Falle der ‚Fackel‘ lediglich den Sinn, dass die Redaction nicht mit ihrem persönlichen Geschmack für den Gegenstand dieser oder jener Ankündigung eintritt. Aber sie öffnet eben nicht allen Ankündigungen die Spalten des Inseratentheils. Ein Blatt, das seine Unabhängigkeit nicht von hämischen Gänsefüßchen einschließen lassen will, darf »rückwärts« nicht gegen Bezahlung irgendeines der Themen berühren, zu deren kritischer Erörterung es geschaffen ist. Ich verweise Sie auf Nr. 15, allwo ich den Redacteuren der ‚Zeit‘ entsprechende Verhaltungsmaßregeln ertheilt habe. Für eine Revue existiert die Ausrede nicht, dass die Schriftleitung nicht weiß, was die Geschäftsstelle thut, und ich betrachte als Redacteur das Annoncenangebot eines zweifelhaften Unternehmens als beleidigende Zumuthung, — weil hier der Inserent in Wahrheit nie die Tendenz einer Ankündigung, sondern immer die Absicht hat, durch eine Subvention die Stimmung des Ressortkritikers zu regulieren. Ein unabhängiges Wochenblatt muss diese Absicht zurückweisen und dem Fahrplan der Staatsbahn ebensogut wie der Anpreisung von »Venedig in Wien« oder vom Colosseum peinlich aus dem Wege gehen. Hier wie dort hat der Publicist manches zu sagen, was von dem auf der Umschlagseite verbreiteten Wohlwollen gar auffällig absticht.

Advocat. Mir scheint doch die Art des Kampfes sattsam dadurch gekennzeichnet, dass die Herren von der »Opposition« die Führung übernommen haben. Man brauchte nur einzelne Namen zu nennen, um klarzumachen, dass es da Leute gibt, denen es unangenehm ist, dasjenige, was sie früher im Dunkel ihrer Schreibstube thaten, jetzt im hellen Lichte der Oeffentlichkeit üben zu müssen. Die Herren vom Vorstand der Advocatenkammer aber bedienen sich des Kampfes gegen Klein als eines erwünschten Mittels, die Angriffe der Opposition von sich abzulenken. Wie viel vorsichtiger sind diese älteren Herren übrigens! Herr Dr. Zucker hat doch ein zu starkes

Gefühl von Würde, als dass er einen Artikel in der ‚Neuen Freien Presse' mit seinem Namen gezeichnet hätte. Und doch musste die Anonymität in diesem Falle seinen Ausführungen einen großen Theil des Gewichtes rauben, das sie sonst als die Aeußerung eines angesehenen Mannes und tüchtigen Juristen gehabt hätten. Uebrigens hat er sich auch nicht gegen den Sectionschef gewendet, den die anderen zum Sündenbock erwählt haben. Warum thaten sie das eigentlich? Es gibt doch verantwortliche Minister. Allerdings wird behauptet, dass die Klagen der Advocaten nie bis zu Herrn Ruber, sondern höchstens bis zu seiner Frau gedrungen sind . . .

Militärjustiz. Es ist freilich arg, dass ein Redacteur, weil er das reglementwidrige Marschieren der Truppen auf den Trottoirs von Lemberg getadelt hatte, seines Officierscharakters entkleidet worden ist. Aber die Sache regt mich nicht allzusehr auf; der Herr vom ‚Dziennik Polski' ist zu weiteren Waffenübungen nicht mehr verpflichtet. Schließlich handelt es sich also nur um das schöne Epitheton »Oberlieutenant i. R.« auf seinen Visitkarten. Da muss er sich jetzt eben frische machen lassen. Und übrigens: wenn Infanteristen auf den Lemberger Trottoirs marschieren, so gehen wenigstens auch einmal anständige Menschen dort. Das soll nämlich seit der Theilung Polens nicht allzu oft mehr vorgekommen sein; der Fremdenbesuch in Lemberg lässt, wie ich höre, viel zu wünschen übrig.

Hörerin der Philosophie. Ihre Klagen über die mensa academica haben mich zum Theile höchlich verwundert. Es hieß ja, man werde den akademischen Bürgerinnen einen eigenen Tisch reservieren, und dort müsste doch etwas mehr Reinlichkeit herrschen, als sonst im Local zu finden ist. Vorausgesetzt natürlich, dass die Mädchen selbst ihren Tisch ein wenig reinigen, wenn das Bedienungspersonal solches beim Gästewechsel zu thun für unnöthig erachtet. Oder gibt es gar keinen reservierten Tisch? Die Beschwerden über das Essen sind leider nicht neu. Die Härte und Geschmacklosigkeit des Rindfleisches ließe vermuthen, dass die Leitung der mensa academica die Besucher dem Fleischgenusse abwendig machen und etwa zum Pythagoräerglauben bekehren wolle, wenn nicht das häufige Erscheinen von Bohnen und Erbsenpurée auf der Speisekarte dem widerspräche. Ueber die Misère der verrosteten und verbogenen Gabelzinken, die zum Aufspießen des Fleisches nicht taugen, haben Sie sich ja recht findig mit der Hutnadel hinweggeholfen. Ihre minder glücklichen männlichen Collegen wissen in solchem Falle nicht, was sie thun sollen; nur Mediciner haben mir versichert, dass sie manchmal das Secierbesteck zu Hilfe nehmen. Uebrigens gibt es noch ideale Gemüther, die in den Degen und Emblemen an der Wand für die ungenügende Qualität und den theuren Preis des Essens Ersatz finden. Wer auf Degen beim Essen keinen Wert legt, wird allerdings Ihrer Behauptung, dass jede Auskocherei billigere und bessere Speisen biete, nicht widersprechen können. Aber sehen Sie, die ärmsten Studenten, die Freitisch haben, brauchen sich darüber nicht

erst den Kopf zu zerbrechen. Die Speisemarken lauten eben auf die mensa academica, und ihnen bleibt daher bloß die akademische Freiheit, das Zeug zu essen oder zu hungern.

Schlüsselloch. Besten Gruß.

Ein rechtlich denkender Wiener. Vielen Dank für Ihre freundliche Kundgebung.

Bankbeamter. Zu einer poste restante-Correspondenz fehlt mir die nöthige Zeit; bitte um directe schriftliche Mittheilungen; falls an der Sache etwas ist, werde ich nicht anstehen u. s. w.

Hermes. In dieser Form nicht verwendbar; die Sache wird gelegentlich von höherem Gesichtspunkt besprochen werden. Sie haben ja in fast allem recht, aber es handelt sich nicht darum, einzelne Lehrpersonen anzugreifen, sondern, die Schäden des Systems aufzudecken.

B. F. Ja, vollauf entsprechend.

E. Sch. Wie Heine in unseren gymnasialen Lehrbüchern für deutsche Literatur behandelt wird, ist hier bereits dargethan worden. Was den Schulrath Hugo Mareta anlangt, so dürfte Sie Ihr »Gewährsjunge« vom Schottengymnasium falsch informiert haben; der joviale Herr soll alles eher denn ein »Antisemit« sein.

Cerberus. Weitere Angaben willkommen.

Herrn Abg. Schlesinger. Ich bat Sie neulich, bei Ihren Interpellationen im Abgeordnetenhaus und bei Ihren Citaten im ‚Deutschen Volksblatt' die Quelle nie zu vergessen und geradeheraus zu sagen, dass Sie Ihre Wissenschaftlichkeit aus Houston Stewart Chamberlain beziehen, dessen »Grundlagen« soeben vollständig erschienen sind. Nun haben Sie die Freundlichkeit, mich per Correspondenzkarte auf das ‚Deutsche Volksblatt' vom 21. October, Seite 4, Spalte 3, 9. Zeile von oben, aufmerksam zu machen. Richtig, dort steht der Name Chamberlain! Bei Aufzählung etlicher jüdischer Meinungen über die Gestalt des Heilands citieren Sie den Culturforscher. Was ist's aber mit den Gräueln auf Cypern, über die Sie wohl in der Stilisierung Chamberlains, aber ohne Nennung seines Namens berichten? Da hätten Sie lieber gleich in der gewohnten Form interpellieren sollen: »Ist es der Regierung bekannt, dass im 2. Jahrhundert n. Chr. die Juden auf Cypern an einem Tage 240.000 Menschen umgebracht haben? Und was gedenkt die Regierung u. s. w.« Und dann verweise ich Sie, Herr Professor, auf das ‚Deutsche Volksblatt' vom 27. d. M., Abendblatt, Seite 3. Da sind Sie nun furchtbar gelehrt, citieren ganze Talmudstellen (Sanhedrin, f. 52a), um nachzuweisen, dass der Talmud ein förmliches Recept für Folterqualen enthalte, sprechen von Rabbi Jehuda u. s. w. Citat und was Sie dazu geben ist wortwörtlich —

ohne nähere Angabe! — dem Werke Chamberlains (S. 444) entnommen. Alles: — bis auf die Polemik gegen Herrn Scharf natürlich!

P. K. G. Ich kann die Vorschrift nicht so hart und unberechtigt finden; aber Ihr Brief ist sehr hübsch geschrieben.

Rud. S. in Brünn. Bedauere, nicht dienen zu können, glaube aber, dass der Pariser Herr älter ist.

Freund in M. Gewiss, die Zustimmungsschreiben laufen nicht minder reichlich ein. Es gibt ja schließlich auch in dieser leidigen und nach allen Richtungen verzerrten Sache unbeeinflusste Leute, die, wenn sie von der »Affaire« sprechen hören, natürlich bleiben können und keine Verpflichtung zu Pathos und Verstiegenheit in sich spüren. Die begreifen es ganz gut, dass Liebknecht keinen Schuldbeweis zu führen hatte, aber dass es ihm besser gelang, Argumente für seinen Unglauben beizubringen, als den Gerechtigkeitskämpfern — Argumente für ihre Ehrlichkeit. Die Schmähungen belustigen ihn nur. Kommen sie doch aus jenen Kreisen, die abzustoßen sein Lebenswerk war und ist. Ich habe schon einmal erwähnt, dass auch ich mich gerne bei Leuten unmöglich mache, die ich nicht mag. Und das Schmerzliche ist dann die Enttäuschung, dass ihr anonymer Hass mich so wenig schmerzt. Nur »sich kürzer zu fassen« bat ich sie; ich habe so wenig Zeit, all das Zeug zu lesen. Jetzt sind sie ernstlich böse auf mich und ziehen es vor, Liebknecht zu belästigen. Einer dieser Tapferen schrieb mir kürzlich, es sei »dafür gesorgt, dass Liebknecht erfahre, wem er da eigentlich seine Hilfe gewährt« u. s. w. Und siehe da, Liebknecht schreibt mir am 4. d. M.: »Die (fast ausschließlich anonymen) Schimpfbriefe an mich beschäftigen sich hauptsächlich mit Ihrer Person. Auf Sie scheint der Dreyfus-Liberalismus eine grimmige Wuth zu haben. Mich schätze man hoch, aber warum habe ich für den bösen Kraus geschrieben! . . .«

Emil Gr—id; Birualuinus; Orakel; D. G.; Ein Handlungsgehilfe; Pipifax; J. F.; Titus; Akulina; Sch., Fr. und L. in Florenz; Senex; A. v. A.; Minna T.; Alfred; Severus; Tradition; S. in D.-Gießhübl; Ate; Frau V. G. in G.; Spectator; Sophie L. L.; O. St.; Spitzmaus und Blandine; Quos ego; Arthur B.; Veto; H. St. in M.; Dr. B. in Prag; H. G. in Halle. Besten Dank.

Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 21 lies auf S. 9, 4. Zeile von unten, statt »Augurenminen«: *Augurenmienen.*

Von der Erkenntnis ausgehend, dass die selbständige Erwerbsthätigkeit der Frau eine unabweisbare Thatsache geworden ist, die allgemeine Beachtung fordert, veranstaltet das unterzeichnete Frauencomité drei Versammlungen, die einen Einblick in die Lebenshaltung erwerbender Frauen bieten und die schwierigen Verhältnisse schildern sollen, unter denen sich ihr oft harter Existenzkampf vollzieht.

Die Versammlungen sind allgemein zugänglich und finden um ½8 Uhr abends im Festsaale des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Vereines, I., Eschenbachgasse 9, statt.

PROGRAMM.

I. *Montag, den 13. November 1899:* **»Die Lage der k. k. Staatsbeamtinnen«**, Referentin Auguste Fickert.

II. *Freitag, den 24. November 1899:* **»Die Lage der Privatbeamtinnen«**, Referentin Caroline Gronemann.

III. *Mittwoch, den 6. December 1899:* 1. Vortrag über die **»Bedeutung Friedrich Fröbels für die Volkserziehung«**, gehalten von Henriette Goldschmied aus Leipzig; 2. **»Das Kindergartenwesen in Wien und die Lage der Kindergärtnerinnen«**, Referentin Auguste Fickert.

Um allen Interessenten Gelegenheit zu bieten, ihre Ansichten über die zur Verhandlung kommenden Themen auszusprechen, wird an jedes Referat eine Discussion angeschlossen, wobei eine möglichst rege Betheiligung erwünscht ist. An alle erwerbenden Frauen, sowie an Alle, die den wirtschaftlichen Zuständen unserer Gesellschaft Interesse entgegenbringen, ergeht der Ruf, an diesen Versammlungen nicht nur selbst theilzunehmen, sondern auch in ihren Kreisen zu recht zahlreichem Besuche aufzufordern.

Mathilde Conrad. Marianne Hainisch. Bertha Hartmann.
Rosa Mayreder. Marie Spitzer.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

Ausgabe nach der Confiscation.

DIE FACKEL

NR. 23 WIEN, MITTE NOVEMBER 1899

Die ‚Neue Freie Presse' hat über die Freisprechung der Angeklagten des Lemberger Sparcassenprocesses einen Leitartikel gebracht. Das ist auffallend, denn es ist sonst nicht gerade ihre Art, mit Finanzscandalen und Finanzprocessen viel Aufhebens zu machen. Als sich vor Jahren in Paris der Process gegen Bontoux und Genossen abspielte, der wegen seiner politischen Voraussetzungen und Folgen, der wirtschaftlichen Katastrophe, die ihn veranlasste, der kolossalen Summen, die in Frage kamen, ein weltgeschichtliches Ereignis genannt werden darf, widmete die ‚Neue Freie Presse' dem Gerichtsdrama, das ihren Leserkreis immerhin mehr interessiert hätte, als das klägliche Gegenstück in Lemberg, täglich etwa zehn mit unglaublichem Raffinement versteckte Zeilen; man musste sie unter den gewöhnlich Devisencourse enthaltenden Telegrammen des Economisten suchen. Aufmerksame Leser der ‚Neuen Freien Presse' behaupten überdies, darüber, dass die Strafsache der Waffenfabriksgesellschaft einfach vertuscht wird, in diesem Blatte noch nicht ein Wort gefunden zu haben, geschweige denn einen entrüsteten Leitartikel. Auch über das Verschwinden von acht Millionen bei der Länderbank wurde in der ‚Neuen Freien Presse' nicht geleitartikelt, sondern vielmehr vernehmlich geschwiegen, und doch sollte man glauben, dass ihr die Länderbank näher liegt als die Lemberger Sparcassa — ich meine geographisch.

Die Freisprechung als solche zu rechtfertigen, liegt mir fern. Man sollte aber immerhin nicht vergessen, dass die ganze Sparcassenangelegenheit nach der ursprünglichen Absicht der galizischen Machthaber hätte vertuscht werden sollen, und dass die öffentliche Meinung Galiziens den Process erzwungen hat. Ein Land, wo dies geschieht, steht gewiss nicht gar so tief unter einem Lande, wo, wie bei uns, der Staatsanwalt kaum dazu zu bringen ist, sich dem scrupellosesten Faiseur gegenüber auch nur in Fechterpositur zu stellen. Auch die ‚Neue Freie Presse' hat nicht immer aus einem solchen Wahrspruch der Geschworenen auf die Fäulnis der ganzen Gesellschaft geschlossen, so nicht damals, als in ihrer nächsten Nähe Ofenheim freigesprochen wurde: — so weit muss man zurückgreifen, denn so lange ist es her, dass in Wien ein Finanzkünstler großen Stiles vor die Geschworenen gestellt worden ist, und doch hat es, weiß Gott, nie an solchen gefehlt, die sich dafür geeignet hätten. Es ist bekannt, dass die Geschworenen in aller Herren Ländern auf die Sündenbocktheorie, auf der bekanntlich der ganze Lemberger Process beruhte, nie eingehen wollen. Sie wollen alle vor sich haben, die schuldig sind, und die, die sie für die verwerflichsten halten, verurtheilen; trifft für sie der Staatsanwalt die Wahl, so sprechen sie frei. So ist es überall, nicht nur in Galizien. Das weiß jeder geschickte Vertheidiger, der nie vergisst, mit Nachdruck hervorzuheben: es sind außer den Angeklagten noch andere schuldig, warum werden jene nicht angeklagt? — Dass Galizien von einer verruchten Clique beherrscht wird, ist männiglich bekannt; aber das polnische Volk ist nicht schlimmer als jedes andere. Die ‚Neue Freie Presse' leistet der Clique stillschweigend Patronanz und verdammt die Geschworenen, die es nicht über sich bringen können, einige bis auf Szepanowski ganz gleichgiltige Gesellen zu verurtheilen, während die, die an der Sache viel schuldiger waren, Galizien nach wie vor regieren und zugrunde regieren.

Der Idealist unter den Pauschalienmännern hat im Leitartikel den »Idealisten« Szepanowski mit Gänsefüßchen versehen. Ob er wohl eine Ahnung davon hat, wie hoch der alte, kranke Mann, bettelarm von seiner socialen Höhe gestürzt, von allen verlassen, die ihn einst umwedelten, noch immer über dem Idealisten des Leitartikels steht, und über den Idealisten, denen die Leitartikel der ‚Neuen Freien Presse‘ Patronanz zu bieten pflegen, denen sie vorkommendenfalls auch durch Schweigen dienen. Eine Gestalt, wie die Szepanowskis ist dem Kundigen nichts Neues: seit John Law, wie oft sah man sie im Leben, seit Balzac's Mercadet in der Literatur. Einen moralischen Maßstab vertragen sie gewiss nicht, aber es wäre eine große Ungerechtigkeit, wollte man sie mit den finanziellen Strauchrittern in eine Linie stellen, die die ‚Neue Freie Presse‘ noch nie eines entrüsteten Leitartikels gewürdigt hat. Um eine neue Industrie im Lande zu schaffen, dazu genügt wahrlich jener vulgäre Schwindelgeist nicht, durch den man Ansehen bei der ‚Neuen Freien Presse‘ gewinnt, durch den man allenfalls ein reicher Mann, Baron, Hofrath oder ein zu Enquêten herangezogener Bankdirector werden kann. Ohne einen aufs Große gerichteten Blick, eiserne Willenskraft und eine außergewöhnliche organisatorische Begabung ist auf diesem Wege, wie anderwärts, nichts zu erreichen. Freilich gehört dazu auch ein gutes Stück Scrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, eine kühne Zuversicht, die nicht bloß eigenes, sondern auch fremdes Glück froh aufs Spiel setzen lässt; aber nur so lassen sich jene großen capitalistischen Unternehmungen schaffen, die in einem Kronlande, das seine wirtschaftliche Zurückgebliebenheit bisher zur Beute der westlichen Industriebezirke gemacht hat, Voraussetzungen eines jeden Fortschrittes, daher selbst ein Fortschritt sind. Man mag diese Männer, die ja ohnehin so selten ihrem Schicksale, dem Revolver und dem Gefängnis, entgehen, verdammen, aber man wird doch begreifen,

dass sie der Menschheit ebenso unentbehrlich sind, wie andere große Verbrecher.

Aber selbst von anderen Gründern im großen Stile unterscheidet sich Szepanowski erheblich; das weiß jeder, der je sein mit Recht gerühmtes Buch, »Das Elend Galiziens«, gelesen, der seine Laufbahn von Anfang an aufmerksam verfolgt hat. Was andere thun aus Lust am Wagen, am Gewinnen, am Sichausleben, das that er, um seiner armseligen Heimat zu helfen, wo, wie er zuerst nachgewiesen hat, 50.000 Menschen in jedem Jahre Hungers sterben. Was er wollte, das hat er erreicht, sein Werk ist die galizische Petroleumindustrie, die einzige Industrie, welche das ausgesogene Land besitzt und die auf derselben Stufe steht, wie jene der Länder, die auf diesem Gebiete führend sind. Er mag nicht nur sich, sondern auch viele andere zugrunde gerichtet haben; aber was er schuf, gereicht auch Vielen zum Segen, und die Geschäftsfreunde der ‚Neuen Freien Presse' zeigen dafür bereits Verständnis: man hat ja gehört, dass die Anglobank an einer Gründung Szepanowskis Millionen verdient hat .... Wahrlich, Szepanowski ist tief gesunken, aber noch immer nicht unter das ethische Niveau der ‚Neuen Freien Presse'.

Die ‚Neue Freie Presse' über den Process Szepanowski:

»Bei uns, in den westlichen Kronländern und wohl auch in dem übrigen Mitteleuropa pflegt die Volksstimme nichts strenger zu beurtheilen, als Malversationen in den großen Finanzinstituten, die fremdes Vermögen zu verwalten haben ..... Wenn etwas noch bedenklicher ist, als die unglaubliche

Die ‚Neue Freie Presse' über den Process Ofenheim:

»Die Geschworenen haben durch ihren Spruch Oesterreich davor bewahrt, dass es zurückgeschleudert werde aus den im großen Stil mit Muth, Energie und geistiger Kraft geführten schöpferischen Unternehmungen in die Epoche muthloser, stumpfer Resignation, sie haben dem Ge-

Misswirtschaft in der Galizischen Sparcasse, die durch das gerichtliche Verfahren aufgedeckt wurde, so ist es diese Verdorbenheit der öffentlichen Meinung, welche daran nichts Strafbares findet ...... ein erschreckendes Symptom für den öffentlichen Rechtszustand in Galizien.«

wissen, der Wahrheit, der Rechtssicherheit eine breite Gasse eröffnet, und dadurch für die Ethik, für die Gerechtigkeit und den Rechtsstaat das Höchste geleistet.«

* * *

Auf Anfragen aus Böhmen.

Warum ich zu den Excessen in Böhmen und Mähren nicht Stellung genommen habe? Weil ich es nicht erstaunlich finde, dass das Ministerium Clary ebenso unvernünftig ist, wie sämmtliche anderen österreichischen Regierungen. So ward denn der Beginn der neuen Aera mit einem Bestschießen der Gendarmerie gefeiert. Die ultima ratio ist stets der erste Gedanke eines österreichischen Ministers. Sehr begreiflich: man ist eben bei uns gewohnt, rückwärts zu denken. Unfähig, den Schaden zu verhüten, denkt man auch nicht daran, die Geplünderten zu entschädigen. Blutige Repressivmaßregeln stacheln bloß den Hass gegen die Juden an und bereiten künftige Ausbrüche vor. Und schließlich, Schuld tragen die stolzen Träger der deutschen Cultur nicht minder als die jüdischen Culturzwischenträger: Die Deutschen, weil sie die Bestrebungen der aufgeklärten Tschechen, ihr Volk zu bilden, hemmen; weil sie dieses Volk lieber ungebildet sehen, als es in seiner Sprache sich erziehen lassen wollen. Die Juden, weil sie in Böhmen und namentlich in Mähren allen Assimilationsbemühungen trotzen und nicht bedenken, dass Ghettojudenthum und Antisemitismus nothwendig zu einander gehören. Wie ich mich zur Judenfrage, der nur liberale Indolenz scheu aus dem Wege gehen kann, stelle, muss Ihnen aus

zahlreichen Artikeln und Bemerkungen der ‚Fackel' bekannt sein; die Ereignisse, zu denen ich auf Ihren Wunsch Stellung nehmen soll, vermochten an meiner Ansicht nichts zu ändern. Dass ich Plündern thierisch und grausam, Geplündertwerden traurig und theilnahmswert finde, brauche ich wohl nicht ausdrücklich zu versichern. Sie schildern mir, wie die Juden in den Provinzen bei jeder traurigen oder freudigen Gelegenheit, die sich der Bevölkerung bietet, mit ihren Fensterscheiben herhalten müssen und wie sie sowohl nach Aufhebung der Sprachenverordnungen, als anlässlich des Geburtsfestes des Fürsten Carl Auersperg in Vlašim geplündert werden. Natürlich sind die Juden an der Aufhebung der Sprachenverordnungen, natürlich sind sie sogar an der Geburt des Fürsten Auersperg unschuldig. Aber ist es nicht noch tröstlich, dass latente Fremdheitsgefühle, dass traditionelle Feindseligkeiten, die nun einmal nicht wegzuleugnen sind, zum Ausbruch erst des Anlasses bedürfen? Glauben Sie wirklich, dass nach Einstampfung einer Auflage des ‚Deutschen Volksblatt' und nach gebürender Bestrafung aller journalistischen Ritualmordbuben der Antisemitismus »aufhören« wird? Seine unermüdliche Vorkämpferin, die Börsenpresse, bleibt ja dem Volke, das für alle Uebel in der Welt die Juden verantwortlich macht, erhalten. Nein: Die in socialer und religiöser Abgeschlossenheit Verharrenden müssen, wenn sie wirklich die »Klügeren« sind, nachgeben. Mit humanitätsprotzigen Berufungen auf das zwanzigste Jahrhundert kommt man darüber nicht hinweg. Viel mehr als von der Hebung des allgemeinen Culturniveaus mag man sich von einer ernstlich in Angriff genommenen, redlich bethätigten Assimilation erhoffen. Zur Abwehr eines Antisemitismus, der nur am ewigen Ghetto eine Gelegenheit findet, taugen keine Gewehrkolben. Es ist ein Jammer, dass so viele brave Menschen unter dem blinden Unwillen des Volkes mitzuleiden haben, und glauben Sie ja nicht, dass ich die Lage dieser Leute nicht zu würdigen, das Entsetzensvolle

dieser Zustände nicht zu begreifen vermag. Aber die durch alle Zeitläufte unverminderte Heftigkeit einer Bewegung schafft man nicht durch romantische Träumereien, nicht durch ein antiquiertes Solidaritätsgefühl, nicht durch feiges Vertuschen, aber auch nicht mit Hilfe protestierender Rabbinen aus der Welt. Nur muthiges Säubern in den eigenen Reihen, nur das Ablegen der Eigenthümlichkeiten einer Rasse, die durch die vielhundertjährige Zerstreuung längst aufgehört hat, eine Nation zu sein, kann all der Qual ein Ende machen. Die goldenen und die zeitungspapiernen Gitter, die heute noch das Ghetto umschließen, müssen fallen. Durch Auflösung zur Erlösung! Sonst sieht das vielberufene zwanzigste Jahrhundert Excesse ärgerer Art.

* * *

Dritthalb Jahre lang hat eine parlamentarische Mehrheit von Schlachzizen, jungtschechischen Demokraten und clericalen Deutschen mittelst des Nothverordnungsparagraphen Oesterreich beherrscht. Dann gerieth sie in Conflict mit der Krone und unterlag. Ihr Sieg in dem Kampfe gegen die Minorität war ein Pyrrhussieg gewesen. Er hatte ihre Widerstandskraft so sehr geschwächt, dass sie beim ersten Streiche, den der Absolutismus führte, fiel. — — — — — — —

Confisciert.

Confisciert.

— — — — — — — — — — — — — — Darum fordern jetzt alle demokratischen Parteien, alle jene, die beim absoluten Regime etwas zu verlieren fürchten, die Aufhebung des Nothverordnungsparagraphen. Es ist klar, dass es den Jungtschechen am ernstesten darum zu thun ist, diese Forderung durchzusetzen. Die Kraft ihrer Partei beruht gleichmäßig auf ihrem Demokratismus und ihrem Nationalismus; gegen beide, und sicherlich gegen ihre nationalen Forderungen noch schärfer als gegen die demokratischen, richtet sich das gegenwärtige Regime. Sie müssen also trachten, diesem eine wertvolle Waffe zu entwinden. Den § 14 haben sie selbst angewendet, um ihre Mehrheitsrechte zu vertheidigen, um das Wesen des Constitutionalismus zu retten, als seine Form zerschlagen war. Kann daraus folgen, dass sie nunmehr seine Anwendung zu dem Zwecke, den Absolutismus in eine verfassungsmäßige Form zu hüllen, zulassen sollten? Worin läge hier Inconsequenz? Auch ein Wahrheitsliebender könnte ja in die Lage kommen, sich und dasjenige, was ihm theuer ist, durch eine Nothlüge zu retten. Darum wird er nachher anderen es nicht erleichtern wollen, sich durch Lügen aus einer Klemme zu ziehen, in die sie etwa gerathen könnten.

Confisciert.

Confisciert.

Die Staatsschulden-Controlscommission hatte die Ausfolgung des unter ihrer Gegensperre befindlichen Goldes verweigert. Die Regierung — das controlierte Organ — befiehlt der Commission — dem controlierenden Organ — ihren Beschluß zu reassumieren; die Commission, statt den Befehl zurückzuweisen und den Ton, in dem er gegeben ward, zu rügen, fügt sich und beräth neuerlich. Nur an diesem Erfolge konnte der Regierung liegen; denn inzwischen hatte man sich besonnen, dass man das Geld einstweilen gar nicht brauche. Und so durfte denn Herr v. Fuchs mit dem Argumente, dass ja der Beschluss der Commission das Ministerium an nichts hindere, beantragen, ihn zu erneuern. — — — — — — — — — — — — — —

Confisciert.

Conficisert.

* * *

In der 18. Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Dr. Kronawetter und Genossen an den Justizminister folgende Anfrage gerichtet:

Interpellation

der Abgeordneten Dr. Kronawetter und Genossen an den Herrn Justizminister:

Die Nr. 23 der in Wien erscheinenden Zeitschrift »Die Fackel« enthielt folgende Stellen, welche confisciert wurden:

— — — — — — — Wie übt nun die Krone, der tertius gaudens im Streite zwischen parlamentarischer Mehrheit und Minderheit, die neuerlangte Macht? Sie sucht das Parlament wieder arbeitsfähig zu machen. Ob der Absolutismus direct durch die Bureaukratie herrscht, ob er durch ein Parlament, das dem Gebote eines Bureaukratenministeriums sich fügt, seinen Willen durchsetzt, ist gleichgiltig. Wessen Wille entscheidet, nicht durch welche Mittel dieser Wille in

Handlungen sich umsetzt, ist maßgebend. Es kommt nicht darauf an, dass das Parlament arbeitet, sondern was es arbeitet. Das bis auf Widerruf eröffnete Haus soll die Staatsnothwendigkeiten bewilligen. Die Minister, die Diener des absoluten Monarchen, werden die Verfassung hochhalten; — sicherlich so hoch über den Köpfen der Abgeordneten, dass diese ihr nicht beikommen können. Es gilt, die Verfassung für den Gebrauch zu reservieren, den die Krone von ihr zu machen für gut befinden wird.

Wenn nun das Parlament sich störrig zeigte, wenn seine Mehrheit gegen den Versuch, die Volksvertretung zum Postulatreichsrath zu erniedrigen, sich zur Wehre setzte, was bliebe der Krone anderes übrig, als neuerdings zum § 14 zu greifen? — —

Aber der Absolutismus will auf keine Möglichkeit, die constitutionelle Form beizubehalten, verzichten. Darum muß der § 14 erhalten werden, und deshalb muß, solange es geht, das Leben des Parlaments gefristet werden. Noch schwankt die Mehrheit dieses Hauses, ob nicht ein früher Tod der Volksvertretung einem schmählichen Leben vorzuziehen sei. Immer wieder muß ihr zum Leben zugeredet werden; leben will sie, aber drängen will sie sich lassen. Die Stimmen der Minister freilich haben zu wenig Ueberredungskraft; der Monarch selbst muß immer wieder eingreifen, und ihm ist es bisher noch gelungen, das Ende aufzuhalten. Theilweise durch Versprechungen, theilweise vielleicht durch Drohungen. So sehen wir, wie auch hier die Furcht vor Etwas nach dem Tod den Willen irrt... Noch jedesmal, wenn die Majorität entschlossen war, eine Forderung des Ministeriums zu verweigern, ward ihr vor dem Entschlusse bang. Die Delegationswahlen sollten verschoben werden; der Kaiser telegraphierte an Herrn Jaworski, und sie wurden vollzogen.

— — — Noch einmal wagte die Majorität, Anstände zu machen. Die Quotenverhandlungen schienen durch

das Festhalten der Oesterreicher an dem Anspruch auf eine 35percentige Quotenleistung von Seite Ungarns scheitern zu sollen. Da wurden Herr v. Jaworski und Dr. Kathrein zum Kaiser befohlen, und die österreichische Deputation gieng noch um ein Geringes unter die Forderung von 34·5 Percent herab, obgleich es doch ausgemacht war, dass der Monarch, falls die Entscheidung ihm zufiele, diese Ziffer festsetzen würde.

Sicherlich wäre es unsinnig, wenn man dem Grafen Clary vorwerfen wollte, er verstecke sich hinter die Krone. Das Gegentheil entspricht der Wahrheit: Die Krone schiebt den Grafen Clary vor. Deshalb glaube ich auch nicht, dass irgendwelche Angriffe ihn stürzen können. Denn schließlich ist heute der Kaiser Franz Josef sein eigener österreichischer Ministerpräsident, so gut wie Kaiser Wilhelm sein eigener Reichskanzler ist. Graf Clary bedeutet in Wien nicht mehr, als in Berlin der zittrige alte Herr, der ab und zu mit schwacher Stimme eine Erklärung abliest, in der er dasjenige als unerschütterlichen Entschluß der Regierung hinstellt, was vielleicht die nächste Morgenlaune seines Herrn umstößt. Man hat sich in Berlin längst abgewöhnt, den Fürsten Hohenlohe für irgend etwas verantwortlich zu machen. Man wird auch bei uns bald darauf verzichten, den Grafen Clary anzugreifen.

Nachdem bei der rigorosesten Auslegung aller Paragraphe des Strafgesetzbuches in diesen Stellen von niemandem auch nur die mindeste strafbare Aeußerung erkannt werden kann, so stellen die Gefertigten die Anfrage:

Ist Se. Excellenz nicht endlich geneigt, an die Staatsanwaltschaften entsprechende Weisungen zum Schutze des Rechtes der Staatsbürger auf freie Meinungsäußerung im Wege der Presse gegen ungerechtfertigte Confiscationen ergehen zu lassen?

* * *

Mit aufrichtigem Vergnügen begrüße ich die Thatsache, dass als Referent der ungarischen Quotendeputation auch diesmal wieder in unverminderter geistiger und körperlicher Frische der Herausgeber des ausgehaltensten und verachtetsten Blattes der »jenseitigen Reichshälfte« wirkt. Uns Oesterreicher muss es mit Genugthuung erfüllen, als geistigen Urheber unserer traditionellen Demüthigungen im Quotenschacher Herrn Falck vom ‚Pester Lloyd' zu wissen. Von allen bestehenden Ministerien, innen und außen, von rechts und links, von vorn und hinten subventioniert, wird dieser Mann in den nächsten Tagen auch berufen sein, als Delegationsreferent seine Hände, die er in allen gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichshälften im Spiel hat, beim Sprechen zu gebrauchen. Ein aus dem Dispositionsfonds des Ministeriums des Aeußern ständig bezahlter Journalist wird in der einzigen Körperschaft, die den Grafen Goluchowski zur Verantwortung ziehen kann, das entscheidende Wort für die Politik des Grafen Goluchowski sprechen.

MEDICINISCHES ELEND.

Ein Arzt versichert mir, dass die im letzten Heft besprochenen Zustände unseres Krankenhauses lange nicht mit jener Plastik geschildert sind, mit der beispielsweise das Innere des Polizeigefangenhauses vor einiger Zeit in diesen Blättern dargestellt war. Er theilt mir noch etliche erbauliche Daten mit, die ich im Interesse einer erhöhten Anschaulichkeit gerne verwerten will. Neben den verschämten Blättermeldungen über die an allen Thoren unseres Reiches Einlass heischende Pest

ist wenigstens ein offenes Wort bezüglich der Reichhaltigkeit der sanitären Behelfe, über die wir verfügen, am Platze. Da unser Parlament sich für die Pest, so lange sie nicht *zde* ist, nicht im mindesten interessiert, muss jedes unabhängige Blatt die Rolle des interpellierenden Abgeordneten übernehmen. Die verbrecherische Wirtschaft in den Spitälern scheint alle österreichischen Regierungen überdauern zu wollen. Wie es um die Kranken bestellt ist, kann nicht drastischer aufgezeigt werden, als durch den unermüdlichen Hinweis auf die Situation, zu der unsere Aerzte von staatswegen verdammt sind.

Vor allem müssen die Dienstesverrichtungen der Secundarärzte näherer Betrachtung unterzogen werden. An der Spitze steht der jeden dritten Tag wiederkehrende Inspectionsdienst, der den Arzt verpflichtet, durch volle 24 Stunden das Spital nicht zu verlassen. Hiebei ist er fast ausschließlich auf sein »Zimmer« angewiesen, dessen traurige Beschaffenheit aus dem vorigen Artikel genügend bekannt ist. Für Abwechslung ist nur durch mehrmals täglich zu unternehmende Wanderungen nach den meist weit auseinander liegenden Abtheilungszimmern gesorgt: mittags Controle der Ausspeisung, nachmittags und abends Krankenvisite. — Besonders verdrießlich werden diese complicierten Dienstesverrichtungen durch das traurige Bewusstsein, dass sie nur zur Plage des Arztes, keineswegs aber zum Nutzen der Patienten dienlich sind. Riskiert es beispielsweise ein Arzt, Beschwerden des Patienten über schlechte Kost der Direction zur Kenntnis zu bringen oder die Qualität der Speisen in der Küche zu beanständen, so fällt er sofort in Ungnade und erlebt die Beschämung, seine Beschwerde unberücksichtigt zu sehen oder gar nicht einmal einer Antwort gewürdigt zu werden.

Ebenso fruchtlos erwies sich jede Kritik der den Aerzten vorgesetzten, mit ranzigen Fetten zubereiteten, häufig ganz ungenießbaren Speisen. Gegenwärtig ist

dieses »Inspectionsessen« in den meisten Spitälern aus Ersparungsrücksichten abgeschafft, wodurch eine weitere Belastung der Aerzte herbeigeführt, aber wenigstens ihr Magen keinem Attentat mehr ausgesetzt erscheint. — Unter solchen Umständen entschließt sich der junge Arzt bald, den Kampf aufzugeben, und gewöhnt sich, die zwecklosen und deshalb verhassten Formalitäten widerwillig zu erfüllen. — Mit dem Journaldienst hat es seine besondere Bewandtnis. Sache des Journalarztes ist neben unterschiedlichen Schreibereien hauptsächlich die Untersuchung der sich zur Aufnahme meldenden Kranken. Zu diesem Zwecke muss er sich 4—5 Stunden in einem jeder Bequemlichkeit baren Raume aufhalten, manchmal die ganze Nacht in einem unversperrbaren »Schlafzimmer« zubringen, wo die nothwendigsten Utensilien zur Waschung und Toilette fehlen. Selten verläuft eine Nacht »am Journal« ungestört, wiederholte, häufig muthwillige Inanspruchnahme ist die Regel. Hinsichtlich der Entscheidung über die Aufnahme der Patienten befindet sich der Arzt meist in einem schwierigen Dilemma. Weist er einen Kranken ab, so thut er dies unter eigener, häufig sehr schwerer Verantwortlichkeit; nimmt er ihn auf, so setzt er sich der Gefahr aus, zur Zahlung der Spitalskosten (Abzug von der 40 fl.-Gage) verdonnert zu werden, falls der Primarius der Aufnahmsabtheilung den Patienten nicht für spitalsbedürftig erachtet. Man würde es noch begreiflich finden, dass der Arzt für die Abweisung eines Kranken eine selbst strafrechtliche Verantwortung trüge; unter keinen Umständen aber darf er die in gutem Glauben vollzogene Aufnahme mit seinen sauer erworbenen Groschen büßen. Die Untersuchung selbst wird durch Mangel nothwendiger Behelfe, durch den völlig verwahrlosten Zustand der oft von Schmutz und Ungeziefer starrenden Patienten zur Qual für den Arzt, sie ist entweder von vorneherein unmöglich oder aber durch die erst zu entlarvende Simulation der Aufnahme heischenden Patienten besonders erschwert. Eine nähere

Schilderung würde zu weit führen, und wir wollen von allen nur drei typische Kategorien anführen:

1. Die von der Verwaltung des städtischen Werkhauses überstellten Patienten, welche ständig an Magendarmkatarrh leiden, — eine Folge der von keinem menschlichen Magen auf die Dauer zu ertragenden Werkhauskost. Wir haben es hier mit dem sogenannten »Werkhaus-Darmkatarrh« zu thun.

2. Auf der Straße aufgelesene Betrunkene und Unterstandslose, die von der Polizei mangels passender Unterbringung vorerst ins Spital geschafft werden.

3. Sieche, marastische Individuen, die, bevor sie »in die Versorgung geschrieben« werden, ganz überflüssigerweise den Umweg über das Spital machen müssen, — eine ständige Qual der Aerzte, welchen sie durch Führung von Protokollen, Krankengeschichten etc. unnöthige, verdrießliche Schreibereien verursachen.

Dies der Journaldienst. Die Consequenzen solcher Verhältnisse für den auf den einzelnen Abtheilungen vegetierenden Arzt sind naheliegend. Je nach seinem Charakter findet er sich leichter oder schwerer in sein trauriges Los und lernt allmählich unter dem Drucke der Verhältnisse seine Würde preisgeben. Er verliert Lust und Liebe zu gründlicher wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem einzelnen Krankheitsfalle, da er doch weiß, dass alles schließlich auf Ausfüllung von Formularen und Massenproduction von Krankengeschichten hinausläuft, die fast immer in den Archiven vermodern, wenn nicht gar auf Anfrage der Behörde oder einer Unfallversicherung, Krankencasse etc. die Krankengeschichte vom Arzte ein- oder mehrmals abgeschrieben werden muss. Entschädigung erhält der Arzt für diesen Schreiberdienst nicht; der per Krankengeschichte gezahlte Betrag von 1 fl. wird vom Spitalsfonds eingesteckt. Unter solchen Umständen muss es dem Arzt geradezu gefährlich erscheinen, ausführlichere, gründliche Krankengeschichten abzufassen.

Zu den Freuden des Inspectionsdienstes zählt noch das Ausfüllen der zahllosen Zettel und Formulare bei einem Sterbefall, eine Beschäftigung, welche nicht selten die Nachtruhe unterbricht und im Interesse einer wertlosen Statistik mit peinlicher Gewissenhaftigkeit controliert wird. — Seitens seines Primararztes wird der Secundarius zumeist im Sinne des Ausspruches betrachtet, der einem Wiener Primarius in den Mund gelegt wird: »Die Aerzte sind zum Schreiben da.« Schöne Handschrift und Augendienerei gegenüber dem Primararzt bestimmen den Ausfall der geheim geführten Qualificationslisten, wenn auch andere Gründe vorgeschützt werden. Die wissenschaftliche Ausbildung steht in allerletzter Linie und wird vorsätzlich auf das denkbar geringste Maß reduciert, ja es wird sogar offen erklärt, dass die Abtheilungen nicht zur Ausbildung der Aerzte bestimmt sind. In vielen Fällen ist durch mangelnde wissenschaftliche Qualification oder egoistische Maßnahmen des Primarius die Möglichkeit theoretischer oder praktischer Weiterbildung des Subalternarztes überhaupt nicht gegeben. Dass der so behandelte Jünger Aesculaps den Respect der Patienten, Diener und Spitalsbeamten völlig einbüßt — letztere erwarten sogar, von ihm zuerst gegrüßt zu werden —, kann nicht verwundern. Der Primarius sieht in ihm seinen zukünftigen Concurrenten, die Direction nicht den Arzt, sondern einen der Spitalsbediensteten, unter denen er auch in einem Erlass der Statthalterei ausdrücklich aufgezählt wird. — Leider gibt es, wie wahrheitsgemäß festgestellt werden muss, unter den Aerzten selbst unwürdige Elemente, die durch Schwäche des Charakters und Mangel an Ehrgefühl ihren Ausbeutern die Arbeit erleichtern. Diese walten nach dem altrömischen Recept »divide et impera« und haben das Elend in Kategorien getheilt: Aspiranten, Secundarärzte, Assistenten .... Eine solche Eintheilung verfehlt ihre Wirkung auf die Schwachen niemals, führt bei würdelosen Naturen einerseits Ueberhebung, andererseits

Servilismus herbei und untergräbt das Gefühl der Collegialität. Es ist ein trauriges Pendant, dass auch die weiblichen Angestellten, bis sie zum Range einer ausgebeuteten »Wärterin« emporsteigen dürfen, als »Praktikantinen« und »Helferinnen« mit Ehrgeiz gesättigt werden.

Schlechte, entsittlichende Verhältnisse und entsprechende Charakterdepravation der von ihnen Betroffenen bedingen und stützen sich gegenseitig, und so besteht eben auch hier jener traurige circulus vitiosus, der einen der Grundpfeiler unseres ganzen socialen Organismus bildet. Jedenfalls steht die Thatsache fest, dass hier ein bureaukratisches System die Nothlage von Angehörigen eines akademisch gebildeten Standes in einer Weise ausbeutet, der gegenüber die nicht so fest organisierte private Ausbeutung als verhältnismäßig unschuldig erscheinen mag. »Beamte«, für Unterdrückungen bezahlt und für Ersparungen belobt, garantieren dem Volke einen würdigen Nachwuchs von Wächtern seiner Gesundheit.

Die Duse.

Der erste Aufstand gegen die asketisch-christliche Moral des Mittelalters gieng von dem fahrenden Volk, den Spielleuten und den studentischen Wanderburschen aus. Diese weltfrohen Gesellen, die in den Vorortekneipen, auf dem Markte und vor den Thoren der Stadt ihr Lager aufschlugen und ihre Possen trieben, waren die ersten Verkünder der großen Renaissance des heidnischen Geistes. Vergeblich war es, dass das kaiserliche Recht sie ächtete, die Kirche gegen sie den

Bann aussprach, dass sie verfehmte, friedlose, unfreie Leute waren: Das Volk lief diesen Verkündern einer freien Sinnlichkeit, eines heiteren Weltspiels, einer sinnenfreudigen Dichtkunst zu.

Etwas von diesem alten Heidenthume lebt noch heute in jedem echten, grossen Schauspieler: Die Freude am Spiel, an der Täuschung, an den Verwandlungen des Lebens und der Gestalt; die alte Komödianten- und Vagantenfreude, die Menschen zu foppen, zu verblüffen. Eine starke Vitalität, die durch alle Poren des Leibes sprüht, ein kräftiges Machtgefühl, ein Rausch von Kraft, Wandlungsfähigkeit und Schlauheit: dies sind die Fundamente jeder großartigen Schauspielernatur, wie es Mitterwurzer gewesen ist, dem man es immer anmerkte, dass ihm das k. k. Hofburgtheater nichts war als eine große Schmiere, auf der er dem verehrten Publico etwas aufspielte.... So, als heidnische Gesellen, die mit dem Leben und seinem bunten Scheine Possen spielen, empfindet auch das naive Publicum seine großen Schauspieler. Es freut sich ihrer Kraft, Vitalität und Schönheit. Fragen wir unsere Mädchen und Frauen: sie lieben in ihrem Lieblingsschauspieler — wie etwa im Officier — den geprägten Mann, den männlichsten, schönsten, kräftigsten Mann. Und wir? Wir lieben in unseren verehrten Schauspielerinnen die begehrenswerteste Frau, die sieghafte Heidin. Eine starke Sinnenfreude geht vom Schauspieler aus, von seiner Gestalt, seiner Beweglichkeit, der Kraft seiner Stimme, dem Wurf seiner Rede.

Ich meine, das sind einfache Thatsachen, banal wie alle simplen Wahrheiten. Gerade in Wien müsste man sie am stärksten empfinden, wo doch das alte Burgtheater eine großartige Vereinigung solcher Schauspieler von starker Rasse besessen und Generationen zu diesen Anschauungen erzogen hat. Allein das schwächliche und perverse Empfinden der modernen Gesellschaft hat auch diese einfachen Dinge verfälscht. Nichts charakterisiert dies besser als die Thatsache, dass gerade

die Duse als bedeutendste Schauspielerin der Gegenwart gefeiert wird.

Wandlungsfähigkeit, Kunst der Täuschung und Beweglichkeit — die nun einmal den Schauspieler charakterisieren, »den vollkommenen Affen«, wie ihn malitiös Nietzsche nannte — sind bei der Duse minimal. Ihre Kunst wächst aus einer morbiden Menschlichkeit heraus, deren Schicksale sie immer spielt, unbekümmert um den originären Text. Sie ist offenbar von einer kränkelnden Innerlichkeit schwer belastet, die sie von sich, ihren eigenen seelischen Dingen nicht loskommen lässt. Deshalb spielt sie immer dieselbe histoire d'une âme malade. Ein Stück im Stück. Sie kommt auf die Bühne, müde, die Arme hängen lose vom Körper herab, die Schritte sind lässig, beinahe schleppend, die Augen blicken groß Menschen und Dinge an, deren Bild sie dennoch nicht zu fassen scheinen. Der Geliebte naht. Die Seele wacht auf, sucht Schutz, hängt sich förmlich an ihn. In das Entzücken mischt sich die Furcht, ihn zu verlieren. Von diesem Punkte an beginnen die starken Wirkungen der Duse: wunderbare Blicke voll Angst, Töne, aus Entzücken und Furcht gemischt, ein erregtes Wortestammeln, die Krämpfe einer schwächlichen und sensiblen Seele. Allmählich löst sich Seele von Seele, und diese morbide Natur, die sich schutz- und hilfesuchend an irgend einen Mann geklammert hat, bricht, fällt in sich zusammen, — um gleichen Schicksalen wieder entgegen zu gehen. Es ist die typische Tragödie eines hysterischen Nervensystems, die die Duse Abend für Abend spielt, unbekümmert um den Text; ihre Kunst eine exotische und seltsame Blüte eines kranken Organismus, ohne Möglichkeit einer Entwicklung, keiner Reife und keines Vergehens fähig.

Und diese Künstlerin, deren Art doch höchstens einen interessanten Winkel in der Schauspielkunst bedeutet — sowie etwa Peter Altenberg's Dichtungen einen interessanten Winkel in der Dichtkunst

bedeuten —, deren verführerischeste Wirkungen aus einer schwerkranken Vitalität ausstrahlen, aus seelisch-körperlichen Belastungen geboren sind: wird als die erste Tragödin unserer Zeit gefeiert. Man erinnere sich daran, wie von unserer kritischen Meute seit dem ersten Auftreten der Italienerin in Wien eine Hetze gegen Frau Wolter aufgeführt ward; wie das hysterische Talent gegen dieses grandiose und prächtige Genie ausgespielt wurde, dessen Kunst von jener wunderbaren Kraft, Gewalt und Stärke der Natur getragen war, die stets den grossen Künstler bezeichnet haben. Jede echte Kunst stammt aus einer Ueberfülle des Lebens, nicht aus der seelischen Desorganisation — auch die Schauspielkunst.

* * *

Eine »Freie Bühne«.

In Berlin feiert man in katzenjämmerlicher Laune ihren zehnjährigen Bestand. Dort hat sie ihr Werk vollbracht: Herr Schlenther ist zum Hoftheaterdirector erzogen. Bei uns haben ja in den letzten Jahren mehrere Herren das unabweisliche Bedürfnis gefühlt, so etwas wie eine Literaturepoche ins Leben zu rufen; aber immer ist die Sache noch an irgendeiner finanziellen Klippe gescheitert, und es blieb bei den zwanglosen Zusammenkünften im Café Griensteidl, das so lange als Hort des »Größenwahn« gescholten ward, bis es sich richtig in ein Café Nietsche verwandelte. In Berlin hatte eine freie Volksbühne längst die freie Bühne an lebendiger Wirksamkeit übertroffen, — bei uns begann man von einem »Intimen Theater« zu phantasieren, das die Kunst nicht dem Volke, aber den Auserwählten — die Dichter würden nach wie vor dem auserwählten Volke angehören — vermitteln sollte. So intim sollte dies Theater sein, dass noch auf der letzten Gallerie die Winzigkeit der Geister, die es schufen und belebten, erfasst werden könnte. Auch damit wurde es nichts, und es verblieb bei der intimen Kaffeehausnische.

Nun aber wird es Ernst. Eine »Freie Bühne« in Wien. Und die »Weber« sollen aufgeführt werden, Herrn Halbes Jugendwerk und manches andere, das der Gräfin Kielmansegg bisher nicht zu Gesicht stand. Vergebliche Mühe. Unsere Censur wird gegen eine Vorführung vor geladenem Publicum nichts ausrichten können, aber unsere Polizei wird auch noch mit dem auf Theaterbesucher angewandten §2 des Versammlungsgesetzes fertig. Man muss ein Werk wie die »Weber« nicht einem abermaligen Refus durch einen k. k. Polizeicommissär aussetzen, und um Herrn Halbes überschätztes Idyll ist's nicht schade. In seinem Falle ist das Ertrotzen eines Martyriums, wie auch sonst öfter, nicht angebracht.

Unsere Censurkämpfer müssten ihre Sache nicht compromittieren lassen und im Freundeskreise namentlich für die möglichste Ausmerzung lasciver Provocationen wirken. Wenn die Censur uns ein Masseusenstück des Herrn Dörmann vom Leibe hält, wird kein ernstlich für die Freiheit der Bühne Besorgter pathetich werden können. Sie hat sich nach der tüchtigen Campagne, die ein Literat gegen den erleuchteten Herrn Wagner v. Kremsthal eingeleitet hat, ohnehin einige Mäßigung auferlegt. Auch sind in den letzen Jahren durch die Vermittlung des Frl. Stojan vom Carltheater und des Frl. Lanius vom Deutschen Volkstheater manche Stücke dem Bannkreise des Rothstiftes entrückt worden. Nicht minder fleißig waren die Herren Bahr und Burckhardt am Werke und haben durch wiederholtes Anrempeln der Reaction manches Lobeswort in den liberalen Blättern geerntet, die sich immer freuen, wenn in Oesterreich der Freiheit eine Fichtegasse erkämpft wird. Die Censur wird schließlich auch das ewige Lesen Leon'scher und Buchbinder'scher Werke satt bekommen und in einer Anwandlung von Lebensüberdruss sich selbst ein Ende machen. Man muss auch auf diesem Gebiete den Polizeigeist in Oesterreich nicht allzu ernst nehmen. Für

ein gutes Trinkgeld gewinnt man hierzulande die meisten »freiheitlichen Errungenschaften« wieder. Oder man braucht nur mit der Reaction auch sonst gute Verbindungen zu haben: ich wette, sie gibt nach. Unsere Freiheitsmänner sind fesche Kerle und müssen mit dem Stößer nicht durch die Wand rennen. Wenn sie auf der Scene gegen den tyrannischen Censor wetterten, sind sie sich stets noch später, hinter den Coulissen, in einem verständnisvollen Lächeln begegnet Was gilt's: es gibt Theaterdirectoren bei uns, die sich's bei der Censur »richten« können. Freigabe und Verbot setzen sie, wie man sich zuraunt, auf außeramtlichem Wege durch. Der junge Autor keucht die Treppen des Amtsgebäudes hinauf, um die Freigabe zu erbitten, ein Vertrauensmann des Theaterdirectors eilt mit dem Verbot in der Tasche — er braucht's, um lästiger Verpflichtungen ledig zu sein — die Hintertreppe hinunter. Der Rothstift wird in gewissen Theaterkanzleien gespitzt, und wenn man das weiß, dann fühlt man sich versucht, für die Freiheit der Censur in Oesterreich eine Lanze zu brechen. Hierzulande müssen wir uns erst mühsam zum Niveau jener Uebel emporringen, die wir bekämpfen wollen, und auch die Censoren werden wir erst — nicht mit der Auskramung vormärzlicher Anekdoten — anfassen können, wenn wir ihre Schädlichkeit von aller corrumpierenden Niedertracht eines nach Unfreiheit verlangenden Theaterwesens gereinigt haben.

Eine freie Bühne in Wien! Und das soll so phönixhaft aus all dem Schutt unserer Coulissenwirtschaft erstehen. Aber ich glaube nicht daran, dass in Wien Literaturepochen ohne das Eingreifen einer Theateragentur entriert werden, und ich glaube auch nicht daran, dass unsere Talente sich durch die garantierte Freude des Entdecktwerdens für gänzliche Tantièmenlosigkeit entschädigen lassen. Wir wollen's abwarten. Die Aufführungen, heißt es, werden »an noch näher zu bezeichnenden Montagen stattfinden«. Es wäre angesichts dieses ersten Programmpunktes nicht billig,

schon jetzt von nicht näher zu bezeichnenden Montagen zu sprechen. Wenn es wahr ist, was die Blätter melden, können wir uns vielmehr auf ein heftiges Aufblühen der heimischen Literatur gefasst machen. »Das Protectorat über den Verein ‚Wiener Freie Bühne'« hat nämlich — wie's in einer der Ankündigungen heißt — »eine hochstehende, aristokratische Persönlichkeit übernommen.« Und: »Die erste Vorstellung soll einen festlichen Charakter tragen. Es ist Aussicht, dass ein Erzherzog dieser Vorstellung beiwohnen wird«....

Ich weiß nicht, in wessen Hände das »6 Uhr-Blatt« jetzt übergegangen ist; aber so viel steht fest, der Mann wird sie sich beim nächsten Wechsel gewiss waschen wollen. Man erzählt, dass die Länderbank die glückliche Besitzerin geworden sei. Möglich auch, dass ein alter Zauber das Szeps'sche Blut ausschließlich dem Polenclub verpflichtet hat. Für diese Annahme spricht, dass die Herren sich anlässlich des jüngsten galizischen Scandalprocesses gegen den Gebrauch des Wortes von der »Tarnopoler Moral« gesträubt haben. Natürlich, im Hause des Freigesprochenen spricht man nicht vom Strick! Da war die ‚Neue Freie Presse' schon muthiger. Sie rief »Haltet den Dieb!«, gab Galizien preis und ließ zwischen den Zeilen durchblicken, dass sie sich die Ausübung und Gutheißung der Tarnopoler Moral in den zahlreichen übrigen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern vorbehalte. Bezüglich der Stellungnahme des ‚Deutschen Volksblatt' ist bloß zu erwähnen, dass das Antisemitenblatt als Haupttrumpf gegen Leute vom Schlage Szepanowskis die bekannte treffende Klimax: »Eiserne Stirne — Eiserne Cassa — Eiserne Krone« vorgebracht hat. Natürlich ohne Quellenangabe, da ja das Wort von Daniel (!) Spitzer (!) herrührt.

* * *

Ueber unseren inneren Kämpfen hat die Oeffentlichkeit gänzlich versäumt, sich mit dem schweren Conflict zu beschäftigen, der zwischen der Monarchie und Montenegro ausgebrochen ist. Wirklich, Montenegro hat uns den Krieg erklärt; zunächst freilich nur den wirtschaftlichen. Der ‚Glas Crnagorca' fordert zum Boykott österreichischer Waren auf. Nur Hammel aus der Monarchie dürfen noch über die Grenze —; man drückt ein Auge zu und stiehlt sie. Aber sonst sind alle Verbindungen zwischen beiden Reichen abgeschnitten. Der Conflict hat eine lange Vorgeschichte. Fürst Nikolaus hat in Wien schwere Enttäuschungen erlebt. Zuerst bei unseren Geldmächten. Vor Jahren wandte er sich wegen einer Anleihe von 100.000 fl. an hiesige Banken. Das Land sollte garantieren. Aber die Banken wollten von dem Geschäfte nichts wissen. Mit Müh' und Noth fand der Herr der schwarzen Berge drei Geldjuden, die zu zwölf Percent (ein Percent für den Monat) die Summe hergeben wollten. Als aber schon alles abgemacht war, besprachen die Geldgeber den nicht unwahrscheinlichen Fall, dass Fürst Nikolaus nicht zahlen würde. Was war dann zu thun? Ja, dann musste eben einer hinunterfahren und mahnen. Aber das wollte keiner; sie fürchteten nach allem, was ihnen über montenegrinische Landessitten von Böswilligen erzählt worden war, es könnte Nase und Ohren kosten. Und das Geschäft wurde abgewiesen. Wie Fürst Nikolaus sich zunächst aus der Klemme geholfen hat, ist mir nicht bekannt. Aber er pflegte damals und noch später alljährlich nach Wien zu kommen, wo er im Hotel Impérial als Gast des Kaisers wohnte. Bei diesen Gelegenheiten, behauptet man, habe er den kaiserlichen Gastgeber wiederholt angepumpt. Sicher ist, dass ihm einmal eine Geldsumme verweigert wurde, und dass er damals drohte, er werde erkranken und sechs Monate in Wien darniederliegen. Darauf bekam er auch richtig — die Hälfte des geforderten Geldes.

Seither zürnt der Herr von Montenegro der Monarchie. Schon einmal, kurz nach dem eben geschilderten Vorfall, hat es einen Conflict gegeben. Aber Nikita wurde nur von Herrn Goluchowski ernst genommen, der gegen ihn mit dem schwersten Geschütz der ‚Neuen Freie Presse‘ angerückt kam. So unklug war diese Haltung, dass man damals befürchten musste, der Herr der schwarzen Berge werde jeden Moment in Oesterreich einrücken, um eine noch unbezahlte Schneiderrechnung zu präsentieren. Das Cettinjer Amtsblatt schlug gegen Oesterreich eine drohende Tonart an; aber nur Herr Goluchowski wollte nicht einsehen, dass ein Balkanstaat dem andern nicht höheren Respect bezeugen müsse. Ich erinnerte damals daran, dass Fürst Nikolaus doch selbst gegen die Türkei, auch zur Zeit, als dort noch keine österreichischen Zustände herrschten, eine schärfere Sprache gewagt hatte, und rühmte das geordnete Staatswesen, in dem die Hammeldiebstähle des Regenten nicht auf dem Wege einer Nothverordnung vorgenommen werden müssen. Nikita behielt das letzte Wort, aber erreicht hat er damals nichts, wiewohl Herr Kanner in der ‚Zeit‘ ihm ernstlich gegen Goluchowski zuhilfe kam. Da entschloss er sich, auf wirtschaftlichem Gebiete den Krieg mit dem Nachbarstaate vorzubereiten. Zum Kriegführen braucht man jedoch Geld. Und da durch gewöhnliche Anleihen keines aufzutreiben war, machte Fürst Nikolaus bei Oesterreich eine Zwangsanleihe. Sie belief sich auf eine halbe Million: Fürst Nikolaus hat die Gelder, die für Postanweisungen nach Oesterreich in Cettinje erlegt wurden, confisciert. Aber die österreichische Post ist ihm jetzt daraufgekommen und hat die fernere Auszahlung von Postanweisungen aus Montenegro sistiert. Da also weitere Mittel nicht mehr aufzutreiben sind, wird nun nach Maßgabe der vorhandenen unsere Monarchie bekämpft, — in Cettinje der Boykott gegen österreichische Waren verkündet. Seltsamerweise scheint sich aber auch die ‚Zeit‘ bereits mit dem Fürsten

Nikolaus überworfen zu haben. Herr Kanner, der als specieller Fachmann in Angelegenheiten der Post bekannt ist, lässt seinen früheren Protegé im Stiche ...

* * *

Die Weltuntergangsschmöcke haben sich redlich geplagt. Dass die kritischen Tage ein »Stoff« waren, hatte ein jeder sofort heraus. Jetzt blieb nur noch die Frage zu entscheiden, ob man sentimental oder humorvoll werden sollte. Herr Julius Bauer entschied sich natürlich für das zweite und empfieng die Leoniden mit einem Bänkel. Weltuntergang mit Kalauern: eine specifisch wienerische Erscheinung. Wenn sich Heinrich Heine diesmal im Grabe umdrehte, so konnte es ja auch auf die Erderschütterung zurückgeführt werden. Man mochte darauf begierig sein, ob die Welt untergehen oder lachen würde. Sie that, wie gewöhnlich, keines von beiden. Den Witz von den Sternen, die Einem »Schnuppe« sind, hat unser genügsamer Satiriker mit der ganzen gutgelaunten Journalistik getheilt. Dass dann die Leoniden verstimmt sind und den Hervorrufen des Publicums keine Folge leisten, ist begreiflich; aus so erschreckend kleinem Gesichtswinkel betrachtet, sind sie eben nicht sichtbar. Leute, denen die Welt mit Brettern vernagelt ist und Bretter immerzu die Welt bedeuten, denken auch vor einem Untergang der Welt nur an Frau Odilon und sonstige »Sterne« oder gar an den »Star«, den uns Hermann Bahr erblicken ließ. Eine armselige Welt, deren Untergang wahrlich nicht beklagenswert wäre!

Wer von der Nacht auf den 14. November den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaftsordnung erwartet hat, wurde schmählich getäuscht. Ein anticorruptionistischer Komet zog vor der ‚Neuen Freien Presse‘ den Schweif ein und ward nicht mehr gesehn. Bei einem Weltuntergang hätte immerhin auch das Weltblatt einigen Schaden nehmen und zahlreiche seiner Abonnenten verlieren müssen, die ja bekanntlich

»über die ganze Welt zerstreut« sind. Der Börsenwöchner hatte sich bereits im Auftrage Wittgensteins angeschickt, die nach einem reichen Meteorfalle unausbleibliche Hausse in Montanactien abzuschätzen und die Leoniden mit dem Aufschwung der österreichischen Eisenindustrie stimmungsvoll zu verketten. Die infolge des Zusammenstoßes mit dem Kometen vorgekommenen Coursvariationen hätte dann, wie gewöhnlich, die nachstehende Courstabelle gezeigt. Natürlich vergaßen die Börsenjournalisten auch im kritischesten Moment nicht, den alten Ruf nach Wahrheit zu erheben. Dreyfus wurde wieder actuell, denn wenn so oft »fiat justitia, pereat mundus« betheuert worden war, so musste doch der Zeitpunkt, da die Welt wirklich zugrunde gehen sollte, für den endlichen Sieg der Gerechtigkeit ins Auge gefasst werden ... Alles kam anders. Des Räthsels Lösung ist: die Welt durfte nicht zugrundegehen, weil noch ein Stück von Buchbinder da war, das sonst nicht »volle Häuser machen« konnte. Zwar hätten's die Blätter dann trotzdem behauptet, aber es wäre niemand mehr dagewesen, um es zu glauben. So mitten in einer Première von Buchbinder oder Bauer zugrundegehen — das wäre wohl das einzig würdige Ende ... Im Theater müssen unsere Astronomen des Theaterhimmels von der Katastrophe ereilt werden. Ein furchtbares Getöse, die »Sterne« fallen ins Parquet, alles fällt aufeinander und der Reinertrag fällt wie gewöhnlich der »Concordia« zu ...

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Buffetdame. König Alexander weilt derzeit meines Wissens noch in Meran, dürfte aber bald in Wien eintreffen. Milan bleibt bis auf weiteres in Belgrad.

Herrn v. Kallay, I. Johannesgasse. Ich weiß alles. Die Briefe der armen bosnischen Studenten werden noch immer geöffnet, und zwar theils von den Postämtern in Bosnien und Herzegowina, theils in Wien. Außerdem beginnt man, den Studenten, die sich nicht ins »Convict« sperren lassen wollen, nachzulaufen. Ihre Sectionschefs

haben jetzt alle Hände voll zu thun. Nach allen Seiten werden pneumatische Karten ausgeschickt, Stipendien im höchsten Ausmaße angeboten, und es gilt, um jeden Preis Leute ins Convict zu kriegen, — schlimmstenfalls auch solche, die nach den Gesetzen des Landes keinerlei Anrecht auf ein Stipendium haben. Studenten, die früher mit ihren Bitten um ein Stipendium abgewiesen wurden, werden nun mit den günstigsten Angeboten bestürmt. Keine Nachfrage. Nichts verfängt. Denn Sie wollen von den schimpflichen Bedingungen, unter denen die Aufnahme erfolgt, von den Bestimmungen des Hausgesetzes, nicht abgehen und haben sich geäußert, die bosnischen Studenten »lieber verhungern zu lassen«. Auch das gelingt Ihnen nicht. Der »Juristen-Unterstützungsverein« hat für die Strikenden freie »Mensa«-Karten für das Mittagmahl angewiesen. Auch sind viele der jungen Leute schon in Agram, wo sie nach Möglichkeit unterstützt werden, um ihre Studien fortsetzen zu können. Sie sehen: Ihre Regierung ist den Folgen der Wiener Blamage unbarmherzig ausgesetzt. Ich hoffe aber, dass Sie noch in letzter Stunde zur Einsicht kommen und von meiner discreten Mittheilung Gebrauch machen werden. Später gelegentlich mehr. Von dem amtlichen Umgang mit stadtbekannten Revolverjournalisten könnte ich Ihnen manches erzählen, überhaupt von der Amtsführung Ihrer Leute, die in ihrem absoluten Machtbewusstsein Privatinteressen unverdrossen zu Staatsinteressen machen.

Birualuinus. Ich habe Ihnen für jede Ihrer freundlichen und mitunter lustigen Kundgebungen gedankt; zu ausführlicherer Antwort fehlt es mir leider an Zeit.

S. v. B. in Kiew. Ihr Wunsch wird erfüllt werden. Einer Einsendung sehe ich entgegen.

Ein Philister. Natürlich, ich »schimpfe« auf alles, »ohne es selber besser machen zu können«. Aber vielleicht überrasche ich Sie und Ihresgleichen zum nächsten Quartal und schreibe dann wenigstens so gute Theaterstücke wie Herr Bahr, male so gut wie Herr Klimt, singe so munter wie Frau Ehrenstein, verwalte die Länderbank wie Hofrath Hahn und leite das Unterrichtsministerium wie Herr Hartel. Dann werde ich doch mit einiger Aussicht auf Erfolg mich über all diese Leute lustig machen dürfen?

Freidenker. Mich wundert es, dass Herr Bruno Wille meine Bemerkungen in Nr. 14 auf das Freidenkerthum bezogen hat. Sie galten den ausdrücklich genannten ethischen Gesellschaften, deren Bestrebungen doch nicht die gleichen sind, wie die des Freidenkerbundes. Von den Zeitschriften ‚Ethische Cultur‘ und ‚Ernstes Wollen‘ erwartete ich also Widerspruch. Warum spricht übrigens Herr Wille nicht von dem Einwand, den ich gegen den Staat als Verkünder ethischer Lehren an Stelle der Kirchen erhoben habe? Und schließlich, die

Schüler »mit Ballast überhäufen« — ist das immer gar so arg? Professor Adolf Exner in Wien hat einmal die hübsche Definition aufgestellt: »Ein gebildeter Mensch ist derjenige, der viel vergessen hat.« Nochmals: Lasst sie kämpfen! Geistige Arbeit kann ebensowenig wie physische geleistet werden, wo es keinen Widerstand gibt.

Kuli. Warum ich die Rubrik »Lapidares aus der ,Neuen Freien Presse'« nicht fortführe? Die Sache wächst mir über den Kopf. Kaum hat ein oder der andere Redacteur, der noch stilistisches Ehrgefühl besitzt, beschämt durch den Anblick seiner Stilblüten in der ,Fackel', Besserung gelobt, — da werden flugs neue Männer engagiert, und ich müsste das Erziehungswerk von vorn beginnen. Damit Sie aber nicht glauben, dass es mir an Auswahl fehlt, so gebe ich an dieser Stelle wieder einmal ein Pröbchen davon, wie schlecht das Blatt redigiert wird. Greift nur in den vollen Stoß von Nummern des laufenden Monats hinein: wo Ihr es packt, da ist es interessant, das Weltblatt. Beispielsweise 9. November, Abendblatt, Seite 3: Selbstmord des Freiherrn Ludwig v. Pereira-Arnstein. »Sein Benehmen ließ auf einen gestörten Geisteszustand schließen . . . . . . Dass er die That in Sinnesverwirrung begangen haben soll, begegnet manchem Zweifel, da man an dem ruhigen und besonnenen Mann nichts bemerken konnte, was auf Nervosität oder Ueberspanntheit hingedeutet hätte.« — Noch auf derselben Seite: Verhaftung eines Officiers. »Erst nachträglich wurde man (im Juwelierladen) gewahr, dass von den vorgelegten Ringen zwei oder drei kostbare Stücke fehlen, und dass die fehlenden durch falsche, wertlose Ringe ersetzt worden waren..... Es hat den Anschein, dass derselbe (der Lieutenant) an Kleptomanie leide.« Wahrhaftig, eine compliciertere Form der Kleptomanie lässt sich nicht denken. Man mag ja den einfachen Diebstahl, den eine Standesperson begangen hat, auf telephonisch geäußerten Wunsch der officiösen ,Correspondenz Wilhelm' als Kleptomanie darstellen. Aber hier wäre doch vielmehr der mildere Ausdruck »an Geschicklichkeit leiden« oder dgl. am Platze gewesen; denn der Juwelier soll, als er erfuhr, dass der Lieutenant die That in Sinnesverwirrung begangen hatte, bewundernd ausgerufen haben: Ist dies gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! — Sonntag, 12. November, meldet das Blatt, dass die Kaiserin Friedrich nach Gries fuhr und dort mit dem Erzherzog Heinrich eine Promenade machte. Irrig. Der Erzherzog ist beim 6. Dragoner-Regiment in Wels stationiert. Aber die Kaiserin Friedrich besuchte offenbar die Erzherzog-Heinrich-Promenade, einen sehr beliebten Spazierweg hinter Gries. . . .

Emil Gr. Sie haben Recht. Ob die Wiener Theaterleute protestieren, ob sie sich fügen — es kommt nur darauf an, dass man bei der jeweiligen Gelegenheit in den Blättern genannt wird; momentan erreicht man es eben durchs Protestieren am raschesten, und die Zeiten scheinen endgiltig vorbei, wo ein verlorener Pintsch oder ein gestohlenes Amulet herhalten musste. Von den paar wohlmeinenden Leuten, die in Wien

jahrelang bemüht waren, das Solidaritätsgefühl in der Schauspielerschaft aufzustacheln, war keiner anwesend, Herr Niedt nicht und nicht Herr John: es ist nicht jedermanns Sache, einen Befreiungskrieg als eine Gelegenheit, »u. a.« genannt zu werden, aufzufassen. Die es thaten, haben mit Bewilligung der Direction gegen die Directoren opponiert. Ueber die Contracte wagte keiner zu sprechen, wiewohl just die härtesten Bestimmungen des »Hausgesetzes« schon in diesen zu finden sind. Ja, man muss unser Theaterelend begreifen. Solche Protestversammlungen machen es erst möglich, dass am Hofburgtheater gagelose Damen mit zwei bis drei Gulden Spielhonorar beschäftigt sind, dass Agenten, wie den Herren Weiß sen. und jun., die Führung einer Wiener Bühne überlassen bleibt.

Habitué. Nein, über Herrn Philipp Langmann schreibe ich nicht. Das Publicum des Deutschen Volkstheaters hat sich ja bereits definitiv entschieden, aus Brünn vielleicht noch Brünner Stoffe mit englischer Marke, nimmermehr aber englische Stoffe mit Brünner Marke zu beziehen.

Gustav B. ad. 1. Ich kenne die Qualitäten des »Neuen philharmonischen Orchesters« nicht, glaube aber, man dürfe schon aus der schnodderigen Art, in der unsere Intelligenzpresse über die Productionen dieses Orchesters berichtet, entnehmen, dass aus den gebotenen Leistungen Hingebung, Gewissenhaftigkeit und musikalisches Verständnis spricht. Für gewisse Dinge sind mir unsere Tagesjournalisten völlig verlässliche Gewährsmänner. Vermuthlich haben die Herren bei jenem volksthümlichen Unternehmen ihr Profitchen nicht gefunden.

ad. 2 bin ich gleichfalls Ihrer Ansicht. Sie sprechen von dem Duellfalle, der kürzlich irgendwo in Halbasien zur gerichtlichen Verhandlung kam. Auch ich meine, dass man dem Urtheil gegenüber nur mehr an ein widerstrebendes »Rechtsgefühl« — sit venia für dieses dreyfusisch abgebrauchte Wörtchen — apellieren kann. Der eine der beiden Secundanten als Reserveofficier — »wegen unwiderstehlichen Zwanges« — freigesprochen, der andere verurtheilt. Die näheren persönlichen Verhältnisse der Herren kenne ich nicht; aber angenommen, der eine sei der einzige Sohn armer Eltern, der, weil er diese ernähren muss, nicht zum Militär und daher auch nicht zum Porteepée kam, — wie kommt der zu seiner Strafe? oder besser gesagt: wie kommt der andere ohne Strafe davon? — Auch ich glaube, dass man der schärfste Duellgegner sein kann und deshalb doch zu dieser judiciellen Classenlotterie nicht stillschweigen darf. Mindestens hat man die Pflicht, dem verblüfften Publicum bei solchem Anlass die socialen Fernwirkungen des soldatischen Geistes zu erklären und eine solche Entscheidung, die so crass das Sprichwort: »Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe« bestätigt, aus dem Wesen und den Erfordernissen des Militärstaates zu begründen. Unsere Blätter aber haben nur ganz kalt und trocken die

Bestätigung des Urtheils durch den Verwaltungsgerichtshof vermeldet, so mitten unter den stilisierten und unstilisierten Inseraten über Kneippkaffee, Ronacher, Clary, Berndorfer Metallwaren und Paprika-Schlesinger.

Carl Sch., cand. jur. Ich verweise Sie auf Nr. 10 (»Zum Gastspiel des ‚Deutschen Theaters‘«); Fortsetzungen folgen wohl noch. Das Gedicht leider nicht verwendbar.

Arzt. Ich bin ganz anderer Meinung; ich halte den Einzug der Nonnenpflegerinnen in die Krankenhäuser für einen entschiedenen Fortschritt. Ist das gar so tragisch, dass sie den Kranken Tractätchen geben? Man braucht diese ja nicht zu lesen; aber eine Gelegenheit, über das »Vordringen des Clericalismus« zu jammern, sehe ich hier ganz und gar nicht. Thatsächlich ist durch die Anstellung der Nonnen der unerhörten Ausbeutung der Patienten, die früher bestand, gesteuert. Die schlechtbezahlten Wärterinnen waren auf Trinkgelder angewiesen. Wer also zahlen konnte, gab den letzten Kreuzer her. Die Aermsten aber, die nichts geben konnten, wurden begreiflicherweise von Wärterinnen, die vom Kaffeekochen und anderen Diensten für die Bemittelteren lebten, vernachlässigt. Dass die Nonnen liebevoller und freundlicher sind, als die armen, ausgebeuteten und verärgerten Frauen, an deren Stelle sie in vielen Abtheilugen des Krankenhauses getreten sind, wird von Aerzten wie Patienten zugestanden. In letzter Linie ist das Ganze eine Geldfrage: gutbezahlte Wärterinnen hätten gewiss ebensogut den Dienst gethan. Aber in dieser Richtung war ja keine Besserung zu hoffen.

F. G.; Faust; j. m.; L. L.; Director Winkler in B. Meinhard; G–t; Alphons M.; Ein Mathematiker; J. v. T.; Rud. K.; Exempel; Harald; Secession; Helene R.; Eine Leonide; Es war einmal; Eine Unbekannte; Hedda; A. H.; Ralph M.; Ein Gerichtssecretär; Auch Einer ohne Herdenstolz; Sophie L. L.; Schlüsselloch; Lothar E. Sch.; J. Leichtzurat; Alfred Ritt. v. P; C. H. H.; Hauptmann S.; Die müde Seele. Besten Dank.

Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

Jene Abonnenten, denen die erste Ausgabe der »Fackel«, Nr. 23, infolge der Confiscation nicht zugegangen ist, werden gebeten, die 2. Ausgabe zu reclamieren.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

DIE FACKEL

NR. 24 WIEN, ENDE NOVEMBER 1899

Das objective Verfahren der Staatsanwaltschaft gegenüber der Nummer 23 der ‚Fackel‘ will ich nicht damit vergelten, dass ich mir nunmehr etwa — nach bekanntem Muster — die subjective Verfolgung des Herrn Bobies zur Aufgabe mache. Ich verzichte auch auf die Rechtsmittel, die mir der Confiscation gegenüber zugebote stehen. An der juristischen Belehrung des Pressstaatsanwaltes ist mir nichts gelegen. Er hat mich gezwungen, einzelne Stellen eines politischen Artikels außerhalb ihres logischen Zusammenhanges abdrucken zu lassen, nachdem die Ansteckungsgefahr, die von ihnen ausgehen mochte, durch parlamentarische Immunisierung gebannt war. Diese that umsomehr Noth, als das in den kranken Stellen concentrierte Gift nunmehr, da sie von den gesunden getrennt waren, nicht resorbiert werden konnte. Gefürchtet hatte ich nur, dass der Sinn leide. Aber der Staatsanwalt war rücksichtsvoll genug, nicht einzelne Sätze, die ihm bedenklich schienen, sondern ganze Absätze zu confiscieren und so den causalen Zusammenhang zu wahren. So brauchte ich denn auf die Confiscation nicht mehr zurückzukommen, wenn ich nicht einige principielle Bemerkungen daran knüpfen müsste.

Die Leser der ‚Fackel‘ wissen, dass ich nicht confisciert zu werden wünsche. Ich habe seinerzeit dargethan, dass Confiscationen sehr oft auf schriftstellerische Unfähigkeit zurückzuführen sind, die der starken Worte dort nicht zu entrathen weiß, wo dem

Leser doch schon die leise Andeutung verständlich wäre. Sollte ich jetzt selbst in den gleichen Fehler verfallen sein? Ich darf die Frage beruhigt verneinen. Nicht weil ich unter der Fassungskraft der Leser, sondern weil ich über der Fassungskraft eines Staatsanwaltes geschrieben habe, ist Nummer 23 confisciert worden. Herr Bobies wirft mir Verletzung der Ehrfurcht vor dem Kaiser vor. Nun ist es sicherlich unerhört, dass der Staatsanwalt das Recht hat, einen Publicisten eines Verbrechens zu beschuldigen, ohne dass er auch die Pflicht hätte, zu beweisen, dass es begangen wurde, — vielmehr der Beschuldigte in der Einspruchsverhandlung beweisen soll, dass er kein Verbrechen begangen hat. Aber heute noch über das objective Verfahren sprechen, hieße Wasser ins Meer — oder Zeitungspapier in die Stampfmühle tragen. Ich will vielmehr über das Thema »Majestätsbeleidigung« meine Meinung sagen.

Wenn jetzt reichsdeutsche Publicisten sich häufig mit der Person Wilhelms II. beschäftigen und die Gefängnisse mit »Majestätsbeleidigern« sich füllen, so begreift man es wohl, dass einem Monarchen gegenüber, der immer wieder seinen Ansichten auf Gebieten, in denen seine verfassungsmäßige Stellung ihm keine Competenz verleiht, in impetuosen Worten Ausdruck gibt, die Kritik nicht immer sich in jenen engen Schranken hält, die der Erörterung von Handlungen des Herrschers auf dem Gebiete seiner Competenz gezogen sind. In Oesterreich aber gibt es keinen Grund, sich mit der Person des Kaisers zu beschäftigen; wer es gleichwohl thäte und dabei die Ehrfurcht verletzte, müsste mit Fug und Recht die Strenge des Gesetzes fühlen. Die Person des Kaisers in Debatten zu ziehen, die sie nicht eröffnet hat und in denen sie nicht antworten kann, muss selbst dem immunen Parlamentarier verwehrt sein. Ein Anderes aber als die Person des Monarchen ist die Krone als verfassungsmäßiger Factor im Staatsleben. Die Discussion über

die Nothwendigkeit, ihre Competenz zu erweitern oder zu verengen, die Erörterung der Frage, ob in einem concreten Falle eine Competenzerweiterung stattgefunden habe, muss ebenso frei sein, wie die Erörterung der Competenz jedes anderen Factors. Wie der Monarch im einzelnen Falle seine Rechte ausübt, das ist undiscutierbar, so gut wie die Entscheidung, die der Papst ex cathedra fällt, unfehlbar ist. Ob aber eine Aeußerung des Papstes als ex cathedra erflossen, ob eine Handlung des Monarchen als die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte aufzufassen sei, das darf man erörtern. Und da ich dies gethan und dabei nicht ein Wort gebraucht hatte, das die schuldige Ehrfurcht verletzte, so habe ich die Confiscation als unbegründet aufgehoben.

* * *

Die Schulden der Prinzessin Louise von Coburg scheinen noch lange nicht aus den Spalten unserer zu Lumpereien in höherer Sphäre ehrfürchtig aufblickenden bürgerlichen Presse getilgt zu sein. Die Prinzessin ist bekanntlich wegen erhobenen Schwachsinns — oder soll man hier »erhabenen« sagen? — unter definitive Curatel gestellt worden, und man weiß auch, dass die »bedeutende Herabsetzung der intellectuellen und ethischen Functionen« bei der Gattin Philipps von Coburg kurz nach den größeren Einkäufen, die sie bei verschiedenen Juwelieren machte, bemerkt und durch ein Gutachten der medicinischen Facultät erhärtet wurde. Die Plötzlichkeit, mit der die Internierung der leichtlebigen Prinzessin vollzogen ward, und das Elementarereignis, das durch Entmündigung der Schuldnerin über einige Firmen hereinbrach, wären in der ganzen widerwärtigen Affaire die einzigen Punkte, über die sich eine rechtschaffene Publicistik zu äußern hätte. Die psychiatrische Abfertigung, die man drängenden Gläubigern zutheil werden lässt, und die Schnelligkeit einer Familienjustiz, die in Ermangelung des Schuld-

thurms ein Beobachtungszimmer bereit hält, wären immerhin ernsthafter Betrachtung würdig. Was aber hält den Blick der Wiener Presse gefangen? Sie schildert uns umständlich die Phasen eines Liebesverhältnisses und folgert aus der Echtheit einer Neigung, dass die Prinzessin »willenlos den Suggestionen eines Unwürdigen unterlag«. Und alles dies mit empörenden Anwürfen gegen die wehrlose Frau und in einem frechen Tone der Wohlinformiertheit, der den Eindruck erwecken soll, das hier im Dienste des Gatten ein »nunmehr ja doch zerstörtes« eheliches Leben durchstöbert wird.

Der Geliebte, der mit unheimlich suggestiver Kraft die Prinzessin zu größeren Einkäufen bei Juwelieren und Modistinnen verführte, ist heute nicht minder wehrlos als sein Opfer. Er verbüßt als Wechselfälscher eine siebenjährige Kerkerstrafe, zu der er vor geheimem Kriegsgerichte verurtheilt ward, verurtheilt, trotzdem unsere freisinnige Presse sich seit mehreren Jahren so lebhaft für die Abschaffung der Militärjudicatur in Frankreich einsetzt. Haben wir aus dem Strafverfahren, das den Oberlieutenant Mattasich-Keglevich — wie man erzählt, knapp vor der von ihm geplanten Quittierung — ereilte, naturgemäß nicht das kleinste Detail erfahren, so wird uns zur Entschädigung der Schwachsinn der Prinzessin mit einem Bergsturz in der Jugend, einem Typhus und einer Ohnmacht anlässlich eines Trauerfalls in der Familie motiviert. Darum finden wir es weiter nicht auffallend, wenn die Tochter des Königs der Belgier, immer von einem Tross von Aerzten, Advocaten und diensthabenden Polizeicommissären umgeben, durch mehrere österreichische Sanatorien geführt wird. Kein Mensch kann behaupten, dass die Familiengerichtsbarkeit Einzelhaft und Verbannung an einen bestimmten Ort verhänge. Wir sehen wie Louise von Coburg nach einiger Zeit über die Grenze gebracht wird, um endlich auch die deutschen Irrenanstalten kennen zu lernen. Der königliche Vater freilich hätte es — so versichern die zärtlichen Soldschreiber — »am

liebsten gesehen, wenn sein Kind in Oesterreich verblieben wäre«, und »hält es nicht für opportun«, dass Louise so nah dem unglücklichen belgischen Hofe wohne, an dem seit Jahren schon Cléo vergeblich den Unmuth Klios wettzumachen sucht. Da aber schließlich auch auf eine entsprechende Entfernung vom Gatten Rücksicht genommen werden muss, blieb nichts Anderes übrig, als auf dem halben Weg zwischen Brüssel und Wien stehen zu bleiben. »Nach längeren Berathungen und Verhandlungen sind,« — so meldet ein Coburg-Officiöser — »übrigens im vollen Einverständnisse mit der Prinzessin, die in diesem Falle maßgebenden Factoren über die Wahl des künftigen Aufenthaltsortes einig geworden.« Im vollen Einverständnisse mit der Prinzessin wurde eine sogenannte »geschlossene Anstalt« in Sachsen gewählt; — vielleicht wird es für die Gerichtsärzte ein neuer Beweis des Schwachsinns der Prinzessin sein, dass sie bei vollem Bewusstsein ihre Einwilligung zu dieser Internierung gab. Ein Gläubiger jedoch, der noch immer nicht glauben wollte, hat das Handelsgericht angerufen. Der Process ist im Gange, und bis zu seiner Beendigung dürfte zwischen zwei geschlossenen Anstalten, zwischen Strafhaus und Sanatorium, noch manche journalreife Sensation sich spinnen.

* * *

Professor Masaryk hat jetzt die Form der Kritik, die tschechische Studenten an seiner Haltung in der Affaire von Polna geübt hatten, kritisiert. Wohlgemerkt: die Form. Denn dass den Hörern, die seinem öffentlichen Auftreten so oft zugestimmt haben, das Recht zustehe, auch einmal Missfallen zu äußern, hat er nachdrücklich anerkannt. Die echte Toleranz des vornehmen tschechischen Gelehrten, der seit anderthalb Decennien an der Erziehung einer Generation arbeitet, von der sein Idealismus die Verwirklichung der »Idee des böhmischen Volkes« er-

wartet, hat mit dem Fortschrittsgeiste eines Nothnagel nichts gemein, der studentischen Applaus dankend quittiert, gegen Zischen und Trampeln die Machtmittel des akademischen Senates in Anspruch nimmt. Doch man begreift schließlich, dass die Eitelkeit eines Gelehrten sich durch Anerkennung gehoben, durch Tadel verletzt fühlt. Aber unsere liberalen Blätter betrachten wie alles auch studentische Politik vom Geschäftsstandpunkt. Gelten feindselige Demonstrationen der akademischen Jugend einem Fortschrittsmanne, dann wird behauptet, dass die Seelen des Politikers und des Lehrers in dem Angegriffenen ein völlig getrenntes Leben führen, und dass die Studentenschaft diese Scheidung anzuerkennen habe. Ueber den Politiker stehe überhaupt jungen Leuten, die noch durch Schulmauern vom Leben abgeschlossen sind, kein Urtheil zu. Erfährt dagegen ein politischer Gegner, wie jüngst Professor Hirn, den kaum manierlicheren Widerspruch der anticlericalen Hörerschaft, dann hat die kommende Generation das gerechte Verdammungsurtheil über die Verirrungen der herrschenden gesprochen. Beide Auffassungen sind gleich falsch; wer die Artikel, die die ‚Neue Freie Presse' e tutti quanti im Falle Nothnagel und im Falle Hirn gebracht haben, nachlesen will, wird sich abermals überzeugen, dass die Herren in allen Sätteln ungerecht sind. — Thatsächlich steht die Sache so: Dass die Studenten Recht und Pflicht haben, ihre Lehrer zu beurtheilen, darf nicht bezweifelt werden. Das Urtheil über die wissenschaftliche Tüchtigkeit und Lehrbefähigung brauchen sie aber nicht laut zu äußern; sie drücken es eben durch den Collegienbesuch, wenn zwei oder mehr Professoren des gleichen Faches vorhanden sind, durch die Inscription bei dem für tüchtiger Erachteten aus. Aber die wissenschaftliche Potenz ihrer Lehrer kann und will die Hörerschaft von der ethischen nicht trennen. Sie kritisiert mit Fug und Recht die gesammte Persönlichkeit eines Mannes, der ihr Vorbild und Führer sein soll. Und worin könnte diese prägnanter sich ausdrücken,

als im öffentlichen Auftreten des Mannes? Darum wird für oder wider ihn demonstriert. Sicherlich ist hiemit nicht behauptet, dass solches Urtheil junger Leute maßgebend sei. Aber mag es treffen oder fehlgehen, es wird von echteren Instincten geleitet, als das Raisonnement der Zwei-Seelen-Theoretiker, die in der eigenen Praxis, nachdem sie den Stimmen von rechts und links gehorcht, schließlich doch der Entscheidung folgen, die das Geschäftsinteresse befiehlt.

* * *

Weil jüngst nicht Herr Schlechter, sondern Pattai als Landtagscandidat durchdrang, erscheint der ausschweifenden Phantasie des Leitartiklers Mariahilf plötzlich als ein Punkt im »dunkelsten Europa«. Die arme Seele hat und gibt auch nach der Ritualmorddebatte noch immer keine Ruh' .... Ein »Zugereister«, der über Wiener Sehenswürdigkeiten nur aus der ‚Neuen Freien' informiert ist, macht sich gewiss darauf gefasst, am ersten Tage seines Hierseins einer Judenplünderung auf der Ringstraße beiwohnen zu können. Dass manch einer der liberalen Publicisten, bevor er darangeht, den Zustand Wiens in so abschreckenden Farben zu schildern, im »Rathsherrnstüberl« sich von den Urhebern all der Schmach bewirten lässt, muss freilich dem Fremden erst gesagt werden. Er sollte nicht alles glauben. So z. B. muss er sich auch nicht einreden lassen, dass alle jene Abgeordneten, die jüngst Herrn Schneiders Auditorium bildeten, anders als in ironisch-amusierter Laune der Rede des verstörten Mannes gelauscht haben. Herr Dr. Lueger hat, als Schneider Ritualmordbroschüren aus der Actentasche zu ziehen begann, den Saal verlassen und ostentativ zwei Abgeordnete jüdischer Confession ins Gespräch gezogen. Ich bin mir bewusst, den schlimmsten Verrath an den liberalen »Interessen« zu begehen, wenn ich diese Wahrnehmung zum besten gebe. Der Antisemitismus ist ja die Schmach des Jahrhunderts, aber viel ärger ist es noch, wenn Herr Dr. Lueger eine Ritualmordrede nicht mehr anhört .... Die liberalen Berichterstatter haben sich wahrlich mit Herrn Schneider ernsthafter beschäftigt, als irgendeiner seiner Parteigänger. Was wäre längst aus dem Manne, der den äußersten pathologischen Flügel der christlichsocialen Gruppe bildet, geworden, wenn ihm nicht der

Exrabbi Bloch immer rechtzeitig Entgegnungen schriebe, wenn nicht die Frischauer, Szeps und Scharf seiner dringend bedürften! Besonders prompt ist die letzte »Antwort« ausgefallen. Schneider hatte als Gewährsmann für den Ritualmord einen Rabbiner namens Fischer erwähnt. Was that Herr Bloch? Er berichtigte in der ‚Neuen Freien', Fischhof habe nie geglaubt, dass schwangere jüdische Frauen getrocknete Blutkörperchen als Medicament zu sich nehmen, sondern im Gegentheil Herrn Bloch stets im Kampfe gegen Lüge und Finsternis ermuntert . . . .

*

Die Lage in Oesterreich.

‚Neue Freie Presse', Abendblatt vom 30. November, Originaltelegramm: »In der heutigen Nacht wurde in Chlumetz einem Israeliten 1 Fensterscheibe eingeschlagen. Weitere Ruhestörungen kamen nicht vor.«

* * *

Die österreichische Frage lautet jetzt: Die »Tschechen« machen wenigstens Obstruction; aber was machen die »Deutschen«? Nun, die linken Herren sind noch immer nicht so übel dran. Früher haben sie die parlamentarische Thätigkeit gehindert, und man konnte damals mit Recht besorgt sein, wie nach Einstellung der Obstruction die edlen Zwischenrufer im Streite ihre Unfähigkeit verbergen würden. Aber glücklicherweise lassen es jetzt die Anderen zur sogenannten »positiven Arbeit« nicht kommen. Die eigene Leere kann man zur Noth auch mit den Phrasen der gegnerischen Seite decken. Aber das deutsche Volk macht sich bereits ernste Sorgen, was aus seinen Repräsentanten, was aus den Männern des deutschen Fortschritts werden soll, wenn die Tschechen sie einmal fallen lassen und wirtschaftliche Fragen auf die Tagesordnung des hohen Hauses gesetzt werden, zu deren Erledigung es mehr als einer Bierstimme, mehr auch als einer mitgebrachten Kindertrompete bedarf. Wo thun wir Herrn Glöckner hin? Wie werden wir alle die auch als Mittelschulprofessoren schon pensionierten Herren placieren, die mit dem Pultdeckel in der Hand so beweglich die Ueberlegenheit der deutschen Cultur über Herrn Brzeznovsky dargethan haben? Dann fehlt ja jede Gelegenheit, dass ein Funke ins nationale Pulverfass springt und der

Phrasenfeuerbrand hell auflodert; dann bleibt auf leergebrannter Stätte nicht einmal Ruß zurück... Was wird man vollends mit dem stämmigen Herrn Pergelt anfangen? Ich wüsste keine andere Beschäftigung für ihn, als seinen Namen nach wie vor als den einzigen vorhandenen Reim auf »Sperrgeld« der deutschen Heldenpoesie zu erhalten.



Unter unseren Augen spielt sich jetzt angeblich ein welterschütterndes Ereignis ab: der Kampf des Advocatenstandes um seine Existenz. Das beschauliche Leben, das Fortwursteln und Durchfretten, hat auch hier ein Ende mit und ohne Schrecken gefunden, und wie vor einem Räthsel stehen viele der ältesten und verdientesten Mitglieder des Standes vor der Thatsache, dass man arbeiten muss, um zu erwerben. Die guten alten Zeiten, in denen sich die meisten Processe, wie ein jovialer Bezirksrichter mir einmal anvertraute, von selbst durch Tod der Parteien erledigten, sie sind für immer dahin, nur die Männer von damals sind die alten geblieben, sie haben nichts gelernt und alles vergessen und wundern sich, dass die neue Zeit Verrostetes zum alten Eisen wirft. Kurz gesagt, die Advocatur hat aufgehört, für Verwaltungsräthe und Directoren einen lohnenden Nebenerwerb, für Heiratscandidaten einen Anspruch auf reiche Mitgift zu bilden... Bei solchem Umsturz erzittern selbst die ältesten Zöpfe. Was ist noch heilig, wenn die Concurse nicht mehr nach Gutdünken, Protection und Verwandtschaft vertheilt werden dürfen, wenn Pfründencumulierung als unhonorig gilt?

Doch die Sache hat einen ernsteren Hintergrund, als sich die Bürgerschulweisheit der Wiener Publicistik

träumen lässt. Nur der beispiellosen Oberflächlichkeit unserer geistigen Ernährer konnte es gelingen, den Kern der Sache so gründlich zu verstecken, dass selbst Leute vom Fach ihn nicht mehr zu finden wissen. Wie kurzsichtig ist doch die ganze von den Vorfechtern der Anwälte geführte Polemik gegen das Justizministerium und dessen Geheimerlässe, — eine Kampfesweise, die durch Angriffe auf die Person, statt auf das System ihr Ziel zu erreichen strebt. Die Bedeutung eines Mannes, wie Franz Klein, anzuzweifeln, ist den Disciplinarräthen vom »Barreau« vorbehalten geblieben. Wenn doch die Herren, die ihm allzuhohes Selbstbewusstsein vorwerfen, nur ein wenig ihrer selbst bewusst würden, wie bescheiden müssten sie werden! Aber wäre es nicht endlich klüger, wenn die Herren Anwälte, statt, wie verzogene Kinder ihr Spielzeug, die Aufhebung der sagenhaften »Geheimerlässe« zu fordern, die Beseitigung jeder Einflussnahme jeder Regierung auf die Gerichte überhaupt, das heißt die Unabhängigkeit des Richterstandes, auf ihr Panier schrieben?

Der österreichische Richter war nie unabhängig. Alle gegentheiligen Versicherungen gehören in den Bereich officiöser Schönfärberei und liberaler Verlogenheit. Ja, wir haben ein Gesetz, das die Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit des Richters decretiert; aber dieses Gesetz hindert nicht, dass derjenige, der mit oder vor der Zeit avancieren will, auf den guten Willen seiner Vorgesetzten — traurig genug, dass es im Richterstande Vor- und Zurückgesetzte gibt — angewiesen ist. Wer die Verhältnisse nicht kennt, dem mag es kleinlich erscheinen, die ganzen Gebrechen und Mängel unserer Justiz aus diesem scheinbar nebensächlichen Umstand zu erklären. Und doch ist es nicht anders. Vom Eintritt in den Staatsdienst an wird dem jungen Richter durch Wort und That gepredigt, dass nur der »Strebsame« vorwärts kommen könne: er sieht,

wie im Dienst ergraute, nackensteife Männer bei Beförderungen übergangen werden, um jüngeren, den Wünschen »von oben« gefügigeren Elementen den Vorrang einzuräumen; er sieht Juristen kaltgestellt und »Nichten« des Ministers an ersten Posten; er sieht endlich dürftige, aber ehrliche Richter, die an zahlreicher Familie leiden, darben, während geschicktere Collegen sich in der Sonne der Regierungsgunst und an erhöhten Bezügen wärmen dürfen. In dieser Atmosphäre aufgewachsen, entschließt sich der Vermögenslose nur zu bald, die Bittgänge in die Vorzimmer der Allgewaltigen im Ministerium anzutreten.

Ich wiederhole es: der österreichische Richter war nie unabhängig. Er konnte es nicht sein, weil ihm die Grundbedingung der Unabhängigkeit, eine gesicherte Vermögenslage, fehlte, weil er von Anfang an dazu erzogen war, Winken von oben zu gehorchen. Wenn kürzlich ein junger Advocat schrieb: »Waren auch früher unsere Strafrichter nicht unabhängig genug, so ruhte doch in den Hallen der Civilgerichte jener alte, vornehme, josefinische Geist — —«, so ist schon dies ein Widerspruch. Nicht die Gerichte als abstracte Behörden können abhängig oder unabhängig sein, nur die Richter als solche; und sind denn nicht gerade die Strafrichter, von denen gesagt wird, dass sie leider auch früher nicht unabhängig genug waren, am raschesten zum Civilgerichte — der Durchgangsstation für höhere Regionen — befördert worden? Der Grund jenes Irrthums ist nur der, dass die Regierung zu einer Beeinflussung der Civiljustiz keinen Anlass hatte, da sie zu sehr durch die Knebelung der Strafrechtssprechung in Anspruch genommen war. Wo man Grund hatte, auch in Civilsachen einen Druck auszuüben, wusste man auch in den guten alten Zeiten — wir erinnern an gewisse Urtheile unter Schmerling den Hebel anzusetzen. Brauche ich über unsere Strafjustiz, wie sie sich täglich vor unseren Augen abspielt, noch Worte zu verlieren? Ist alles dies nicht hundert-

mal wichtiger und naheliegender als Dreyfus und Polna? Hat es eine Confiscation aus politischen Gründen gegeben, die nicht vom Gerichte erster oder doch zweiter Instanz bestätigt worden wäre? Hat das Landesgericht im Badeni-Jahre nicht gefügig die Verhaftung der mit Verletzung der Immunität aus dem Parlament geschleiften Abgeordneten bestätigt?

Man verstehe mich recht. Nichts liegt mir ferner, als dem Richterstand aus all diesem einen Vorwurf zu machen. Selbstverleugnung und Aufopferung der eigenen Person und Familie kann man von Einzelnen, aber nicht von einem ganzen Stande verlangen, der noch dazu systematisch zur Unfreiheit und Gefügigkeit gedrillt wird. Dass bei der herrschenden Verzopfung und Flachheit, bei der bisherigen kargen Bezahlung der österreichische Richter im großen und ganzen geistesfrisch und unbestechlich geblieben ist, das gehört zu den vielen Räthseln, die uns dieses altersschwache und doch lebenszähe Staatswesen aufzulösen gibt ... Ein Gemeinwesen, das Richter wie Mandarinen behandelt, kann von ihnen nicht Selbständigkeit erwarten. Ist denn wirklich das Fungieren der Justiz unmöglich, wenn das bureaukratische Rangsclassensystem aufgehoben, wenn nur eine Kategorie: Richter im vollen und wahren Sinne, an seine Stelle gesetzt und so das verwirklicht würde, was durch die Gemeinsamkeit des Talars bei Gerichtsverhandlungen zum Ausdruck gelangen soll? Solange der Richter auf das Wohlwollen vom Schillerplatz angewiesen ist, solange ist seine Unabhängigkeit eine leere Phrase.

All dies ist, wie jede Wahrheit, nicht neu. Als die Processreform berathen wurde, lag ein Antrag des alten Dr. Roser vor, der Abschaffung der Rangsclassen und Vorrücken des Richters nach dem Dienstalter forderte. Aber man fand, dass dies an den Grundsäulen unserer Gerichtsorganisation rütteln hieße, und legte den Antrag beiseite: »aufzubehalten, auf Verlangen Einsicht und Abschrift zu gestatten«, wie man über

Dinge zu entscheiden pflegte, die man nicht verstand oder nicht verstehen wollte. Und die Regierung aller Parteischattierungen hütete sich, die Frage aufs Tapet zu bringen, denn sie wusste, was auf dem Spiele stand: die Herrschaft über die Rechtspflege.

Es ist unsäglich traurig, dass sich bisher niemand gefunden hat, diese öffentlichen Geheimnisse auszuplaudern. Die Weisen im Rathe aber erwägen, ob es nicht an der Zeit wäre, den ††† Klein wegzutrotzen. Und daneben finden sie Muße, einen Richter, der ihre Unarten nicht vertragen will, zum Duell zu fordern . . .

Wahrlich, nie ist ein Kampf mit kleinlicheren und beschränkteren Waffen geführt worden, als dieser. Die Bevölkerung sieht theilnahmslos dem Tumult zu, denn die Frage nach der Höhe der Processkosten könnte sie höchstens in einem den Advocaten nachtheiligen Sinne interessieren. Nirgends ein weiter Blick, ein freier Gedanke, ein hohes Ziel. Wie immer der Ausgang des Streites sein mag, — die Kosten hat jedenfalls die Justiz zu bezahlen.

* * *

Die furchtbaren Leiden, die Tausende von Kindern, um die niemand sich kümmert, zu erdulden haben, gelangen in einem crassen Falle an die Oeffentlichkeit, und selbst die dicken Nerventaue der Philister beginnen zu schwingen. Man statuiert ein Exempel und verhängt als Verschärfung eines einfachen Verweises über ein unmenschliches Elternpaar die Todesstrafe, obwohl jedem Vernünftigen klar sein muss, dass hier kein Mord, sondern schwere Körperverletzung, die den Tod zur Folge hatte, vorlag. Dann ist man wieder beruhigt, und dem Rufe, den einige ernste Männer und Frauen zur Gründung einer Kinderrettungs-Gesellschaft an die Oeffentlichkeit richten, wird kaum ein starker Wider-

hall antworten. So geht es immer. Da vor einigen Jahren entdeckt ward, dass Hunderte von schulbesuchenden Kindern in Wien hungern, wurden Speisehallen gegründet. Aber das Interesse ist erlahmt, wiewohl man seither erfahren hat, dass die Anzahl jener Kinder fast soviel Tausende beträgt, als man früher Hunderte gezählt hatte, und trotzdem man weiß, dass die vorhandenen Mittel nicht zulangen, um auch nur dem ärgsten Elend abzuhelfen. Von den Schicksalen der magistratischen Kostkinder haben wir entsetzliche Schilderungen gelesen. Aber die Organe der öffentlichen Meinung, die genug damit zu thun haben, die städtischen Gaswerke anzugreifen, und die jetzt jeden, der an einen Laternenpfahl anrennt, als Opfer der communalen Gaspolitik hinstellen, haben keine Zeit der Sache nachzugehen. Was kümmert auch schließlich das Geschick von Kostkindern ein Publicum von Lesern, die höchstens unversorgte Actien in Kost zu nehmen gewohnt sind? Unsere täglichen Ethiker würden sich nicht für brave Männer halten, wenn sie sich nicht von Zeit zu Zeit einen Humanitätsrausch antränken. Aber am nächsten Tag erwachen sie mit Katzenjammer und geloben sich für lange Zeit Nüchternheit.

* * *

Wir stehen mitten in einer Versöhnungs-Aera, und so soll denn auch jene höchst betrübliche Spannung, die zwischen Geld und Ware an der Wiener Börse seit vielen Jahren besteht, endlich ausgeglichen werden. Aber eben jene Juden, die, wie man aus dem ‚Deutschen Volksblatt‘ weiß, ihre politische Stellung der Aufrechterhaltung der Spannungen zwischen den Volksstämmen des Reiches verdanken, fürchten ihre wirtschaftliche Stellung durch die Beseitigung der Spannung zwischen Geld und Ware zu verlieren. Sie besorgen, dass der Berliner Einheitscours, von dem Herr Pöschl schwärmt — es gibt Bankdirectoren, die nicht

wissen, dass er nur beim Cassageschäft besteht —, aufs Trockene führe. Wie die Sache eigentlich steht, werde ich nächstens einmal auseinandersetzen. Einstweilen, meine Herren, seien Sie nur ruhig: der Cours bleibt der alte! Handeln und sprechen Sie nur unbesorgt weiter. Nur bitte, beim *Sprechen* wenigstens: hands off!

DIE TREITEL-STIFTUNG.

Ein Telegramm von wenigen Worten ist neulich gleichsam als Rechenschaftsbericht über die Verwendung erschienen, die die *kaiserliche Akademie der Wissenschaften* in Wien von dem Vermögen macht, dass ihr dank der Hochherzigkeit eines Wiener Bürgers zugefallen ist. »*Die Leoniden sind bisher nicht eingetroffen*«, telegraphierte Professor Weiß aus Delhi. Schlaftrunken und trübselig war der Herr Professor mit seinen Assistenten auf dem Plateau von Dekan gestanden. Kein Meteor zu sehen! Das war wahrhaftig dafürgestanden: die weite Seereise mit der ewigen Seekrankheit, die Hitzen und die Angst vor der Pestansteckung! Hätte man das gleiche Resultat nicht auf der Türkenschanze bequemer erzielen können? Missmuthig schauen die »untergeordneten Organe« den Leiter der Expedition an; ihre Blicke scheinen ihm Schuld daran zu geben, dass die Leoniden ausgeblieben sind. Der Professor rafft sich endlich auf. »Meine Herren! Wir haben gebundene Marschroute erhalten, Entdeckungen zu machen. Berichten wir alsogleich das wichtige Ergebnis der Expedition nach Wien. Dann können wir schlafen gehen!«

Der Wiener Spießer mag eine boshafte Freude darüber empfinden, dass die Herren, die übers Meer gelaufen sind, auch nicht mehr gesehen haben, als er in Wien. Und schließlich mag man es ertragen, dass zu den zahlreichen Niederlagen, die Oesterreich auf allen irdischen Gebieten bereits erlitten hat, nun auch noch eine kosmische Blamage hinzugekommen ist. Aber da neuerlich ein großer Aufwand unnütz verthan ward, soll hier — ohne dass die fachliche Frage, ob solch ein kläglicher Ausgang der Expedition vorauszusehen war, erörtert würde — davon gesprochen werden, welchen Gebrauch die Akademie von ihren Mitteln macht.

Seit Treitel sein großes Vermögen der Akademie zur Förderung der Wissenschaften hinterlassen hat, regen sich in den Herzen unserer Lehrstuhlinhaber Johannistriebe; im edlen Wettstreit der Geister wurden wissenschaftliche Pläne ausgeheckt, denen als Grundidee die Kostspieligkeit der Ausführung gemeinsam sein sollte. Man hatte schon früher auf dem Wege der Sammelforschung festgestellt, dass man in Oesterreich nichts zu leisten vermag. So blieb nichts übrig, als es mit einem Wechsel des Ortes der wissenschaftlichen Bethätigung zu versuchen. Uneingedenk des alten: coelum, non animum mutant, qui trans mare currunt, gieng man an die Ausrüstung großer überseeischer Expeditionen. Sie konnten leicht die eine Grundbedingung — kostspielig zu sein — erfüllen.

Die erste dieser Expeditionen gieng nach Süd-Arabien. Ein Graf Carlo Landberg, ein Schwede von Geburt, der aber seit 30 Jahren der deutschen Wissenschaft angehört, der vortrefflichste Kenner der modernen arabischen Dialecte, hatte im Frühjahr 1897 dem Hofrath Karabacek den Vorschlag gemacht, er wolle mit österreichischen Mitteln eine Expedition unternehmen; das von ihr gelieferte epigraphische und ethnographische Material sollte dem Wiener Semitologen Prof. David Heinrich Müller zur Bearbeitung zufallen. Die Anregung

wurde freudig aufgegriffen. Ein Naturforscher und zwei junge Leute, Schüler des Orientalisten Reinisch, sollten an der Expedition theilnehmen. Dann stellte sich ein Bedenken ein. Die Führerschaft eines Ausländers schien den österreichischen Charakter des Unternehmens zu gefährden. Außerdem wollte D. H. Müller, ein 53jähriger Herr, der noch niemals aus der Studierstube herausgekommen war, auch einmal die Länder, mit deren Sprachen er sich beschäftigt, kennen lernen. Es wurde also beschlossen, dass er mitfahre; nur sollte er an der Küste und später auf dem Schiffe bleiben, den Zug ins Innere von Süd-Arabien — das Ziel war die alte hadhramitische Stadt Schabwa (Sabota der alten Classiker) — dem Grafen Landberg überlassen. Dieser willigte ungern ein. Die persönlichen Qualitäten des Professors schienen ihm für ein solches Unternehmen die denkbar ungünstigsten. Der Wiener Gelehrte kennt das moderne Arabisch nicht; (dass er nach dem Urtheil der deutschen Forscher auch vom classischen wenig versteht, kommt hier nicht in Betracht;) er spricht aber auch nicht einmal englisch, kann sich also Niemandem verständlich machen. Unvertraut mit den Sitten des Orients, an körperliche Strapazen nicht gewöhnt, musste ein Mann in seinen Jahren dem Fortgang der Sache hinderlich sein. Dazu kam noch eins: David Heinrich Müller ist Jude, und wenn dies bekannt wurde, war es bei der tiefen Verachtung der Araber gegen die Juden um das Ansehen der Expedition geschehen. Landberg protestierte also zuerst dagegen, dass Müller mitkomme. Da aber die Commission der Akademie, in der Müller als einziger Semitologe das entscheidende Wort hatte, darauf bestand, fügte er sich. Bald zeigte sich der Pferdefuß. Der Wiener Professor erklärte, er werde sich an Ort und Stelle darüber entscheiden, ob er auch ins Innere mitgehen wolle. Und thatsächlich ist er auch mitgegangen und hat dadurch hauptsächlich den Misserfolg der kostspieligen Expedition verschuldet. Sehr ergötz-

lich ist es, in einer kürzlich erschienenen Broschüre des Grafen Landberg, der wegen unaufhörlicher Streitigkeiten mit Müller die Expedition, da sie ihren Zweck bereits größtentheils verfehlt hatte, im Stiche ließ, nachzulesen, wie die Dinge sich zugetragen haben: wie der Stubengelehrte — es war nicht anders zu erwarten — eine lächerliche Rolle spielte, wenn er es nicht zustande brachte, einen Reitesel zu besteigen oder wieder herunterzukommen, oder wenn er mit seiner falschen Aussprache des classischen Arabisch mit den Leuten zu sprechen versuchte und komische Missverständnisse verursachte; wie er gleich bei der Ankunft in Aden durch die Unvorsichtigkeit, die Synagoge zu besuchen und dort zu beten, sein Judenthum, das geheimzuhalten er Landberg hatte versprechen müssen, verrieth und dadurch allen Respect einbüßte; wie er in einem Lande, wo man keinen Schritt ohne Bakschisch vorwärtskommt, mit dem Gelde knauserte u. s. w. Die Expedition hat ihr eigentliches Ziel nie erreicht; nach Landbergs Demission hat sie an der Küste und auf der Insel Sokotra, zu deren Besuch ihr Landberg die zuerst von den Engländern verweigerte Erlaubnis verschafft hatte, ihre Studien kurze Zeit fortgesetzt und ist mit getäuschten Hoffnungen zurückgekehrt. Zwar hat der Naturforscher Professor Simony eine interessante Sammlung heimgebracht, aber er selbst wird kaum glauben, dass diese die Kosten lohne.

Inzwischen war längst eine andere Expedition — die südarabische hatte sich durch lange Verhandlungen und Vorbereitungen stark verspätet — von der Akademie entsandt worden. Sie gieng nach Indien.

Dieses Land, wo es so schön ist, wenn wir das berüchtigte Tratschwetter haben, ist ein beliebter Ausflugsort der Wiener Gelehrten geworden. Die Reise wurde in Pestangelegenheiten unternommen. Die Ergebnisse dieser Expedition sind, wenn wir davon absehen, dass sie den Theilnehmern Orden eingebracht hat, recht unbedeutend — bis auf den Nachweis der

Uebertragbarkeit der Pest von Indien nach Wien. Die Theilnehmer an dieser Expedition trifft kein Vorwurf. Denn erstens war die wichtigste, die Pest betreffende Entdeckung bereits vorweggenommen, da der Erreger, der Pestbacillus, schon bekannt war; zweitens hatte keiner von ihnen von Haus aus die Absicht gehabt, die Pest zu studieren. Keiner von ihnen hatte sich vor Antritt der Reise mit dem Studium der Pest beschäftigt, keiner von ihnen konnte ein tieferes Interesse an dieser Expedition haben. Man hatte Theilnehmer gesucht, bei vielen angefragt; aber die meisten, die aufgefordert wurden, lehnten ab — darunter einer mit der charakteristischen Bemerkung, dass er ja ohnedies Docent werde. Diese Aeußerung weist darauf hin, was man sich in betheiligten Kreisen von der Expedition erwartete.

Die Theilnehmer, die Herren Doctoren Albrecht, Ghon, Müller und Pöch haben ihr Möglichstes gethan und ein dickes Buch geschrieben; und dass sie der Einladung, nach Indien zu fahren, nicht widerstehen konnten — wer wollte ihnen dies verdenken? Man darf auch ihrem Muthe die Anerkennung nicht versagen, und angesichts des traurigen Schicksals, dem der arme Müller in — Wien erlegen ist, und dem Aufopferungsmuthe gegenüber, den der wackere Pöch in der Wiener Pestgefahr gezeigt hat, mag die Kritik schweigen. Ich denke aber, dass man zu Forschungen nicht eingeladen oder commandiert werden soll. Die Akademie soll Leute unterstützen, die bei ihren Forschungen an einen Punkt gelangen, zu dessen Ueberwindung größere Geldmittel erforderlich sind, vorausgesetzt, dass man sich von der Ueberwindung dieses Punktes eine bedeutende Förderung der Wissenschaft versprechen darf und der fragliche Gelehrte die Fähigkeiten zu besitzen scheint, die für eine solche Aufgabe nöthig sind. — Der Vater der Pestexpeditionsidee, Herr Hofrath Weichselbaum, verlangte von der Akademie die Entsendung von Aerzten zum Studium der Pest mit dem

Hinweis auf die nahegerückte Möglichkeit, dass die Pest auch zu uns gelange. Hierin vermag ich ein wissenschaftliches Motiv zur Aussendung der Expedition nicht zu erblicken. Herr Hofrath Weichselbaum hätte den Wunsch nach Entsendung von Aerzten zum Studium der Pest im Obersten Sanitätsrath, dessen Mitglied er ja ist, aussprechen sollen, nöthigenfalls verlangen können, dass die Entsendung von staatswegen erfolge. Sie hätte dann weniger gekostet, und der der Forschung bestimmte Fonds wäre unangetastet geblieben. Wie mir ein medicinischer Gewährsmann versichert, haben wir ja zahlreiche viel weniger bekannte Krankheiten, auf deren Uebertragung nach Oesterreich wir nicht erst zu warten brauchen. Warum fördert man nicht lieber das Studium des Scharlachs, der Masern, des Keuchhustens, der Blattern, der Syphilis, — Infectionskrankheiten, deren Erreger noch unbekannt ist, bei denen also noch Entdeckungen zu machen sind?

Es scheint mir nützlicher zu sein, die Mittel des Treitel-Fonds vielen zugute kommen zu lassen, um die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiter, die recht gering ist, zu vermehren. Man statte mit seiner Hilfe die Universitäts-Institute besser aus — da fehlt es immer an Geld —, man ergänze die Bibliotheken oder spare den Fonds auf, bis er für eine unzweifelhaft wichtige Forschung beansprucht wird, — dann werden so grobe Missgriffe, wie die Pestexpedition und das Leonidenabenteuer vermieden werden.

Sollten aber die Herren nicht zu überzeugen sein, dann schlage ich vor, die Akademie nach Indien zu verlegen. Dabei wird man sicher Kosten sparen. Denn die Entsendung wissenschaftlicher Expeditionen von dort nach Oesterreich wird nicht nöthig sein. Man ist ja offenbar bereits zur Ueberzeugung gelangt, dass es hierzulande nichts Sonderliches mehr zu erforschen gibt.

Concordia-Club.

Aus seiner Mitte wurde neulich folgendes Schreiben an mich gerichtet:

Missgünstige Gegner der »Concordia« hört man oft behaupten, sie sei nichts als ein Pensionsverein, und übereifrige Mitglieder stützen diesen Glauben nur allzusehr dadurch, dass sie den Neuling, der vergebens den Fonds all der unsäglichen, in der »Concordia« vereinigten Plattheit sucht, stolz auf den — Pensionsfonds verweisen. In das Staunen über die Höhe dieses bei willigen Theaterdirectionen und Schauspielern zusammengebettelten Fonds mischt sich dann freilich das ehrliche Bedauern jedes Unparteiischen, dass noch nicht alle Mitglieder der »Concordia« von diesem »Pensionsfonds« den ausgiebigsten Gebrauch gemacht haben .... Mit dem »Sammeln« des Fonds hat sich aber wirklich die Tätigkeit der »Concordia«-Mitglieder nicht erschöpft. Besteht ja noch außerdem der »Concordia-Club«, der die Zierden unserer Schriftstellerwelt in seinen Räumen versammelt. Wer einmal hier geweilt hat, dem blüht gar herrliches Glück: Er braucht nie mehr eine Wiener Zeitung zu lesen; so gründlich übersieht er in den traulichen Räumen mit einemmale Ziel und Richtung unserer Presse ....

Ein mäßig großes Zimmer, an den Wänden (geschenkte) Bilder, in der Mitte ein langer grüner Tisch mit Freiexemplaren aller Blätter, welche Freiexemplare senden. Eines der gelesensten Wiener Tagesblätter fehlt: es sendet kein Freiexemplar. Dafür einige Nummern der Brauereizeitung »Gambrinus«. (Sendet Freiexemplare.) (Die Wochenblätter befinden sich unter Schloss und Riegel bei den Dienern; das freie Aufliegen dieser umfangreicheren Presserzeugnisse hatte zu Unzukömmlichkeiten geführt.) An den Wänden außerdem — hinter versperrten Gittern — geschenkte Bücher. Was? Was die Buchhändler eben schenken: Assyrische Inschriften, Wilhelm Busch, Marcel Prévosts Werke. — Sophas, Fauteuils, Fußschemmel ....

Auf einem der Fauteuils hingestreckt liegt ein alter Mann: ein leibhaftiges Symbol der Wiener Tagespresse. Zermorscht und verwittert, verträgt er kein Licht — trägt daher den Hut tief in die Stirne —, frische Laute scheinen ihn nervös zu machen. Man möchte es gar nicht glauben, dass diese wandelnde Ruine, welche so sehr unserer Wiener Presse gleicht, die mächtigste Stütze der anderen Ruine ist:

Herr H. vermittelt die Pauschalien an die großen Blätter. (Die Wochenblätter müssen selbst ihre Vertreter senden.) — Der alte H. ist die eine Säule des Clubs; dass er der wichtigste Mann ist, merkt man sofort. Wenn er schnarcht, wagt niemand laut im Jargon zu sprechen, und wenn er pikante Geschichtchen aus der Zeit des alten Sperl erzählt, bemüht man sich, heiter auszusehen. Den größten Theil des Tages verschläft er; nur ab und zu wird er geweckt, dann zieht ihn Herr v. Spiegl beiseite, und sie verlieren sich im trauten Dämmer eines Spielzimmerchens ..... Aber welches Wunder! Der Mann, durch dessen Finger der schmutzige Strom der Hunderttausende rollt — er selbst hat reine Hände. Er redigiert eine ganz ernstzunehmende volkswirtschaftliche Zeitung, und Freunde der Ironie des Schicksals können ihm ihre Theilnahme nicht versagen ......

Die zweite Säule des Clubs ist ein Herr Leopold Kohn, oder, wie er sich selbst zu nennen pflegt, Herr L. K. Nolston. Er ist so wichtig, dass er sich eines der Clubzimmer zum ausschließlichen Gebrauche eingeräumt hat. Hier redigiert er die bei verschiedenen Firmen gesammelten Berichte über den Wollmarkt, über Hanf und Leinen, über Knoppern etc. Hier sammelt er die neuesten Insolvenzen. Jeder neue Zusammenbruch einer Firma wird, eilends von ihm der ‚Neuen Freien Presse‘ zugetragen, zu einer Stütze seiner journalistischen Stellung. Aber auf lange hinaus kann die Beschäftigung mit Knoppern und Insolvenzen — wenn man auch dabei Mitglied der »Concordia« ist — einem ehrlich ringenden Talente nicht genügen. So vertauschte denn Herr Leopold Kohn seinen Namen eines schönen Tages mit dem staatsmännischer klingenden »L. K. Nolston« und fieng an, zu sammeln, aber nicht Marktberichte und Insolvenzen, sondern — die Armeebefehle Sr. Majestät von 1848 bis 98!

Den Wahlspruch des Monarchen »Viribus unitis« deutete er dabei auf seine Weise dahin um, dass er sämmtliche Collegen unentgeltlich an seinem Werke mitarbeiten ließ. Dass die Diener dabei nicht geschont wurden, versteht sich von selbst. — Endlich erscheint das Werk; in der Anlage und Vertheilung des Materials vollkommen wertlos. Wichtige Armeebefehle neben Erlässen über kleine Vorschriftswidrigkeiten der Adjustierung. Aber die ganze Tagespresse verkündet den Ruhm und die patriotische Gesinnung des »bekannten Schriftstellers L. K. Nolston«, und Herr Leopold Kohn, der In-

solvenzensammler, schleicht schon in den Vorzimmern hochmögender Herren umher, um die ersehnte Ordensauszeichnung zu ergattern. In Zukunft — so hofft er — werden ihm angesehene Firmen die Einsichtnahme in die von ihnen bezahlten Warendepeschen, die er so eindringlich begehrt, nicht mehr respectlos verweigern können. Aber der ersehnte Orden bleibt aus. Bloß »angenommen« wird das Buch, und jubelnd verkünden des anderen Tages abermals sämmtliche Blätter, das »patriotische Werk des bekannten Schriftstellers L. K. Nolston sei der Fideicommissbibliothek einverleibt worden« .... Aber wenn Leopold Kohn, der Insolvenzensammler, sich damit begnügen könnte — der Ehrgeiz des bekannten Schriftstellers Nolston geht weiter. Und so schreitet der Unermüdliche von neuem ans Werk und sammelt Tag um Tag mit rastlosem Eifer, was sensationshungrige Schmöcke über den tragischen Tod der Kaiserin zusammengeschmiert haben. Und wieder jubelnde Notizen und — wieder kein Orden! ....

Neben diesen Säulen des Wiener Schriftthums, dem Pauschalienvermittler und dem Insolvenzensammler, erscheint Herr v. Spiegl als reiner Schattenkönig, dem nur noch die Beziehungen zur Fürstin Metternich ein Air von Legitimität verleihen. Man hört ihm zwar mit Bewunderung zu, wenn er irgendeinem verstorbenen Mitgliede mit Thränen in der Stimme den stereotypen Nachruf widmet: »Schad' um den Mann«, und man ehrt den vormaligen Kämpfer für die Pressfreiheit, wenn er von seinen Bittgängen bei unterschiedlichen Staatsanwälten um Zurücknahme der Confiscation der Sonntagsauflage berichtet — »Herr Staatsanwalt, wir sind ruiniert«, soll er damals seinen Kampf um die Freiheit der Presse eingeleitet haben. Aber seit dem Tage, wo er die Länderbank durch seine journalistische Unfähigkeit dermaßen in Verwirrung brachte, dass sie aus Verzweiflung das ‚Extrablatt' in ein »socialpolitisches Organ« verwandeln wollte — seit jenem Tage genießt er auch in der »Concordia« nicht mehr das alte Ansehen, und man kann sagen, dass nur die Rücksicht auf eine würdige Vertretung beim Blumencorso das Wiener Schriftthum bewogen hat, Herrn v. Spiegl zum Präsidenten zu erwählen ....

Viel wichtiger als das Schattenkönigthum des Herrn v. Spiegl erscheint ein anderes Königthum, das — bis nun noch nicht constituiert — doch schon seine Schatten vorauswirft, die Herrschaft Herzls I. Der Prätendent erscheint selten im Club, wenn er aber

eintritt — jeder Zoll ein König —, dann zeugt die unterwürfige Begrüßung, die ihm zutheil wird, von den frohen Hoffnungen künftiger Unterthanen. Und wenn dann Theodor I. bei Erwähnung irgendeines berühmten Namens nachlässig hinwirft: »Den Mann könnte ich jeden Tag an meiner Tafel haben«, so seufzt wohl mancher der Herren, dass Legitimität doch allzeit mehr Ansehen verleihe, als geistige Gaben....

Hat der Club in Herrn Herzl einen künftigen König, so besitzt er in Herrn Sonnenschein einen künftigen Minister als Mitglied. Einst Officiosus, jetzt »Hofsecretär«, hat er sich durch die Geheimthuerei, mit der er wichtige Sachen behandelt, die schon vor acht Tagen in allen Blättern standen, in den Ruf eines ausgezeichnet informierten Mannes gebracht, und durch die Idee, der österreichischen Industrie mit einer Transportsteuer beizuspringen, berechtigtes Aufsehen erregt. — Wenn er, mit dem Opernglase bewehrt, in den Club stürmt, mit der Nachricht, dass man sich maßgebendenorts sehr für die Renard interessiere oder dass das ganze Ministerium heute in der »Josefstadt« sei, dann lauscht man ihm als dem Verkünder historischer Ereignisse, und feine Spürnasen wittern bereits in dem genauen Kenner der oberen Strömungen den providentiellen Mann.... Sind der König und der Minister voll von Rücksichten, jener für seine Unterthanen, dieser im Hinblick auf seine hohe gegenwärtige und künftige Würde, so stellt Ritter Adolph v. Nassau die verkörperte Rücksichtslosigkeit dar. Der Mann hat sein Schäflein im Trockenen; Vorläufer des Herrn Benedikt als Organisator der wirtschaftlichen Krise, blickt er von der Höhe seiner Millionen milde lächelnd auf die Versuche des Nachfolgers, die Summe der Pauschalien durch »Modernisierung« des belletristischen Theiles des Blattes in die Höhe zu treiben. Für ungeschickte Börseschwindeleien hat er nur ein gleichgiltiges Achselzucken: So darf man das nicht machen! — Nur in einem Falle verlässt ihn seine Ruhe: wenn es gilt, eine Freikarte zu ergattern. Dann wird der Millionär beweglich und der Rücken krümmt sich noch tiefer.... Aber mitunter geräth er nicht an den richtigen Mann. Herr G., der Correspondent einiger auswärtiger Blätter, erinnert sich in solchen Fällen seines trotz langjähriger Clubzugehörigkeit standhaft bewahrten Arierthums und wird dem alten Ritter bitter....

Herr Julius Bauer, der Vicepräses des Clubs, ist ein seltener Gast; seitdem er für einen wirklichen Hofrath Reclame machen darf,

wird er immer stolzer. In den benachbarten Kaffeehäusern findet er übrigens auch gelegentlich ein anerkennendes Wort für seinen Vorläufer Heine. Im Club erscheint er nur bei Ballcomité-Sitzungen. Da hört man zuweilen seine schrille Stimme: »Ich habe gesagt, wir werden uns heuer wieder blamieren!« — Eines der beliebtesten Mitglieder ist Herr Messing, Viehhändler und Verfasser einer schlechten Schrift über den Fleischmarkt; er gilt als Autorität in Theaterfragen .... Wirkliche Schriftsteller, das heißt Leute, die nur von ihrer geistigen Arbeit leben, sind nicht sehr beliebt. Man hasst sie gerade nicht, aber man bedauert sie — sit venia verbo — redlich ob ihrer Ungeschicklichkeit. Das hat der arme J. J. David oft genug erfahren müssen; ihn haben sie nie recht als einen der ihren betrachtet .... Wahrer Hochschätzung hingegen erfreuen sich zwei Schriftsteller, welche in letzter Zeit von einander viel genannt wurden: die Herren Burckhard und Bahr. Der heroische Kampf des Burgtheaterdirectors um eine möglichst hohe Pension wurde als Muster freisinniger Denkungsweise gepriesen, und als es ihm gelang, einen hohen Orden zu bekommen, zögerte Herr Nolston nicht, Freudenthränen zu vergießen. Herr Bahr vollends ist das Schoßkind der Herren; Edgar v. Spiegls Augen leuchten förmlich, wenn er berichten kann, Bahr sei mit ihm über den Ring gegangen. Sie alle spüren es ja heraus, dass der Mann Geist von ihrem Geiste sei, dass er für die heimische, österreichische Kunst nicht weniger leiste, als sie für die österreichische Volkswirtschaft .....

Freilich findet sich selbst in dieser Gesellschaft manch einer, der in Ekel vor ihr vergehen möchte, wenn nur nicht seine oder seiner Familie Existenz auf dem Spiele stünde; freilich ist mancher unter ihnen, der reine Hände hat und ein reines Gewissen. Aber sie sind die Männer im Schatten. Den Ton geben die vaterländischen Insolvenzensammler und die Veranstalter von Blumencorsos an.

* * *

Seit ich über die Inserate in unseren »unabhängigen« Blättern meine Meinung ausgesprochen habe, erhalte ich zahlreiche Briefe, deren freundschaftlicher Bekehrungseifer mir beweist, dass immer noch viele nicht verstehen, worum es sich handelt. Ich

behaupte nicht, dass diese Blätter sich durch Inserate in ihrer Kritik beeinflussen lassen; aber ich constatiere, dass die Inserate mit der Absicht, solche Beeinflussung zu üben, angeboten werden. Und diese Absicht muss man zurückweisen. Ob die ‚Zeit' Herrn Krupps Annoncen aufnimmt und ihn trotzdem angreift, oder ob sie dies — was ein Briefsteller auffällig findet — neuestens unterlässt, thut nichts zur Sache. Und dass sie jüngst ihre Unbefangenheit zu beweisen wünschte, indem sie nach Herrn Sonnemanns (‚Frankfurter Zeitung') bewährtem Muster in derselben Nummer, die eine Annonce des »Janus« brachte, diese Gesellschaft heftig angriff, imponiert mir durchaus nicht. Vielmehr will ich klarstellen, dass solche Unbefangenheit höchst unanständig ist. Eine Annonce bedeutet eine Empfehlung. Wer sich für diese bezahlen läşst, gleichzeitig aber den Inserenten angreift, den Wert der Empfehlung also vernichtet, empfängt den Lohn für eine Leistung, die er von vornherein nicht zu erfüllen entschlossen ist. Ueberdies: was dächte man von einem Beamten, der Bestechungsgelder annimmt, dann aber gleichwohl unparteiisch seine amtliche Entscheidung fällt, also seine Unbefangenheit und doch auch seinen materiellen Vortheil wahren will? Die Antwort lese man im § 104 des Strafgesetzes. Nun denn, jene, die zwar kein Amt, aber berufsmäßig eine Meinung haben, unterliegen nicht der gleichen strafgesetzlichen, sicherlich aber der gleichen moralischen Verantwortlichkeit.

* * *

Es existiert in Wien ein Blatt, das niemand kennt, das die Verschweigungspraxis in selbstloser Weise auf seine eigene Existenz ausdehnt. Was Wunder, dass dieses Blatt ein Regierungsorgan ist. Die Regierung — jede österreichische Regierung — hat eine unglückliche Hand bei Auswahl ihrer Pressorgane. Immer trifft sie auf die bescheidenen, im Verborgenen blühenden Zeitungsexistenzen, die für Geld und gute Worte — die letzteren sind nie eine conditio sine qua non — sich bereit finden, das Amt und

das Odium eines »freiwillig« gouvernementalen Blattes zu übernehmen. So die ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘. — Es scheint nun, dass die Regierung nicht genug gezahlt oder das 6 Uhr-Abendblatt mehr verschlungen hat, als die Regierung zu bieten vermochte — genug, die ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘ hat an einem Deficit laboriert, das in einem umgekehrten Verhältnis zu der Hoffnung stand, ihr Leben zu erhalten.

Da erschien dem Blatte ein Retter in der Noth, in Gestalt des Regierungsrathes Dr. Glogau, Verwaltungsrathes der Wiener Zeitungsgesellschaft, Chefadministrators des ‚Extrablatt‘ u. s. w.

Das kam so: Die Wiener Zeitungsgesellschaft ist eine Tochter der Länderbank aus erster Ehe mit Herrn Hofrath Ritter v. Hahn. Der Gegenstand ihres Betriebsfleißes ist das berüchtigte ‚Extrablatt‘, ebenfalls »freiwillig« gouvernemental, wie es sich für ein Bankblatt, und vollends für ein Länderbankblatt, ziemt. Waren ja einstens selbst die Blätter in den Hauptbüchern der Länderbank ministeriell . . .

Der Verwaltungsrath der Länderbank, Herr Franz Hardtmuth, ist in den Verwaltungsrath der Wiener Zeitungsgesellschaft entsendet worden, um dort die Interessen der Mutteranstalt wahrzunehmen. Die Seele des Geschäftes bei der Wiener Zeitungsgesellschaft ist der Verwaltungsrath Heinrich Glogau, der in intimen Beziehungen zum Pressbureau steht und von dort Informationen für seine Zeitung holt. Darum ist das ‚Extrablatt‘ auch so interessant!

Besagter Herr Glogau ist das enfant chérie des Pressbureaus, gleichsam der Pressregierungsrath. Als nun die ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘ in Bedrängnis kam, ließ Herr Karminski — oder war's noch sein Vorgänger? — Herrn Glogau rufen und empfahl ihm das Schicksal des Blattes in beredten Worten. Herr Glogau verdankt dem Pressbureau nicht nur den Titel »Regierungsrath«, sondern noch manches Andere. Ein Gentleman ist nicht undankbar, und Herr Glogau nahm die passive ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘ unter die Fittige — der Wiener Zeitungsgesellschaft: das 6 Uhr-Blatt wird nun seit kurzer Zeit in der Druckerei des ‚Extrablatt‘ gedruckt.

Die Verwaltungsräthe der Wiener Zeitungsgesellschaft, allen voran der getreue Eckhardtmuth der Länderbank, wollten in die Transaction nicht willigen. Es war selbst ihrem schon etwas defecten Verantwortlichkeitsgefühl zu stark, ein notorisch passives, mit einem alten Deficit behaftetes Zeitungsblatt zu übernehmen. Sie hatten am

,Extrablatt' und seinem Deficit genug... Dr. Glogau wusste aber die Bedenken der Herren zu beschwichtigen. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft: Herr Franz Hardtmuth von der Länderbank bekam durch Glogaus Vermittlung den Orden der Eisernen Krone, und auch die anderen Herren des Verwaltungsrathes giengen nicht leer aus.

So sieht die Länderbank ihre Tochter von dem verrathen, den sie zu ihrem Schutze bestellt hat. Ein Orden ist keine Spielerei, und da kann man Andere sich's schon was kosten lassen... Ein Nachspiel dieser Affaire hat bereits stattgefunden. Abgeordneter Schlesinger hat den Grafen Clary darüber interpelliert. Die liberalen Blätter unterdrückten die Interpellation.

* * *

Eine Dame schreibt mir: »Wie kann ein junges Mädchen, das auf sich hält und das sich keinerlei Gemeinheiten preisgeben will, in Wien zum Theater kommen? Bitte mir einen ernsten Lehrer zu nennen, eine Schauspielschule zu empfehlen, deren Inhaber es nicht darauf abgesehen hat, die Elevinnen anders als im künstlerischen Sinne zu ermuntern. Ueber die Zustände, die in den Theaterschulen und speciell im Conservatorium herrschen, könnten Sie auch einmal ein Wörtchen schreiben!« Ich hoffe, dass die Publication dieser Frage, die für mich eine Mahnung bedeutet, mir endlich das zur Bearbeitung des Schauspielschulthemas nothwendige Material eintragen wird. Ich habe schon lange den guten Willen, auch über diese Misère das gewünschte »Wörtchen« zu sagen, aber die Leute, die »in Wien zum Theater kommen wollen«, scheinen mir fast so indolent wie die Wiener Theaterleute. Sie, die Musiker und die Herren von der bildenden Kunst sind gar verschämte Dulder. Sie begnügen sich damit, im Kaffeehaus über ihre Bedrücker zu schimpfen, und versichern einander, nachdem sie sich noch vorsichtig umgesehen haben, unter Discretion, dass dies oder jenes »Etwas für die ,Fackel'« wäre. Aber bisher haben sie's nicht einmal noch zu anonymen Briefen gebracht.

* * *

Ueber die Demonstration gegen den Director Mahler während der letzten Aufführung der »Meistersinger« berichtet die ,Neue Freie

Presse': »— — — Am Schlusse der Oper reichten sich die Wagner-Enthusiasten und die Mahler-Schwärmer versöhnt die Hände und applaudierten aus Leibeskräften.« — Womit?

* * *

[Personal-Nachrichten.] Der Correspondent des ,Berliner Börsencourier', Herr Siegfried Löwy, fühlt sich infolge seiner angestrengten Thätigkeit in den Vorzimmern der Banken und Theaterkanzleien ermüdet und hat als Unterläufel für den Kunsttheil den bekannten Externisten der ,Vorstadt-Zeitung', Herrn Hermann Bahr, bestellt.

* * *

Oesterreichische Räthselecke.

Was haben Anton Bruckner und der Theaterplauderer Stern vom ,Fremdenblatt' gemeinsam?

(Den Franz Josefs-Orden.)

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Ein Begehrlicher. Nein, es kann nicht meine Aufgabe sein, alle Nullen, die etwas verschuldet haben mögen, anzugreifen. Nicht taktische Bedenken gebieten eine gewisse Oekonomie in Angriffen. Soweit ich mich mit Personen beschäftige, handelt es sich mir darum, Leute, die für einen bestimmten, auf irgendwelchem Gebiete einflussreichen Kreis typisch sind, zu porträtieren und damit hoffentlich nicht bloß diese, sondern alle ihresgleichen zu treffen. So erhält dann ein persönlich ganz unbeträchtlicher Herr Stern, Löwy, Eisen- oder Thalberg Bedeutung. Wenn nicht der Anschauungsunterricht am concreten Fall überzeugender wirkte als abstracte Darlegungen, wäre es gewiss besser, solche Namen nicht zu nennen, denn schließlich entstehen daraus auch für mich Belästigungen. So erhalte ich jetzt bereits den zehnten Brief mit der Anfrage, wer denn der von mir angegriffene Hermann Bahr eigentlich sei . . . Die Wiener Lange, Klotz, Goeze etc., Frösche im Cultursumpf, kommen eben zum Vorschein, wenn der Morast durchstöbert wird.

Thespiskarrenschieber. Gewiss gebürte dem Kuli vom ,Wiener Tagblatt' eigentlich ein Tritt, weil er die durchaus löbliche Interpellation Pattais in der Angelegenheit des Theaterhausgesetzes hämisch glossiert hat. Aber leider kommt man nicht zu allem und allen. Wichtiger als das Treiben der Parteischmöcke, die es arg verdrießt, dass nicht Herr Noske die Interpellation eingebracht hat, ist die Thatsache, dass überhaupt in unserem Parlamente endlich von der

Theatermisère gesprochen wurde und die Frage der gesetzlichen Regelung der Verträge ins Rollen gebracht ist. — Ueber die Beleidigung einer Schauspielerin durch den Director des Josefstädter Theaters und über die Zumuthung, für eine Monatsgage von 60 fl. nicht Schulden, sondern im Gegentheil seidene Toiletten sich anzuschaffen, kann ich diesmal nicht schreiben, weil mir Zeit und Raum fehlen. Das Wesentliche, was darüber zu sagen ist, ist von mir schon früher und wiederholt ausgesprochen worden. Die bürgerlichen Blätter, die jetzt der Controle sich bewusst scheinen, haben sich in erfreulicher Weise meine Argumente zu eigen gemacht. Aber die Herren merken nicht, wie schlecht ihnen die Entrüstung steht. Sie haben das System, das sie nun plötzlich trotz Freikarten und Tantièmen angreifen, wohnlich eingerichtet und jahrzehntelang gestützt. Freilich gilt auch jetzt ihr sittlicher Eifer nur dem entlegenen Josefstädter Theater, und die Heiligen, die in allen anderen Bezirken Wiens das Bühnenscepter führen, werden auch ferner geschont werden. Diese Presse vergaß in einem Moment der Unbesonnenheit oder der ausgebliebenen Freikarten, dass sie von den Zuständen, die es auszurotten gilt, lebt, dass die Existenz von 20—60 fl.-Damen an den Wiener Bühnen nicht anders als die blühende Existenz abonnentenloser Blätter social begründet ist. Vielleicht bietet die Gerichtsverhandlung, falls es zu einer solchen kommt, Gelegenheit, das Thema eingehender zu behandeln. Soviel kann ich Ihnen schon heute versichern, dass ich die Beleidigung und Entlassung der armen Schauspielerin, im Gegensatz zu Herrn Director Jarno, nicht als eine »interne« Angelegenheit seines Theaters auffasse.

Herrn v. Koerber. Am 24. d. M. ist bei der Generaldirection des Oesterreichischen Lloyd in Triest eine Depesche aus Gibraltar eingetroffen, die von den an Bord der »Berenice« vorgekommenen Pestfällen nichts wissen will. Möglich, dass auch Eure Excellenz davon nichts wissen. Jedenfalls scheint Eurer Excellenz sanitätspolizeiliche Fürsorge sich immer noch ausschließlich dem »Janus« und dem Rufe Ihres Protectors Chlumecky zuzuwenden. Ich weiß, dass von Zeit zu Zeit mahnende Depeschen aus Triest im Ministerium des Innern einlangen, von den Beamten aber, die eben mit der Ausfertigung von Gesundheitsattesten für Herrn Chlumecky überbürdet sind, kaum berücksichtigt werden. Schon im Mai sollte ein Pestfall auf einem in Triest eingelaufenen Dampfer vertuscht werden. Nun wäre ja gegen ein äußerliches Vertuschen, das insgeheim mit der größten Emsigkeit an Schutzvorkehrungen arbeitet, principiell nichts einzuwenden. Wenn sich aber die Herren im Ministerium einfach taub stellen und ein von der rathlosen Triester Gemeinde oder Statthalterei abgeschicktes Telegramm überhaupt nicht beantworten, so ist das mehr als merkwürdig. Vollends grotesk wird die Sache, wenn dann die beruhigende Zusicherung abgegeben wird, dass — die Händlerinteressen keinen Schaden leiden werden. Natürlich! Die 2,000.000 fl. Kaffee, die die pestverdächtige »Berenice« führt, müssen gerettet werden. 20.000 Kaffeesäcke bedeuten ja »erst«, wenn sie von den inficierten Schiffsratten benagt werden sollten, eine

Gefahr — meint der Ehrenmann der ‚Neuen Freien Presse‘. Dass es zur Beruhigung Oesterreichs wesentlich beitragen würde, das Blatt und die Säcke ins Meer zu werfen, ist klar. Ebenso klar, dass es nicht geschehen wird. Excellenz beantworten eine Interpellation im Abgeordnetenhaus, und damit basta! Mehr Vorsicht wäre von Uebel. Aber Excellenz vergessen, dass eine scharfe Anfrage im Parlament zwar manche Wahrheit gegen Eure Excellenz, aber Eurer Excellenz Antwort darum noch keinen Menschen gegen die Pest immun macht.

Advocat. Dank für die Zusendung von Nr. 10 des ‚Barreau‘ Jetzt wissen wir's endlich, dass die Herren von der Opposition die »sociale Idee« vertreten. Sehr verdienstlich, da sie sich doch anderseits bewusst sind, die »Elite des Volkes, seine wahre und höchste Aristokratie« zu bilden. Der Socialaristokrat Prinz Liechtenstein ist geschlagen. Allerdings beginnt der Socialismus der Herren zunächst bei ihnen selbst. Es darf unter den Advocaten keine Enterbten geben; man wird hoffentlich den beim Geburtsadel vor einigen Jahren kläglich gescheiterten Versuch einer Organisation zur Versorgung armer Aristokraten hier mit besserem Erfolg erneuern. Einstweilen mag es genügen, dass die Herren den richtigen Ton der Aristokratie gefunden haben. Nächstens gibt Herr Dr. Morgenstern einen Knigge für den Umgang mit Excellenzen heraus. Der beliebte Ausdruck: »Herr Klein, gehen Sie auseinander!« soll darin nicht fehlen. Er muss gesungen werden — aber nicht im gewohnten Sprechgesang, sondern »wie ein Trutzlied«! Die »lakaienhaften Richter« mögen nur rechtzeitig ihr Benehmen gegen die in den Adelsstand erhobenen Advocaten ändern. Besonders rathe ich das dem Gerichtssecretär Professor Grünberg, den Herr Morgenstern so gründlich verreißt. Ein nächstes Mal könnte er doch verurtheilt werden, wenn es auch der »in Anonymität gehüllte erste Staatsrechtslehrer« Oesterreichs für unberechtigt und unbegreiflich erklärt. Ja selbst, wenn Staatsrechtslehrer hier nur ein Lapsus für Strafrechtslehrer gewesen wäre und der Mann Lammasch hieße, würde das nichts ändern. Die Advocaten der Opposition sind — das hat sogar Klein anerkennen müssen — eine wohldisciplinierte Schar, und mit der wird man so bald nicht fertig.

B—d. V. (Antwort in Nr. 15). Jetzt sehe ich erst, wie recht Sie mit Ihrer Vertheidigung des geplagten israelitischen Religionslehrers hatten. Sie schrieben: »Vor den Augen seiner Schüler windet er sich an dem Katheder, indes Knallkugeln um ihn prasseln ... Die Rangenschar hat für den Hilflosen nur ein Hohngelächter, mag er unternehmen, was er nur will.« Ja, Sie hatten Recht und als classischen Gewährsmann dürfen Sie mir heute einen erwachsenen Wiener Publicisten vorführen. Ich komme Ihnen zuvor und will hier citieren, was Herr Kanner jüngst in der ‚Zeit‘ den Jungtschechen als Obstructionsmittel hämisch empfohlen hat. Sie mögen, meinte er, den Sitzplatz des Justizministers mit einem klebrigen Stoff, Leim o. dgl. bestreichen und den Mann so am Aufstehen und am Sprechen hindern. »Ich erinnere mich,« fährt er fort, »wir Buben haben einmal im Unter-

gymnasium einen Religionslehrer auf diese Weise unmöglich gemacht.« Herrn Kanners Rath an die Jungtschechen ist zwar parodistisch gemeint, aber ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob er sich heute, da er Minister stürzt, wesentlich anderer Waffen bedient wie damals, als er noch jüdische Religionslehrer unmöglich machte. Mich will es schier bedünken, dass die Verwendung klebriger Wurfgeschoße von fast so gutem Geschmack und fast so hohem politischen Witz zeugt, wie die Erfindung und unermüdliche Verwendung des Wortes »Thunheit«, vor dem schließlich Graf Thun gelangweilt sich zurückziehen musste.

Herrn Wippchen in Bernau, Kriegsberichterstatter. Sie beneiden die ‚Neue Freie Presse' um ihre Meldungen aus Transvaal. In Ihren besten Zeiten haben Sie eine ähnliche Nachricht wie die am 25. November veröffentlichte nicht in die Welt gesetzt: »Während des Angriffes auf die zweite Hügelkette hissten die Boers die weiße Flagge. Als sich Lieutenant Willougby hinbegeben wollte, wurde er sofort erschossen. Dasselbe wiederholte sich zweimal.« — Wie plastisch ist dieser Massenmord an dem armen Lieutenant geschildert! Sogar die Salzgriesstilisten der ‚Sonn- und Montags-Zeitung' hatten ihre Freude daran und moquierten sich über die ‚Neue Freie Presse'.

Herrn H. N., Präs. d. Juristen-Unterstützungsvereins. Ich nehme also mit Bedauern zur Kenntnis, dass Ihr Verein die armen bosnischen Studenten nicht unterstützen konnte.

R. B., cand. jur. Nie gelesen; bitte um Einsendung.

B. R., Wien, IX. Bitte um baldigen Besuch.

Herrn Polizeipräsidenten Habrda. Ihre Organe machen die Orthographie und fremdes Eigenthum unsicher. Die Confiscation von Zeitungsexemplaren wird in den Trafiken auf dem nächstbesten Wisch mit ein paar unrichtig geschriebenen Worten — die Anzahl der fortgeschleppten Exemplare ist mit einer Ziffer angegeben — »bestätigt«. Kann denn die Procedur nicht mit etwas mehr Würde geschehen? Und mit etwas mehr Rücksicht auf die Administration, die den Verschleißern auf Grund der vom Wachmann ausgestellten »Urkunde« alle confiscierten Exemplare ersetzen muss? Lassen Sie doch Formulare drucken! Die Ausrede, dass bei der Unmenge von Confiscationen das Polizeibudget durch die Kosten solcher Formulare zu sehr belastet würde, kann ich nicht gelten lassen.

Emil Gr.; Anton Sch.; Leo Fl.; M. Kr.; Verein der Vivisectionsgegner; J. S. E.; C. T., stud. phil.; ?; Josef L.; F. Leonidas; Fraumelin; Lastträger; J. H.; Birualuinus; Gideon F.; Frl. Mary K.; W. K. F., Br.; A. Str.; Max P.; Grammatikus; Edgar R.; Ragusa; Alphons M.; W. L.; C. H. H. Besten Dank.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

Die Fackel

Nr 25 WIEN, ANFANG DECEMBER 1899

Noch immer weigern sich unsere Abgeordneten, ein Sperrgeld von 50 Millionen für die Eröffnung des Parlaments zu zahlen. Aber auch ein Ausgleich, der unserer Volkswirschaft geringeren Schaden zufügte, wäre bei einer Quote von 65·6 Procent unannehmbar. Da das ungarische Recrutencontingent 43.889 Mann gegen 59.211 Mann in Oesterreich beträgt, die gemeinsame Armee also zu 42·6 Procent ungarisch ist, erscheint eine ungarische Beitragsleistung von 34·4 Procent zu ihren Kosten als ungenügend. Und doch soll Oesterreich den leoninischen Vereinbarungen zustimmen?

Aber diese Dinge sind dem Monarchen, der mit höchster Energie für den Ausgleich sich einsetzt, so gut bekannt, wie jedermann in Oesterreich. Und der Gedanke, dass dieser Monarch die eine Hälfte seines Reiches schädigen wollte, ist absurd. Die Ursachen des Widerspruchs zwischen Krone und Parlament will ich also darzulegen versuchen, eines Widerspruches, der auch noch bestünde, wenn das Parlament sich fügte. Denn im österreichischen Abgeordnetenhause wagt es heute niemand, ein zustimmendes Votum anders als mit der Zwangslage zu entschuldigen, in die wir durch den Verfassungsbruch, den die Ministerien Badeni und Thun begangen haben, versetzt sind.

Man betrachte das ungarische Budget; trotz allen Vortheilen, die Ungarn durch den Ausgleich gewinnt — und diese Vortheile sind in der Präliminierung der Einnahmen für 1900 sehr hoch veranschlagt —, trotz

der geringen Beitragsleistung zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten weist jenes Budget ein Deficit auf, das keine Schönfärberei des Finanzministers zu übertünchen vermag. Dabei ist die Besteuerung eine noch drückendere als bei uns, und die Ausgaben für Culturzwecke sind lächerlich gering, noch weit geringer, als bei uns. Man mag als Politiker der schärfste Gegner der ungarischen Schandwirtschaft sein, als Volkswirt muss man zugestehen, dass Ungarn keine höheren Leistungen auf sich zu nehmen vermag. Daraus kann nun der Schluss gezogen werden, dass, da Ungarn die Kosten der von ihm aufgestellten Armee nicht zu tragen vermag, die Armee verringert werden müsse. Antimilitaristisch gesinnte Parteien, die auf diese Forderung ihre Agitation concentrieren wollen, müssen also den Ausgleich verwerfen. Die anderen aber werden sich zu fragen haben: Ist die Erhaltung eines Heeres von der jetzigen Stärke ein so wesentliches österreichisches Interesse, dass wir um dessentwillen erhöhte Lasten auf uns nehmen müssen? Wenn der Monarch den jetzigen Ausgleich durchsetzen will, muss dies wohl seine Meinung sein. Wie kommt es aber, dass diese Ueberzeugung im österreichischen Parlamente keinen einzigen Vertreter findet, dass der Großmachtsgedanke in einem Reiche, das seit Jahrhunderten eine Großmacht ist, heute keinerlei werbende Kraft besitzt? Man missverstehe mich nicht. Nicht die Frage, ob die Großmachtspolitik für Oesterreich nothwendig oder auch nur förderlich sei, will ich hier erörtern. Aber sowie ich — als Gegner des Liberalismus — es unnatürlich fände, wenn der Liberalismus in einem Staate von solcher politischer und wirtschaftlicher Structur, wie der unsrige, im Parlamente nicht entsprechend vertreten wäre, so finde ich das Stummachen des Großmachtsgedankens unnatürlich und ungesund.

Aber die Erklärung dieser Erscheinung liegt auf der Hand. Die systematische Fernhaltung unseres Abgeordnetenhauses von allen Angelegenheiten jenseits

der schwarz-gelben Grenzpfähle, seine völlige Einflusslosigkeit in den Fragen der äußeren Politik haben allmählich unsere Abgeordneten gleichgiltig gemacht gegen die Probleme, die aus unserer Stellung als Weltmacht sich ergeben. Das ganze Jahr über haben sie keinen Anlass und keine Gelegenheit, die äußere Politik des Reiches zu erörtern. Von den Thaten und Unterlassungen des Ministers des Aeußern erfahren sie nichts. Unsere auswärtige Politik mag in noch so vielen Farben schillern, kein Blau- oder Gelbbuch gibt davon Kunde. Und der Leiter der äußeren Politik ist völlig unverantwortlich. Das im § 18 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 versprochene Gesetz über die Verantwortlichkeit der gemeinsamen Minister ist binnen 32 Jahren nicht geschaffen worden, und auch die radicalsten Parteien haben es niemals reclamiert. Da ist der Hebel anzusetzen. Die äußere Politik muss in die Parlamente einziehen, es muss eine ständige Controle der gemeinsamen Regierung geschaffen werden. Die Vertreter des Volkes müssen über der Vertretung seiner Interessen nach außen wachen. Dann werden die Opfer, die dafür zu bringen sind, nicht erzwungen werden müssen. Eine Volksvertretung, die weiß, welchen Zwecken die Reichseinheit dient, wird deren Wert gerecht abzuschätzen wissen.

In diesen Tagen sehen wir ein Zerrbild des Parlamentarismus vor uns: Die Delegationen tagen. Ganze Parteien sind ohne Vertretung. Die Gedanken einer expansiven Industriepolitik werden vor einer Versammlung entwickelt, in der der Großgrundbesitz durch seine Vertreter aus beiden Häusern die Mehrheit hat, dagegen die Socialdemokratie, nächst dem deutschen Unternehmerthum der stärkste Interessent an dieser Frage, gänzlich fehlt. Und wie verlaufen die Verhandlungen der exclusiven Gesellschaft? Der Minister des Aeußern trägt ein Exposé vor — pardon, er trägt kein Exposé vor, sondern verweist darauf, dass in der ‚Wiener Zeitung‘ der Abdruck einer Rede, die er im

Budgetausschusse der ungarischen Delegation gehalten hat, zu lesen sei. Seit drei Jahren hat Graf Goluchowski der österreichischen Delegation nicht mehr die Ehre erwiesen, seine politischen Offenbarungen persönlich zu verkünden. Uebrigens hat sie dadurch nichts verloren; denn diese Exposés sind gänzlich inhaltsleer. Der Minister spricht kein Wort von seinen »Thaten«; er schildert seine Gefühle für die fremden Staaten, lobt die kleinen und katzenbuckelt vor den großen. Zunächst verneigt er sich vor Deutschland und Russland. Dann spricht er vom Balkan. Wir wollen wissen, wie der Leiter unserer äußeren Politik in die Verwicklungen auf dem Balkan eingegriffen hat. Statt dessen ertheilt Graf Goluchowski den Balkanstaaten Sittennoten. Er ordnet sie nach ihrem Wohlverhalten und findet dieses bei Rumänien: vorzüglich, bei Serbien: lobenswert, bei Bulgarien: befriedigend, bei Griechenland: genügend und bei der Türkei: kaum genügend. Diesem Staate gegenüber macht er sogar von der pädagogischen Regel, die er sonst beobachtet, eine Ausnahme, der Regel nämlich, dass der Schulmeister sich um häusliche Angelegenheiten nicht zu kümmern habe. In dem Passus seiner Rede, der Serbien gilt, erklärt er, über die inneren Zustände im jungen Königreiche (Justizmorde, andere Morde u. dgl.) stehe ihm »selbstverständlich« kein Urtheil zu. Bei der Türkei dagegen spricht er von tiefeingewurzelten Uebelständen in der inneren Administration, von gewissenlosen, professionsmäßigen Hetzern etc. Dann erwähnt Herr Goluchowski noch den Transvaalkrieg, mit dem wir nichts zu thun haben, und die Pariser Weltausstellung, mit der er nichts zu thun hat — und Schluss. In der Aufzählung der Balkanstaaten fehlt Montenegro, in der Reihe der Großstaaten Amerika. Von seinen Blamagen schweigt eben die Höflichkeit des Sängers seines eigenen Lobes. Auf die Ausführungen des Grafen Goluchowski über das Consularwesen hat jener Abgeordnete die einzig richtige Antwort gegeben, der dieser Tage im

Abgeordnetenhause beantragt hat, dass die Consulate der Aufsicht des Handelsministeriums unterstellt werden sollen.

Wenn man dieses Exposé liest und die Debatte in der österreichischen Delegation verfolgt, in der Graf Goluchowski Anfragen theils barsch zurückweist, theils mit nichtssagenden Phrasen beantwortet; und wenn man bedenkt, dass dies seit anderthalb Jahren die erste und auf ein Jahr die letzte Erörterung der auswärtigen Politik eines großen Reiches ist — dann weiß man, warum im österreichischen Abgeordnetenhause niemand sich getraut, einem Ausgleich, der Oesterreich Opfer für die Stellung des Reiches nach außen auferlegt, mit der Begründung zuzustimmen, dass er diese Opfer billige und wünsche.

* * *

An den Wunsch, dass die äußere Politik endlich ins Parlament einziehe, knüpft sich das unabweisliche Verlangen, dass der Ton unseres Parlaments probeweise in die Delegationen verpflanzt werde. Ich weiß nicht, welche Manier dem Patrioten besser zusagt: Der kreischende Wirtshauszank, in dem die Vertreter des Volkes ihre privaten Ehrenhändel erledigen, oder langweilige Großmachtstoaste, zu denen die Herren delegiert werden, um einmal im Jahre ausruhen zu können. Eine Parlamentssitzung bietet uns den Anblick: Zwei schimpfen, einer stenographiert. Der Lärm im Abgeordnetenhaus und die Stille in der Delegation sind auf die Dauer unerträglich. Die Gesundung unseres politischen Lebens wird erst mit einem Wechsel des Tones in beiden Körperschaften ihren Anfang nehmen. Es ist nicht einzusehen, warum die Herren Goluchowski, Kallay, Krieghammer und Spaun gar so viel Respect genießen, warum sie sich nicht collegial mit den Badeni, Thun und Clary in die Grobheiten der Volksvertreter theilen sollten. Als einst im Abgeordnetenhaus ein derber Zwischenruf

gegen den leider abwesenden Kriegsminister fiel, erlaubte sich Herr Krieghammer, dem in den Delegationen noch jeder Volksmann pariert hatte, auf die Herstellung des stenographischen Protokolls Einfluss zu nehmen.

Wenn der Justizminister für die Versetzung eines deutschen oder tschechischen Gerichtsbeamten mit Papierkugeln beworfen wird, so frage ich: Welche Behandlung müsste dem Minister des Aeußern zutheil werden, der jüngst versichert hat, dass er sich in die »inneren Angelegenheiten des serbischen Staates nicht mischen« könne? Die Antwort, die Herr Goluchowski, den ich in diesen Blättern doch so oft verwarnt und wegen seiner offenkundigen Sympathie für Milan getadelt habe, den jungtschechischen Interpellanten zu bieten wagte, sie übertrifft doch alles, was die gemeinsamen Verweser Oesterreich-Ungarns ihren folgsamen Zuhörern aus beiden Reichshälften bisher zugemuthet haben. Herr Goluchowski scheint ernstlich der Meinung zu sein, dass er den Meuchelmörder von Belgrad nicht protegiert. Warum hat sich Herr Goluchowski nicht gemeldet, als ich vor ein paar Wochen den Milan am Ende einer Reihe der kräftigsten Bezeichnungen einen »Freund unseres auswärtigen Amtes« nannte? Herr Goluchowski wird doch zugeben, dass die ‚Fackel' so stark verbreitet ist, wie irgend einer der officiösen Wische, durch die er — vor Abgeordneten, die der Wiener Zeitungssphäre fern stehen, mag er es leugnen — einen Tag nach dem Belgrader Urtheil den »Exkönig Milan« vertheidigen ließ? Ich frage den Mann, der sich einst auf der Fahrt aus der Ischler Kaiservilla zum Deutschen Kanzler nach Aussee von Herrn Albert Rothschild begleiten ließ, ob er berüchtigten Börsenblättern vom Caliber der ‚Neuen Freien Presse' und des ‚Pester Lloyd' so gänzlich fern steht, wie er in der Delegation behauptet hat? Ich frage ihn, ob die durchsichtige Vertheilung der

Rollen an einem und demselben Tage — einer scheinbar »humanitären« für die ‚Neue Freie Presse‘ und einer herausfordernd milanfreundlichen für den ‚Pester Lloyd‘ — nicht auf seine persönliche oder seiner Leute Initiative zurückzuführen ist. Die Versicherung, dass er »für den Inhalt dieser Blätter keinerlei Verantwortung übernimmt«, war überflüssig. Kein Mensch wird dem Grafen Goluchowski nach diesem Exposé die Stelle eines verantwortlichen oder Nachtredacteurs bei der ‚Neuen Freien‘ antragen, da ja bei einem derartigen Postenwechsel das auswärtige Amt jedenfalls mehr als die an Stilblüten ohnehin reiche Zeitung gewinnen würde. Wenn in dieser Sache einer der Betheiligten von »Verdächtigungen« sprechen darf, so ist es höchstens unser liberales Weltblatt, das mit allen Finanzkünstlern beider Reichshälften auf so gutem Fuße lebt, dass es auf die Unterstützung aus dem armseligen Dispositionsfonds des Herrn Goluchowski wahrhaftig nicht ansteht, und dessen Verbindungen gewiss bis zum Pressbureau der serbischen Regierung reichen. Ein Leitartikler, der einst — einem hübschen Mot zufolge — mitten in der Arbeit durch die offene Thüre seines Schreibzimmers dem Administrator die Frage zurief: »Wie viel hat der aus Bulgarien geschickt?«, wird wohl auch ohne die Nachhilfe des Herrn Goluchowski seine Stellung zu den serbischen Justizgräueln zu finden wissen. Ich bin fest überzeugt, dass in die Casse der Journal-Actiengesellschaft, die jedem der beiden Herausgeber jährlich eine Viertelmillion auszahlt, kein Kreuzer aus der Schatzkammer des Grafen Goluchowski gewandert ist. Aber dass unser Minister des Auswärtigen, vielleicht nicht persönlich, doch umso nachhaltiger durch seinen poetischen Herrn Doczi die Redacteure der ‚Neuen Freien Presse‘ beeinflusst, ist eine Thatsache. Goluchowskis Sectionschef ist ständiger Mitarbeiter der meisten liberalen Blätter Wiens und Budapests, er schreibt stimmungsvolle Novellen, er schreibt für Milan, und Stücke schreibt er, die — ein dürftiger Aufguss Halmscher

Oedigkeiten — allemal von der Sippe kostenlos den Werken der Weltliteratur angereiht werden.

Und nun will ich dem Grafen Goluchowski weitere Facta mittheilen, die ihm schon längst bekannt sind. Im Protokoll der Delegation, und somit in den Tagesblättern, ist das »Bedauern« verzeichnet, womit der Herr die Anfrage der jungtschechischen Abgeordneten — die deutschen Freiheitshelden haben zur serbischen Angelegenheit auch nicht den Mund aufgethan — abschlägig beschieden hat. In Wahrheit aber verhält sich die Sache so, dass Goluchowski die Bitte um eine Intervention Oesterreichs brüsk und mit der offenkundigen Entschlossenheit, der gerechten Sache Milans beizuspringen, beantwortet und das Bedauern erst nachträglich ins Protokoll geflickt hat. Hingegen fehlt darin wieder manch anderes Wort, das in der Ausschussdebatte gesprochen ward. Ein Jungtscheche meinte, dass Oesterreich durch die Protection eines notorischen Hochstaplers — nicht »Exkönigs«, wie das Protokoll schmeichelt — vor Europa gebrandmarkt erscheine. Bei diesem gewiss auffallend milden Worte geriethen die Herren um den grünen Tisch in Aufruhr und der Vorsitzende Kathrein rief entsetzt aus: »Aber er ist doch der Vater eines Königs!« Der Interpellant aber meinte ganz zutreffend: »Da hat sich höchstens der Sohn zu schämen!« — Zum Schlusse noch die Berichtigung etlicher Lügen, die aus dem Pressbureau des Herrn Goluchowski als Zeitungsenten aufgeflattert sind und von empfänglichen Leitartiklern zu förmlichen Zeitungsententen verarbeitet wurden. Es ist nicht wahr, dass Russlands Stimmung gegenüber der serbischen Regierung sich jetzt wieder gebessert hat und dass dies deutlich aus der Rückkehr des russischen Geschäftsträgers Manssuroff nach Belgrad hervorgeht. Wahr ist vielmehr, dass Herr Manssuroff nach dem Ausgang des Hochverrathsprocesses nicht abberufen wurde, sondern bloß vier Wochen Urlaub erhielt, dass er etwas länger in Petersburg blieb, weil er

Murawiews Rückkehr abwarten musste, und dass er jetzt mit neuen, verschärften Instructionen nach Belgrad zurückgekehrt ist. Es ist nicht wahr, dass man auf Russlands freundlichere Haltung und auf eine »Besserung der Verhältnisse« auch aus der Ernennung des russischen Militärattachées Leontiewitsch schließen kann. Wahr ist vielmehr, dass Herr Leontiewitsch schon vor dem Attentat auf Milan, also lange vor dem Ende des Hochverrathsprocessses, für Belgrad und Bukarest ernannt war, und dass er jetzt, nach dem Urtheilsspruch eben nicht, wie's sonst Brauch war, in Belgrad, sondern in Bukarest seinen Posten bezogen hat.

Wahr ist aber auch, dass Herr Goluchowski auf Ansuchen des Milan die in Wien weilenden Serben durch Detectives beobachten lässt. Wahr, dass man in Serbien das Maß der Wilkür und der Grausamkeiten noch nicht erfüllt zu haben glaubt und darum demnächst eine Geheimpolizei nach österreichischem Muster einführen will. Wahr, dass gleichzeitig Orden und Medaillen im Werte von 60.000 Francs, für die die Ordenskanzlei in Belgrad bereits eine Offerte ausschreibt, — wie man sagt, an die Pressfreunde des Grafen Goluchowski — zur Vertheilung gelangen werden. Wahr ist, dass Milan kürzlich eine wehrlose Frau — keine Buffetdame vom Ronacher, sondern die Frau seines einstigen Finanzministers Vuić — in der brutalsten Weise bei Nacht und Nebel über die Grenze schaffen ließ; sie war nach Belgrad gekommen, um die Angelegenheiten ihres Gatten zu ordnen und ward allsogleich per Schub nach Semlin gebracht. Vuić aber sandte an den zur Zeit noch in Meran weilenden König Alexander eine Depesche, in der er gegen »diese brutale und feige Gesetzesverletzung protestiert«. Wahr ist, dass dies alles unter der passiven Assistenz unseres Ministers geschieht. Unwahr, dass es sich hier um »innere« Angelegenheiten Serbiens handelt, in die man sich nicht »mischen« kann. In Wirklichkeit hat sich Herr Goluchowski in diese

inneren Affairen gemischt, indem er durch seine Patronanz erst die Möglichkeit derartiger Zustände schuf. Nach dem Ausspruche eines bulgarischen Staatsmannes hat diese täppische Diplomatie auch in Bulgarien viele Austrophilen bekehrt, die sich sagen mussten, dass von einer Politik, die den unpopulärsten Mann auf dem ganzen Balkan, die den in Serbien gehassten, in Monte Carlo und Paris compromittierten Milan stütze, »nichts zu erwarten« sei. Oesterreich, das seit dem Berliner Vertrag auf dem Balkan freie Hand hat, kann vollends heute, da die anderen Großmächte auswärts in Anspruch genommen sind, auf den Lauf der Dinge in Serbien Einfluss nehmen. Herr Goluchowski aber vermag nichts, als die Männer, die da unten in schweren Ketten liegen, zu beleidigen; er sei, versetzte er hämisch, gar nicht überzeugt, dass Serbien durchaus auf Seite der Personen stehe, für die sich der Delegierte Kramarz interessiert habe. Herrn Goluchowski genüge es, »überzeugt« zu sein, dass Milan, wenn er sich nicht eines Rückhaltes in Oesterreich bewußt wäre, nicht 48 Stunden länger im Lande bleiben könnte.

Uebrigens wird der Organisator unserer auswärtigen Blamagen von Hazleton bis Kreta, von Mersina bis Belgrad noch dem Plenum der Delegation Rede und Antwort stehen müssen. Es ist in seine Hand gegeben, noch vor dem 18. December, an dem angeblich Amnestieen in Serbien ertheilt werden sollen, dem serbischen Volke zu einem Nationalfeiertag zu verhelfen. Ein entschiedenes Wort, und Milan muss mit Schimpf und Schande die Freudenhäuser der Heimat verlassen. Wird Herr Goluchowski dies Wort sprechen? Bisher ist nichts als seine Absicht bekannt geworden, für Milans Sohn, der sich auf der Rückreise von Meran wieder in Wien aufhalten will, in der Wiener Hofburg Quartier zu machen. Mag Herr Goluchowski sich auch noch sehr abschwitzen, einen Empfang, den der Monarch schon einmal nachdrücklich abgelehnt hat, jetzt durchzu-

setzen; — wir können es nicht glauben, dass die Hand, die vor ein paar Monaten Bluturtheile unterschrieben und die besten und vornehmsten Männer des serbischen Landes zu den Scheußlichkeiten der serbischen Gefängnisse verdammt hat, sich in einer Woche dem Kaiser von Oesterreich entgegenstrecken soll.

* * *

Das Deutsch des Grafen Goluchowski.

»Das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander wird durch ein mächtiges Bedürfnis nach Ruhe beherrscht.«

»Ein allgemein an den Tag tretendes Bestreben ist wahrnehmbar«.

»In dieser Hinsicht glaube ich der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, dass die Befürchtung nicht gerechtfertigt wäre . . . .«

»Bei dieser Sachlage schiene es beinahe überflüssig, neuerlich des unerschütterlichen Bestandes unserer Allianzverhältnisse und der Betonung der damit für die Monarchie verbundenen Vortheile zu gedenken«.

»Die Rivalitäten, die von den turbulenten Elementen benützt wurden, um uns gegenseitig auszuspielen«.

»Werfen wir einen Blick auf den südöstlichen Theil des europäischen Continentes, so kann ich nur mit Befriedigung constatieren, dass die dortigen Zustände eine erhebliche Besserung aufweisen«. (Herr Goluchowski wollte offenbar sagen: »Werfen wir einen Blick u. s. w., so kann nur ich mit Befriedigung constatieren . . .«)

»Die Reibungen mit Serbien sind einem gutnachbarlichem Verhältnisse gewichen, dessen Einkehr der Erkenntnis zuzuschreiben ist . . . .«

»Griechenland ist vollauf mit der Vernarbung der zahlreichen Wunden beschäftigt«.

»Einen besseren und uneigenützigeren Freund als wir hat die Türkei gewiss nicht«.

»Die Thatsache ist zu beklagen, dass es noch immer verschiedenen unterirdischen Einflüssen gelingen kann . . .«

»Unsere Staatsangehörigen (im Transvaal), deren Schutz in Ermanglung einer eigenen Vertretung das Deutsche Reich in

der entgegenkommendsten Weise übernommen hat«. (Das Deutsche Reich ermangelt also der eigenen Vertretung und nimmt darum die Oesterreicher in seinen Schutz.)

»Unser aufrichtiges Bestreben, allem Vorschub zu leisten, was die Völker näher aneinander bringt«. (Sehr richtig!)

»Unter den Ereignissen gebürt ein vornehmer Platz der Haager Conferenz«.

»Die so überaus menschenfreundliche Anregung, welche im Hinblick auf ihre hohe Herkunft die ernsteste Berücksichtigung beanspruchen konnte«.

»Selbst eine solche Seemacht — ich wiederhole es — hat nicht die Bedeutungslosigkeit, die man ihr beimessen möchte«.

»Ein Gebot der Selbsterhaltung, dem man sich kaum mehr verschließen darf, ohne geradezu eine Schädigung am eigenen Leibe zu begehen«.

»Ich meine damit die Frage der Auswanderungen aus beiden Staaten der Monarchie nach den transatlantischen Ländern, die heute zu einem so ernsten Problem geworden sind«.

»Gewissenlose Agenten, die mit dieser neuen Art von Menschenhandel ein lucratives Geschäft betreiben«.

»Ich will meine heutigen Ausführungen beschließen«.

* * *

Das Deutsch eines Goluchowski-Officiosus.

Das Exposé, dem die oben citierten Stellen entnommen sind, wird von dem enthusiastischen Schmock des ‚Neuen Wiener Tagblatt' (3. December) das »harmonische Werk eines Classikers« genannt. Aus diesem Exposé spreche »in jedem Striche die Aufrichtigkeit eines die Elemente der Beurtheilung nach ihrem wahren Werthe abschätzenden Staatsmannes, der nach gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung zu dem erfreulichen und den Völkern der ganzen Welt so ersehnten Ausspruch gelangt, dass wir im Zeichen des allgemeinen Friedens stehen«. »Aus der Sprache, die Graf Goluchowski führt, schaut nicht das ein geheimes Misstrauen erregende Angesicht jener Diplomatie hervor, die da unliebsame Ueberraschungen zu maskieren liebt, sondern hier offenbart sich der wahre politische Edelmann, der in Wahrheit erfreut ist, die Pandorabüchse verhängnisvoller historischer Ereignisse nicht

öffnen zu müssen«. Schmock versteigt sich später so weit, die beruhigende Versicherung abzugeben, dass unser Goluchowski kein Macchiavelli ist. Bei ihm habe man das sichere Gefühl, dass er die Wahrheit für die beste Waffe halte, und darum »hört nicht allein Oesterreich, sondern die ganze politische Welt aus seinem Munde mit Vergnügen die Kunde, dass die afrikanischen Vorgänge ihren localen Charakter nicht verlieren können«. In der serbischen Frage folgt natürlich Schmock — nicht erröthend — den Spuren seines ministeriellen Brotgebers; die serbischen Gefangenen — unter ihnen ist bekanntlich auch Professor Wesnitsch, ein Strafrechtslehrer von europäischem Ruf — nennt er »jene Abenteurer, die, in der Hoffnung für sich etwas herauszuschlagen, die Welt in Unruhe zu versetzen bemüht waren«. Zum Schlusse constatiert er, dass in der Brust des Grafen Goluchowski zwei Seelen wohnen, die »Friedensseele« und die »tadelnde Seele«. Von welcher der beiden Seelen Schmock bessere Inspirationen bekommt, der sichert er die Unsterblichkeit...

MAN MUSS SICH TODT MELDEN.

Die Südbahn.

Geehrter Herr Kraus! Eine Reihe von Gründen bestimmt mich, Sie für die folgenden Mittheilungen um Raum in Ihrem Blatte zu ersuchen. Ich wollte mich diesmal nicht ausschließlich an die Leser des Centralorgans meiner Partei, der ‚Arbeiter-Zeitung‘, wenden, denen Manches von den zu sagenden Dingen aus einzelnen Notizen des socialpolitischen Theils unseres Blattes bekannt ist, sondern auch an die Vielen, die gleichgiltig gegen die Politik und parteilos durchs Leben gehen und in den großen bürgerlichen Tagesjournalen — bei deren gewissenhaftester Lectüre — die Uebelstände unserer Oeffentlichkeit höchstens durch

Annoncen, die von ihnen schweigen, verrathen sehen. Ich spreche heute überhaupt nicht als Parteimann, sondern — um es gleich zu sagen — als einer von den siebzehn Millionen Menschen*), die alljährlich auf der Südbahn fahren; ich spreche auch nicht so sehr zu den Proletariern, die das Arbeitsbedürfnis oder ein durch das Vagabundengesetz pädagogisch herangebildetes Heimatsgefühl von Ort zu Ort befördert, als vielmehr zu jenen Glücklicheren, die im Frühjahr und Herbst die Gefilde Italiens, im Sommer das Tiroler Hochgebirge besuchen und im Coupé erster oder zweiter Classe in ungehemmtem Fluge alle Naturschönheiten und landschaftlichen Eindrücke an sich vorbeigleiten zu lassen wünschen, zu den Tausenden, die regelmäßig oder in periodischen Schwärmen ihren Leib oder ihre Güter dem geflügelten Rade anvertrauen, zu Geschäftsleuten, Künstlern, Gelehrten, Beamten und Großactionären der Südbahn. Und ich spreche weniger als ein von Liebe zur Gesammtmenschheit erfüllter Socialdemokrat, denn als ein um die geraden Glieder seiner Mitmenschen besorgter Arzt und Hygieniker, dem von seiner secundarärztlichen Zeit her die unsäglich traurigen Blicke, mit denen operierte Patienten auf ihren fehlenden Arm oder ihr verkrüppeltes Bein sahen, im Gedächtnis haften.

Jahraus, jahrein ereignen sich — man weiss dies von ohngefähr — auf der Südbahn zahlreiche Unglücksfälle. Neben den großen, denen ein Banquier zum Opfer fällt und die daher auch in die Zeitungen kommen, eine Unzahl von kleinen, die nur ein paar armen Verschiebern oder Conducteuren das Leben kosten, die daher vielfach vertuscht und kaum der Unfallversicherungsanstalt bekannt werden. Da die Staatsanwälte hiebei meistens Leute aus den untersten und ärmsten Schichten des Personals als die Schuldigen herausfischen und diese dann auch gewöhnlich von den Gerichten verurtheilt werden, so fühlen Verwaltungsraths-

*) 1896: 17,169.275 Personen.

Präsidenten, General-Directoren und General-Inspectoren keine weitere persönliche Beunruhigung. Ihnen geschieht ja nichts, wenn das öffentliche Gewissen, verkörpert in der Person des Staatsanwalts, eine geschäftige Thätigkeit im Hängen der Kleinen entwickelt.

Und so kann Herr v. Chlumecky mit seinen Actionären in seliger Unangefochtenheit die Bagatelle von 17 bis 18 Millionen Gulden*) Reingewinn einstecken, die ihnen das Personal und das reisende Publicum vom Friauler Erdarbeiter bis zu den verschiedenen Excellenzen und Hoheiten mit Einsatz ihres Lebens aufstapeln helfen.

Vor einigen Jahren wurde ein Südbahnwächter anläßlich eines grauenhaften Unglücks bei Graz angeklagt und merkwürdigerweise freigesprochen, weil sich die herbeigerufenen Sachverständigen übereinstimmend dahin äußerten, dass man in der dreiundzwanzigsten Dienststunde denn doch nicht mehr ein präcises Functionieren des Hirns und der Sinnesorgane bei einem Wächter erwarten könne. Nach dem Schuldigen wurde damals nicht weiter geforscht. Offenbar waren die Elemente und der Rathschluß Gottes, die man doch nicht anklagen kann, daran schuld gewesen, dass der Schranken bei Gösting offen geblieben war. Und doch, hätten die behördlichen Organe in der Verfolgung jener Angelegenheit nur den zehnten Theil des Eifers entwickelt, den sie bei der Ueberwachung anständiger Frauen, die mit ihren Töchtern spazierengehen, oder bei der Lectüre oppositioneller Zeitungen an den Tag legen, so wäre es ihnen sicher nicht entgangen, dass solche, Bahnunfälle geradezu züchtende, Arbeitszeiten von der löblichen General-Direction der Südbahn angeordnet werden, dass 24- und 36-stündige Arbeitszeiten bei gewissen Personalkategorien eine ständige Einrichtung sind. Als Kronzeugen hätte der staatliche Ankläger das Handelsministerium citiren können, das am 8. Juli 1875 einen Erlaß herausgegeben hat, worin

*) 1896: 17,828.291 fl.

eine 36stündige Arbeitszeit als zulässig erachtet wird. Ob dann aber nicht der Staatsanwalt sich veranlasst gesehen hätte, an diesen Zeugen die höfliche Einladung zu richten, neben der Verwaltung der Südbahn auf der Anklagebank Platz zu nehmen, bleibe dahin gestellt. Der seither kundgegebene Wunsch des Herrn v. Wittek auf Abkürzung der Dienstzeit ist bis heute unerfüllt geblieben.

Freilich, dem Personal der Südbahn sind die lebensgefährlichen Zustände ihres Verkehres genau bekannt. Und es ist höchst merkwürdig, dass die Beamten der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen, die doch das Fachblatt der socialdemokratischen Eisenbahner so eifrig lesen, an den zahlreichen Berichten über das instructionswidrige Abwickeln des Dienstes achtlos vorübergehen, so dass ihnen nicht einmal die Thatsache im Gedächtnis haften geblieben ist, dass, als vor 2 Jahren das Personal instructionsgemäß fuhr, eine völlige Stockung des Verkehrs eintrat, oder dass eine mit 68 Unterschriften von Bediensteten versehene öffentliche Erklärung an die General-Direction gerichtet worden ist, worin jede Verantwortung für ein leicht mögliches Unglück feierlich abgelehnt wurde. Auch die ungeheure Unfallserie des vorletzten Jahres vermochte nicht, auch nur die leiseste Aenderung in den Verkehrseinrichtungen der Südbahn zu bewirken. Einer solchen religiösen Unantastbarkeit erfreuen sich die Tantièmen und Dividenden der Herren v. Chlumecky und Consorten!

Nun, die ungenügende Anzahl, die schlechte Entlohnung und die lange Arbeitszeit des Personals, die krähwinkelige Enge der Bahnhofsanlagen, die technisch verfehlte Anlage gewisser Streckenpartien (vorschriftswidrige Enge von Tunnels und Brücken), die schlechte Beschaffenheit des Oberbaues, die unzureichende Menge des rollenden Materials, die mangelhafte Controle und die ganze abstoßende Knickerei in der Frage der nothdürftigsten Ausgestaltung des Verkehrs ge-

fährden schon zu normalen Zeiten das Leben Tausender in hohem Grade. Wie aber erst, wenn eine außergewöhnliche Steigerung des Verkehres erfolgt, da doch schon zu normalen Zeiten die Südbahn ihren Verpflichtungen nur unter Uebertretung aller möglichen Vorschriften und Gesetze nachkommen kann!

Eine solche außergewöhnliche Steigerung ist in den letzten Monaten thatsächlich eingetreten. Infolge der zahlreichen Hochwasserschäden sah sich die Verwaltung der k. k. Staatsbahnen im September genöthigt, die Südbahnlinien als Hilfsrouten zu benützen. Die Wirkungen dieser exceptionellen Verkehrsverdichtung dauern augenblicklich noch fort. Und damit die reisende Menschheit erkenne, in welch ungeheure Lebensgefahr man sich begibt, wenn man heute einen Südbahnzug besteigt, will ich mich darauf beschränken, folgende Thatsachen anzuführen:

Die bekannten »fahrplanmäßigen« Verspätungen um zwei bis vier Stunden erreichen einen ungeahnten Höhegrad. Züge, die $7^1/_2$ Stunden Fahrzeit haben, brauchen 20 bis 40 Stunden. Zwischen Graz und Mürzzuschlag haben die Züge:

Zug	normale Fahrzeit		jetzt
Nummer	Stunden	Minuten	Stunden
129	8	11	20
191	11	43	bis 32
131	8	40	„ 28
133	12	—	„ 30
135	12	—	„ 30
127	12	—	„ 30

Von Mürzzuschlag bis Wiener-Neustadt braucht ein Lastzug 36 bis 40 Stunden, von Wiener-Neustadt bis Gloggnitz 16 Stunden, von Cilli nach Laibach statt vier Stunden 15 Stunden, von Marburg nach Laibach

statt 12 Stunden 30 Stunden, von Lienz bis Franzensfeste (107 Kilometer) 40 Stunden u. s. w.

Woher kommt das? Weil die Züge in den Stationen und auf der Strecke wegen ungenügender Geleiseanlagen stecken bleiben. In den Stationen sind die Geleise bis auf eins oder zwei vollgestopft mit Zügen. Es ist also die größte Vorsicht nöthig, um die durchfahrenden Züge aufs richtige Geleise zu bringen, und da die Lasttrains rangiert werden müssen, so wird ein durchgehender Zug in der Vorstation oder weiter zurück so lange aufgehalten, bis ein Platz frei ist. In großen und wichtigen Stationen ist eben kein Rangierbahnhof, in Cilli, in Steinbrück, Laibach, Bruck ist alles verstellt. Ankommende Züge können nicht ein-, dort eingeleitete nicht abfahren. Zwischen Bruck und Mürzzuschlag muß ein Zug 10 bis 18mal von einem Geleise aufs andere ausweichen. Die Industriestationen kriegen infolgedessen ihre Waggons nicht weg, es entsteht eine fürchterliche Warenstauung, die kleinsten Stationen Markt Tüffer, Römerbad, Sava, Littai, Kresnitz, Laase, Salloch, Hrastnig gleichen kriegerischen Lagerplätzen, auf der Graz—Köflacher-Strecke macht sich bereits Kohlenmangel bemerkbar. Manche Züge müssen 24 Stunden auf Ordre warten, wobei sie allerdings nicht stillstehen, sondern in vergnüglichem Rythmus auf allen Stationsgeleisen hin- und herpendeln, um kommenden Trains auszuweichen. Ja, da in den Stationen kein Platz mehr ist, werden die Züge auf die Strecke hinausgeschickt. Zwischen Bruck a. d. M. und Kapfenberg stehen sechs Züge hintereinander, so dass diese Strecke de facto eingeleisig wird. Das gleiche geschieht auch zwischen Mürzzuschlag und Langenwang, u. s. w.

So ist es selbstverständlich, dass das rollende Material, dass insbesondere die Maschinen, übermäßig und vorschriftswidrig ausgenützt werden. Sie stehen tagelang fortwährend unter Dampf am Zug und es kommt vor, dass sie 6 bis 8 Wochen nicht ausgewaschen

und nicht repariert werden, was normal mindestens alle Wochen einmal geschehen soll. Die Gefahr irgend eines Kesselunglückes auf offener Strecke ist dadurch in bedenkliche Nähe gerückt, zumal da die meisten Züge vorschriftswidrig, »schwarz«, überlastet sind.

Aber auch Personalmangel macht sich fühlbar. Da die Zugsbegleiter mit den riesig verspäteten Zügen zu lange ausbleiben, müssen Züge in den Ablösestationen 3 bis 4 Stunden auf Personal warten, und dieses ist dann übermüdet. Und da die Bediensteten der eigenen Strecke bis auf den letzten Mann im Dienste stehen, so entnimmt man Personal von augenblicklich minder belasteten Seitenstrecken »auf Substitution«. So fahren das Publikum und die Frachten in Zügen, deren Begleiter die Strecke garnicht kennen. »Macht nichts, sie müssen doch fahren, wir haben sonst niemanden!« So oder ähnlich meinte der höhere Verkehrsbeamte, kaiserlicher Rath Wunderbaldinger und drohte dem, der sich nicht füge, mit der Entlassung. Aber oft sind auch diese wenigstens im Allgemeinen erfahrenen Leute, nicht zu haben. Man nimmt also einfach ungeübte, ungeprüfte Leute, Bremser, ja solche, die nicht einmal die Signale kennen, Oberbauarbeiter, Taglöhner, Bauern (Lienz) und verwendet sie sogar in der Nacht auf gefährlichem Gefälle oder als Weichensteller in Stationen. So ein biederer Bauer war jüngst sehr erstaunt, als er vergeblich einen Wechsel zu stellen suchte, dieser sich aber plötzlich von selbst umdrehte: da mochte wohl der Teufel seine Hand im Spiele haben. Woher soll man auch in Tiroler Bauerndörfern etwas von Blocksystem und Weichencentralisierung wissen?

Man kann leicht ermessen, dass das Personal unter solchen Umständen entsetzlich überangestrengt sein muss. Aber ich zweifle, ob die Großactionäre und Bankdirectoren, die nach Abbazia reisen, eine Ahnung davon haben, wie lange so ein Conducteur eigentlich im Dienste steht. Dass das Verschubpersonal in Bruck und Steinbrück 24 Stunden, die Magazins-

arbeiter in Trifail 36 Stunden, die Beamten vielfach 24 und über 24 Stunden Dienst haben, ist noch gar nichts. Aber die Zugsbegleiter auf der steirischen Hauptstrecke stehen 35 bis 46 Stunden ununterbrochen im Dienst; nach acht- bis zwölfstündiger Ruhezeit machen sie wieder 35 bis 40 Stunden Dienst, und nach weiteren sieben bis zehn Stunden Ruhe gehen sie neuerdings auf die Tour. Manche Leute sind 80 Stunden hintereinander — mit kurzen Ruhepausen — im Dienste. Die 114·2 Kilometer lange Strecke Matzleinsdorf—Mürzzuschlag hält die Zugsbegleiter vier bis fünf Tage fern vom Hause. In den Rangierstationen selbst verdichtet sich das schon normale Hasten zu einem wahnsinnigen Jagen und Keuchen. Die frommgläubigen Verschieber in Laibach laufen Mittags während des Kirchenglockenläutens mit der Kappe unter dem Arm den Waggons nach: — das ist ihre Andacht. Ihre Mittagspause währt fünf bis sechs Minuten. So lange dauert nämlich der Weg vom Waggon zu der das Essen mitbringenden Frau und zurück. Die Jause (ein Stück Brot) zupfen sie während des Mitlaufens aus dem Sack heraus. Kommen dann die bis auf den Tod ermüdeten Menschen in den Ablösestationen an, so erwartet sie eine »Ruhe« in schmutzigen, kalten, von Personal vollgepfropften, geräuschvollen Kasernen, in denen man kaum stehen, geschweige denn liegen und schlafen kann.

Dass bei solchen Zuständen die den Verkehr leitenden Beamten nicht verrückt werden, ist wahrlich ein Wunder; aber umso erklärlicher ist es, wenn sie doch wenigstens confus werden. Da wartet ein Zug in Spital am Semmering zwei Stunden auf Ordre. Vergebens gibt der Locomotivführer das mahnende Signal; der Beamte hat ihn ganz vergessen. In Meidling ordnet ein Beamter an, einen Zug nach Matzleinsdorf zu schieben. Dieser begegnet zuerst einem Personenzug der Südbahn, dann einem der Stadtbahn, dann einer Rangiermaschine. In jedem der drei Fälle wurde nur

mit knappster Noth ein furchtbares Unglück verhütet.

Ich will von den Schmutzereien niedriger Sorte, den Knausereien mit Oel — so dass Maschinen zur Nachtzeit ungenügend beleuchtet sind —, den »Ver«rechnungen der Dampfhaltegebür für Locomotivführer und der Ueberzeitarbeit für Zugsbegleiter gar nicht sprechen, sondern gleich die unzweideutigen und unvertuschbaren Wirkungen dieser Zustände anführen.

Die Wirkungen sind einfach Unglücksfälle. Und ich will nur die Serie derjenigen, die aus der Zeit der Verkehrsverdichtung stammen, so weit sie mir bekannt geworden sind, anführen:

1. Dem Verschubparthieführer Gollop werden in Matzleinsdorf beim Verschieben beide Beine abgeführt. Er rutschte beim Laufen aus. Statt fünf Mann waren blos zwei bei der Partie.

2. Einige Tage später wird einem Verschieber in Meidling die Hand zerquetscht.

3. Einem Conducteur werden in Gloggnitz beide Beine abgeführt. Der Mann hat größere Familie.

4. Einem Verschieber in Wiener-Neustadt wird die Hand abgeführt.

5. Ein Verschieber in Bruck a. d. Mur erhält Quetschungen.

6. Am 29. October fährt in Stübing Zug 101 in den 6 Stunden verspäteten Zug 135.

7. Am 6. November werden in Trifail wegen falscher Wechselstellung 7 Waggons zertrümmert. Der Weichenwächter hat 24 Stunden Dienst hinter sich.

8. An demselben 6. November fährt bei Mürzzuschlag Personenzug 14 einem Lastzug auf dem einen infolge der Verstellung mit Frachtzügen noch übriggebliebenen Geleise entgegen, wird aber zum Glück rechtzeitig angehalten und muss zurückschieben.

9. Am 10. November erfasst Zug 13 während der Kreuzung mit Zug 166 bei der Graschnitzbrücke

in der Nähe von Steinbrück den Ablöswächter Aškerc und schleudert ihn 22 Meter weit weg. Der nachkommende Zug 131 findet ihn todt.

10. Am 13. November fährt der gemischte Zug 100 in Neunkirchen in einen Lastzug hinein. Einfahrtgeleise frei. Oberconducteur, Gepäcksconducteur und Schlussconducteur verletzt.

11. An demselben 13. November kommt der Kärntner Schnellzug Nr. 5 mit 42 Minuten Verspätung nach Krieglach. Ein Lastzug steht auf dem Hauptgeleise. Im letzten Augenblick wird ein Zusammenstoß durch den Locomotivführer des Schnellzuges verhütet. Die Passagiere wollen den Beamten prügeln. Dieser hat 24 Stunden angestrengten Dienstes hinter sich.

12. An demselben 13. November wird der Bremser Franz Kropf durch Anstoßen ans Brückengeländer während der Fahrt getödtet.

13. Am 18. November fährt in Grasstein (Brennerbahn) der Expresszug in einen Lastzug. Drei Bedienstete werden getödtet. Der Beamte Jenewein hat tags vorher 36 Stunden Dienst gehabt und steht im Augenblick des Zusammenstoßes neuerlich in der 20. Dienststunde. Er wird durch einen Beamten abgelöst, dem nunmehr zwei Leute zugetheilt werden und der erklärt: Wenn ich hier allein Dienst machen müsste, ich liefe davon. In Grasstein müssen fünf bis sechs Lastzüge sechs Stunden auf Ordre von Franzensfeste warten. Der havarierte Lastzug hatte eine Verspätung von 10 Stunden. Im Frühjahre 1899 ist die Legung eines zweiten Geleises von Franzensfeste nach Grasstein projectiert, bis nun aber nicht ausgeführt worden.

14. Am 19. November wird das Hineinfahren des Schnellzuges 3 in den Eilgüterzug 117 in der Nähe von Trifail im letzten Augenblick durch den Weichenwächter verhütet. Das Distanzsignal stand nicht auf Verbot der Einfahrt.

Weiter habe ich diese Statistik nicht fortgesetzt. Ich weiß also nicht, wie vieler armer Menschen Leben oder Gesundheit bis zum Tage, da dieser Artikel erscheint, vernichtet worden ist.

Das Personal kennt die Gefahren ganz genau und weiß, besser als alle Oberen, dass ein ermüdeter Körper den Anforderungen eines so präcisen Dienstes, wie es der Eisenbahndienst ist, nicht gewachsen sein kann. Ein Drittel der Leute von Matzleinsdorf ist auch bereits marode und heruntergeschunden. Da hiedurch der Dienst eine weitere Erschwerung erfährt, so nimmt man Krankenmeldungen nicht mehr entgegen, droht den Maroden mit der Entlassung und peitscht sie aufs Neue zur Arbeit. »Man muss sich todt melden«, sagte jüngst ein Südbahnconducteur in einer Versammlung, »wenn man wirklich ausruhen will«.

Wer also heute auf der Südbahn fahren will, überlege sich das vorerst genau. Er fährt auf verrammelten Strecken, mit unreparierten Maschinen, mit auf den Tod erschöpften Conducteuren und Locomotivführern, angesichts wirr herumhastender Verschieber, schlaftrunkener Wächter und kopfloser Beamten. Er fährt über Blut und Leichen und kann jeden Augenblick selbst eine Leiche sein.

»Wir erheben Protest dagegen, dass unsere Familien auf so leichtsinnige Art ihres Ernährers beraubt, unsere Knochen und Körper verstümmelt werden und mit unserem Blute der Schotter und die Erde der Südbahnstrecken getränkt wird!«

Dies der erschütternde Hilferuf eines Südbahnbediensteten in seinem Fachblatt.

Im Namen des reisenden Publikums, das hierin mit mir gewiss eines Sinnes ist, schließe ich mich diesem Protest feierlich und vollinhaltlich an.

Dr. Wilhelm Ellenbogen.

* * *

Meinungsverschiedenheit zwischen zwei »Volkswirten.«

'Neue Freie Presse', 7. December:

Geradezu ein Abderitenstreich ist die heute beschlossene Herabsetzung des Bankzinsfußes. Die Maßregel der Bank compromittiert die Monarchie vor ganz Europa. — — — — — — — — — —

Die entschiedene und sogar heftige Ablehnung des Beschlusses ist ein Beweis, dass das finanzielle Publikum in Wien reifer ist als die österreichisch-ungarische Bank.

'Neues Wiener Tagblatt', 7. December:

Endlich hat sich die Bank den triftigen Argumenten, welche gegen den Fortbestand des abnorm hohen Zinsfußes sprachen, nicht länger widersetzt. —

Mit großer Befriedigung wird der Beschluss in allen Kreisen der Bevölkerung, die schwer unter dem künstlich vertheuerten Geldpreise litt, aufgenommen werden.

* * *

Ganz allmählich — alle paar Wochen um einen Viertelgulden — erhöht jetzt das Petroleumcartell die Preise; wenn zu Neujahr mit dem Eintritt der Zollerhöhung der Petroleumpreis um deren vollen Betrag gestiegen sein wird, kann man die Katastrophe, die den Haushalt der ärmsten Bevölkerung trifft, wenigstens evolutionistisch erklären. Das Petroleumcartell, eine dualistische Gestaltung nach dem Muster der österreichisch-ungarischen Monarchie — bestehend aus dem Rohölcartell, dem Raffineurcartell und der Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten beider — ist nicht das größte, wohl aber das bösartigste österreichische Cartell. Vor drei Jahren, als sein Protector Bilinski gegen Ungarns Widerstand die Zollerhöhung durchsetzte und die bestochene Presse von einem Ausgleichszugeständnis Ungarns sprach, ward noch ein schüchterner Widerspruch laut. Jetzt nehmen die Blätter von der unaufhörlichen Preissteigerung gar nicht mehr Notiz. Bis auf den Abgeordneten Prade, die 'Deutsche Leipaer Zeitung' und einen »Schriftleiter« in Podersam sind alle Widersacher verstummt. Freilich, der Raffineurring hat einen Dispositionsfonds von 1·2 Millionen Gulden. Ein relativ geringer Theil dieser Summe

genügt, um über unsere öffentliche Meinung zu disponieren. Der größere Theil des Geldes muss allerdings für Erpressungen von innen reserviert werden: jene Fabrikanten, die kein marktfähiges Product erzeugen können oder wollen, bekommen Sustentationen. Das ist ja der Hauptzweck unserer Cartelle, Unternehmungen, die ihrer technischen Unvollkommenheit wegen zugrundegehen müssten, auf Kosten der Allgemeinheit zu erhalten.

Zum Thema »Schauspielschulmisère«, das ich im letzten Hefte berührt habe, erhalte ich bereits mehr oder minder aufschlussreiche Zuschriften.

Ein Schauspieler schreibt: Wie ein junges Mädchen, das auf sich hält und sich keinerlei Gemeinheiten preisgeben will, in Wien zum Theater kommen kann? Die Antwort lautet: Wenn das Mädchen vermögend ist, dann ist der Weg nicht schwer. Im andern Falle, bei so unmöglichen Eigenschaften der Schülerin, giebt es keinen, weil sich kein Lehrer findet, der die Dame aus bloßer Kunstbegeisterung ausbildet; sie wäre denn eine stimmbegabte Sängerin die ihre Zukunft dem Manne contractlich verpfändet. Mit den Wiener, mit den Schauspielschulen im allgemeinen, ist es auf das traurigste bestellt. Das Conservatorium ist bekanntlich eine Protectionsanstalt, der es an tüchtigen Lehrkräften fehlt, und die übrigen Theaterschulen und die Privatlehrer betreiben die Ausbildung sogenannter Talente nur als Geschäft. »Wenn ich den Schüler wegen seiner Talentlosigkeit fortschicke, nimmt ihn ein Anderer auf, und mir geht das Honorar verloren«, sagte mir einmal ein »dramatischer Professor«, und dieser Ausspruch ist typisch. Es wird alles aufgenommen, was da nur den Wunsch äußert, »Künstler« zu werden, und den Gulden für die Stunde bezahlen kann. Welch ein Material, aus dem da die künftigen Menschendarsteller gezogen werden! Arbeitsscheue Individuen, die im Theater einen leichten

Beruf sehen, Weiber, die, weil sie von ihren Aushältern abgeschüttelt wurden, sich eiligst der »Kunst widmen« wollen u. dgl. Mit solchen »Mitschülerinnen« kommt das junge Mädchen zusammen und erhält so den richtigen Vorgeschmack von dem künftigen Beruf.

Ohne genügende Vorbildung, meist irgend einem bürgerlichen Berufe entlaufen, tritt der Eleve in die Theaterschule ein, wo man ihn zunächst mit Rollen vollpfropft, um ihm ein »Repertoire« zu schaffen. Der in den Programmen der Theaterschulen versprochene Unterricht in Literatur, Sprachen etc. ist bloß eine Formsache, der weiter nicht viel Beachtung geschenkt wird. Wohl veranstalten diese Theaterschulen auch »öffentliche Vorstellungen«, zu denen »Presse, Agenten und Directoren« zugezogen werden; aber ich möchte Sie bitten, sich einmal eine solche Vorstellung anzusehen. Es ist das denkbar Traurigste: Halbwüchsige Jungen mit Fistelstimmen, Mädchen und Weiber der verschiedensten Kategorien bemühen sich da, den oder jenen moderigen Lustspieleinakter aus Reclams Bibliothek einem plausibel zu machen, und die »anwesende Presse« findet alles gut und trägt ihr Theil dazu bei, den Eleven um eine auskömmliche Zukunft in irgend einem bürgerlichen Berufe zu betrügen. Kaum verlässt er die Theaterschule, als er auch schon durch Vermittlung der Herren Theateragenten Weiss und Consorten ein »glänzendes Engagement« nach Krems mit 40 fl. ö. W. erhält — wobei sich die weiblichen Mitglieder bekanntlich die Costüme »selbst stellen« müssen...

Abhilfe wäre hier wie für die ganze Schmach des heutigen Theaterwesens nur auf gesetzlichem Wege zu schaffen. Von der »Bühnengenossenschaft« und ähnlichen Verbindungen ist sie nicht zu erwarten, da es dem Schauspieler an Corpsgeist fehlt. Die Herren Vorstände von der Bühnengenossenschaft sind selbst von dem »Directorenverband« zu abhängig. Die Entrüstung über die neuen — eigentlich schon uralten — Theatergesetze war eine von den Directoren bewilligte, und von der im Vorjahre geplanten Gründung einer eigenen Theateragentur zum Schutze gegen die Ausbeutung der Schauspieler durch die Theateragenten ist's vollends still geworden. Die jährlich stattfindende Bühnengenossenschaftsversammlung in Berlin hat nur den Zweck, Herrn Präsidenten Nissen Ovationen darzubringen, die Schäden höchstens von weitem zu besehen, ohne auch nur den Versuch einer ernsthaften Remedur zu wagen. Jedes laute Wort ist da verpönt; und als im Vorjahre der Delegierte des Stadttheaters in Breslau in dieser

Angelegenheit ernste Vorwürfe gegen das Präsidium erhob, wurde er in dem Organ der Deutschen Bühnengenossenschaft, der ‚Genossenschafts-Zeitung‘, einem leeren Tratschblatte, auf das heftigste angegriffen und von seinen Collegen im Stiche gelassen . . . .

*

Eine Dame schreibt: Meine Erlebnisse sind vielleicht nicht besonders charakteristisch; aber ich habe es eben lieber gar nicht dazu kommen lassen, allzuviel auf diesem Gebiete zu erleben . . . Ich bin in Gesellschaft — in der »guten« — oft mit hervorragenden Bühnenkünstlern zusammengetroffen, die ganz entzückt von meinem »Talent« waren — die Namen der Sorma, der Hohenfels wurden beständig mit Vergleichen strapaziert —, und immer erklärten sie: »Ja warum gehen Sie nicht zum Theater? Mit diesem Talent... u. s. w.« Früher als ich geglaubt, sollte ich durch Erkrankung und Pensionierung meines Vaters in die Lage kommen, mein Brot zu verdienen, und ich gedachte zu diesem Zwecke mein einziges Talent nutzbar zu machen. Ich begab mich also zu einem hervorragenden Burgschauspieler — dem, der mich mit der Hohenfels verglichen hatte — und bat ihn, mir Unterricht zu ertheilen. Er: Unterricht? Hm.. ja.. mein liebes Kind . . beim Theater gibts keinen theoretischen Unterricht — Gehen und Stehen, das lernt sich nur auf der Bühne«. »Mit Ihrer Fürsprache müsste ich doch leicht ein bescheidenes Plätzchen finden? —« »Liebes Kind — mtja — wo wollen Sie denn das in Wien finden? Wir haben so viel junge Kräfte — die Witt, die Medelsky, die Retty, die Niese . . . .«. »Ach, so hoch will ich ja gar nicht hinaus. Ich bin ja erst Anfängerin. Ich weiß, dass ich bescheidenste Ansprüche zu machen habe . . .« »Anfangen? Ja, das können sie überhaupt nicht in Wien! Gehen Sie nach Berlin, liebes Kind! (Mit Hamlet-Tönen:) Gehen Sie nach Berlin!« — — — Ja, wie soll denn ein junges Mädchen ohne Protection, ohne Beziehung zu den dortigen Kreisen auf einmal nach Berlin? Ich sah also, dass hier nichts zu machen war und begab mich, gänzlich unvertraut wie ich mit derartigen Verhältnissen war, in eine, in der ‚Neuen Freien Presse‘ täglich annoncierte Theaterschule auf dem Ring. Im Sprechzimmer sitzt nur noch eine Dame. Nach einer Weile tritt ein junger Mann ein, offenbar nicht der Inhaber selbst, sondern sein Associé, Freund, Regisseur, — was weiß ich! — — Die Dame stürzt auf ihn zu: »Ja, Du . . .

was is denn nach'r mit mein Ankaschman nach Berlin?» »Ja, Muzi, mir hab'n d'r do g'sagt, mir brauchen ane, die Toiletten macht — jetzt, wo Du Dich mit Dein Alten zerschlagen hast . . .« »Justament deswegen! I muass do leben!« — »Wenn Du so blöd bist — —! Gestern hab'n m'r Dir den alten N. g'schickt — den hast beinah die Stieg'n abig'schmiss'n.« »Geh, den alten Saukerl — wann's noch a junger g'west wär!« — »Ja, wann Du so difficil bist — wie kannst denn nach'r überhaupt Carrière beim Theater machen?« An dieser Stelle des Dialogs erhob ich mich und verließ die «Schauspiel«-Schule. Ich hatte genug. — — Im Conservatorium habe ich es erst gar nicht versucht. Eine meiner Freundinnen, in ähnlicher Lage wie ich, ist einmal dort gewesen. Als der Professor sie wiederholt küsste und »abtatschelte«, wusste das arme 16jährige Ding nicht, was es dazu sagen sollte. Als er sie aber aufforderte, am nächsten Abend zur Prüfung ihres Talents in seine Wohnung zu kommen, lief sie davon. Eine Beschwerde an die Direction ist bis zum heutigen Tage unbeachtet geblieben . . . .

*

Auch etliche Inhaber von Schauspielschulen haben sich schon gemeldet. Sie alle ersuchen mich, der jungen Dame, die mich jüngst befragt hatte, *ihr* Institut als dasjenige zu empfehlen, das die zweifellosesten Garantieen eines rein künstlerischen Fortkommens bietet. Einer der Herren erklärt sich sogar, wenn ich ihn recht verstanden habe, bereit, 1 Monatshonorar *nachzulassen*, falls die Dame, deren Person und Begabung ich natürlich nicht kenne, die ich ihm aber zutreiben soll, im Laufe ihrer Studienzeit einen moralischen Uebelstand wahrnehmen sollte.

* * *

Die zionistischen Studenten sind längst entschlossen, jeden Unsinn ihrer nationalen Gegner getreulich zu copieren. Vom Scandalmachen in der Aula bis zum Anulken eines armen Teufels von Gewölbewächter haben sie alle Pflichten des freien Burschenlebens mit einer von ihnen sonst verpönten Assimilationsfähigkeit erfasst und für den *Gänsemarsch* sich sogar eine besondere rituelle Nuance zurechtgelegt. Nun wird mir die neueste Heldenthat dieser Wackeren gemeldet. Bestehen da an der Technik Meldezettel, von denen jedem Professor ein ausgefülltes Exemplar von den Hörern zu übergeben ist. Die

Meldezettel nun enthalten eine Rubrik: »Nationalität des Hörers«. Diese Rubrik hat offenbar nur den Zweck, dem Professor die Muttersprache des Hörers bekanntzugeben, die bei den in deutscher Sprache abzulegenden Prüfungen allenfalls in Betracht gezogen wird. Die zionistisch veranlagten Techniker haben nun allsogleich das leere Feld auf dem Meldezettel zum Felde ihrer nationalen Thätigkeit gewählt und stolz mit dem Worte »jüdisch« ausgefüllt. Professor Schell wies solche Zettel mit der nach den neuesten Forschungen nicht unrichtigen Bemerkung zurück, dass es eine jüdische Nation nicht gebe. Einige messianisch verzückte Herren sollen hierauf »Noch nicht!« gerufen haben; alle aber remonstrierten lebhaft und zeigten sich geneigt, eine Discussion über diese Frage zu eröffnen, bis Professor Schell, dem die Geschichte zu dumm war, den Vorschlag machte, das Wort »Nationalität« durch »Muttersprache« zu ersetzen. Hierauf zogen die Zionisten triumphierend von dannen. Erst später hat manch Einer bemerkt, dass der Sieg mit einem theuern Zugeständnis erkauft war. Man hatte nicht die Consequenz besessen, der ausdrucksvollen »Sprache der Hände«, die gegen einen abendländischen Professor eben noch muthig die Ehre der »Nation« vertheidigt hatte, auf dem Meldezettel zu ihrem staatlich anerkannten Rechtezu verhelfen.

* * *

Wiener Journalisten im Ausland.

Ein Wiener schreibt mir aus Zürich: »Den Fremden werden hier für das verspätete Einlangen der Pässe, an dem die Heimatsbehörde Schuld trägt, Geldbußen — als eine Art indirecter Steuer — auferlegt. Mir ist das gleiche widerfahren: 10 Francs Buße. Ich reclamiere beim österreichischen Generalconsul. Wie gewöhnlich: »Wir können da nichts thun!« Ich mache den Secretär darauf aufmerksam, dass ein solches Vorgehen scharfen Tadel in einer der großen Wiener Zeitungen finden müsste. Aber der Herr Secretär lacht mir ins Gesicht und ruft: »Glauben Sie, das bringt Ihnen eine?.... Die haben doch alle im Sommer hier Schmollis getrunken mit den Hiesigen, wie man sie drei Tag' ausgefüttert hat!« .... Darauf konnte ich freilich nichts

erwidern: Aber ich nahm mir vor, Ihnen die hübsche Unterredung wortgetreu zu übermitteln, damit Sie sie als Seitenstück zu dem veröffentlichen, was Sie einmal über das Leben der Wiener Correspondenten in Paris gebracht haben.« — Natürlich, wenn die Herren, um ihren Horizont zu erweitern, um eine Freikarte erster Classe angesucht haben, so beurtheilen sie hinterher Land und Leute, die sie kennen gelernt, nach der Güte des Gratis-Menus.

* * *

Paris, 5. December (Originaldepesche). Herr Berthold Frischauer, der des Französischen unkundige Pariser Correspondent der ‚Neuen Freien Presse', der bekanntlich wegen seiner grimmigen Feindschaft gegen die französische Armee, aber auch wegen schlechten Benehmens im Februar dieses Jahres aus Frankreich ausgewiesen wurde, ist hier soeben wieder eingetroffen. Die französische Armee hat sich sofort — zum erstenmal seit 1870 — übergeben.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Leser in Prag. Sie haben die Freundlichkeit, mich über die Beziehungen zwischen Theater und Journalistik, wie sie auch in Ihrer Stadt gepflogen werden, zu informieren. Man lebt auch dort in traulicher Concordia, und die Mitglieder der Bühnen werden auch dort nur so lange angegriffen, als sie noch nicht im Verein der Journalisten gratis vorgetragen haben. Für ein auffallend mildes Urtheil aber hat der Prager Schmock die specielle Ausrede: »Dem Interesse unserer deutschen Sache könnte es von Schaden sein, wenn das deutsche Theater, ein so wichtiger Factor zur Hebung des Nationalbewusstseins, durch eine allzustrenge Kritik dem Publicum entfremdet würde«. Dass für Leistungen Gegenleistungen erfolgen, ist auch in Prag ökonomische Regel. An die Annahme eines Stückes, das ein Redacteur verfertigt hat, ist höchstens noch die Bedingung geknüpft, dass es eine Hauptrolle für Frau Buska, die Gattin des Directors Angelo Neumann, enthalte. Die Entschädigung für lobende Recensionen wird indes bei der spärlichen Productivität der Prager Journalisten meist in Form von Naturalien gewährt. Es sind zwar auch in Ihrer Stadt Geldgeschenke, Ablieferung des Reinerträgnisses von Vorstellungen, üblich. Aber Herr Angelo Neumann zieht die Verabreichung von Speisen an Theaterkritiker vor. Es ist verwunderlich, dass die Wiener Directoren noch nicht auf diese höchst einfache und praktische Idee gekommen sind. Herr Neumann und seine Frau veranstalten bei jeder Gelegenheit einen sogenannten »Rout«. »Rout« ist englisch und heißt zu deutsch: Rotte, Bande, große Gesellschaft. Als Vor-

wand zur Ausfütterung der Pressleute — Sie belieben hier scherzhaft von »Herren der Fresse« zu sprechen — dient das Gastspiel irgendeines namhaften Künstlers. Beim vorletzten Rout war es Gustav Mahler, beim letzten Herr Kainz, der die Ananas abgab, um die herum das Arrangement des Buffets getroffen wurde. Geladen sind außer allen Journalisten die gesammten Kräfte der Oper, des Schauspiels und Ballets, die »Vertreter aller Kategorien der ersten Prager Societät deutscher Zunge« und schließlich Leute, die außer ihrem Jahresabonnement auch bei Suspendu-Vorstellungen ihre Logen oder »ersten Fauteuils« beziehen. Die in Nr. 18 der ‚Fackel‘ mitgetheilte Menukarte von Herrn Krupps Diner, meinen Sie, sei der reinste Volksküchenspeiszettel gegen den Inhalt eines Routbuffets. Bei Champagner schließt sich innig die Bande um den Theaterdirector. Aber auch sonst werden allerhand Freundschaften geknüpft. Da sieht man reiche Kaufherren auf arme Schmöcke, Mäcene auf Theaterdamen aufmerksam werden, und dem Balletmädchen wird reichlich Gelegenheit geboten — seine Wünsche nach Gageerhöhung zu vergessen. So webt eines sich ins andere, und wen man am andern Tag mit fettglänzenden Lippen als »die liebenswürdigste aller Hausfrauen« gepriesen hat, kann man übermorgen nicht als affectierte Jüdin — von Toledo natürlich — oder als »für diese Rolle viel zu alt« bezeichnen. Gewiss, der »Rout« ist ein äußerst praktisches Mittel, und die Wiener Theaterdirectoren werden die bahnbrechende Erfindung ihres Prager Collegen sich zu eigen machen müssen, wenn anders das schöne Verhältnis zwischen Theater und Presse in Wien nicht in die Brüche gehen soll. — Zum Schlusse erwähnen Sie noch, dass das ‚Prager Tagblatt‘ Herrn Moriz Necker zu seinem Wiener Correspondenten hat. Ist er es, der sich hinter dem Pseudonym »Sincerus« verbirgt? Unter dieser Chiffre sind, so viel ich mich erinnere, mehrere ölige Feuilletons erschienen, die sich mit meiner Person befassten, und in denen exact der Nachweis geführt ward, dass die Gründung der ‚Fackel‘ ein Racheact sei, weil, nun — weil ich »zum Tisch der Jüngsten im Café Griensteidl nicht zugelassen« wurde. D a s also ist's, — nicht wie die Leute immer behaupten: weil ich nicht zur ‚Neuen Freien Presse‘ gekommen bin ... Dass die Prager Journalisten den annoncenfreien Theil ihrer Blätter noch immer mit dem Kampf für Wahrheit, Dreyfus und Hilsner füllen, dass sie in der dortigen Gesellschaft nicht nur eine große Rolle, sondern auch Poker, Klabrias und Franzefuß spielen, ist weiter nicht auffallend. Auch der Kaffeehaustypus, den Sie schildern, ist bei uns nur zu bekannt: der Herr, der dem Kellner mehr als ein königliches Douceur gegeben zu haben glaubt, wenn er jedesmal hocherhobenen Hauptes mit den Worten das Local verlässt: »Servus Franz, Sie wissen ja, was ich gehabt hab'!«

C. H. W. Ihre Auslassungen über die Bildung von parlamentarischen Mehrheiten sind theiweise recht treffend. Graf Clary mag mit Neid auf seine Ministercollegen in Deutschland blicken, die die eine so imposante Majorität für die Ablehnung des Zuchthausgesetzes gefunden haben. Ihr Vorschlag, im Berliner Thiergarten

jedem denkwürdigen politischen Bock, den Wilhelm II. geschossen, (lauter Sechzehnender), ein Monument zu setzen, ist nicht übel.

B. M. Sie schreiben mir: »Den in Nr. 22 der ‚Fackel' enthaltenen Aufsatz über Bosnien, der den Titel ‚Kallays Cultursendung' trägt und Kallays Wirtschaft wirklich treffend beleuchtet, übersetzte ich ins Serbische und sandte ihn unserer in Zara erscheinenden Zeitung ‚Srpski Glas'«. Der dortige Staatsanwalt habe ihn aber in der momentanen Einbildung, dass Zara nicht in Oesterreich, sondern in Bosnien liege, vollinhaltlich confisciert.

Einer für Viele aus Mähren. Ihr Schreiben lautet: »Pünktlich mit dem Aufhören der Unruhen in Mähren ist auch eine Verordnung des hohen k. k. Landesschulrathes erschienen, die den Mittelschülern verbietet, sich nach 6 Uhr auf der Straße zu zeigen. Man sollte nun meinen, dass dieses Verbot nur in gefährdeten Orten und auch da nur zur kritischen Zeit in seiner vollen Strenge gehandhabt wird. Dennoch hat man sich bemüssigt gesehen, selbst in Olmütz, wo ja die große Garnison jede Unruhe unmöglich macht, das Eltern, Schülern und Kostleuten gleich beschwerliche Verbot den Gymnasiasten aufs strengste einzuschärfen. Bis jetzt, den 1. December, besteht es noch und seine Aufhebung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Octavaner, die nach 6 Uhr auf der Straße angetroffen wurden, erhielten 5 bis 16 Stunden Carcer .... Wir erlauben uns an Sie die Bitte zu richten, durch Veröffentlichung dieser Zeilen zur Beseitigung des albernen Erlasses beizutragen, und sprechen Ihnen dafür im voraus den innigsten Dank aus.«

Rudolf W., Jurist. Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Ein Arbeiter. Es soll in der Bahnvorschrift natürlich »des Wagens« heißen. Besten Dank.

Emil Gr. Mittheilungen über die Theateragentenwirtschaft stets willkommen.

Hans J. Dass Du als Schüler der 3. Classe bereits die Geographie von Indien kennst, ist sehr brav. Aber einen Artikel der ‚Fackel' vermagst Du, obgleich Du sicherlich schon gut lesen kannst, nicht zu verstehen. Darum hättest Du, bevor Du an mich schriebst, Deinen Papa bitten sollen, Dir die Sache zu erklären. Der hätte Dir dann begreiflich gemacht, dass es kein Widerspruch ist, von den auf dem Plateau von Dekan angestellten astronomischen Beobachtungen und von einem in der Wiener Akademie aus Delhi eingetroffenen Telegramm zu sprechen. Ich setze nämlich voraus, dass Dein Papa Dir den Brief nicht dictiert hat.

Den zahlreichen wohlmeinenden Briefstellern und allen Sendern stets willkommener Mittheilungen meinen besten Dank, den ich diesmal und in Zukunft Zeitmangels halber nicht mehr an einzelne Chiffren vertheilen kann.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

DIE FACKEL

NR. 26 WIEN, MITTE DECEMBER 1899

20. December.

Um eine Lappalie, um die Wahl zwischen Ex-lex und § 14 ist in den letzten zwei Wochen gestritten worden; und eine Lappalie war's auch, die von dieser Wahl abhieng: ob das Ministerium Clary bleiben durfte oder nicht. Dass Ungarn den Ausgleichsrest zu herabgesetztem Preise erhalten müsse, stand fest, und der ungarische Ministerpräsident bestand auf dem § 14. So ist die Regierung des Grafen Clary an Szell — pas trop de zèle — gestorben.

Und jetzt wird das Parlament auf kurze Zeit abdicieren, damit der Absolutismus die Verantwortung für sein Werk trage. Aber die vergangenen zwei Monate sind keineswegs bedeutungslos für die Entwicklung des Parlamentarismus in Oesterreich gewesen. Vielmehr haben sie eine Neuerung von höchstem Werte gebracht: Die Obstruction der Majorität. In constitutionellen Staaten muss der Wille der parlamentarischen Mehrheit nicht nur in den Beschlüssen des Parlaments sich ausdrücken, sondern auch durch eine Executive, die aus den Vertrauensmännern jener Mehrheit zusammengesetzt ist, in Thaten umgesetzt werden. Die Minorität bescheide sich mit Kritisieren und Controlieren; versucht sie den Gang der Staatsgeschäfte durch Obstruction zu hemmen, so ist die schärfste Abwehr, rücksichtslose Niederwerfung geboten. Eine Obstruction der Minderheit zerstört den Parlamentarismus, bekämpft den Geist des Constitutionalismus.

Das gerade Gegentheil ist der Sinn einer Obstruction der Mehrheit; sie richtet sich nicht gegen das Parlament, sondern gegen eine Regierung, der die parlamentarische Majorität ihr Vertrauen entzogen hat. Sie versagt Ministern, die sich lediglich als Diener des Monarchen fühlen, nicht nur die Mitwirkung der Volksvertreter bei der Gesetzgebung — dazu würden einfache Contra-Voten genügen —, sondern sie bedeutet ihnen, dass das Parlament auch auf den gebürenden Einfluss in der Verwaltung nicht verzichten wolle. Und sie stellt also die Alternative auf: Entweder voller Constitutionalismus, Mehrheitsherrschaft im Parlament und parlamentarische Regierung — oder offener Absolutismus, Schließung des Parlaments und Beamtenregierung.

Wird das österreichische Parlament so sehr erstarken, um in Hinkunft einmal den ersten Theil dieser Alternative durchzusetzen? Ich sehe schon darin einen Fortschritt gegenüber dem Scheinconstitutionalismus der letzten zwei Monate, dass es diesmal den zweiten Theil durchgesetzt hat. So wird denn ein Nachfolger für Clary gesucht, und man behauptet, er sei bereits in Herrn v. Wittek gefunden worden, der nicht nur Vorsitzender im Ministerrathe, sondern mit Rücksicht auf seine folgende Pensionierung Ministerpräsident werden solle. Das wäre tief zu bedauern. Denn ein weit Schlechterer als Wittek hätte der Aufgabe, die jetzt diesem gestellt wird, genügt. Aber seine kurze Ministerpräsidentschaft wird uns um den besten Eisenbahnminister bringen, den wir zur Verfügung haben. Der Platz wird für einen Mann freigemacht, der sich nachgiebiger gegen die Wünsche des Herrn v. Taussig zeigt. Dann wird wohl die Staatsbahn die Bewilligung einer Investitionsanleihe bedingungslos erhalten, die Verstaatlichungsprojecte à la Wurmbrand werden von neuem auftauchen, und das Haussetreiben in Taussig-Papieren, dem Wittek ein Ende bereitet hat, kann wieder beginnen. Der ‚Neuen

Freien Presse' und der ‚Zeit', die erst einen Taussig-Officiosus die Interessen der Staatsbahn gegen den Staat mit Argumenten, die der Gesetzesunkenntnis entspringen, vertheidigen lässt und dann ein Haberfeldtreiben gegen Taussigs Gegner Wittek beginnt, mags Recht sein. Ich meine, Herr Wittek müsste sich gegen den Versuch, ihn unschädlich zu machen, mit allen Kräften wehren. Sollte er aber dennoch die Ministerpräsidentschaft übernehmen und nachher in Pension gehen, so wünsche ich ihm ein otium cum dignitate. Ich hoffe, die dignitas, die Würde, wird bei ihm nicht wie bei so vielen seiner ehemaligen Collegen die eines Verwaltungsrathes sein.

* * *

Der Gemahl der Frau Kallay hat im Budgetausschusse der österreichischen Delegation nachzuweisen gesucht, dass die Culturthaten seiner bosnisch-herzegowinischen Verwaltung nicht bloß das Erschießen von angebundenen Tauben und das Aushungern von eingesperrten Studenten umfassen. Soweit Herr Kallay. Von der Una bis zur Drina ist alles aufs beste bestellt, und des Abgeordneten Eim Prophezeiung, man werde bald nicht mehr von Potemkinschen Dörfern, sondern nur mehr von bosnischen Kallaydoscopen sprechen. erweist sich als grundlos schnöder Wortwitz. Kallay sitzt fest, Bosnien schreitet vorwärts....

Wenn der Mann, den wir außer den Herren Goluchowski, Krieghammer und Spaun mit Ungarn glücklicherweise »gemeinsam« haben, auf ein reines Gewissen stolz sein könnte, würde er es wahrlich nicht dulden, dass sein Wiener Sectionschef — der Herr heißt Horovitz oder Horwitz — sich zur Verherrlichung des bosnischen Aufschwungs geflissentlich der schmutzigsten Presse Wiens bedient. Die neuestens von Revolverjournalisten »occupierten Provinzen« seufzen unter der Last der Steuern, mit denen

sie die berühmten Gastmähler der bosnischen Landesregierung bezahlen müssen. Ich kann aus Rücksicht für Setzer und Leser die Namen jener Kumpane nicht nennen, die in den letzten Jahren in Sarajewo auf Landeskosten ausgefüttert wurden und die heute in den Bureauzimmern des gemeinsamen Finanzministeriums zu Wien ein- und ausgehen dürfen. Aus dem düstersten Winkel unseres journalistischen Verbrecherthums führt ein unerforschlicher Weg zur Gunst der Kallay und Horovitz; Männer, die ehedem froh waren, hin und wieder auf freiem Fuße leben zu können, leben jetzt plötzlich auch auf großem, und jährlich einmal werden diese willigsten Verkünder bosnischer Herrlichkeiten im Orienterpresszug nach den Gefilden von Ilidže befördert. Herrn v. Kallay mag es mit Genugthuung erfüllen, seine Tüchtigkeit in gewissen illustrierten Blättern bestätigt zu finden und für theures Geld dasselbe zu erreichen, was jeder kleinen Theaterdame bekanntlich für 20 fl. und ein Jahresabonnement gewährt wird. Aber die Frage, was mit dem Dispositionsfonds des Reichsfinanzministeriums geschieht, wäre wohl auch des Nachdenkens unserer Delegierten würdig. Es ist ja wahr, geschenkt bekommt Herr v. Kallay so wenig wie Herr Goluchowski eine lobende Zeile, und ich sehe ein, dass diese Herren in ihre Budgets einen entsprechenden Posten für Selbstbetrug und reichsgemeinsame Illusionen einstellen müssen. Aber dann mögen sie wenigstens das beruhigende Gefühl, dass die Wahrheit nichts kostet, besser zu schätzen wissen, ein Gefühl, das Herr v. Kallay angesichts des folgenden Situationsberichtes, der mir aus dem Herzen seiner Satrapie zugieng, in vollen Zügen genießen wolle.

Das in Nr. 22 über die bosnischen Zustände Gesagte kann mein Gewährsmann nur vollinhaltlich bestätigen. Es ist richtig, meint er, dass Oesterreich die Bauern nicht aus der Leibeigenschaft befreit, fügt aber noch hinzu, dass es diese Befreiung gar nicht

angestrebt hat. Niemals habe es die Privilegien der muhamedanischen Grundherren (Begs) ernstlich anzutasten gesucht. Diese Kaste, die sich culturell und wirtschaftlich nicht der geringsten Daseinsberechtigung rühmen kann, wurde für den wichtigsten Theil der Bevölkerung angesehen, das ganze Regierungssystem auf ihrer Begünstigung aufgebaut. Allen ihren Forderungen gegenüber zeigt man sich nachgiebig, all ihre Uebergriffe erträgt man mit sauersüßer Miene. Die Lage des Bauern hat sich in diesen zwei Jahrzehnten durchaus nicht verändert, seine Knechtschaft ist nicht weniger drückend, sein Culturniveau nicht höher geworden, aber seine materielle Lage ist weit schlechter als früher. Denn, wurde er vorher nur von dem Beg ausgesaugt, so wird er jetzt auch noch durch den Druck der Steuern, die er dem Staat entrichtet, und von den Wucherern ausgepresst. Dem Grundherrn muss er heute wie früher ein Drittheil vom Getreide, die Hälfte von Heu und Obst abliefern, dem Staat den zehnten Theil seines Ertrages. Die zweite Abgabe wird — so sonderbar es klingen mag — weit drückender empfunden, da der Zehnte nicht in Naturallieferungen, sondern in Geld gezahlt werden muss. Dazu die Modalitäten der Steuereinhebung:

Vor der Ernte schickt die Behörde sogenannte Zehentschreiber in die Dörfer, die den muthmaßlichen Ertrag der einzelnen Felder abschätzen. Dafür, dass die Schätzungen nicht zu gering ausfallen, wird gesorgt, indem sich die Gebüren dieser Leute nach der Höhe ihrer Aufschreibungen richten. Dann wird die Umrechnung der Aufschreibungen vorgenommen; sie erfolgt natürlich auf Grund eines ziemlich hohen Preises. Um nun die Steuer zu zahlen, muss der Bauer den Kaufleuten, auf die er mit allen seinen Bedürfnissen angewiesen ist, Getreide zu einem weit niedrigeren Preis verkaufen. Wenn er aber wegen Missernte oder anderer Unglücksfälle nicht zu zahlen imstande ist,

dann wehe ihm! Mein Gewährsmann behauptet einen Bezirksvorsteher zu kennen, der die Bauern, wenn sie nicht zahlen und wenn auch die Pfändung kein Resultat ergibt, einfach in den Arrest sperrt, bis sie, um sich daraus zu befreien, zu Wucherzinsen Geld aufnehmen. Der Wucher sei in Bosnien eine wahre Landplage. Hauptsächlich serbische Kaufleute betreiben den Wucher geradezu öffentlich, mit Wissen der Behörde. Jeder von ihnen hat seine bestimmte Clientel, die nur auf ihn angewiesen ist. Er kauft den Bauern ihre Producte zu den niedrigsten Preisen ab, er verkauft ihnen dafür Samen zu den höchsten, er versieht sie mit allem, was sie brauchen. Sie sind bei ihm zu kaufen gezwungen; zu einem andern zu gehen würde nichts nützen, da die Kaufleute eine Art Cartell bilden. Mit allem müssen sie zufrieden sein, sonst wird ihnen kein Geld geborgt. Und die Regierung sieht dem Treiben der Leute ruhig zu; ohne sie gäb's keine Steuern, und der Wucher ist ohnehin die einzige Freiheit, die die Serben unter österreichischer Herrschaft besitzen. Zudem muss noch der Bauer für jedes Stück Vieh, das er sein eigen nennt, zahlen und die Straßensteuer entrichten. Für diese bleibt ihm allerdings die Möglichkeit einer Compensation: 6 Tage lang auf der Straße Steine zu klopfen..... Ist es da ein Wunder, dass der größte Theil der Bevölkerung aus jämmerlich abgemagerten, halbverhungerten Leuten besteht, dass Typhus und andere Seuchen das Land verheeren, dass die Mortalitätsziffer erschreckend hoch ist und dass des Bauern Vieh aus Nahrungsmangel zugrunde geht? Und was für Vortheile hat er von der jetzigen Herrschaft? Ein paar Beispiele mögen dies zeigen. Er muss zwar für die Erhaltung der Straßen zahlen. Diese kommen ihm aber fast gar nicht zunutze; sie verbinden nur die einzelnen Bezirksorte miteinander, nach den Dörfern aber führen elende Wege, die nicht um ein Haar besser sind, als sie in der Türkenzeit waren. Der Bauer zahlt auch für Schulen. Aber von den Bezirken,

die mein Correspondent kennt, besitzt einer mit 30.000 Einwohnern zwei, ein zweiter mit fast ebensovielen nur eine Schule. Dafür ist eine andere Institution umso verbreiteter: der Arrest. Er ist so recht das Wahrzeichen der Kallay'schen Cultur und scheint als das Allheilmittel betrachtet zu werden. Zwei der bezeichnendsten Fälle seiner Anwendung: Ein Bezirksvorsteher sperrt sein Dienstmädchen ein, weil es eine Ungeschicklichkeit begangen hat. Ein Bauer, der sich vor Gericht vertheidigt und dem Richter, der rasch fertig werden will, zuviel redet, bekommt deshalb Arrest. Bei jeder Kleinigkeit regnet es Arreststrafen. Es dürfte nicht allzuviele Bauern geben, die noch nicht eingesperrt waren. Minder westlich erscheint und mehr an Ungarn erinnert die Institution des Prügelns. Ein Richter versichert, dass man nichts aus den Bauern herausbekomme, wenn sie nicht zuerst durch Prügel »mürbe gemacht« würden.

Es gibt wohl einige auch für den Bauer segensreiche Einrichtungen, aber diese sind nicht imstande, das furchtbare Elend zu lindern. Auch sind sie ziemlich spärlich gesät: denn die Regierung muss sparen; sie braucht Geld, nicht nur für Ilidže, sondern auch für die Ausstellungen in Budapest, Brüssel, Wien, von denen außer der journalistischen Umgebung des Herrn Kallay niemand einen Vortheil hat. Die Herstellung der »bosnischen Landesproducte« in Oesterreich soll nicht wenig theuer sein .... Willkür im Innern, eitles Prunken im Ausland charakterisieren das dortige System. Und vielleicht kann man dies alles nicht einmal Herrn Kallay zum Vorwurf machen. Seine sichtbare Thätigkeit besteht ja ausschließlich darin, dass er auf seinen Rundreisen jedem Beg angelegentlich die Hand drückt und Berichte über die »sociale Lage« entgegennimmt.

* * *

Eine Trauerfeier im österreichischen Parlament.

Aus dem stenographischen Protokolle der XXVI. Sitzung:

Abgeordneter Šilený: — In einem Fachwerke wird als Beispiel Hermann Pollak angeführt, der zwei gleichartige Fabriken gründete, und zwar eine in Neurode in Preußisch-Schlesien, eine zweite in Oesterreich, in Braunau, und zwar die in Preußisch-Schlesien für beinahe so viel Mark, als die bei uns in Gulden. Hohes Haus! Soeben ist die Nachricht eingelangt, dass der hochverehrte langjährige Präsident dieses hohen Hauses, Seine Excellenz Dr. Franz Smolka, aus dem Leben geschieden ist. Angesichts dieses traurigen Ereignisses ist es nicht angezeigt, dass ich in meinen Auseinandersetzungen fortfahre. Ich bin geneigt, in meinem Vortrage abzubrechen, bitte aber den Herrn Präsidenten, nachdem es für die Kennzeichnung unseres Standpunktes gegenüber den in Debatte stehenden Vorlagen nothwendig ist, noch weitere Ausführungen folgen zu lassen, diesen meinen Entschluss nur als Unterbrechung meiner Rede zu betrachten und mir für den Fall, dass die Sitzung geschlossen wird, für die nächste Sitzung noch das Wort vorzubehalten. (Beifall.)

Präsident Fuchs: Ich kann leider der Bitte des Herrn Abgeordneten nicht entsprechen. Er hat heute gewiss in außerordentlicher Weise Zeit zur Verfügung gehabt, seine Rede zu halten und zu vollenden. Ich kann daher nicht zugeben, dass er die Rede, die er heute abgebrochen hat, morgen fortsetze. Nachdem ich beim Worte bin, so gestatten Sie mir, dass ich der tiefstempfundenen Trauer des Hauses Ausdruck gebe . . . .

* * *

NACHTRÄGLICHES ZUR »AFFAIRE«.

»Todtschweigen gibt's nicht!« In den flüchtigen Zeilen, die mir Liebknecht mitten im Trubel aufreibender Arbeit, heißer Kämpfe geschrieben hat, neben kurzen Mittheilungen von dem lustigen Begräbnis der Zuchthausvorlage, von der Redeschlacht über die Flottenpläne Williams, des Admirals der

englischen Marine, kehrt die Versicherung zwei-, dreimal wieder. Der alte Streiter hat Recht behalten. Vor mir liegen Stöße von französischen und auswärtigen Blättern; überall der Name Liebknecht; und ‚La Torche' (die Fackel) — wegen der Artikel Liebknechts und des rothen Umschlags gilt sie den Franzosen als parteisocialistische Revue — war zwei Wochen lang in Frankreich das meistcitierte Blatt.

In allen Sprachen waren die Darlegungen eines Mannes, dessen Intellect alle »Intellectuellen« zehnmal aufwiegt, und dessen Wahrheitsdurst aus reineren Quellen als den Redewässern der Dreyfüsler zu schöpfen gewohnt ist, todtgeschwiegen worden. Dafür hatte Liebknecht nur eine Erklärung gewusst. »Man antwortet nicht,« sagt er in seinem Schlussartikel in der ‚Fackel', »weil man mich nicht widerlegen kann.« Es war nicht das allein. Sicherlich, Liebknechts Beweisführung hat viele überzeugt; sie schämten sich des Irrthums, ohne den Muth zu besitzen, ihn zu bekennen. Aber die Mehrzahl hörte in dem Taumel, in den der Höllenlärm der Campagne sie versetzt hatte, die Worte der Wahrheit, ohne sie verstehen zu können. Und um Argumente ad homines, für Leute, die um jeden Preis glauben wollten, waren doch die Leiter der Campagne nicht verlegen. Nein, sie haben deshalb geschwiegen, weil sie sich zum Eingeständnis, dass ihre ganze Taktik verfehlt war, nicht entschließen durften. Einem Publicum von Lesern, die man jahrelang glauben gemacht hatte, dass nur Niedertracht und reactionärer Geist den Dreyfus-Feldzug missbilligen könne, wagte man nicht mitzutheilen, dass ein Liebknecht ihm das verdiente unrühmliche Ende bereitet habe.

Jetzt hat diese Feigheit sich bitter gerächt, und die Taktiker haben zu den vielen früheren Triumphen ihren Gegnern noch einen letzten bereitet. Eine nationalistische Halbmonatschrift ‚L'Action française', geleitet von Maurice Barrès, hat Liebknechts Artikel in

extenso übersetzt und sie in über 100.000 Exemplaren in ganz Frankreich verbreitet. ‚Gaulois', ‚Petit Journal', ‚l'Intransigeant', ‚Libre Parole', ‚Echo de Paris' und unzählige kleine Blätter haben ausführliche Auszüge gebracht, und jubelnd verkündet Herr Judet, das sei endlich der längst angekündigte Keulenschlag gegen die Dreyfusards. Da zum erstenmale aus dem Ausland die Stimme eines Aufrichtigen, der Licht und Schatten gerecht vertheilt, nach Paris dringt, werden die chauvinistischen Herren dem Programm der Selbstherrlichkeit des französischen Geistes, das sie jahrelang verkündet haben, sogleich untreu. Ja, sie möchten sogar seinen Kampf mit dem ihren identificieren. Die Männer, die in einem Seitenarm treiben, wo eine rückläufige Strömung herrscht, rühmen sich mit Liebknecht parallel zu schwimmen, der im Hauptstrom gegen den Strom kämpft.

Und nun geschieht das Tollste, was die ganze Campagne zutage gefördert hat. Die Dreyfus-Freunde, die seit Jahren jeden Schmierfinken in einem auswärtigen Blatte, der für Dreyfus eintrat, als Autorität citiert haben, entdecken auf einmal, dass ein Fremder die Ereignisse in Frankreich nicht richtig beurtheilen könne, und die ‚Aurore' spottet darüber, dass der angebliche Keulenschlag nichts weiter sei, »als ein Artikel in einer Wiener Zeitung, der Feder eines deutschen Journalisten entstammend, der von den Fälschungen und dem Selbstmord Henrys noch nichts weiß«. Den Namen des »deutschen Journalisten« hat sie verschwiegen, und die Behauptung, er wisse nichts von den Fälschungen Henrys, ist eine Fälschung, da dem Redacteur der ‚Aurore' der dritte Artikel Liebknechts in der wortgetreuen Uebersetzung der ‚Action française' vorlag. Aber auch ehrlichere Dreyfus-Blätter als die ‚Aurore' verwahren sich dagegen, dass man das Zeugnis eines Ausländers anrufen wolle.

Diese Stellung konnten natürlich die französischen Socialisten, denen es mit der Internationalität Ernst

ist, nicht einnehmen. Und so fand Herr Gérault-Richard in der ‚Petite Republique‘ keinen anderen Ausweg, als die Richtigkeit der Uebersetzung der Artikel anzuzweifeln, von denen er sagt, sie hätten den Gegnern der Socialisten (soweit diese nämlich Anhänger von Jaurès sind) Waffen geliefert, die umso mörderischer seien, weil sie von Freundeshand geschmiedet wurden. Wenn Liebknecht übrigens sehe, von welchen Leuten diese Artikel jetzt ausgenützt würden, müsse es ihm recht nahe gehen, und er müsse schon bedauern, sich der Gefahr, auf diese Weise übersetzt und verwertet zu werden, ausgesetzt zu haben. Nun denn, die mir vorliegende Wiedergabe der Artikel in der ‚Action française‘ ist ganz correct. Hätte also Liebknecht noch mehr zu bedauern?

Ich weiß nicht, ob er zu dieser Frage hier noch das Wort zu ergreifen gedenkt; aber ich weiß, dass er nichts bedauert. Denn gegenüber allen diesen, gewiss in bester Absicht, aber mit wenig Einsicht handelnden Parteigenossen, die aus taktischen Gründen sich zuerst in das Vordertreffen der Campagne gedrängt haben, dann aus taktischen Gründen den Socialismus zum Bundesgenossen eines Waldeck-Rousseau und Galliffet machten und jetzt aus taktischen Gründen fordern, dass das initium fidelitatis beim Bruderpunsch zwischen Militarismus, Geschäftsliberalismus und Socialismus durch kein ernstes Wort gestört werde, hat er seit Jahren den Principienstandpunkt des Classenkämpfers vertreten. Auf dem jüngsten Congresse haben Guesde und andere um des größeren Zieles der socialistischen Einigkeit willen den Taktikern ein Stück entgegenkommen können. Aber in naher Zeit werden die Ereignisse jenen Recht geben, die den Socialisten rathen, ihre reine Sache unter einer reinlichen Scheidung von den jetzigen Bundesgenossen der Millerand und Jaurès zu vertreten.

Ich will heute über Principien und Taktik nicht sprechen. Aber ich glaube, dass auch die österreichische

Socialdemokratie aus demjenigen, was Liebknecht über die Vorgänge in Frankreich zu sagen hatte, eine gute Lehre entnehmen müsste. Dass sie sich die Bundesgenossenschaft der Liberalen auch nur zeitweise gefallen lässt, hat ihr niemals Nutzen gebracht. Heute ist die Aussicht auf eine Wiener Wahlreform fast geschwunden, nicht weil die Regierung Herrn Lueger zuliebe, dem zuleide Socialismus und Liberalismus sich verbündet haben, die Frage der Sanction der neuen Wahlordnung in Schwebe lässt, sondern weil die Liberalen mit allen Mitteln dagegen arbeiten, dass die Sanction definitiv verweigert werde, damit eben nicht eine neue Agitation für das allgemeine Wahlrecht beginne, sondern alles beim alten bleibe. Und was hat die Theilnahme an der Dreyfus-Campagne zur Folge gehabt? Dass das Vertrauen in den österreichischen Militarismus erstarkt ist. Leser, die beständig vernommen haben, dass im republikanischen Frankreich Kriegsminister, Generalstab, Generäle und neun Zehntel der Armee Schurken und Meineidige seien, haben sich sagen müssen, dass die Zustände im monarchischen Militärstaat doch tausendmal bessere sind. Denn dass österreichische Officiere aller der Scheußlichkeiten, die den französischen angedichtet wurden, unfähig sind, weiß jeder. War es also nicht offenbar, dass ein strenger Militarismus, wie der unsrige und der deutsche, solche Entsittlichung, solche Verderbnis des militärischen Geistes verhindert? Ich weiß nicht, ob die ‚Arbeiter-Zeitung' diese Gedanken in ihren Lesern wachrufen wollte; ich constatiere, dass sie es gethan hat. Aber der österreichischen Arbeiterschaft, der das Centralorgan der österreichischen Socialdemokratie Liebknechts Widerlegung solcher Gedanken verschwiegen hat, durfte diese nicht vorenthalten bleiben. Auf zahlreiche, mir brieflich geäußerte Wünsche von Parteiorganisationen habe ich Liebknechts Artikel — auch seinem Wunsche gemäß — als Broschüre erscheinen lassen, und Tausende von denkenden Proletariern stimmen heute ihrem Inhalt zu.

Auf dem Socialistencongress in Paris hat Liebknechts Stellungnahme zur Dreyfus-Affaire noch einen Zwischenfall hervorgerufen. Herr Joindy, Redacteur der ‚Petite Republique' und der ‚Aurore', hat den Ruf: »Nieder mit Liebknecht!« ausgestoßen, als von der Dreyfus-Frage die Rede war. Der Mann ist gebürend bestraft worden, und ein ungeschickter Versuch, ihn bei einem Bruderpunsch, der nach Schluss des Congresses stattfand, zu rehabilitieren, ist kläglich gescheitert. Dieser Vorfall wurde sogar, natürlich ohne dass der Anlass genannt ward, in der ‚Neuen Freien Presse' verzeichnet. Herr Frischauer begriff die Wichtigkeit der Störung eines Festes, wo es zu essen und zu trinken gibt. Dass Guesde und seine Freunde einen mit 50 Centimes »bereits bezahlten« Punsch im Stiche ließen, weil sie einen hochverehrten Führer nicht beleidigen lassen wollten, dünkt ihn, dem der ganze Congress sonst nicht zu imponieren vermocht hat, der Inbegriff sittlicher Größe. Dass man Punsch überhaupt bezahlt, mag ihm neu gewesen sein; dass man bezahlten Punsch stehen lassen könne, gieng aber offenbar über alles, was er zu begreifen vermag, hinaus . . .

Professor Karl Adler schreibt mir:

Geehrter Herr Kraus! Ich komme mit einer sonderbaren Bitte: Ich muthe Ihnen nämlich zu, einem kurzen Auszug aus einem Aufsatz über die Voraussetzungen der Feststellungsklage, insbesondere über das sogenannte Feststellungsinteresse, ein Asyl zu gewähren. Die Frage ist brennend mit Rücksicht auf die bekannten Processe gegen die Creditanstalt und

deren Gründer. Gerade dies ist die Ursache, warum Fachblättern und anderen Blättern in und außerhalb Oesterreichs, deren Raumverhältnisse die Besprechung actueller juristischer Gegenstände weit eher gestatten würden und bei denen ich deshalb anfragte, eine solche Erörterung inopportun erschien. In einem Falle fand ich anstatt meines Artikels ein Inserat der Creditanstalt ... Wenn ich meine Artikel noch weiter ausbiete, so können sie die Creditanstalt am Ende Geld kosten. — Dieses bedauernswürdige Institut führt die merkwürdigsten Processe der Welt. Es gewinnt Geld, wenn es die Processe verliert, und verliert Geld, wenn es die Processe gewinnt; es hat seinen Gründern Rechte eingeräumt, die nur Unverstand oder böser Wille anzuerkennen vermögen, es muss eine Verwaltung bezahlen, die diese Ansprüche anerkennt, es muss einen Advocaten bezahlen, der zum Nachtheile der Anstalt diese Rechte vertheidigt, es muss der Revolverpresse der ganzen Welt Inserate zahlen, damit sein gutes Recht todtgeschwiegen werde.

Zwei Fragen sind zu trennen, — eine mit unzweifelhafter, die andere mit bestrittener Antwort. Erstens: Stehen den Gründern der Creditanstalt laut Statut Bezugsrechte bei der gegenwärtigen Emission »junger« Actien zu? Ich sagte: es ist Unverstand oder böser Wille solche Rechte anzuerkennen. Diesen starken Ausdruck wähle ich nicht, um der Leitung der Creditanstalt nahezutreten. Er soll nur dem Leser die Gewissheit geben, dass diese Frage eine Frage der öffentlichen Moral ist, dass es sich nicht um eine Frage handelt, in der ernste Juristen*) überhaupt anderer Meinung sein können, es sei denn, dass sie besonders dafür bezahlt sind. Wer der Sache nachgehen will, muss eben die Statuten der Creditanstalt lesen, dann allenfalls die bezüglichen Ausführungen in Nr. 14 der

*) Auch nicht Staub in seinem von der ‚Neuen Freien Presse‘ ausgenützten, übrigens mehr als bedenklichen Artikel zu Gunsten der grundsätzlichen Anerkennung von Gründerrechten.

‚Fackel', vor allem aber das bekannte, ausgezeichnet begründete Urtheil des Wiener Bezirksgerichtes in Handelssachen gegen — in Wahrheit für — die Creditanstalt, auf das die Wiener handelsrechtliche Schule stolz sein darf und stolz ist. Wer aber die Statuten nicht selbst gelesen hat, der traue in dieser Angelegenheit keinem Worte und keiner Zeile. Die Macht der Gegner der Creditanstalt in dieser Sache reicht weit, denn sie verfügen über deren nunmehr vermehrte Millionen, deren Advocaten und deren Inserate. Auch wenn alle Klagen gegen die Ausübung der Gründerrechte von den Gerichten verworfen werden, so wird dies nie aus dem Grunde geschehen, weil das Gericht annimmt, dass die Gründerrechte in den Statuten gegründet sind,*) sondern wegen mannigfacher ganz anderer Momente, von denen der Erfolg einer solchen Klage abhängig ist.

Die zweite — wirklich bestrittene — Frage ist nämlich die, ob dem einzelnen Actionär das Recht zusteht, im Wege der von mir angeregten Feststellungsklagen nach § 228 der Civilprocessordnung die Aberkennung der Gründeransprüche zu verlangen.

Nach § 228 steht der Feststellungsanspruch demjenigen zu, der das Feststellungsinteresse hat. Das Feststellungsinteresse ist begründet, wenn ein »rechtliches Interesse« an der »alsbaldigen« Feststellung des Rechtsverhältnisses nachgewiesen ist. Das Interesse an der »alsbaldigen« Feststellung liegt in unserem Falle auf der Hand. Es liegt darin, dass die Gründer verpflichtet sind, die erhaltenen Vermögensvortheile zurück-

*) Diesen Satz darf ich stehen lassen, auch nachdem ich im allerletzten Augenblicke das neueste Urtheil des Handelsgerichtes in Wien vom 27. v. M. in Sachen der Creditanstalt gelesen habe. Doch muss ich, um objectiv zu sein, zugeben, dass die sittliche Auffassung des Falles durch das Handelsgericht der sittlichen Auffassung der Börsenkreise näher steht als der meinen. Dieses Wohlwollen, das sich wirklich bis zu einer warmen Vertheidigung der Haltung der Creditanstalt versteigt, kann überraschen, aber nicht überzeugen und verfehlt durch das Uebermaß seinen Zweck.

zustellen, wenn es sich zeigt, dass sie ihnen nicht gebürten. (§ 1431 a. b. G. B.) Dass dies nicht schnell genug geschehen kann, ist offenbar. Es bleibt die Frage, ob dieses Interesse auch ein »rechtliches« im Sinne des Gesetzes ist.

Der Laie — überhaupt der wahrhaft Unbefangene — wird den Zweifel gar nicht begreifen. Was gibt es Legitimeres, Rechtlicheres als den Kampf ums Recht des kleinen Klosterneuburger Actionärs, wo ein rechtlicheres Interesse!? So wird auch der Jurist denken, der das Neue in neuen Gesetzen mit Freuden begrüßt, der bedacht ist, dem neuen Rechtsmittel einen möglichst reichen Inhalt und eine möglichst starke Schlagkraft im Dienste des wahren Rechtes zu geben. Diese Richtung hat auch unser Oberster Gerichtshof in vielen Fällen gezeigt. Wird § 228 der Civilprocessordnung so aufgefasst, dann wiegt er eine halbe Actienreform und sämmtliche Actienregulative der Welt auf. Denn dann ist der einzelne Actionär imstande, die Actiengesellschaft gegen Vermögensverschleuderung und Verwalteruntreue zu schützen, strafbare oder rechtswidrige Vorgänge gerichtlich als solche erklären zu lassen. — Anders denkt die Mehrzahl der Juristen. Wir sind im allgemeinen Misoneisten (Neuheitshasser) im Sinne Lombrosos. Wir fragen ein neues Rechtsmittel, eine neue Vollmacht der Gesetzgebung nicht muthig: »Was können wir aus dir machen?« sondern unmuthig: »Wie können wir dich los werden?«*) Denn wir hassen besonders die Verantwortung. Und verantwortungsvoll ist es, in die neuen Schläuche des neuen Processes auch neuen Wein zu gießen. Bequemer ist es, ohne einen gesetzlichen Anhalt Rechtsverhältnisse zwischen dem Geklagten und einem Dritten von der Feststellung nach § 228 C. P. O. auszuschließen, weil es an dem rechtlichen Interesse des Klägers fehle.

*) Hier begegnet sich der geschätzte Verfasser mit einem Gedanken, den Klein in seinen Vorträgen der Richterschaft auf das eindringlichste ans Herz gelegt hat. Anm. d. Herausgebers.

Das Interesse des Actionärs am »Einstreichen des Gründergewinnes« sei kein rechtliches, sondern ein wirtschaftliches, ein finanzielles, soll vollends das Wiener Handelsgericht am 27. October 1899 nach der ‚Neuen Freien Presse' vom 28. October 1899 ausgesprochen haben. Ich darf gegen den Satz in dieser merkwürdigen Form nicht polemisieren, da mir der Wortlaut des Urtheils nicht vorliegt. Soll da behauptet werden, dass finanzielle Interessen oder dass Rechte auf Gründergewinne an sich nicht Gegenstand der Feststellunsgklage sein können? Dass der Actionär am »Einstreichen des Gründergewinnes«, also daran, dass die Gründer Gewinn einstreichen, ein finanzielles Interesse hat, ist wohl auch nicht die Meinung des Handelsgerichtes. Ernstlich steht nur die Frage zur Discussion, ob die Actionäre ein rechtliches Interesse daran haben, dass die Gründer Gewinne, die ihnen unstreitig nicht gebüren, nicht einstreichen. Der Richter, der diese Frage verneint, der dem Actionär das gerichtliche Gehör versagt, möge bedenken, wen sein Spruch erfreuen wird und was für eine Moral er bestätigt. Und er darf nicht etwa sagen, dass ihm ein unvollkommenes Gesetz die Waffe gegen ein verhasstes Unrecht versagt, sondern er mordet den Wortlaut eines gehassten Gesetzes zur Freude des Unrechts mit der Waffe einer geistreich erdachten Theorie; vielleicht in unbewusster Reaction gegen den demokratischen Geist eines Rechtsmittels, der es so Jedermann verstattet, sogar einen Rothschild mit der Frage nach dem juristischen Stammbaum seiner Gründerrechte zu behelligen.

Für das Feststellungsinteresse des Actionärs sprechen aber auch schwerwiegende, rein technisch-juristische Gründe. Unser Processualist, Professor Skedl, bemerkte gelegentlich einer Besprechung dieser Frage, dass man den Begriff des rechtlichen Interesses nicht aus dem § 228 allein construieren dürfe, sondern — was regelmäßig übersehen wird — den § 17 C. P. O., in welchem

der gleiche Begriff vorkommt, zurathe ziehen müsse. Diese Bemerkung ist von großer Tragweite. § 17, al. 1 sagt: »Wer ein rechtliches Interesse daran hat, dass in einem zwischen anderen Personen anhängigen Rechtsstreite die eine Person obsiege, kann dieser Partei im Rechtsstreit beitreten (Nebenintervention).« Hier ist es nun unbestritten und unbestreitbar, dass ein rechtliches Interesse auch anerkannt werden muss an Rechtsverhältnissen anderer Personen, an fremden Rechtsverhältnissen, wenn nur ein Causalzusammenhang zwischen der eigenen und der fremden Rechtssphäre vorliegt. Ein solcher Zusammenhang besteht aber unzweifelhaft rücksichtlich der Rechtssphäre der Actiengesellschaft und des Actionärs. Ausdrücklich erkennt daher unser Handelsgesetzbuch (Art. 226) an, dass der Actionär berechtigt ist, bei Processen der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstandes oder Aufsichtsrathes der Gesellschaft als Nebenintervenient beizutreten und befreit ihn sogar von einem speciellen Nachweise seines rechtlichen Interesses, das ja ausnahmsweise fehlen könnte. Dieser Fall von rechtlichem Interesse hat am meisten Analogie mit dem rechtlichen Interesse des Actionärs an der Nichtexistenz der Gründerrechte gegen seine Actiengesellschaft. Gerade auf diesem Gebiete hat sich also der Gedanke des rechtlichen Interesses an fremden Rechtsverhältnissen besonders frühzeitig Bahn gebrochen. Aber auch zahlreiche andere Fälle der Nebenintervention lassen das Princip erkennen, dass auch die Feststellung eines fremden Rechts mein rechtliches Interesse bilden kann, so der Fall der Nebenintervention des Vermächtnisnehmers in Processen des Erbschaftsgläubigers gegen den Nachlass. Kurz, nicht nur der Geist des Gesetzes, sondern die Worte und der innere Zusammenhang der Normen sprechen für das Feststellungsinteresse des Actionärs. Freilich ist für die Begründung der Klage erforderlich, dass das Interesse gefährdet sei, dass die berufenen Organe der Gesellschaft deren Vermögen ihrerseits nicht pflichtgemäß ver-

theidigen. In diesem Falle kann es uns nicht schrecken, sondern nur freuen, wenn der Vertreter Rothschilds das Erwachsen einer Curatel des einzelnen Actionärs bei einzelnen Geschäften zu befürchten Grund hat. Wie wohlthätig hätte eine solche Curatel bei der Waffenfabrik und bei der Länderbank gewirkt!

Ihrer Zustimmung gewiß, grüßt Sie freundlichst

Ihr ganz ergebener

Karl Adler.

Czernowitz, 7. December 1899.

P. S. Mögen einige freundliche Rathgeber, die mir andere Blätter für meine Publicationen empfahlen, die Nützlichkeit ihrer Rathschläge an dem zur Einleitung dieser Zeilen Gesagten ermessen. Niemand kann verlangen, dass der Mitarbeiter die Verantwortung für die Haltung, den Inhalt und den Ton, oder gar für einzelne Bemerkungen des Blattes trage, für welches er schreibt. Ob es dagegen sittlich zulässig ist, das Handwerk überzeugungsloser, heuchlerischer und schädlicher Soldschreiber durch Mitarbeit zu unterstützen, ist eine andere Frage; — aber nicht ich, sondern mancher meiner Rathgeber hat die Antwort zu scheuen. Ich glaube, dass das öffentliche Gewissen und speciell die Auffassung akademischer Kreise in diesen Dingen einer gesteigerten Empfindlichkeit bedürften. Eines ist jedenfalls unwürdig: Vor der Abfassung einer actuellen Arbeit den ganzen näheren und ferneren Freundeskreis, die ganze private und öffentliche Politik des Herausgebers des Blattes defilieren zu lassen, für welches man schreiben will. Dem entgehe ich bei der ‚Fackel'. Und so vermag ich am besten Ihren Kampf gegen den publicistichen Credit unserer Pressmaffia und deren Börsenpatrone als eine patriotische That zu schätzen. Im übrigen halte ich meine Sache von jener der ‚Fackel' natürlich getrennt.

K. A.

Mit Freuden verzeichne ich das Zugeständnis eines Universitätsprofessors, dass die Auffassung aka-

demischer Kreise von »Sprachrohrbenützung« einer gesteigerten Empfindlichkeit bedürfe. Ich weiß wohl, unter wie starken Bedenken Akademiker den Entschluss fassen, der ‚Neuen Freien Presse' einen Beitrag zu leisten, und wie beflissen sie sich nachher dafür entschuldigen. Aber ist es nicht beklagenswert, wenn selbst ein Adolf Exner, der einst, wie ein ihn hochverehrender Schüler mir einmal sagte, erklärt hat, er habe die ‚Neue Freie Presse' wiederholt aus moralischem Degout abbestellt, später durch die trügerische Hoffnung, auf solche Weise dem öffentlichen Interesse nützen zu können, sich so weit bringen ließ, dass er die Spalten des Blattes mit seinem illustren Namen schmückte? Ich weiß nicht, ob ich mir das Verdienst anmaßen darf, einen Umschwung bereits angebahnt zu haben. Sicher ist, dass seit der Zeit, da ich diesen Kampf führe, ein Grünhut nichts mehr in der ‚Neuen Freien Presse' publiciert, ein Menzel wenigstens nicht mehr mit vollem Namen gezeichnet und Franz v. Liszt die Aufforderung, einen Artikel zu schreiben, mit Zusendung einer für jeden käuflichen Broschüre beantwortet hat, aus der das gleichfalls für jeden käufliche Blatt dann einen Auszug machte.

*

Im Anschluss an den vorstehenden Artikel weise ich noch die Behauptung des nur durch Liebenswürdigkeit und falsche Informationen bestochenen volkswirtschaftlichen Mitarbeiters der ‚Zeit' zurück, die Leitung der Creditanstalt sei bei der Einräumung der Gründerrechte in bona fide gewesen. Nur der Laie könne behaupten, dass zu Präjudicialprocessen gegen die Gründer Zeit gewesen wäre. War wirklich — kaum denkbarer Weise — für diese Processe keine Zeit, so war eben der Emissionscours viel höher anzusetzen, oder am besten, es waren die Actien auf offenem Markte zu begeben. Ausreden gelten nicht. Es ist bemerkenswert, dass Herr Kanner, der eben durch Liebenswürdigkeit weder bestochen wird noch besticht, den Gründerrechtsschwindel in scharfen Worten verwirft.

* * *

»Atzgersdorf — aussteigen!«

Geehrter Herr, ich erlaube mir, Ihnen mitzutheilen, dass ich, im Begriffe, nach Görz zu fahren, am 16. d. M. auf dem Perron des Südbahnhofes mir Nr. 25 Ihrer ‚Fackel' gekauft habe und von der Lectüre des Artikels über die Südbahn so befriedigt war, dass ich bereits in Atzgersdorf die Nothleine zog.

Hochachtungsvoll

Ein Reisender.

*

Ein Angehöriger der Wiener Presse theilt mir gleichfalls mit, dass ihm Nr. 25 als Reiselectüre gedient hatte und dass er sich alsbald aller Gefahren der Südbahnfahrt bewusst geworden ist. Er hatte Gratisbillet bis Abbazia, stieg aber in Vöslau aus und fragt nun an, ob er einen begründeten Anspruch auf den Geldbetrag für die restliche Strecke habe.

*

Sehr geehrter Herr Kraus, wir beehren uns Ihnen mit Rücksicht auf Ihre Schilderung der Südbahnzustände in Nr. 25 Ihres Blattes mitzutheilen, dass wir schon lange nicht mehr — vor allem nicht bei Nacht — mit dieser Bahn fahren.

Hochachtungsvoll

Zwei Südbahnbeamte.

In Geiringers Familientheater gieng's vergangene Woche hoch her. C. Karlweis, der zur dramatischen Satire hinneigende Oberinspector der Südbahn, seit Jahren schon als Erbschleicher Nestroys bekannt, wenn nicht gar an Clubabenden der »Concordia« als Wiener Aristophanes gefeiert, ließ das dritte in der Reihe seiner »bürgerlichen« Sittenstücke in Scene gehen. Man hat diesem freundlichen Herrn gegenüber schon längst alle kritische Besinnung verloren. Ein Theaterdirector,

der heute einen Cyclus O. F. Berg'scher Komödien ausgrübe, würde die allerschärfste Zurückweisung erfahren. Aber wenn der freundliche Epigone sich aus staubigen Archiven Witz und Mache des Wiener Vielschreibers holt, so herrscht einträchtiger Jubel, und jeder preist das Humorgenie, das dem Wienerthum erstanden sei, wo doch in Wahrheit nur ein liebenswürdiger und gefälliger Herr Entgegenkommen für Routine und Art eines O.F.Berg gezeigt hat. Mit einem gewissen Sinn für locale Actualitäten begabt, mit einem politischen Blick ausgestattet, der an der Lecture des ‚Wiener Tagblatt‘ geschärft sein mochte, ist Herr Karlweis zuerst dem »kleinen Mann«, dessen Bedrängnisse ihm für eine wohlfeile Ironie wie geschaffen schienen, und später — im »groben Hemd« — den Aposteln des kleinsten Mannes zuleibe gegangen. Zweimal hat seine Satire das Herz jedes ehrlichen Jobbers erwärmt, zweimal seine oberflächliche Geschicklichkeit den Beifall des geistigen Wien geerntet. »Das liebe Ich«, eine flüchtige Abschwenkung von Nestroys Pfaden, zählt nicht; das Erbe Raimunds musste in aller Eile angetreten werden, und da dies unter Zustimmung der Kritik hinreichend markiert war, durfte der Sittengeißler wieder sich selbst und ein paar Nestroy'sche Wendungen finden.

Mit seinem »Onkel Toni« erfreut jetzt Karlweis die Wiener Jobberherzen zum drittenmal. Jetzt hat er nämlich zu einer Satire gegen die Wiener Jobber ausgeholt. So energisch stürmt er gegen die maßgebenden Männer unserer Finanzkreise los, dass er im Nu hinter deren Rücken anlangt. Was Herr Karlweis dann noch von dieser Stelle aus zu sagen hat, wirkte auf Herrn Chlumecky so überzeugend, dass er den glücklichen Autor während eines Zwischenactes in seine Loge beschied und mit Complimenten überschüttete. Es war ein seltener, von Erwartungen schwangerer Theaterabend. Der satirische Genius, der im Freikartenbureau der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft seines Amtes waltet, hatte unerhörte Ent-

hüllungen versprochen. Der Beamte Chlumeckys, der Tyrtaeus des Kampfes, den Herr Krupp um die Baronie gekämpft hat, sollte den entscheidenden Schlag gegen die Verderbtheit der Wiener Finanzwelt führen, gegen die Machenschaften räuberischer Verwaltungsräthe, gegen die unter den Augen des Regierungsvertreters so oft vollzogene Versippung von repräsentierendem Adel und unternehmendem Bürgerthum. Wer nicht die Physiognomie des Volkstheater-Auditoriums von sonstigen Premièren her kannte, musste glauben, dass jenes eigenartige Schauspiel, das zu erwarten war, Coulissiers, Bankdirectoren, Sensale, Börsencomptoirbesitzer, Großactionäre, Verwaltungsräthe, Wucherer und Herrn v. Chlumecky eigens angelockt hatte.

Herr Karlweis hat seine alten Anhänger nicht in Verlegenheit gebracht. Ein paar beiläufige Pikanterien aus der Sitzung des Verwaltungsrathes der Paraguay-Bank, — und die Corruption erhielt den Laufpass. Für die fernere Entwicklung unseres Wiener Satirikers mag es vielleicht wertvoll sein, wenn er erfährt, dass Herr Alexander Scharf persönlich sich nach dem zweiten Act in seiner greisen Würde erhob und den in allen Rängen vertheilten Opfern der Karlweis'schen Satire das Zeichen zum Applause gab. Der Mann, der die »Sonntagsbriefe vom Schottenring« schreibt, hat den kühnsten Act des Stückes gerettet; wie sollte der Oberinspector der Südbahn besorgt sein, dass er sichs nach dieser Première mit den Wortführern und Nutznießern der Corruption verdorben habe? Zwischen einem verarmten Hochadel, der verzweifelnd sich zu der neuen Art des Erwerbs ohne Arbeit bekehrt, und dem bürgerlichen Gründerthum, das ein Adelswappen als Aushängeschild für seine verbrecherischen Geschäfte erbeutet, hat Herr Karlweis nicht lange in seinen Sympathien geschwankt. Mit einer bald kindlich naiven, bald durch ihre offenkundige Tendenz abstoßenden Schilderung aristokratischer pauvreté setzt er ein, und mit einer förm-

lichen Apologie der verführten Börsentugend schließt er. Als diese mit der lasterhaften Aristokratie die große Abrechnung hielt, als der Gründer der schwindelhaften Paraguay-Actiengesellschaft dem Grafen Waldhof die Worte entgegenschleuderte: »Ohne Leute wie Sie wären wir gar nicht denkbar!«, und man den Aufschrei eines von Starhemberg gepeinigten Taussig zu hören vermeinte, da zog etwas wie Haussestimmung durch den Saal, es war wie die »Katharsis« in der griechischen Tragödie, die endliche Reinigung, die hier der Wiener Aristophanes an den Coursmachern im Parket vollzogen hatte, und den Hervorrufen der begeistert kreischenden Menge konnte der Mann, der sich einst gegen das Erscheinen des Autors bei Premièren verschworen, nicht widerstehen.

Ueber die anticorruptionistischen Anspielungen, die Karlweis mit ausdrücklicher Bewilligung Chlumeckys gewagt, mussten natürlich die Pressleute sachte hinübergleiten. Es ist nur natürlich, dass die Schweiggelder auch für die auf dem Theater dargestellte Corruption gelten. Der Gründer der Paraguay-Bank schien den Herren so lebendig gezeichnet, dass manch einer auf dem Sprunge war, ihn bei offener Scene um eine »Betheiligung« anzusprechen. In den Blättern freilich wurde die trotz dem versöhnlichen Ausgang unliebsame Geschichte in eine ferne Vergangenheit zurückverlegt. Die Ahnenwitze der ‚Fliegenden Blätter‘, mit denen Herr Karlweis den Feudaladel ins Herz zu treffen wähnt, fanden natürlich uneingeschränkte Bewunderung, die Verhöhnung des verarmten Edelmanns, dessen Unverständnis für Geldgeschäfte als Cretinismus dargestellt wird, erweckte ein freudiges Echo, und eine satirische Methode, der die Rückständigkeit des Miethzinses als das Um und Auf feudaler Reaction gilt, ward lebhaft approbiert. Aber dass es heutzutage Finanzgauner gibt, schien den Herren, die ihr tägliches Brot von ihnen beziehen, unwahrscheinlich.

»Die geschilderten Verhältnisse sind die einer Zeit, da Wien ein glänzender Schauplatz von

schwindelhaften Gründungen war«, versicherte der Herr im ‚Fremdenblatt'. Dass es heute herabgekommene Aristokraten gibt, gesteht das angebliche Adelsblatt zu; Graf Waldhof sei »von A bis Z mit einer Geschlossenheit und Folgerichtigkeit gezeichnet, die schon ein Lob höherer Kategorie verdient«. Aber »er ist einer jener verschuldeten Aristokraten, denen damals, wie behauptet wird, mit Vorliebe Präsidentenstellen angeboten wurden«. Und der besorgte Theaterplauderer, der über die Vorgeschichte des »Onkel Toni« seinen Klatsch berichtet, fügt an anderer Stelle im Jargon hinzu: »Hoffentlich hat sich die wirkliche Finanzwelt nicht beleidigt!« Fürst Starhemberg als Präsident der Waffenfabriksgesellschaft und Herr Taussig kommen für unsere Blätter nur im volkswirtschaftlichen, nicht im Theatertheile in Betracht. »Karlweis weckt die Erinnerungen an jene Tage, in welchen ein stark strebender Finanzgeist mit einem stark sinkenden Hochadel in einträchtigem speculativen Bemühen sich zu finden anfiengen«, meint der träumerische Herr vom ‚Neuen Wiener Tagblatt', und Taussigs Hofnarr, Julius Bauer, scherzt im ‚Extrablatt', dass der »Gründungsschwindel hierzulande längst verrauscht« sei, dass aber »eine gute Satire nie zu spät komme«. Neben diesem in der Gunst der Bankkreise festsitzenden Humoristen versichert ein Aspirant für Taussigs Gastmähler, dass »Karlweis' Satire gegen den Banken- und Gründerschwindel doch etwas zu spät komme«. Der alte Uhl in der ‚Wiener Zeitung' hinwiederum hält die Sache für verfrüht. Wehklagend ruft er: »Staatsmänner haben in den letzten Jahren wiederholt ausgesprochen, es fehle uns an Unternehmungsgeist, das Geschäft müsse gefördert werden; ob also gerade heute für die witzige Züchtigung der Paraguay-Gründung in Wien die richtige Stunde geschlagen hat, ist fraglich ... Brennend wird die Frage erst werden, wenn der Becher des Gründens bei uns wieder überschäumen

sollte.« Es ist nicht unwichtig, von officiöser Seite zu erfahren, worauf die wirtschaftlichen Bestrebungen unserer Staatsmänner gerichtet sind. Hoffentlich wird es Herrn Hofrath Uhl nicht schaden, dass er seinen Auftraggebern eine unbezähmbare Sehnsucht nach Paraguay-Gründungen zugemuthet hat.

Aber zwischen der verschollenen Gründerzeit und dem noch nicht überschäumenden Becher des Gründens verlangt die lebendige Wirklichkeit des Herrn Karlweis ihre Rechte. Bei allen Bedenklichkeiten bezüglich des behandelten Stoffes und bezüglich der behandelten Sujets haben doch alle anerkannt, dass der »Onkel Toni« Figuren enthalte, die »aus dem Leben herausgerissen« seien. In der That. Aber vorläufig nur durch den freundlichen Herrn Karlweis, der wegen der taktvollen Art, in der er's that, demnächst schon bei der Südbahn avancieren wird, — nicht durch den Staatsanwalt aus dem Leben herausgerissen, der den höchst actuellen Stoff viel kräftiger anpacken würde.

* * *

Am Montag den 18. December hat die ‚Wiener Allgemeine Montags-Zeitung', das Montagblatt der ‚Wiener Allgemeinen Zeitung', ihr kurzes Leben geendet. So soll denn, ehe noch die Menschen von nächster Woche ihre Existenz vergessen haben, ihre Biographie geschrieben werden. Die ‚Wiener Allgemeine Zeitung' war seit längerer Zeit nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Polenclub souteniert worden. Unter dem Ministerium Badeni waren die Interessen von Regierung und Polenclub identisch, unter dem Ministerium Thun deckten sie sich größtentheils. Aber im Frühjahr 1899 schien es den Polen, als ob ihre speciellen Meinungen und Wünsche in dem Blatte nicht hinreichend vertreten wären, und so kam man auf den Gedanken, eine Montagsausgabe zu schaffen, die stärker als die tägliche die Polenofficiosität zum Ausdruck bringen sollte. Herr v. Kozlowski, Herr Rappaport und einige andere Edle steuerten Geld bei, und der Vertreter des Polenclubs in der Redaction der ‚Wiener Allgemeinen Zeitung' — eine Art polnischen Landsmann-

redacteurs —, Herr Inlender, übernahm die Leitung des Montagblattes. Aber nach wenigen Monaten fiel Graf Thun, Clary wurde Ministerpräsident, und zum erstenmale seit zwei Decennien versagte der Polenclub einer Regierung seine Gefolgschaft. Damit war das Todesurtheil über die ‚Wiener Allgemeine Montagszeitung‘ gesprochen. Denn die ‚Wiener Allgemeine Zeitung‘ sah sich vor die Wahl gestellt, entweder auf die Subvention der Regierung zu verzichten — die Herrn Karminskis freundliches Entgegenkommen ihr auch weiterhin sicherte, obwohl die neuen Minister die Absicht geäußert hatten, den bisherigen officiösen Schmutzblättern zu kündigen —, oder den Polen untreu zu werden. Herr Glogau, der Intimus des Pressbureaus, entschied sich natürlich für die Regierung. Nicht darum, weil etwa von den Geldern des Pressfonds mit größerem Rechte als vom Polengelde gesagt werden könnte: non olet, sondern weil die Regierung mehr zahlt. Nun wurde allerdings der Gedanke erwogen, die ‚Wiener Allgemeine Montagszeitung‘ von der täglichen Ausgabe unabhängig zu machen und ganz dem Polenclub zur Verfügung zu stellen. Aber diesem Plane stellte sich zwar nicht die Identität der Redacteure — die schreiben nach links und rechts gleich schlecht —, wohl aber die Namensgleichheit der Blätter und die Gemeinsamkeit der Abonnenten und Leser als Hindernis in den Weg. So hat denn Herr Glogau auf die Fortführung des Montagblattes verzichtet, die Polen stellen ihre Zahlungen ein und Herr Inlender, ein Mann von römischer Charakterstärke, der nur für die Polen schreibt — er schrieb früher gleichzeitig für ein liberales und ein antisemitisches Polenblatt und schreibt gegenwärtig für den conservativ-clericalen ‚Czas‘ — scheidet aus der Redaction der ‚Wiener Allgemeinen Zeitung‘. Die Sache hat aber noch eine traurige Folge. Mit dem Gelde des Polenclubs wurde jeden Montag die moderne Literatur gefördert. Damit hat's jetzt ein Ende. Auch die kritischen Burgtheaterzettel, durch die Herr Salten so überzeugend nachwies, dass die meisten Rollen, die jetzt Herr Fiala innehat, eigentlich dem Herrn Wiesner gebüren, werden uns nicht mehr erfreuen. Das »Wursteltheater«, in dem zur Abwechslung einmal der Jude nicht erschlagen ward, sondern selbst zu erschlagen versuchte, wird geschlossen. Dem modernen Geist ist eine wöchentliche Dotation von mindestens zwanzig Gulden entzogen . . . .

* *
*

Der Pariser Correspondent der ‚Neuen Freien Presse' kann bekanntlich nicht Französisch. Nun stellt es sich aber heraus, dass auch der römische Correspondent nicht Italienisch kann. Nur zur Uebersetzung seines Namens Blum in »de Fiori« haben seine Sprachkenntnisse knapp hingereicht. Im Abendblatt vom 7. December schreibt der Herr — in einem Berichte über den Process gegen die Maffia — den Satz: »Und zwei Jahre darauf .... wurde Notarbartolo, während die Staatsregierung ihn wieder an die Spitze der vielgeprüften Zettelbank berufen, in grausamer Weise unterdrückt.« Die unsinnige Verwendung der Conjunction »während« und des Wortes »unterdrückt« statt »ermordet« könnte den Leser auf die Vermuthung bringen, dass Herr Blum nicht Deutsch kann, — eine naheliegende Präsumption bei einem Redacteur der ‚Neuen Freien Presse'. Aber diese Vermuthung ist nur theilweise richtig, und die Sache hängt wirklich mit der Unkenntnis des Italienischen zusammen. Die Originalberichte des Herrn Blum sind nämlich Uebersetzungen von Notizen der römischen Zeitungen. Da stand nun das Wort: soppresso; und da Herr Blum im Taschenlexikon dafür lediglich die Uebersetzung unterdrückt fand, kam ihm nicht in den Sinn, dass es vielleicht auch »ermordet« heißen könne. — So steht es mit den Correspondenten in Frankreich und Italien. Und in London weilt jetzt Herr Handl, der zwar Englisch versteht, aber sonst nichts, und der ein paar frozzelnde Aeußerungen, mit denen der Gouverneur der Bank von England den lästigen Frager abwies, zu einem ernsthaften Berichte über die Absichten der Bank verarbeitet.

* * *

Die ‚Neue Freie Presse' auf alter Höhe.

Der Politiker (16. December): »Die Tschechen sind nur das trojanische Pferd der Obstruction, welches man sieht. Aber drinnen in dem hölzernen Bauch sitzen in traulichem Verein die Feudalen, die Polen, die Katholische Volkspartei, und wenn nur recht nachdrücklich auf das Brett geklopft wird, wie es heute geschah, dann kann man ihre wahre Stimme auch hören.«

Der Kriegs-Correspondent (16. December, Abendblatt): »Wie General Buller berichtet, hat er zehn Geschütze im Stiche lassen müssen, weil sämmtliche Pferde von den Boers nieder-

geschossen wurden, während eines von ihnen demontiert wurde.«

Der Sonntagsnovellist (17. December): »Da hieng jene Porzellanmaske von Rudder ..... Das hat Einer gemacht, der das weiß, dass es solche Menschen gibt, die so sind, dass sie nur im Schlafe lächeln können.«

Der Literaturkritiker (16. December): »Mit dem neuen Buche betritt sie (die Schriftstellerin) Berliner Boden, wo sie als Mensch seit ein paar Jahren lebt.«*)

Der Theaterkritiker (14. December): »Chrysis wandert in den Kerker und leert den Schierlingsbecher des Sokrates.«

* * *

Die Direction der »Gesellschaft der Musikfreunde« theilt mir mit, dass ihr niemals von einer Schülerin des Conservatoriums eine Beschwerde wegen zudringlicher Liebenswürdigkeiten eines Professors zugekommen ist. Ich habe auch wirklich niemals vorausgesetzt, dass eine Schülerin wagen würde, sich über die Köpfe der Leitung des Conservatoriums hinweg an die Direction der »Gesellschaft der Musikfreunde« zu wenden. Aber diese Direction wäre, wie sie mir versichert, über solche Kühnheit erfreut und gewillt, derartigen Beschwerden energisch nachzugehen. Ich hoffe also, dass bei gegebenem Anlasse eine muthige Schülerin ihr Gelegenheit geben wird, diesen Willen zu bethätigen.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Graf Goluchowski, Wien, I., Ballplatz. Sie behaupten, dass nicht der Stil, nur die Gedanken des Exposés von Ihnen stammen. Dann wären Sie also thatsächlich an dem Exposé ganz unbetheiligt. Aber die Ausrede gilt nicht, dass der Stilblütenkranz Ihres diplomatischen Ruhmes von Herrn Doczi gewunden war. Erstens hat Ihr Sectionschef als gewandter und sprachkundiger Feuilletonist schon seinen Befähigungsnachweis erbracht, ehe Sie noch als sein Vorgesetzter in Aussicht genommen waren. Und zweitens hätten Sie, wenn er wirklich der Autor ist, dem Herrn, der nächstens aus seinem Dichterstübchen im Auswärtigen Amte in die Chefredactionsstube des ‚Pester Lloyd' übersiedeln wird, doch nachträglich die Sprachfehler ausbessern sollen. Leitartikeln mag er nach Herrn Max Falk;

*) »Serwas Franz« scheint doch noch nicht die Bedeutung aller Wiener Ausdrücke zu kennen.

die Leser werden keinen Unterschied merken. Aber ein Exposé muss doch — die gedankliche Nichtigkeit zugestanden — wenigstens stilistisch sauber gehalten sein.

Passant. Ich weiß es: Der Fiakerkutscher, der neulich wegen Schnellfahrens an einer Straßenkreuzung vor dem Strafrichter stand und sich mit der Erklärung vertheidigte, dass er einen Erzherzog »geführt« habe, ist freigesprochen worden. Aber ich glaube, dass Sie sich irren und gegen den Richter ungerecht sind. Er hat sein Urtheil durchaus nicht im abgekürzten Loyalitätsverfahren gefällt. Wohl aber hat den Wachmann, der den Kutscher »aufschrieb«, bei der Verhandlung sein Gedächtnis im Stiche gelassen, und auf seine Versicherung, dass der beanständete Fiaker »auch in umgekehrter Richtung« gefahren sein könne, musste der Richter, dem plötzlich der Thatbestand entzogen war, mit Freispruch vorgehen. Glücklicherweise ist damals kein Passant dem Schnellfahrer in die Quere gekommen. Sonst wäre ein Unglück nicht zu verhüten gewesen: der Wachmann hätte einen sicheren Anhaltspunkt für sein Erinnern gewonnen.

Thespiskarrenschieber. Ueber die Gründe, die den Burgtheater-Capellmeister zum Selbstmord getrieben, wird man aus den Blättern allerdings nicht klug. Der Mann hatte eine schlecht dotierte Stellung. Die Intendanz hat offenbar an ihm gespart, um die 2–5 fl.-Spielhonorare für die gagelosen Damen zu beschaffen. Man sagt, dass der arme Orchestermann neben dem Souffleur zu jenen Angestellten des Burgtheaters gehörte, die sich noch ein wenig künstlerischen Ehrgeiz bewahrt hatten. Gewiss waren beide die angestrengtesten Leute im ganzen Hause. Der Capellmeister sicherlich seit dem Einfall des Herrn Schlenther, Raimunds »Verschwender« dem Repertoire der Hofbühne einzuverleiben. Ich bin zu wenig pietätvoll aufgelegt, um über die Vorstellung, der ich beigewohnt, zu berichten. Ueber den Kainzschwindel habe ich schon vor dem festen Engagement des neuesten Wiener Valentin meine Meinung gesagt. Meine Herren Collegen von der Presse müssen sich, wie ich seitdem mit Vergnügen bemerke, mit stetig wachsendem Widerwillen zu dem Enthusiasmus für den Heros der Dürftigkeit zwingen. Neulich setzte er sichs in den Kopf, Valentins »Hobellied« vorzutragen. Es war abscheulich. Man dachte an Girardi; aber die wehmüthig wienerische Weise weckte auch die Erinnerung an den todten Capellmeister, den die Herren Hofschauspieler auf den Proben jedesmal anschrieen, wenn sich herausstellte, dass sie nicht singen konnten . . . .

Atta Troll. Welcher unter den Heine-Festartikeln unserer Tagespresse mir der bemerkenswerteste scheint? Der tiefsinnigste war jedenfalls der Leitaufsatz der ‚Neuen Freien‘, der das in Deutschland wieder erwachende Verständnis für Heine mit den wirtschaftlichen Großthaten des seligen Herrn Caprivi in Zusammenhang bringt. Nicht uninteressant war auch das Feuilleton der ‚Wiener Allgemeinen‘. Herr Salten hat zwar für zionistische Blätter gearbeitet; aber Heine gegen-

über ruft er wehklagend aus: »Die Rassentheorie besitzen wir jetzt, und aus dem Blut heraus werden Zusammengehörigkeiten construiert.« Auch dass man »Gesinnungen« haben muss und dass das »Volk systematisch von Heine wegerzogen« wird, geht ihm wider den Strich. Und wer sind denn diese Leute, die bei uns Literaturgeschichte schreiben? »Papierseelen, die in den Classikern herumplätschern« . . . Das macht aber alles nichts. Man wird doch den großen Mann feiern, »dessen hundertster Geburtstag heute wiederkehrt«. Nach alledem ist es kein Wunder, wenn, wie der festliche Feuilletonist versichert, »der Todte in seinem Grabe auf dem Montmartre-Friedhof sehr lebendig ist«. Ich weiß schon, was soll es bedeuten . . .

L. Kn., cand. med. Ich danke für Ihren freundlichen Eifer, kann Ihnen aber nicht sagen, wie der Herr heißt, und muss ehrlich gestehen, dass ich Ihre Empörung nicht theile. Von einem Montagblatte angegriffen, ist fast so ehrenvoll wie von einem Tagesblatte todtgeschwiegen zu werden. Ueberdies kann ich mit dem Conterfei ganz zufrieden sein. Hören Sie nur: »Das alltägliche glatte Gesicht auf dem etwas großen Kopfe zwischen hohen Schultern, an denen überlange Arme gemessen agieren . . . « Dass die Herren, die das große Schweigen der Wiener Presse muthig unterbrechen und zum Angriff auf meine Person ausholen, nicht Deutsch können, ist eine alte Erfahrung. Aber bezeichnend ist es jedenfalls, dass mir, der ich so vielen Männern der Feder unaufhörlich lange Finger nachsage, bloß lange Arme nachgewiesen werden können. Ferner macht mir der Angreifer einen Vorwurf daraus, dass er mich »noch nie erregt gesehen« hat. Nun begreife ich ja, dass der Redacteur eines zionistischen Montagblattes Erregung durch lebhaftes Gestikulieren der Hände auszudrücken gewohnt ist. Aber er sollte doch gegen den Nebenmenschen, dessen Arme »gemessen agieren«, etwas toleranter sein. Und vollends hart klingt sein literarisches Urtheil. Welcher Art ist das Interesse des Publicums für die ‚Fackel'? »Man wälzt sich behaglich in dem Tümpel, welchen Klatsch und eine scharfe Zunge dem scandallüsternen Großstädter immer bereiten.« Ja, so ist es und nicht anders; der Klatsch und eine scharfe Zunge bereiten dem Publicum einen Tümpel, in dem es sich dann wälzt. Die Zunge gehört aber offenbar zu dem gewissen Gesichte, dass auf einem etwas großen Kopf sich befindet . . .

X. Wie es kommt, dass die ‚Neue Freie Presse' so rasch den Bericht über die Audienz des Rabbiners Kisch bringen konnte? Der Rabbiner hatte gefragt, ob er die gnädigen Worte des Kaisers seinen Glaubensgenossen mittheilen dürfe. Er erhielt die Bewilligung dazu und gieng, wie begreiflich, schnurstracks in die Fichtegasse, woselbst das — Organ der Deutschen in Oesterreich etabliert ist.

Veritas. Ich bin natürlich bereit, auch in diesen von falscher Prüderie sorgsam behüteten Winkel hineinzuleuchten. Nur scheinen mir allgemein gehaltene Klagen nutzlos und überflüssig, wo eine kurze Anzeige an die Staatsanwaltschaft Abhilfe schaffen könnte.

Sie theilen mir mit, dass Ihre zwölfjährige Tochter, die eine Bürgerschule besucht, neulich ganz aufgeregt nach Hause kam und betheuerte: »Mutter, in der Schule lernen wir nichts Gutes! Unsere Herren Lehrer sprechen solche Schweinereien, dass wir uns schämen müssen«; die »großen, hübschen Mädchen« würden in augenfälliger Weise bevorzugt u. s. w. — — Sie müssten einfach die Namen der freundlichen Jugendbildner der Oeffentlichkeit bekanntgeben. Der Staatsanwalt, der bisher gewiss nicht geglaubt hat, dass »so etwas vorkommen kann«, würde sich dann für das Schicksal der Kleinen in Haus und Schule, für Misshandlungen wie übertriebene Zärtlichkeiten an Kindern interessieren. Summarische Vorwürfe sind wertlos, und die Gesammtheit der ohnedies hart kämpfenden Wiener Lehrer hat ein Recht, die Namen der Schänder ihres Standes zu erfahren. Dann bedarf es nicht mehr der Aufsichtsdame, die nach Ihrem launigen Vorschlag einem jeden der Herren während der Unterrichtsstunde an die Seite zu setzen wäre, — Herr v. Kleeborn wird sich ein Vergnügen daraus machen, dies Amt zu übernehmen.

Paula. Besten Dank, aber — »kluge« Urtheile über Lyrik taugen nichts.

Dr. Hugo M. Ich habe keine Zeit und Gelegenheit, der Sache nachzugehen. Mittheilungen über diesen oder jenen Banditen, der sich durch seine volkswirtschaftliche Thätigkeit ein ansehnliches Zwischen den Zeilen-Honorar erspart hat, sind mir immer willkommen. Nur mögen Sie bedenken, dass es nicht meine Aufgabe sein kann, »unser« Pressbureau von allen Subjecten zu befreien. Eclatante und nachweisbare Fälle von Erpressung werden von mir jederzeit »thunlichst« berücksichtigt werden.

Mehrere höhere Töchter. Wer ist der treffliche Pägagog, der in die Vorträge über deutsche Literatur seine Ansichten über die Ehe und zugleich »praktische Rathschläge« flicht? Wenn er sich nächstens wieder einmal bei der Lecture eines Classikers als Agent eines Heiratsvermittlungsbureaus bewähren sollte, dann versäumen Sie nicht, die interessanten Stellen seines Vortrages mitzustenographieren und mir sodann eine Abschrift zu übersenden.

»Ein treuer Abonnent.« Bitte um Ihren Namen; dann erfolgt Antwort bezüglich der Chiffre.

Herrn P. W. Sie müssten mir vorher Ihren Namen nennen und vorher die Beweise für eine so schwere Beschuldigung erbringen. Dann mit Vergnügen.

Den zahlreichen wohlmeinenden Briefstellern und allen Sendern stets willkommener Mittheilungen meinen besten Dank, den ich diesmal und in Zukunft Zeitmangels halber nicht mehr an einzelne Chiffren vertheilen kann.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

DIE FACKEL

NR. 27 WIEN, ENDE DECEMBER 1899

MAN MUSS SICH TODT MELDEN.

Geehrter Herr Kraus! Montag den 25. December, früh, schrieb ich eine für Sie bestimmte Nachtragszuschrift, die mit den Worten schloss: »Wenn nicht baldigst energisch Wandel geschafft wird, prophezeie ich für die nächste Zeit, insbesondere bei Witterungsumschlägen, eine Reihe von Unglücksfällen auf der Südbahn. Dass sie auch alle dem Zeitungspublicum bekannt werden, kann ich nicht ebenso sicher behaupten.«

Nachmittags las ich die Bestätigung meiner Vorhersage, und der Bericht eines Augenzeugen, eines Passagiers jenes Eilzugs, der bei Kalsdorf verunglückte, ward mir ein neuer, geradezu schauerlicher Beleg für all das, was ich Ihnen in meinem ersten Artikel geschrieben. In Kalsdorf sollen noch die Trümmer des 24 Stunden vorher dort entgleisten Lastzuges umhergelegen sein. Man soll gar nicht recht gewusst haben, dass der Schnellzug zu erwarten sei — mit einem Wort: Confusion in der Betriebsführung. Bei Marburg versagte die Vacuumbremse: Untüchtige Maschinen. In dem verunglückten Schnellzug ist kein Verbandzeug, kein Instrument zur Freimachung des einen Verletzten zu finden, in dem Ambulanzwagen ist statt Heißluftröhren ein kleiner eiserner Ofen angebracht: Gleichgiltigkeit gegen das Leben der Bediensteten. Wohin man sieht, sträfliche, verbrecherische Nachlässigkeit und Unterlassung. Freilich nach der entsetzlichen Verstümmelung

des Postconducteurs Zatka und des Locomotivführers Brichta (beide sollen schon todt sein) ward dem Publicum ein beruhigender Trost gespendet: Der Verkehrsdirector der Südbahn, kaiserlicher Rath Casper, hat sich behufs Vornahme der nöthigen Erhebungen an Ort und Stelle begeben.

Was er herausbringen wird? Ich möchte wetten, dass der todte Locomotivführer Brichta an allem schuld sein wird oder irgendein armer Wächter mit 24 Stunden Dienstzeit. Aber den Gedanken schlage sich Herr Casper aus dem Kopfe, dass man ihm dieses Resultat seiner »Erhebungen« glauben wird. Man weiß heute ganz genau, wo die Schuldigen zu suchen sind. Wenn gar nichts Anderes, so hatte mein Artikel, dessen Richtigkeit nun in so furchtbarer Weise nachgewiesen wurde, auf die wahrhaft Schuldigen hingezeigt. Man hatte nach seinem Erscheinen gar keine Ausrede mehr, man kannte genau die Ursachen aller Gefahr, und es hieß mit vollem Bewusstsein sich des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens (§ 335 St. G.) durch eine Unterlassung der gebotenen Vorsichtsmaßregeln schuldig machen, wenn man auf dieser Strecke, auf der der Tod in jedem Winkel, an jeder Weiche, an jeder Maschinenschraube lauert, die Züge, insbesondere zur Weihnachtszeit, wo der Verkehr schon an sich riesig steigt, fahren ließ, ohne auch nur die geringste Aenderung an den bestehenden, mörderischen Einrichtungen zu treffen. Die Schuldigen — dies möge sich nicht bloß Herr Casper ad notam nehmen — sind in erster Linie die Verwaltungsräthe der Südbahn, in Wien also die Herren:

Johann Freiherr v. Chlumecky, Excellenz, Präsident,
Graf Th. Széchényi, Excellenz, Vicepräsident,
Robert Biedermann v. Turóny,
Graf Marcus Bombelles sen.,
A. Graf Ceschi a Santa Croce, Excellenz,
Alfred v. Haber,
Alexander Mérey v. Kaposmére, Excellenz,

Elek Baron Nopcsa,
Albert Freiherr v. Rothschild,
Dr. Leonh. v. Schweigert,
Ladislaus v. Tisza,
Graf Maxim. Trauttmansdorff-Weinsberg,
Ludwig Wollheim, Excellenz.

Alle diese Herren sind mit strengem Arrest von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu bestrafen, da ihre Sparsamkeit das Einstellen der nöthigen Anzahl von Bediensteten und Beamten, die Ausgestaltung der Bahnhöfe, die Vermehrung der Geleiseanlagen, die Einführung der nöthigen technischen Sicherheitsvorkehrungen u. s. w. verhindert hat, — Unterlassungen, die »schon nach ihren natürlichen für jedermann leicht erkennbaren Folgen« den Tod zweier Menschen herbeiführen konnten und wahrscheinlich inzwischen thatsächlich schon herbeigeführt haben.

In den oben angeführten Namen haben Sie zugleich eine der plausibelsten Erklärungen dafür, dass der Herr Staatsanwalt lieber bei Trödlern nach anstößigen Bildern Umschau hält, als dass er in die Mördergrube, Südbahn genannt, hineinstiege und dort Musterung hielte. Denn abgesehen davon, dass Bilder mit nackten Weibern das Heil der Seele gefährden, während man auf der Südbahn höchstens eine Beschädigung des sündigen Leibes riskiert, — wird doch ein österreichischer k. k. Staatsanwalt nicht so taktlos sein, seine Hand auf einen Grafen Th. Széchényi, Excellenz, einen Johann Freih. v. Chlumecky, Excellenz, oder gar einen Albert Freih. v. Rothschild zu legen! Von den drei anderen Rothschilden, die in Paris und London noch dem Verwaltungsrath der Südbahn angehören (Alfons, Gustav und Lord Rothschild), will ich gar nicht sprechen. So lässt uns denn das bekannte Taktgefühl unserer öffentlichen Ankläger eine Reihe weiterer Katastrophen auf der Südbahn erwarten.

Noch mag vielleicht eine kleine Geschichte aus diesen Tagen erklären, warum in dieser Sache nichts

geschieht: Nach dem Kalsdorfer Zusammenstoß erhielten die Montagblätter zuerst eine officielle Nachricht, vom Correspondenzbureau, worin es hieß, dass »einige Passagiere leicht verletzt« seien. Auf dem Fuße folgte ein Communiqué der Südbahndirection, die dringend um Abdruck bat; darin war von verletzten Passagieren kein Wort zu lesen. Das ist's, womit die löbliche Südbahnverwaltung rechnet. Solange es nur Bedienstete sind, die bei den Unfällen um ihre geraden Glieder kommen, hat's keine Gefahr; da beruhigt sich das Publicum leicht, das gehört sozusagen zu den Betriebseinrichtungen der Südbahn. Fühlte man sich nicht beinahe versucht zu wünschen, dass einmal auch ein höherer Herr, so eine Excellenz, die Segnungen dieser Betriebseinrichtungen zu spüren bekäme? Nein, man erschrickt förmlich, wenn solch ein entsetzlicher, hässlicher Gedanke sich in die Seele drängt; aber um wie viel weniger entsetzlich und hässlich ist es denn, wenn die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien mit verschränkten Armen zusieht, wie Tag für Tag armen, kinderreichen Bediensteten die Glieder gebrochen, zerschmettert, zersägt werden; wenn die Staatsbehörden nicht die leisesten Anstalten treffen, um der mörderischen Schlamperei Einhalt zu gebieten? Aber einmal könnten sich die Herren vielleicht doch irren. So pedantisch ist diese Schlamperei nicht, dass sie vor großen Herren einen unbedingten Respect hätte...

Seit dieser Unglücksnacht mehren sich die mir zukommenden Berichte über Katastrophen auf der Südbahn. Ich selbst hätte in der Vorwoche leicht das Opfer einer solchen werden können: Der Schnellzug Nr. 5, mit dem ich am 21. d. M., vormittags, mit $2^1/_2$stündiger Verspätung nach Wiener-Neustadt kam, war dort wegen falscher telegraphischer Meldung um eine Stunde später erwartet worden, weshalb auch ein Lastzug auf die Strecke abgelassen worden war. Unser Zug fährt ab. Plötzlich wird »Vacuum gegeben«, der Zug steht still. Er hat den gemüthlich vor ihm herbummelnden

Lastzug eingeholt. Das Manöver wiederholt sich. Wäre, was bei der jetzigen Jahreszeit leicht möglich ist, Nebel eingetreten (siehe Kalsdorf), so wäre unser Zug unfehlbar in den Lastzug hineingefahren und mein Wagen, der erste der Personenwaggons, vielleicht in Stücke zersplittert worden; — im Nebencoupé aber lachte und scherzte eine fröhliche Gesellschaft.

Und so weiter. Jede Südbahnfahrt ist ein selbstmörderisches Beginnen. Das Personal ist muthlos, ängstlich und zu Tode erschreckt. Nichts functioniert mehr regelmäßig. Zwei haben sich schon todt gemeldet. Wer wird der nächste sein?

Ich frage im Namen des reisenden Publicums den Staatsanwalt, was er zu thun gedenkt, um uns vor unserer Hinopferung zu Gunsten der Tantièmen der Herren Chlumecky und Széchényi zu schützen. Auf unser Leben gestehen wir den Südbahnactionären kein Recht und Lord Rothschild kein Prioritätenrecht zu.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Noch eines. Gewissenhafte Kritiker haben mir nach dem ersten Artikel die »17 Millionen Reingewinn« vorgeworfen. Es sei dies ungerecht, da doch die Südbahn eine anerkannt schlechtrentierende Unternehmung sei und die Actionäre bloß einen Franc Dividende erhalten. Der eine Franc stimmt. Nichtsdestoweniger bleiben die 17 Millionen richtig. Denn der Betriebsnettoertrag (d. i. der Ueberschuss der Betriebseinnahmen [38,735.840 fl.] über die Gesammtausgaben [20,907.549 fl.]) beträgt 17,828.291 fl., wozu noch weitere Einnahmen aus Renten und Annuitäten für die Abtretung von Bahnstrecken, Erträgnis von Pachtbahnen, Vergütung für die Betriebführung fremder Bahnen, Reinerträgnis von Berg- und Hüttenwerken, Domänen etc. im Betrage von 560.159 fl. kommen, so dass der Reingewinn ohne diese letztere Summe immerhin 3·58 Procent des »verwendeten« Anlagecapitals von 499,866.706 fl. beträgt.

Der »verfügbare Jahresertrag« wurde unter anderem in folgender Weise verwendet:

Beiträge zu den Reserve- und Erneuerungsfonds	370.496 fl.
Zinsen und Dividenden der Stamm- und Prioritätsactien	648.709 fl.
Zinsen der Prioritätsobligationen	11,408.851 fl.
Tilgung von Actien	98.764 fl.
Tilgung von Prioritätsobligationen . .	2,104.704 fl.

Die Erklärung des einen Franc liegt in der Riesensumme von 11½ Millionen Zinsen für Prioritätsobligationen.

Wenn die Großactionäre à la Rothschild und die Schwindelgründer à la Bontoux es verstanden haben, sich und ihren Freunden den Löwenantheil an dem Ertrage zu sichern, so dass den Späterkommenden der magere Knochen einer Dividende von 1·10 Procent des Actiencapitals bleibt, so ist das eine Angelegenheit, die die Herren untereinander ausmachen mögen; das Mitleid des Publicums anzurufen haben sie keinen Grund, denn die Bahn trägt den bürgerlichen Gewinn von 3·58 Procent, d. i. beinahe 18 Millionen jährlich, sie rentiert sich also. Aber wenn selbst der Gewinn geringer, ja, wenn ein Deficit zu constatieren wäre — —: Ich erlaube mir, den gewissenhaften Kritikern folgende Erwägung anheimzustellen: In der Thurygasse steht ein Haus. Das Publicum, die Polizei, das Stadtbauamt wissen, dass die Dippelbäume verfault, die Traversen zu schwach sind, die ganze Construction verfehlt ist. Käme nun jemand daher und sagte den Bewohnern: »Zieht aus, denn das Haus wird Euch nächstens über dem Kopfe zusammenstürzen,« was würden die Kritiker sagen, wenn da ein anderer jammerte: »Aber das ist ja ungerecht, der arme Hausherr verdient bloß 1000 fl. an dem Haus.« ...

Die Gottwerdung des Geldes ist ja zweifellos der oberste Glaubenssatz der capitalistischen Religion; aber muss sie denn so asketisch streng beobachtet werden, dass man ihr bewusst Tausende von Menschenleben opfert?

Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Die Prophezeiung des Verfassers hat sich erfüllt, aber auch mit seinem Zweifel, ob das Publicum alles erfahren werde, sollte er recht behalten. Denn über ein Südbahnunglück, das sich zuguterletzt noch in der Gegend von Steinbrück ereignet hat, haben die Tagesblätter nicht ein Sterbenswörtchen gebracht. Kalsdorf ließ sich nicht vertuschen; die zweieinhalb Millionen, die im Postwaggon zugrunde giengen, haben sogar auf die Börse Eindruck gemacht. Aber hat nicht dasjenige Blatt, das den Wienern, die etwas zu verschweigen haben, immer noch am theuersten ist, hat nicht die ‚Neue Freie Presse' für die Schmerzen, die sie der Südbahngesellschaft zufügen musste, allsogleich eine andere Unternehmung entschädigt? Die Kalsdorfer Unheilsbotschaft war nicht zu unterdrücken, aber um sein wirtschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen, konnte das Blatt die Reihe der schreckensreichen Depeschen mit einer hoffnungsvollen und zukunftsfrohen Reclamenotiz für eine Unfallversicherungsgesellschaft abschließen. Kein Wort des Tadels gegen die Südbahnverbrecher, aber die eindringliche Empfehlung, sich gegen Todesfälle zu versichern und »in allen größeren Wechselstuben« Polizzen zu kaufen. Schamloser ist Unglück nie bewuchert, rascher der freie Richter der Oeffentlichkeit nie von dem bezahlten Agenten eines Privatunternehmens abgelöst worden, als in der bewussten Mittwoch-Nummer der ‚Neuen Freien Presse'.

Was die Südbahn anlangt und die Vorkehrungen, die man gegen sie zu treffen haben wird, so verzichte ich für meine Person gern auf die Bestrafung der Chlumecky und Rothschild, für die als erschwerend angenommen werden müsste, dass sie bereits mehrfach nicht vorbestraft sind. Ich würde mich damit begnügen, dass man augenblicklich den Verkehr auf der Südbahn einstellt. Ich bin ernstlich dafür, dass man uns die Verwaltungsräthe nicht früher einsperrt, bevor zumindest die Sequestrierung der Bahn vollzogen ist. Was liegt an den Nachtheilen, die dem österreichischen

Handel für einige Zeit erwachsen müssten. Die Waren, die man der Südbahn nicht anvertraut, verbrennen nicht, und um der reichsdeutschen Phrase: »Wir stehen im Zeichen des Verkehres«, ein Paroli zu bieten, kann ja der Oesterreicher, eine Epoche überschauend, am Ausgang des Jahrhunderts ohnehin in die Worte ausbrechen: »Wir stehen im Zeichen der Verkehrsstörung!« .... Einstellung, dann in Gottes Namen Verhaftung! Aber nur: damit zwischen den verkohlten Beinen eines sterbenden Conducteurs, die er unter brennenden Postpaketen nicht hervorziehen konnte, und dem völlig freien Fuß eines Verwaltungsraths nicht ein so grimmer Contrast bestehe!

Vom zweiten Geleise.

Geehrter Herr! Mit dem größten Interesse habe ich die Ausführungen der ‚Fackel‘ über die Missstände bei der Südbahn gelesen. Insbesondere ist es aber ein Punkt, an den anzuknüpfen ich mir hier erlauben möchte. Ich meine die im »Fall 13« erwähnte Unterlassung der Legung des zweiten Geleises auf der Tiroler Linie.

Als im Jahre 1866 die Brennerbahn gebaut wurde, hatte man in richtiger Erkenntnis der Bedeutung dieses Schienenweges — er bildet eine der wichtigsten Meridionalverbindungen des Continents — bei der Anlage des Unterbaues durchwegs (die Kunstbauten inbegriffen) die Legung eines Doppelgeleises vorgesehen, den damals dürftigen Verkehrsverhältnissen entsprechend jedoch zunächst nur ein Geleise wirklich ausgeführt. Mit der zunehmenden Verkehrsdichte hielt aber der Ausbau des Doppelgeleises keineswegs gleichen Schritt. So erhielt z. B. die überaus stark befahrene Péage-Strecke Wörgl—Innsbruck erst im Jahre 1891 das zweite Geleise, wiewohl

dies doch gleich nach Eröffnung der Arlbergbahn am Platz gewesen wäre. Die ebenfalls sehr wichtige Strecke Wörgl—Kufstein entbehrt noch jetzt des zweiten Geleises. Auf der eigentlichen Gebirgsstrecke südlich von Innsbruck bis Brixen wechseln derzeit ein- und zweigeleisige Strecken in buntem Gemisch miteinander ab; wie vortheilhaft solch eine Anordnung für die glatte Abwickelung eines Massenverkehrs ist, wird doch jedermann einleuchten!

Damit nicht die Meinung platzgreife, alle anderen Eisenbahnen Oesterreichs könnten der Südbahn als Muster hingestellt werden, sei nunmehr auf Folgendes hingewiesen. In der ersten Hälfte des Jahres 1896(!) beschloss der Staat, die Westbahn — ebenfalls eine Weltverkehrslinie — ihrer Bedeutung gemäß der ganzen Länge nach von Wien bis Salzburg mit einem Doppelgeleise auszustatten; bis dahin lag ein solches nämlich nur auf der Strecke Wien—Wels. Vom Abgeordnetenhause wurde damals für diesen Zweck der Betrag von fl. 2,000.000 bewilligt, und es sollte mit den Arbeiten sogleich begonnen werden; zu deren Weiterführung wurde im Frühjahre 1897 ein Nachtragscredit von fl. 500.000 genehmigt. Als ich im Juli 1898 nach Salzburg fuhr, konnte ich mit Staunen wahrnehmen, dass zwei Jahre nach dem angeblichen Baubeginne kaum zehn Kilometer des neuen Geleises gelegt waren. Heuer im August fuhr ich wieder nach Salzburg und konnte constatieren, dass das zweite Geleise schon bis Breitenschützing — 21 Kilometer von Wels — gediehen war; außerdem lagen in einigen Stationen ein paar Stöße Schienen und sonstiges Oberbaumaterial »in Bereitschaft«. Das war alles. Zu dieser technischen Großthat waren also drei Jahre und $2^1/_2$ Millionen erforderlich; Rechnung wurde dem Parlament freilich nicht gelegt . . . .

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass die österreichisch-ungarische Staatseisenbahn-Gesellschaft auf dem durchwegs für Doppelgeleise gebauten Bahnkörper zwischen Brünn und Stadlau, zwischen Wien und Bruck an der Leitha nur ein Geleise liegen hat, dass trotz allen Mahnungen seitens der Regierung bei der Nordwestbahn das zweite Geleise nicht von selbst wachsen will, und dass nach langem Zögern der Staat sich heuer endlich entschloss, das Doppelgeleise der Franz Josefsbahn von Tulln bis Absdorf, also um volle zehn Kilometer, zu verlängern.

Ein Techniker.

* * *

Der freundliche Herr, dessen anticorruptionistische Komödie »Onkel Toni« neulich den ungetheilten Beifall der Schrankenfirmen im Parket und der Coulissiers auf den Gallerien des Deutschen Volkstheaters fand, hat sich durch seine Thätigkeit als Chef des Freikartenbureaus der Südbahn in den maßgebenden literarischen Kreisen Wiens seit langem ernste Beachtung verschafft. Zu einer Zeit, da die Generaldirection der k. k. Staatsbahnen immer »staatsmännischer« in der Bewilligung von Freikarten wurde, eröffnete C. Karlweis der Literatur unter zahlreichen anderen neuen Bahnen in erster Linie die Südbahn. Unsere ganze Literatur nahm nun eine andere Richtung; zumeist die über Marburg—Villach nach Tirol, häufig auch über St. Peter nach Abbazia. In letzter Zeit hat die Literaturbewegung nach Abbazia—Lovrana einen solchen Umfang angenommen, dass die Coupés I. Classe mit Reportern geradezu überfüllt sind und das reisende Publicum anderen Wagenclassen den Vorzug gibt. »Bahn — frei!« lautet jetzt die Parole für unsere junge Literatur. Einer der eifrigsten Verfechter der neuen Richtung ist dort unten so acclimatisiert, dass ihm, der einstmals als Lyriker ausschließlich die hektischen Schlanken liebte, für seine Zweideutigkeiten jetzt nur mehr am Busen der Adria die richtige Inspiration kommt .....

Die Verehrung, welche die literarische Welt für den Oberinspector der Südbahn C. Weiß erfüllt, lässt in der Würdigung des dramatischen Schriftstellers Karlweis keine unnütze Härte aufkommen. Wenn unsere Kritiker scheinbar einem seiner dramatischen Werke volle Aufmerksamkeit schenken, thut sich vor ihren Augen in Wirklichkeit der Quarnero in seiner Unermesslichkeit auf, die Worte auf der Bühne können das Rauschen der Cypressen und Pinien in ihren Ohren nicht übertönen, und wenn Herr Bahr einmal über Karlweis schreibt: »So hoch und rein haben wir ihn noch nie gesehen«, so meint er selbstverständlich den italienischen Himmel,

den man ohne Karlweis' Vermittlung freilich nicht gratis sehen kann. Dass es diesem Bühnenschriftsteller, wenn er die Leute auf die Südbahn schickt, nur darum zu thun sei, seine Rivalen auf die rascheste Art aus dem Wege zu räumen, darf niemand behaupten. Eines aber muss der unparteiischeste Kritiker dem Dichter lassen: Er hat einen neuen Zug in die Literatur gebracht, und zu allgemeinem Nutz und Frommen sei hier mitgetheilt, dass dieser Zug um 7.30 früh ab Wien Südbahnhof geht, dass er — wenn kein Unglück und keine Verspätung eintritt — um 10.45 abends in Mattuglie—Abbazia ankommt, und dass es sich empfiehlt, in Mattuglie zu übernachten. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Diese scheinbar so heitere Sache hat aber einen tiefernsten Hintergrund. Soweit die Freikarten an Journalisten nur dazu dienen, einen in seiner Sphäre ganz emsigen Schriftsteller mit allen Garantien literarischer Unverletzlichkeit zu umgeben, hat die große Oeffentlichkeit kein Interesse daran, dass hier Gericht geübt werde; ob Herr Karlweis in die Literaturgeschichte kommt oder nicht, ist für alle Leute — außer etwa für ihn selbst — eine Frage dritter Classe. Bedenklicher erscheint die Sache erst, wenn man zu der Erkenntnis kommt, dass die Massenverschenkung von Freikarten durch die Südbahn an alle, die man jemals mit einer Feder hinterm Ohr gesehen hat, den Ausdruck der Furcht vor der gerechten Empörung des Publicums, eine offenkundige Bestechung der mittleren und kleinen Journalisten — die großen haben ja Pauschalien — bedeutet. Herr v. Chlumecky vertheilt Freikarten, um Schweiggelder zu ersparen, und er betraut den Wiener Aristophanes damit, weil er glaubt, dass dieser die richtige Auswahl treffen wird .....

Mein Gewährsmann theilte mir auch mit, dass er zur Zeit des großen Eisenbahnunglückes bei Klagenfurt in einem Gebirgsdörfchen Tirols geweilt hat. Fast

jeder der Sommergäste hatte einen Freund oder Verwandten in dem verunglückten Zuge gehabt, der Stationschef wurde mit Anfragen bestürmt und gab mit trauriger Miene die officielle Auskunft, dass die Zahl der Todten bereits sieben betrage. Denselben Tag noch wurden zwei Leichen durch den Ort nach Bayern geführt. Die Wiener Tagesblätter wollten jedoch über die für größere Eisenbahnkatastrophen ein- für allemal vereinbarte Maximalzahl von 3 bis 4 Leichen nicht hinausgehen, und wenn die Todten aus Bayern nicht einstens auferstehen, wird man ihre Namen nie erfahren. Die ‚Neue Freie Presse' gefiel sich, wie schon einmal hier bemerkt war, ausnahmsweise im Lebendigschweigen .... Zur selben Zeit weilte ein ganzes Corps von Wiener Schmöcken im Ampezzothale, — in Landro, Ospitale etc.... Und diese Kerle, für die das Erschnappen von Nachrichten, und seien sie auch noch so privater Natur, für die die Erschnüffelung eines Ehebruchs in einem Curorte (siehe ‚Neues Wiener Journal') Ziel und Wesen der Presse bedeutet, — sie zuckten kalt die Achseln und dachten wahrscheinlich: »Der Karlweis hat gegeben, wir haben genommen, der ‚Onkel Toni', der im Winter im Volkstheater ‚drankommen' wird, sei gelobt.«

*

Dies hat sich jedenfalls auch Herr Hans Arnold Schwer vom ‚Deutschen Volksblatt' gedacht. Er begibt sich, wie mir versichert wird, jeden Moment zur Erholung von den jeweiligen Ritualmordstrapazen erster Classe nach Abbazia. In dieser Gewöhnung unterscheidet er sich von seinen liberalen Collegen am Ende bloß durch ein Separatcoupé. Nach Polna gab's nur Freikarten zweiter Classe. Wie mag Herr Schwer bedauert haben, dass auf der Südbahnstrecke keine Ritualmorde vorkommen!

Die Verhandlung über das Kirchenbau-Anlehen der Stadt Wien, die jüngst vor dem Verwaltungsgerichtshofe stattgefunden hat, verdiente wohl größere Beachtung, als ihr die Oeffentlichkeit geschenkt hat. Der Streitgegenstand freilich und das Auftreten der eigentlichen Processparteien lässt uns ziemlich gleichgiltig. Wenn Herr Lucian Brunner, der Großactionär der Schweizer Bahnen und unermüdliche Vorkämpfer von Ghetto-Wien, wieder einmal das Banner der Freiheit, die sie jenseits des Donaucanals meinen, entrollt; wenn Herr Dr. Ofner wieder einmal Selbstverständlichkeiten mit jenem Raffinement juristischer Kritik entwickelt, das, an den Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe so oft bewährt, ihm in Collegenkreisen den Beinamen »der alleroberste Gerichtshof« eingetragen hat, so ist das weiter kein Anlass zur Verwunderung. Und das Schauspiel, dass der treffliche Jurist Pattai im Parteidienste eine juristische Position vertheidigt, deren Unhaltbarkeit ihm selbst völlig klar ist, haben wir nun schon oft genug erlebt. Mitanzuhören, wie dieser Mann es zustande bringt, in einer Viertelstunde weitblickend und borniert, geistreich und trivial, sentimental und frivol, als Betbruder und als Freigeist zu sprechen, mag immerhin noch den Aesthetiker fesseln.

Weit anziehender ist das Auftreten eines dritten Streittheiles, der auf gar seltsame Weise in den Process hineinkam. Dem Verwaltungsgerichtshof, der seiner Entscheidung in dieser Angelegenheit wiederholt, und erst vor wenigen Monaten neuerlich, präjudiciert hatte, war vor den Consequenzen seiner Consequenz bange geworden. Dass im jetzigen Process nicht der Mitschöpfer der kirchenpolitischen Gesetze, der Freiherr v. Lemayer, sondern der clericale Graf Schönborn den Vorsitz übernahm, war ein erstes Anzeichen davon. Aber man brauchte auch einen Juristen, der durch seine Interpretationskunst die Schwierigkeiten beseitigen konnte, die die unbe-

quemen Paragraphe der Gesetze hier wie so oft den Urtheilssprüchen, die man fällen will, in den Weg legen. Da wurde denn das Ministerium für Cultus und Unterricht aufgefordert, einen Vertreter zu entsenden. Und als solcher erschien der Hofrath Dr. Max Ritter v. Hussarek. Ich kann es mir nicht versagen, diesen interessanten Typus des modernen österreichischen Beamten ein wenig näher zu betrachten.

Antiquierte Menschen können sich einen Hofrath noch immer nicht anders denn als einen alten, missvergnügten, unter staubigen Acten grau gewordenen Mann vorstellen. Aber diese Anschauung ist längst überholt. In unseren Tagen kann man die graziösesten Herrchen, die die prächtigsten Vortänzer bei Quadrillen und Cotillons abgeben können, als Hofräthe in den Salons und Tanzsälen, ja sogar dann und wann in ihren Bureaux auftauchen sehen. Naive Seelen werden vielleicht glauben, dass man in Oesterreich bei der Besetzung von höheren Aemtern nicht so sehr auf das Alter als auf die persönlichen Verdienste der Bewerber sieht. Die weniger Naiven behaupten aber, dass diese Erscheinung dem Nepotismus zuzuschreiben sei, der liebevoll die Missethaten der Väter gegen den Staat durch Wohlthaten vergilt, die den Söhnen erwiesen werden.

Hofrath Hussarek gehört nun durchaus nicht zu den gewöhnlichen Nepoten. Als Sohn eines in den Ruhestand getretenen Generalmajors hatte er zwar Anspruch auf verschiedene Stipendien und Freiplätze, aber zum »providentiellen« Staatsmann fehlte ihm die eheliche oder uneheliche Abstammung von einem Grafen. Da also die Mühe, die der wackere Mann gehabt, um geboren zu werden, sich nur theilweise rentiert hatte, musste er sich neuerlich bemühen, wenn er mehr werden wollte, als ein simpler Beamter; und diesmal hatte er besseren Erfolg.

Vor allem ward ihm als Zögling des Theresianum das Glück zutheil, schon in jungen Jahren den »öster-

reichischen« Geist in seiner reinsten Form in sich aufzunehmen. Die köstliche »theresianische« Luft — man sollte sie eigentlich »francisceische« nennen, denn seit Franz I. Zeiten ward das Haus nicht mehr gelüftet, und seither ist kein frischer Hauch in seine Räume gedrungen — machte den jungen Hussarek stark und widerstandsfähig gegen die Infectionskeime der Ideen, die unsere Zeit beherrschen. Bald sollte er denn auch Gelegenheit finden, seine specifisch österreichischen Talente zu bethätigen. Nach Absolvierung seiner Universitätsstudien wurde er Präfect am Theresianum. In dieser Stellung entfaltete er nun eine rege Thätigkeit auf dem Gebiete der »theresianischen Polizei«. Zum Unterschied von seinem lässigen Vorgänger im Amte wusste er mit genialem Spürsinn und rücksichtsloser Strenge herauszubringen, welcher unter seinen Zöglingen andere als patriotische Bücher zu lesen oder andere als behördlich genehmigte Ansichten auszusprechen gewagt hatte. Dieses Polizistentalent des jungen Hussarek hat in Herrn v. Gautsch, der damals Director des Theresianum war, einen verständnisvollen Schätzer gefunden, der ihm Gelegenheit bot, an größeren Aufgaben zu reifen. Hussarek wurde zum Erzieher des egyptischen Erbprinzen bestellt.

Diesen armen Erbprinzen hat man vor ungefähr zwölf Jahren aus Afrika ins Theresianum gebracht, um ihn vor den schädlichen Einflüssen der modernen Cultur, die in seinem Vaterlande vordringt, zu retten. Dr. Hussarek schien nicht nur zu diesem guten Werke befähigt, sondern man konnte noch höhere Leistungen von ihm erwarten. Schon damals hatte er sich durch seine Arbeiten auf dem Gebiete des katholischen Kirchenrechtes in der Juristenabtheilung des Theresianum einen Weltruf erworben. Außerdem besuchte er fleißig die Kirche, gieng regelmäßig zur Beichte und unternahm sogar Wallfahrten. Insgeheim mochte man ihm daher zutrauen, dass er

den Prinzen zur alleinseligmachenden Kirche bekehren werde. Dies geschah nun freilich nicht. Der Prinz hatte keinen Geschmack an den Vorträgen seines Erziehers gefunden; der Extract aus päpstlichen Decretalen und österreichischen Polizeiverordnungen wollte dem armen Zögling nicht munden. Schließlich hat aber doch Hussarek gesiegt, und der Prinz ergriff die Flucht nach Egypten. Der Versuch, einen Mohamedaner zum Katholicismus zu bekehren, war missglückt. Ob es gelungen ist, für die österreichischen Polizei-Einrichtungen einen Proselyten zu machen, bleibt abzuwarten. Sollte in Hinkunft Egypten mit einer Polizei nach österreichischem Muster beglückt werden, so wäre das ein unbestreitbares Verdienst Hussareks.

Nicht ganz so unbestritten sind seine Verdienste auf dem Gebiete des Kirchenrechts, für die er seither eine Universitätsprofessur erhalten hat. Allerdings hat auf einem Felde, das so wenig Geistesarbeiter bebauen, der Mann, dessen Schlauheit bisweilen zur juristischen Feinheit sich steigert, manche wohlgerathene Frucht zu ziehen verstanden. Aber sein Ehrgeiz strebte höher. Kaum hatte Herr Gautsch sich im Ministerium festgesetzt, so war auch schon sein Jünger Hussarek an seiner Seite. Herr Gautsch war auf der Suche nach einem Erzieher für das österreichische Volk. Wer konnte sich besser für diese Stelle eignen als Herr Hussarek? Das österreichische Volk kann seinem Erzieher nicht davonlaufen wie der egyptische Erbprinz, und so sorgt Herr Hussarek ungestört für die religiöse Erziehung in Oesterreich. Sein Streben geht vor allem dahin, dass möglichst viele Kirchen gebaut werden, und er hält dies für die eigentliche Socialpolitik.

Das ist nämlich die große Entdeckung, die der Vertreter des Ministeriums für Cultus und Unterricht dem freudig staunenden Verwaltungsgerichtshofe vorgetragen hat. Das Kirchenbauen ist nicht, wie man

bisher vielfach geglaubt hatte, eine confessionelle Angelegenheit — die fiele ja, wie der Verwaltungsgerichtshof wiederholt erkannt hat, nicht in die Competenz der Commune —, sondern eine sociale Pflicht. Wie dieser Gedanke in Herrn Hussarek gekeimt sein mag, ist leicht zu begreifen. Herr Hussarek ist in seinem Leben oft in die Kirche gegangen, er hat viel gebetet und gebeichtet; dafür wurde er aber auch mit 33 Jahren Hofrath. Ihm ist es wohlergangen auf Erden. Warum sollte es anderen Menschen weniger gut ergehen, wenn sie thäten, wie er? Darum bauet Kirchen, betet und beichtet, und es wird allen wohlergehen!

Die größte That des Mannes ist aber die Entdeckung einer neuen Methode der Gesetzesauslegung, die man als die »Methode der verschiedenen Gesichtswinkel« bezeichnen kann. Einfach und schlicht, ohne Pathos und Emphase hat er vor dem Verwaltungsgerichtshofe den großen Gedanken ausgesprochen, dass man die Gesetze unter mannigfaltigen Gesichtswinkeln betrachten könne. Jahrhunderte lang haben sich die armen Menschenkinder mit grammatikalischer und logischer Auslegung der Gesetze geplagt und damit nur selten befriedigende Resultate erzielt. Der lichtvolle Gedanke eines genialen Mannes beseitigt mit einems male alle Schwierigkeiten. Die neue Methode ist einl fach wie alles Große. Und Hofrath Hussarek hat sisogleich am concreten Fall demonstriert, indem er dae interconfessionelle Gesetz unter einem Gesichtswinker betrachtet hat, unter dem man es gar nicht mehwahrnehmen konnte. Sollte ein nächstesmal höheren Orts gewünscht werden, dass das interconfessionelle Gesetz wieder beobachtet werde, so braucht man nur den Gesichtswinkel zu ändern. Man kann also Gesetze, ohne sie aufzuheben, auf die einfachste Weise verschwinden lassen.

Ich will den Ruhm dieser Entdeckung Herrn Hussarek nicht schmälern; er mag in Hinkunft unter den größten Forschern auf dem Gebiete der Optik ge-

nannt werden. Aber es war zu befürchten, dass der Verwaltungsgerichtshof, auch wenn er den Gesichtswinkel des Vertreters des Cultusministeriums wählte, an dem Gesetze, das er nicht mehr sah, sich stoßen werde. Und sein Spruch hat denn auch diese Befürchtung gerechtfertigt. Herr Hussarek ist heute um eine Blamage und die Gemeinde Wien um zwei Millionen reicher. Ein embarras de richesse infolge solcher Bereicherung ist allerdings höchstens bei den Blamagen des Herrn Hofraths, aber schwerlich bei den Millionen der Commune zu besorgen. Man muss das Gesetz vom 7. Mai 1874, dieses Hindernis socialen Fortschritts, aus dem Wege räumen, — sonst kommt auch eine blinde Gerechtigkeit nicht darüber hinweg ......

Denn in der Beurtheilung dieses Gesetzes und seiner Folgen stimme ich mit dem Juristen Hussarek (Grundriss des Staatskirchenrechts, pag. 18 und 19) vollkommen überein. Dass das Institut der Pfarrgemeinde, das seine Wurzeln in dem Gedanken-kreise der Calvin'schen Reformation hat, dem Autoritäts- und Regimentsprincip der katholischen Kirche widerspricht; dass der durch die Ministerial-Verordnung vom 31. December 1877, die die Ortsgemeinde-Vertretungen mit der Besorgung der Angelegenheiten der Pfarrgemeinden betraut, geschaffene Rechtszustand ein unerträglicher ist, halte ich für unbestreitbar. Dass bei diesem Rechtszustande ein Lucian Brunner und Consorten über die Angelegenheiten des katholischen Cultus mitzuberathen und mitzustimmen haben, weil im Wiener Gemeinderath auch die Vertreter der zehn Procent Juden sitzen, ist sicherlich unerwünscht. Aber Herr Brunner besteht eben auf seinem Shylock-Schein, und in der Rolle des weisen Daniel, der diesen zerreißen sollte, ist jetzt Herr Hussarek durchgefallen, ebenso wie früher Herr Porzer als Porzia versagt hat. Doch ein Gesetz, das die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr dulden will, braucht man doch nicht zu umgehen; die achtzig Procent Katholiken in der öster-

reichischen Bevölkerung werden wohl auch ohne Kniffigkeiten und Künsteleien imstande sein, einen Rechtszustand, der sie befriedigt, herbeizuführen.

* * *

Wiener Strafpraxis.

Ueber die Mängel und Härten unserer Strafprocessordnung aus dem Jahre 1873, die schon bei ihrer Einführung vielfache Anachronismen aufwies, ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. In dem lieben Oesterreich herrscht nun einmal die Gepflogenheit, Gesetze erst dann einzuführen, wenn sie anderwärts schon als überlebt gelten. Wenn man diese Wahrnehmung auch auf unsere Strafprocessordnung bezieht, so hat man damit eines der besseren Producte der segensreichen liberalen Aera, die ihren Culminationspunkt bekanntlich in dem historisch gewordenen Krach- und Ausstellungsjahre erreicht hat, hinlänglich gekennzeichnet.

Gegenüber der Strafprocessordnung vom Jahre 1853 war allerdings die sogenannte »neue Strafprocessordnung« ein gewaltiger Ruck nach vorwärts, wenn auch »Bei Gefahr im Verzuge« und »In der Regel« so manche humane Bestimmung dieses Gesetzes einfach illusorisch machen. Wo sonst noch etwas zu verschlimmern war, hat die Praxis das ihre gethan. Es sind nur die in die Augen fallenden, crassesten Gesetzesverletzungen, die im Nachfolgenden mitgetheilt werden sollen.

Der § 173 St. P. O., al. 2 erklärt ausdrücklich' dass die Vorladung den Beisatz enthalten müsse, dass der Vorgeladene als Beschuldigter vernommen werden soll. In Wirklichkeit wird oft der Tric der »allgemeinen Vorladung« angewendet, d. h. aus der Vorladung ist nicht ersichtlich, ob der Vorgeladene als Zeuge oder als Beschuldigter aussagt, und nur aus der Farbe —

diese Vorladungen sind auf blauem Papier gedruckt — ist für den Richter ersichtlich, dass er es mit einem Beschuldigten zu thun hat. Was die verhängnisvollen »Blauen« zu bedeuten haben, ist natürlich der großen Masse unbekannt. Und doch macht es sicherlich einen bedeutenden Unterschied, ob man als Zeuge oder als Beschuldigter auszusagen glaubt.

§ 101 St. P. O. lautet wörtlich: »Ueber alle gerichtlichen zur Untersuchung gehörenden Handlungen sind Protokolle aufzunehmen; es muss außer dem Beamten, welcher die Handlung vornimmt oder leitet, stets ein beeideter Protokollführer gegenwärtig sein.« Zunächst sei hier constatiert, dass der Untersuchungsrichter oft ohne Schriftführer die Aussagen selbst protokolliert, was ja zweifellos mit den Bestimmungen des citierten Paragraphen im Widerspruche steht. Noch stärker aber tritt die Ungesetzlichkeit zutage, wenn nur der beeidete Protokollführer (Auscultant oder Rechtspraktikant) in Abwesenheit des Richters den Vorgeladenen verhört.

Und endlich — man sollte es kaum für möglich halten, dass beim vornehmsten Gerichtshofe des Reiches sich Derartiges ereignen kann: — oft vernimmt ein Diurnist, also ein Mensch, der auf die erfolgreiche Absolvierung einer Volksschule zurückblickt, in Abwesenheit des Untersuchungsrichters den Zeugen oder Beschuldigten, hat also über das Wohl und Wehe eines vielleicht Unschuldigen zu entscheiden .... Dies hängt natürlich mit der Ueberbürdung der Richter zusammen; denn seit 25 Jahren ist die Zahl der Untersuchungsreferate nur wenig vermehrt worden, obwohl man speciell für die Massenerzeugung politischer Delicte eine Vermehrung der Referate gewiss hätte ins Auge fassen sollen.

Entschiedenst muss es als Unzukömmlichkeit getadelt werden, dass einzelne Richter die Gepflogenheit haben, alle an einem Tage vorzuladenden Personen zu einer und derselben Stunde zu berufen. Die Armen erscheinen auch alle richtig Punkt 9 Uhr, um dann vielleicht erst um 2 Uhr nachmittags einvernommen zu

werden. Nach den veralteten, die ökonomischen und socialen Verhältnisse außer Acht lassenden Bestimmungen des § 383 St. P. O. haben nur Zeugen, die vom Tag- oder Wochenlohn leben, Anspruch auf eine Zeugengebür. Nach der engherzigen Interpretation mancher Referenten erhalten daher Arbeiter, die nach Stücklohn arbeiten, keine Zeugengebüren.

Dass oft Drohungen und Zwangsmittel angewendet werden, um den Beschuldigten zu Geständnissen oder anderen bestimmten Angaben zu bewegen, ist hinlänglich bekannt. Und wie oft bildet die Einstellung des Verfahrens den Abschluss einer Untersuchungshaft, die behufs Erlangung eines Geständnisses verlängert wurde. Der Nachtheil, der hieraus den besitzlosen Classen erwächst, ist evident; denn dem Bemittelten stehen in der Regel Rechtsanwälte und fachkundige Beistände zur Seite, die die nöthigen Schritte zur Enthaftung ihres Clienten einleiten, oder es stellt zur rechten Zeit die Caution sich ein. Vielfach werden Verhaftungen vorgenommen, ohne dass dem Verhafteten innerhalb 24 Stunden ein schriftlicher Befehl vorgelegt würde. Dass mit der Verhaftung überhaupt großer Unfug getrieben wird, ist schon oft in Tagesblättern, die Anwandlungen von Unabhängigkeit verspürten, gerügt worden. Noch eine Reihe von Unzukömmlichkeiten könnte angeführt werden, ohne dass ihre Zahl erschöpft wäre. Nicht um einen pompösen Appell an eine indolente Oeffentlichkeit handelt es sich hier, sondern um eine einfache Mahnung an die Richter, die einsichtig genug sind, die Sanierung der aufgezählten Uebelstände ohne viel Federlesen zu veranlassen.

Nachtrag zum »Nachträglichen«.

Die ‚Petite Republique‘ veröffentlicht folgenden Brief Wilhelm Liebknechts:

Lieber Genosse Gérault-Richard!

Sie sind mit meinen ‚Fackel‘-Artikeln über die Dreyfus-Affaire nicht zufrieden. Das ist Ihr gutes Recht. Ich hinwiderum bin mit der Dreyfus-Campagne unzufrieden. Das ist mein gutes Recht.

Ich bin mit ihr unzufrieden, weil sie unserer Sache geschadet und Wasser auf die Mühlen des Nationalismus, Antisemitismus und Militarismus getrieben hat.

Sie werfen mir meine neuen Freunde vor. Ich könnte Ihnen die Ihren vorwerfen. Aber dass man mir vorwirft, der Reaction gedient zu haben, bin ich schon so sehr gewöhnt, dass es mich nicht mehr berührt. Ich habe solchen Tadel hundertmal erfahren und befinde mich hierin in guter Gesellschaft. Wie oft haben ihn nicht Marx, Lassalle etc. vernehmen müssen!

Was ich in jenen Artikeln geschrieben habe — nach dem Process von Rennes geschrieben habe —, ist meine Ueberzeugung, die sich seither noch verstärkt hat; und da ich kein Wort über Sie, die ‚Petite Republique‘ und die Socialistenpartei in Frankreich gesagt habe, giebt es keinen Grund zur Polemik zwischen uns.

Auf die Bitte, diesen Brief veröffentlichen zu dürfen, erhielt Herr Gérault-Richard weiters folgendes Schreiben:

Lieber Genosse, ich bitte, veröffentlichen Sie meinen Brief. Ich lege Wert darauf, dass man wisse, dass ich weder Sie, noch Jaurès, noch andere Genossen in Frankreich angegriffen habe. Ich will nicht, dass solche Missverständnisse die Eintracht trüben, die auf dem Congress verkündet worden ist und auch thatsächlich bestehen wird. Was uns noththut, ist guter Glaube von allen Seiten.

Mit brüderlichen Grüßen Ihr ganz ergebener W. L.

Die Versuche der französischen Nationalisten, aus Liebknechts Artikeln politische Waffen gegen die Socialdemokratie in Frankreich zu schmieden, werden diese Briefe wohl zunichte machen. In solchem Sinne

hat sich Wilhelm Liebknecht auch dem Redacteur gegenüber geäußert, den ‚E c h o d e P a r i s' nach Berlin entsandt hatte, um den deutschen Socialistenführer zu interviewen.

»Je tiens a vous declarer que, n'ayant pas fait de l'affaire Dreyfus une question de parti, j'avais tenu à ne point m'exprimer sur ce cas dans les journaux socialistes. Et quand j'ai donné à la ‚*Fackel*' mes articles, je savais que cette revue n'était ni politique ni antisémite. J'ai exprimé mon opinion privée. Voilà tout.«

Nochmals hat Liebknecht dem Interviewer, Herrn Marcel Hutin, gegenüber auf das klarste seinen Standpunkt auseinandergesetzt. Nochmals hat er auch mit größter Entschiedenheit dargethan, zu welch ungeheuerlichen Folgen die Campagne geführt hat; wie der Sache des Socialismus ein schwerer Schlag dadurch versetzt ward, dass Millerand in eine bürgerliche Regierung eintrat. Denn wenn schon der Eintritt eines Socialisten in ein Ministerium, an dessen Spitze etwa der achtbare bürgerliche Demokrat Brisson gestanden wäre und in dem ein loyaler und ehrenhafter Soldat das Kriegsportefeuille innegehabt hätte, die Principien des Classenkämpfers verletzt hätte, wie soll man es beurtheilen, dass ein Socialdemokrat einem Waldeck-Rousseau, dem Prototyp des Geschäftsliberalismus, und einem Galliffet, dem Säbelhelden der Versailler, die Hand reicht? Und was hat Millerand erreicht? Er hat nach Liebknechts gerechtem Urtheil bewiesen, dass ein Socialdemokrat, wenn er sein Programm in die Tasche steckt, ein ebenso guter oder schlechter Minister in einer bürgerlichen Regierung sein kann, wie irgendein anderer. Aber was Millerand gethan hat und noch thun wird, kann die socialistische Partei nicht treffen; er wird in ihr keine Rolle mehr spielen. Und in der neugeeinten französischen Socialdemokratie werden die Vertreter des wissenschaftlichen Socialismus, die Guesde und Lafargue, in Hinkunft das Rhetorentemperament des sicherlich ehrlichen Jaurès wohl zügeln.

Ueber all diese Dinge haben die Pariser Correspondenten der Berliner Blätter in jenem Geiste berichtet, den die ‚Fackel' kürzlich in dem Stimmungsbildchen »Die Leopoldstadt in Paris« festzuhalten versucht hat. Man muss nur sehen, wie die Herren Th. Wolf vom ‚Berliner Tageblatt' und Levin vom ‚Börsencourier' um sich schlagen. Sie verdrehen, fälschen, beschimpfen — auch die ‚Fackel', freilich ohne sie zu nennen —, aber sie haben doch den Willen, ihrer Reporterpflicht zu genügen. Und dass sie von diesen Vorgängen wie von allem andern, was sich in Frankreich abspielt, ein Zerrbild entwerfen, muss schließlich auch ihrer Unfähigkeit, die Dinge im rechten Licht zu sehen und zu verstehen, zugute gehalten werden. Schließlich beginnt ja demjenigen unter den Pariser Correspondenten, der Frankreich infolge seines langjährigen Aufenthalts doch noch besser kennt als seine Collegen, die Einsicht in das Wesen der »Campagne« allmählich zu dämmern. Der sterbende Fechter Südfeld (auch Nordau genannt) schildert in einer wahren Elegie in der ‚Vossischen Zeitung', wie jetzt alle Theilnehmer sich zurückziehen, wie die Führer der Campagne bereits ohne Soldaten und ohne Geld dastehen. Und da man, um einen Zeitungskrieg zu führen, nicht bloß Geld, Geld und wiederum Geld, sondern Geld und nichts als Geld braucht, ist die Zahlungseinstellung für das Schicksal des Feldzuges entscheidend. Herrn Südfeld hat sie sogar zu der Erkenntnis verholfen, dass jene, die die Campagne geführt, zumeist eigentlich gar nicht für Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern eben für ihre eigenen politischen und sonstigen Interessen gekämpft haben. So werden denn die Berliner doch einigermaßen orientiert.

Unsere Frischauer, Fuchs, Sänger und wie sie alle heißen, lassen überhaupt nichts von sich hören. Der im Stiche gelassene Punsch auf dem Socialistenbankett war für sie seit dem Urtheil von Rennes das einzige in Betracht kommende Ereignis, das sie

nach Wien zu melden hatten. Auch über die Thatsache schweigen sie sich aus, dass neulich Herr Clemenceau das sinkende Schiff verlassen und sich entschlossen hat, die ihm zur Verfügung stehende Zeitungsreclame nicht mehr für den Sieg der Gerechtigkeit zu verschwenden, sondern für eine Carrière als Theaterdichter aufzusparen. Was nützt es der ‚Aurore‘, dass Herr Lucian Brunner von Wien aus ihr mit ein paar Tausendern unter die Arme gegriffen hat?

Herr Berthold Frischauer, der Märtyrer von wegen der Teufelsinsel, ist wieder im Land. Paris hat sich's, wie er seinen Freunden nach Wien berichtet, angelegen sein lassen, den Wiedergekehrten zu feiern. Vor allem natürlich — schon aus Gründen der leichteren Verständigung — die »österreichische Colonie«. Da folgt denn Nachtmahl auf Nachtmahl, und Herr Frischauer wird nicht müde, die »Pariser« den Wienern als Muster vorzuhalten. Es ist doch etwas Eigenes um die Popularität. Herr Frischauer lebt mitten unter einem Volke, dessen Sprache er nicht versteht, wird ausgewiesen, verspricht, der französischen Republik nicht zu grollen, und darf wieder zurückkehren. Herr Waldeck-Rousseau ist ein liberaler Mann, der der ‚Neuen Freien Presse‘ nicht gern eine kleine Bitte abschlägt. Was nützt's, dass der empörte Geschmack der cultivierteren Leser sich dagegen sträubt, aus den nicht entsprechend gepflegten Händen des Herrn Frischauer die Nachricht von Weltereignissen zu empfangen? Was hilft's, dass Marquis Reverseaux, der Wiener Botschafter, gegen die Zurücknahme der Ausweisung aus guten Gründen protestiert? Abermals tritt in Paris als Repräsentant des geistigen Wien ein Mann auf, dessen Geberdensprache die Franzosen schon das erstemal entnommen haben, dass er vordringlich und ungebildet ist. Die Pariser Gesellschaft will sich offenbar von dem aus Wien importierten Neuigkeitskrämer nicht unsicher machen lassen. Und es ist bezeichnend für den Geschmack der Leute, die die ‚Neue Freie‘ regieren, dass sie den aus

Paris vertriebenen Frischauer nach Berlin zu verpflanzen suchten. Aber ein deutscher Correspondent, der nicht Deutsch kann, ist noch weniger möglich als ein des Französischen nicht mächtiger Pariser Vertreter. Herr Frischauer hatte nichts Eiligeres zu thun, als nach Friedrichsruh zu fahren und das Sterbegemach des Fürsten Bismarck zu durchschnüffeln. Im August war's, als ein großmächtiges Feuilleton in der ‚Neuen Freien Presse', das ganz falsche Daten aus dem Leben des eisernen Kanzlers brachte,*) die Thatsache verschwieg, dass der große Verächter der Tagespresse aus seinem Grabe zum Fußtritt ausgeholt hatte.

Aber die Störung der heiligen Ruhe des Sachsenwaldes ist für einen Frischauer eine Kleinigkeit. Dem Repräsentanten jener Spielart von Journalistik, deren fluchwürdige »Findigkeit« in Wien den halben Antisemitismus auf ihrem Conto hat, ist es ein Ruhmestitel, bei Nacht in das Schlafzimmer lebender Potentaten gedrungen zu sein. Das recherchiert dem Nebenmenschen die Seele aus dem Leibe, ist überall Augenzeuge und hat jenes provocante Benehmen, dem sich die Thüre — manchmal zum Einlass — sperrangelweit öffnet. In der fremden Stadt lernt man einen Mann kennen, der Ducas heißt und höherer Beamter im Ministerium des Aeußern ist. Zufällig hat er am Wiener Schottengymnasium studiert, kann also Deutsch und vermag sich so mit dem Correspondenten des Weltblattes zu verständigen. Der Correspondent biedert sich an und nützt die angenehme Verbindung weidlich aus. Nach einiger Zeit erinnert sich Herr Ducas seiner überlegenen Cultur, hat wohl auch aus Wien Aufklärungen empfangen und lässt den »Deutschen« fallen. Der wartet

*) »Er (Herbert Bismarck) hat in Wien den Bund fürs Leben geschlossen mit einer Dame aus der österreichischen Aristokratie. Auch später, im Jahre 1888 war er in Wien.« Bekanntlich hat Herbert erst 1892, da Caprivi bereits im Amt war, geheiratet. (Depesche an den Prinzen Reuß 9. VI. 92: »Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien u. s. w.«)

die Gelegenheit zur Rancune ab. Ducas soll Gesandter in Sophia werden. Der Vertreter des Weltblattes erinnert sich seiner »Beziehungen« zum Fürsten von Bulgarien — eine Wiener Dame, Vorleserin der Fürstin, hat ihn einmal vorgestellt — und schreibt einen langen Brief, in dem er vor Ducas in den unflätigsten Ausdrücken warnt. Die Regierung hatte in Sophia wegen Besetzung des Gesandtenpostens ihren formalen Vorschlag gemacht, die formale zustimmende Erledigung erwartete sie vergebens. Endlich kommt man dahinter, dass ein Fremder die Pariser Gastfreundschaft durch einen Racheact unsauberster Art verrathen hatte .... Und so brachte es eine Verschwörung von Jesuiten und Generälen zustande, dass der für die Sache der Gerechtigkeit thätige Vertreter der ‚Neuen Freien Presse' wegen deren freimüthiger und unerschrockener Haltung in der Dreyfus-Sache aus dem Lande gewiesen wurde.

* * *

Aus dem Polenclub.

Das ‚Fremdenblatt' brachte neulich folgende Meldung: »In der gestrigen Schlusssitzung des Polenclubs erstattete Abgeordneter Gizowski namens der auf Wunsch des Abgeordneten Freiherrn v. Czecz-Lindenwald eingesetzten Commission einen ausführlichen Bericht bezüglich der vom Abgeordneten Stapinski gegen Dr. v. Czecz erhobenen Anwürfe .... Der Club beschloss den vom Abgeordneten Gizowski erstatteten Bericht in Druck legen und veröffentlichen zu lassen, weiters wurde eine Resolution beschlossen, in welcher erklärt wird, dass die gegen Dr. v. Czecz erhobenen Vorwürfe gänzlich aus der Luft gegriffen sind und Dr. v. Czecz in der Achtung des Polenclubs noch gestiegen ist.« Der bloße Vorwurf einer unehrenhaften Handlung scheint offenbar genügt zu haben — um einen Abgeordneten in der Achtung des Polenclubs noch steigen zu lassen ...

* * *

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Hofräthe Wlassack und Wetschl. Der Selbstmord des Capellmeisters am k. k. Hofburgtheater müsste Sie eigentlich auf allerlei Gedanken gebracht haben. Wie denken Sie sich die Lage der Burgtheatermusikanten? Auch die Collegen vom Opernorchester sind ja durch die Großmuth der Intendanz auf einen Erwerb außer dem Hause angewiesen. Wenn die zeitraubende Nervosität ihres Directors sie jetzt manchmal um die einträglichsten Lectionen bringt, so mag Ausbeutung immerhin noch mit künstlerischen Absichten entschuldigt werden. Wessen Ehrgeiz hält aber die Orchesterleute des Burgtheaters von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und den ganzen Abend für ein monatliches Entgelt von 37 fl. 87 kr. bei der Arbeit? Es werden meist nur solche Leute engagiert, die das Conservatorium absolviert haben und Routine im Solo- und Orchesterspiel besitzen. In ihrer freien Zeit dürfen sich einige mit Hutlederausnähen befassen. Andere spielen nach Schluss der Burgtheatervorstellung in Wirts- und Kaffeehäusern niederster Kategorie. Ein ausgezeichneter Solo-Flötist — er ist nicht mehr im Engagement — gieng nach jeder Vorstellung in ein Nachtkaffeehaus, woselbst er bis 4 Uhr morgens gastierte. Jenen Musikern, die nicht in der glücklichen Lage sind, derartige Dienste versehen zu können, und die sich mit ihren Familien der ärgsten Noth preisgegeben sehen, haben Sie, Herr Wlassack, vor mehr als einem Jahre schleunige Hilfe versprochen und den Rath gegeben, »vorläufig zu schweigen«. Glaubten Sie, Herr Wlassack, es mit den Ihnen befreundeten Theaterreportern zu thun zu haben? Eine an den Intendanten adressierte Bittschrift ist in Ihrem Papierkorb verschwunden. Meinen Sie ernstlich, dass es dem Kaiser erwünscht sein kann, wenn er eines Tages erfährt, dass Angestellte seines Theaters auf der Straße vor Hunger in Ohnmacht gefallen sind, weil sie den Rath eines Herrn Wlassack, zu schweigen, allzu gewissenhaft befolgt haben? Und Sie, Herr Wetschl, der Sie dem Kaiser in Küche und Keller herumrumoren, die kleinen Leute drücken und zweifelhaften Agenten Hoftitel verleihen, finden Sie auch hier eine Gelegenheit, die Welt mit Ihrer Fibelweisheit, dass Sparen eine Tugend sei, zu beglücken? Schlagen Sie doch lieber eine annehmbare Reform der Burgtheatermusik vor. Seit Jahrzehnten ist diese dem Publicum ein Spott, weil es nicht ahnt, dass die armen Teufel, die ihm die Zwischenacte abkürzen sollen, müde, hungerig und erschöpft ins Theater gekommen sind, — wahrhaftig: um sich von den Strapazen des Tages auszuruhen, nicht um hier Musik zu machen . . . Herr Wlassack mag sich hüten. Wenn er der Schande, dass das k. k. Hofburgtheater Angestellte mit 37 fl.-Gagen beherbergt, auf keine andere Weise ein Ende zu machen weiß, als dass er die Hungerleider um Discretion bittet, dann braucht er um sein Fortkommen nicht besorgt zu sein . . . .

Frl. Martha F. Sie waren also bei »Agnes Jordan« und vermitteln mir Ihre Eindrücke. Es ist richtig, dass wir Herrn Hirschfelds über zwei Jahre altes Stück nur unter der Bedingung ans Burgtheater bekamen, dass es der Dichter confessionslos machte. Und ein wahrer Dichter, der im Burgtheater aufgeführt werden will, geht eben auf eine solche Bedingung freudig ein. Wenn nur nicht das »jüdische Milieu« und die Beobachtungsfähigkeit, mit der er es herausarbeitet, just das einzig Wertvolle an Hirschfelds Schaffen wäre. Ein Bodensatz von gartenlaubenhafter Sentimentalität, der nach erfolgter Bearbeitung noch zurückbleibt, reicht gerade hin, um für einen modern-literarischen Director die Theatercasse zu füllen. Zu dem Lebensbilde »Von Stufe zu Stufe« — es war sogar raffinierter gemacht — haben sich einstens auch die Leute gedrängt. Das Bleibende an der Literaturentwicklung der letzten zehn Jahre ist wohl der artige Witz, dass wir jetzt unsere »Bombenstücke« von den Berliner Milieuprotzen beziehen. Schade um den jungen Herrn Hirschfeld, dessen Eigenart es bisher war, familiäre Intimitäten mit dankenswerter Indiscretion zu literarisch wertvollen Culturbildchen auszugestalten. Nun hat er leichten Herzens sich zur »Entfernung des jüdisch-berlinischen Milieus« verstanden, und Onkel Krebs muss der jungverheiratheten Agnes Jordan die klare Meldung von dem bevorstehenden Concurs mit blumigen Sentenzen und der pathetischen Betheuerung verzuckern: »Ich habe Dich zu lieb gehabt, um Dich um Liebe zu bitten« . . . . Herr Hirschfeld hat sich mit einer unwahren Sprache, aber im übrigen nur mit der Confessionslosigkeit seiner Figuren begnügt. Ein anderer »reiner Künstler«, Herr Halbe, ist, um die »Jugend« in Wien durchzusetzen, zu einem förmlichen Canossagang bereit. Pfarrer und Kaplan können platterdings nicht confessionslos werden; aber zur evangelischen Kirche müssen sie unbedingt übertreten. Eine österreichische Behörde war es, die diesmal: Los von Rom! geboten hat.

Löbliche Redaction der ,Neuen Freien Presse'. Die Kunde heißt »die Nachricht«, Käufer ist der Kunde. Sie dürfen nicht mehr wie im Abendblatt vom 28. d. M. schreiben: »Eine Kunde der Firma hatte u. s. w.«

Prager Tagblatt. Sie haben ganz recht, meine Herren, wenn Sie vorwurfsvoll an mein »Stilgefühl« appellieren, da ich in Nr. 25 Ihren Wiener Feuilletoncorrespondenten Sincerus mit Ihrem Wiener Kunstcorrespondenten Moriz Necker verwechseln konnte. Wie fiel mir dies nur ein? Das schmöckische Deutsch des Herrn Sincerus — ich sehe es jetzt — trägt doch seine eigene Prägung. Wie konnte ich Neckers Eigenart so sehr verkennen? Ich hatte sie doch selbst einmal in dem markanten Satz, den Necker in der ,Neuen Freien Presse' schrieb, entdeckt: »Einem Vulcan gleich warf Goethe solche poetische Brocken in Stunden der Begeisterung ohne festen Plan aufs Papier.« (Nr. 15). Freilich, den Satz, den er am Abend der Frankfurter

Goethe-Feier depeschierte: »Ein Regen kühlte gottlob etwas die schwüle Atmosphäre ab«, — den traue ich auch Ihrem Sincerus zu. Man kann sich leicht irren, wenn man die Schmöcke einer Stadt wie Wien zu beaufsichtigen hat. Aber es ist aller Anerkennung wert, dass Ihr in Prag Euch noch so viel Sinn für die Nuance bewahrt habt. Im übrigen freut es mich, dass das ‚Prager Tagblatt‘ zwei Wiener Mitarbeiter hat; ich habe es nie recht glauben können, dass Herr Necker anonymer Feigheiten fähig wäre und dass er zu jenen tristen Gesellen zählt, die in Wien einen Todtschweigebund geschlossen haben, aber dank ihren »Verbindungen« das Publicum von Brünn, Pest, Prag, ja sogar von Petersburg mit der Verrechnung meines Sündencontos behelligen.

Ein Vorstädter. Wie das mit dem Jubiläumstheater und der Wiener Presse ist? Vielleicht habe ich noch mancherlei darüber zu sagen. So viel für heute: Dies »Parteitheater« hat bisher nicht ein Hundertstel von dem erfüllt, was — die Stücke eines Herrn Buchbinder für den Antisemitismus leisten. Das Repertoire-Inserat in der Weihnachtsnummer der ‚Neuen Freien Presse‘ war gewiss auffallend. Das Blatt hatte sich aus natürlicher Abneigung gegen die Absichten und das Programm des Theaters bisher geweigert, das Repertoire wie das der anderen, »liberalen« Theater gratis abzudrucken. Herr Müller-Guttenbrunn fand lange Zeit kein Mittel, den Widerstand zu brechen. Endlich verfiel er auf das nächstliegende: er zahlte. Auch den Annoncen von Köchinnen, die nur zu christlichen Herrschaften kommen wollen, auch Reclamen für Seebäder, die nur christliche Curgäste aufnehmen, war die tolerante Administration des Blattes bisher nicht unzugänglich. Nun hat sich das Jubiläumstheater auf kurzem Wege »Beachtung« verschafft. Bei größeren Insertionsaufträgen erfolgt lobende Erwähnung im »Hauptblatt«. Das möge Herr Müller-Guttenbrunn bedenken, wenn er endlich auch ein günstiges Urtheil über sein Theater erreichen will. Die Antisemiten kennen nun den Weg, die ‚Neue Freie Presse‘ für sich zu gewinnen. Wer vom Rathhaus in die Fichtegasse gelangen will, muss die Wollzeile passieren.

R. B. Vielen Dank. Gelegentlich komme ich vielleicht auf Ihre Anregung zurück.

Amico veritas. Sie sagen mir nichts Neues. Dass es gerade die Juden sind, die der Assimilation Hindernisse in den Weg legen, weiß ich. Darum rede ich ja eben ihnen und nicht den andern zu, sich zu assimilieren.

Dr. Oscar R. Um mit einem Pseudonym poste restante zu verkehren, dazu fehlt es mir leider an Zeit. Aber ich lade Sie ein, mich zu besuchen. Ich möchte Gelegenheit haben, Ihnen die Unrichtigkeit Ihrer Voraussetzungen zu beweisen und dennoch manches, das sich an den in dieser Form undiscutablen Vorschlag knüpfen könnte, zu besprechen.

H. G., Wien IX. Dank für die freundliche Anregung. Vielleicht lasse ich in dieser Sache gelegentlich einen Fachmann zu Worte kommen. Bis dahin scheint mir in Oesterreich manch eine acutere Frage der Erörterung wert.

K. k. Postdirection. Vor mir liegt schon wieder das Couvert eines Briefes, der an einen bosnischen Studenten gerichtet war. Das Couvert zeigt die deutlichen Spuren Kallay'scher Neugierde. Es trägt den Vermerk: »Zerrissen angelangt, wurde ämtlich geschlossen.« Das geschah am Bestimmungsort. Aber wo wurde der Brief ämtlich geöffnet? Und warum sind es gerade immer die Correspondenten bosnischer Studenten, die ihre Briefe so ungeschickt zukleben, dass die Post und Herr Kallay nachhelfen müssen?

Den zahlreichen wohlmeinenden Briefstellern und allen Sendern stets willkommener Mittheilungen meinen besten Dank, den ich diesmal und in Zukunft Zeitmangels halber nicht mehr an einzelne Chiffren vertheilen kann.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch. Wien, I., Bauernmarkt 3.